RUDOLF STEINER GESAMTAUSGABE

Abteilung B: Vorträge

III. Vorträge und Kurse zu einzelnen Lebensgebieten
Soziales Leben und Dreigliederung
des sozialen Organismus

Herausgegeben von der
Rudolf Steiner Nachlassverwaltung

Band GA 331a

RUDOLF STEINER

Arbeiterräte und Sozialisierung

im Sinne der Dreigliederung des sozialen Organismus

Referate, Ansprachen und Diskussionsvoten
in Versammlungen der Arbeiterräte Württembergs
und anderer Arbeiterausschüsse in Stuttgart
zwischen 7. Mai 1919 und 17. Juni 1919

auf der Grundlage
von Protokollen und zusammenfassenden Berichten
sowie von Notizen Rudolf Steiners

RUDOLF STEINER VERLAG

Nach vom Vortragenden nicht durchgesehenen
Nachschriften sowie nach Notizen aus seiner Hand
herausgegeben von der Rudolf Steiner Nachlassverwaltung

Die Herausgabe besorgten Alexander Lüscher und Adrian Gonzenbach
unter Mitarbeit von Andrea Leubin.

Bibliographischer Nachweis bisheriger Ausgaben siehe Seite 213

Band GA 331a

1. Auflage

© 2013 by Rudolf Steiner Nachlassverwaltung, Dornach
© 2013 by Rudolf Steiner Verlag
Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen und
elektronischen Wiedergabe, vorbehalten.

Satz: Verlag
Printed in Germany by Druckhaus Nomos, Sinzheim
Bindung: Josef Spinner, Grossbuchbinderei, Ottersweier

ISBN 978-3-7274-3311-5

www.steinerverlag.com

Zu den Veröffentlichungen aus dem Vortragswerk von Rudolf Steiner

Rudolf Steiner hat seine Vorträge stets frei, also ohne Manuskript, gehalten. Viele seiner Vorüberlegungen hielt er lediglich in Stichworten, manchmal auch in kurzen Sätzen, Schemata oder Skizzen in seinen Notizbüchern fest, ohne daß er sie weiter schriftlich ausgearbeitet hätte. Nur in ganz wenigen Fällen liegen vorbereitete schriftliche Zusammenfassungen vor, die für Übersetzer bestimmt waren. Er hat jedoch der Veröffentlichung seiner Vorträge zugestimmt, auch wenn er selbst nur einige wenige für den Druck vorbereiten konnte.

Die in der Rudolf Steiner Gesamtausgabe veröffentlichten Vorträge basieren in der Regel auf Übertragungen stenographischer Aufzeichnungen, die während des Vortrags von Zuhörern oder hinzugezogenen Fachstenographen angefertigt wurden. Verschiedentlich – und dies gilt für die Anfangsjahre seiner Vortragstätigkeit, etwa bis 1905 – dienen auch schriftliche Ausarbeitungen durch Zuhörer als Textgrundlage. Für die Drucklegung werden die Übertragungen in Langschrift oder Zuhörernotizen von den Bearbeitern (Herausgebern) einer eingehenden Prüfung unterzogen, insbesondere hinsichtlich Sinn, Satzbau und Genauigkeit der Wiedergabe von Zitaten, Eigennamen oder Fachbegriffen. Bei auftretenden Komplikationen, wie zum Beispiel nicht entschlüsselbaren Satz- und Wortgebilden oder Lücken im Text, werden, soweit vorhanden, die Originalstenogramme zur Abklärung hinzugezogen.

Weitere Angaben, die Besonderheiten der Textgrundlagen, der Bearbeitung sowie die Entstehungsgeschichte der im vorliegenden Band veröffentlichten Vorträge betreffend, befinden sich am Schluß des Bandes.

Die Herausgeber

INHALT

Zur Einführung 13

Der Unterschied zwischen Arbeiter- und Betriebsräten
Dokumente zur Begriffserklärung 21

Die Verbindung Rudolf Steiners zu den Arbeiterräten Württembergs (1)
Dokumente aus der Anfangszeit 24

Wege zur Verwirklichung des Sozialismus
Erster Vortrag für die Mitglieder des Arbeiterrates Groß-Stuttgart, Stuttgart, 7. Mai 1919 28

Sozialisierung ist nicht einfach durch eine Aufteilung der Vermögen verwirklicht. Die dreifache Gestalt der sozialen Frage aus der Sicht des Proletariers. Das heutige Geistesleben ist verbürgerlicht. Das Fehlen einer wirklichen Industriewissenschaft für vernünftiges Wirtschaften. Die Notwendigkeit einer Befreiung des Geisteslebens aus seiner Abhängigkeit vom Staat. Die heutige Rechtsordnung als Ausdruck von Klassenvorrechten. Die Durchsetzung der allgemeinen Menschenrechte als Aufgabe des Staates. Die Arbeitskraft hat heute den Charakter einer Ware. Die Notwendigkeit einer Herauslösung der Arbeitskraft aus dem Wirtschaftskreislauf durch ein neues Arbeitsrecht. Eigentum auf Zeit als neue Rechtsform für das Kapital. Das notwendige Ende des Einheitsstaates: Neben dem Staatsorganismus muß es einen selbständigen Kultur- und Wirtschaftsorganismus geben. Die praktische Durchführung der Dreigliederung ist bis in die Einzelheiten möglich. Der Aufbau eines Betriebsrätesystems muß vom Wirtschaftsorganismus aus geschehen. Mitwirkung der Betriebsräte an der Unternehmensleitung.

Die Verbindung Rudolf Steiners zu den Arbeiterräten Württembergs (2)
Dokumente zum Höhepunkt seines Wirkens 46

Wie soll sozialisiert werden? (1)
Erste Besprechung mit Vertretern des Arbeiterrates Groß-Stuttgart, Stuttgart, 8. Mai 1919 51

Teilnahme Rudolf Steiners; seine Ausführungen sind jedoch nicht überliefert.

Wie soll sozialisiert werden? (2)
Zweite Besprechung mit Vertretern des Arbeiterrates Groß-Stuttgart, Stuttgart, 12. Mai 1919 56

Teilnahme Rudolf Steiners; seine Ausführungen sind jedoch nicht überliefert.

Zur Frage der Sozialisierung
Besprechung mit Mitgliedern des Arbeiterausschusses der Stuttgarter Straßenbahner, Stuttgart, 14. Mai 1919 58

Teilnahme Rudolf Steiners; seine Ausführungen sind jedoch nicht überliefert.

Räteorganisation im Sinne der Dreigliederung des sozialen Organismus (1)
Zweiter Vortrag für die Mitglieder des Arbeiterrates Groß-Stuttgart, Stuttgart, 15. Mai 1919 59

Verschiedene Räteorgane für die einzelnen Aufgaben in der Wirtschaft. Wie Syndikate und Trusts verhindert werden können. Was eine wissenschaftliche Betriebsführung beinhaltet. Zum Taylor-System. Die Frage nach der Sozialisierung des Eigentums an den Produktionsmitteln. Verschiedene Vorschläge für eine Verstaatlichung. Soziale Dreigliederung als Bedingung für eine echte Sozialisierung der Kapitalfunktion. Unternehmer als Veranstalter der Arbeit. Staats- und Gemeindekapitalismus bringt keine Lösung der sozialen Frage. Keine Behinderung von sachlich notwendigen Wirtschaftsabläufen durch die Dreigliederung. Elemente einer Neugestaltung der Unternehmensverfassung. Warenwert und Mehrwert. Sozialisierung darf nicht mit Fiskalisierung verwechselt werden. Zur Beurteilung des Bolschewismus in Rußland.

Räteorganisation im Sinne der Dreigliederung des sozialen Organismus (2)
Dritter Vortrag für die Mitglieder des Arbeiterrates Groß-Stuttgart, Stuttgart, 17. Mai 1919 65

Die Notwendigkeit einer dreifachen Ausgestaltung des Rätesystems: Arbeiterräte im politischen Leben, Fachräte im wirtschaftlichen Leben und Kulturräte im geistigen Leben. Die weitere Aufgliederung der wirtschaftlichen Fachräte in Betriebsräte, Verkehrsräte und Wirtschaftsräte. Der Gegensatz zwischen Industrie und Landwirtschaft. Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen als Aufgabe der Fachräte. Warenwert und Geldwert. Die Frage des Mehrwertes. Der Unterricht kann nicht unentgeltlich sein. Der Boykott als Mittel zur Durchsetzung des Interessenausgleichs in der Wirtschaft. Das Gesetz des richtigen Preises aus individueller Sicht. Produktionsmittel dürfen nicht verkäuflich sein. Das Gesetz des richtigen Preises aus gesamtgesellschaftlicher Sicht.

Wege zu einer sachgemässen Sozialisierung
Vortrag für die Straßenbahner Stuttgarts Stuttgart, 21. Mai 1919 69

Man arbeitet nicht für sich, sondern für die andern. Die zwei gegensätzlichen Tätigkeiten im Wirtschaftsleben. Das Künstlerische als das Verbindende in jeder wirtschaftlichen Tätigkeit. Kapital, Arbeitskraft und Warenpreis in der jetzigen und in der künftigen Gesellschaft. Die Notwendigkeit, Brücken des Vertrauens zu bilden. Die Verstaatlichung der Produktionsmittel bildet keine Grundlage für eine wirkliche Sozialisierung.

Wie soll sozialisiert werden? (3)
Dritte Besprechung mit Vertretern des Arbeiterrates Groß-Stuttgart, Stuttgart, [27. Mai] 1919 74

Der Tausch von Arbeit gegen Sachgüter. Wie Grundrenten und Kapitalrenten entstehen. Kapitalangebot und Kapitalnachfrage. Der Zusammenhang zwischen Zinshöhe und Kulturstufe. Polare Tendenzen in der Konsumgüter- und Industriegüterproduktion. Das Gesetz des mittleren Warenwertes. Das Aufhören des Kapitalanspruchs nach Fertigstellung eines Produktionsmittels. Ein grundlegendes Gesetz der Preisbildung.

Die Verbindung Rudolf Steiners zu den Arbeiterräten Württembergs (3)
Dokumente zum Abbruch der Zusammenarbeit 80

Über die Zusammenarbeit mit den Arbeiterparteien
Besprechung mit Parteivertretern der Stuttgarter Arbeiterschaft, Stuttgart, 17. Juni 1919 86

Teilnahme Rudolf Steiners; seine Ausführungen sind jedoch nicht überliefert.

Anhang I: Handschriftliche Aufzeichnungen
Notizen Rudolf Steiners zu den einzelnen Veranstaltungen
Zum Vortrag vom 7. Mai 1919 91
Zur Besprechung vom 8. Mai 1919 110
Zur Besprechung vom 12. Mai 1919 118
Zum Vortrag vom 15. Mai 1919 120
Zum Vortrag vom 17. Mai 1919 130
Zum Vortrag vom 21. Mai 1919 138
Zur Besprechung vom 27. Mai 1919 148
Zur Besprechung vom 17. Juni 1919 158

Anhang II: Chronik
Zur Geschichte der Bestrebungen zur Bildung einer dreigliedrigen Räteorganisation 161

Anhang III: Dokumente
Aus der Zusammenarbeit mit den Arbeiterräten 171

Zu dieser Ausgabe
Entstehung 179
Textgestalt 179

Hinweise zum Text 181

Bibliographischer Nachweis früherer Veröffentlichungen 213

Personenregister

Allgemeines Personenregister 214

Register der Diskussionsteilnehmer in den Arbeiterräte-Versammlungen 214

Literatur zum Thema 216

Zum Werk Rudolf Steiners 219

«Sitzungen oben abzuhalten, das führt uns nur zur Fortsetzung der alten Schäden, denn was sich heute verwirklichen will, das muß unmittelbar aus dem Volke heraus stammen, und das Symptom dafür, daß dies die Geschichte will, das ist das Rätesystem.»

(Rudolf Steiner im öffentlichen Vortrag vom 16. Mai 1919 in Stuttgart)

Große Hoffnungen – große menschheitliche Perspektiven

Am 29. Januar 1919 wandte sich der deutsche Sozialist und Journalist Ernst Däumig (1866–1922) an die Proletarier mit den Worten: *«Das sozialistische Jahrhundert ist eröffnet. Dem nationalistischen Jahrhundert ist das Zeitalter des Sozialismus gefolgt. Der Nationalismus ist revolutionär überwunden, den Kapitalismus erwartet der wirtschaftliche Todesstoß. Aus den Ruinen des zusammengebrochenen Gewaltstaates soll ein neues Rechtsleben erblühen. Auf den Trümmern großkapitalistischer Zwingburgen ist die freie Gemeinschaft zu errichten. Werden wir [uns] dieser gewaltigen Wandlung bewußt!»* Zu lesen war dieser Appell in der von Däumig herausgegebenen Wochenschrift «Der Arbeiter-Rat. Wochenschrift für praktischen Sozialismus» (1. Jg. Nr. 1, 5. Woche) – seit dem Sturz des deutschen Kaisertums am 9. November 1918 und der Ausrufung der Republik waren nun fast drei Monate vergangen. Die Revolution in Deutschland war für viele völlig überraschend gekommen und hatte auch die Monarchien in den deutschen Einzelstaaten, wie zum Beispiel im Königreich Württemberg, weggefegt. Es wurden provisorische Regierungen gebildet, deren Mitglieder in ihrer Mehrheit nach der Einrichtung einer parlamentarischen Republik strebten. Gleichzeitig hatten sich ganz spontan überall in Deutschland Arbeiter- und Soldatenräte gebildet, in denen Leute aus dem Volk – sie standen meist den sozialistischen Ideen nahe – das Recht auf Mitbestimmung

über die künftige gesellschaftliche Gestaltung geltend machten. Vom 16. bis 21. Dezember 1918 tagte in Berlin der erste Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte als Zentralvertretung aller deutschen Arbeiterräte. Eine neue Ära schien anzubrechen; die gesellschaftliche Zukunft sollte nach menschheitlichen und nicht nach einseitigen parteipolitischen Gesichtspunkten ausgehandelt werden. Der Historiker Peter von Oertzen schreibt in seinem Buch «Betriebsräte in der Novemberrevolution» (Düsseldorf 1963, 7. Kapitel, «Um die Vereinbarkeit von Rätesystem und parlamentarischer Demokratie») über die damalige in einem Teil der deutschen Bevölkerung verbreitete Stimmung: *«Die neue gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung könne nicht mit den alten Methoden und Institutionen errichtet werden, neue Organe müßten entstehen, die der Entwicklung zum Sozialismus Ausdruck gäben. Vor allem der grundlegend veränderten Stellung der Arbeiterschaft in der neuen Gesellschaft müsse Rechnung getragen werden. In den Räten solle sie als eine selbstbewußte, gleichberechtigt mitbestimmende oder gar führende Kraft tätig werden; dort solle sie die Sozialisierung vorwärtstreiben und zugleich die ihr noch fehlenden technischen und wirtschaftlichen Fähigkeiten erwerben.»*

Aber mußte dieses Streben nach direkter Demokratie nicht zum Konflikt mit all jenen Bemühungen führen, die in der Einführung eines parlamentarischen Systems das Ziel eines staatlichen Neuaufbaus Deutschlands sahen? In den ersten Wochen und Monaten war jedoch noch nichts entschieden: Die spontan entstandene Aufsplitterung der Staatsgewalt blieb bestehen, wie die folgende Übersicht über die politischen Entscheidungszentren in Deutschland und in Württemberg in den ersten Monaten nach der Revolution aufzeigt, allerdings ohne Berücksichtigung der Soldaten- und Bauernräte, die ein mehr oder weniger starkes Sonderdasein neben den Arbeiterräten führten.

Das Nebeneinander dieser beiden Entscheidungssysteme blieb letztendlich ungeklärt. Auch wenn zum Beispiel in Württemberg die Befugnisse der Arbeiterräte am 14. Dezember 1918 gesetzlich umschrieben wurden, indem ihnen das Recht zur Kontrolle der Regierungstätigkeit zuerkannt wurde, stellte sich mit dem Zusammentritt der verfassung-

DEUTSCHES REICH		WÜRTTEMBERG	
DEMOKRATISCHES SYSTEM	RÄTESYSTEM	DEMOKRATISCHES SYSTEM	RÄTESYSTEM
Ausführungsorgan	**Ausführungsorgan**	**Ausführungsorgan**	**Ausführungsorgan**
Rat der Volksbeauftragten mit zwei Vorsitzenden; später: Reichsministerium mit einem Reichskanzler	Vollzugsausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte mit einem Vorsitzenden	Provisorische Regierung mit zwei Vorsitzenden; später: Staatsregierung mit einem Staatspräsidenten	Landesausschuß der Arbeiterräte mit einem Vorsitzendem
Beschlußorgan	**Beschlußorgan**	**Beschlußorgan**	**Beschlußorgan**
Verfassunggebende Nationalversammlung	Reichsrätekongreß mit Zentralrat als Ausschuß	Verfassunggebende Landesversammlung	Landesversammlung der Arbeiterräte
Legitimationsbasis	**Legitimationsbasis**	**Legitimationsbasis**	**Legitimationsbasis**
Direkte Wahl durch die Wahlberechtigten in den Einzelstaaten nach dem Proporzverfahren (Württemberg bildet einen einzigen Wahlkreis)	Arbeiter- und Soldatenräte in den einzelnen Ländern (Wahl der Abordnungen durch die Mitglieder mit einfacher Mehrheit)	Direkte Wahl durch die Wahlberechtigten nach dem Proporzverfahren (Württemberg bildet einen einzigen Wahlkreis)	Regionale Arbeiterräte, zum Beispiel der Arbeiterrat von Groß-Stuttgart mit Aktionsausschuß, später Vollzugsausschuß (Wahl der Abordnungen durch die Mitglieder mit einfacher Mehrheit)

Die Doppelgestalt der Staatsgewalt nach der Revolution

gebenden Landesversammlung am 23. Januar 1919 die Frage, ob diese Aufgabe nicht doch der Landesversammlung zufallen müßte. Damit stand die Tätigkeit der Arbeiterräte wieder zur Diskussion. Auf die Dauer ließ sich eine solche Situation nicht aufrechterhalten.

Das zeigte sich deutlich auch auf der Ebene des Gesamtstaates. Die Verhandlungen des ersten Reichskongresses im Dezember 1918 machten deutlich, daß selbst dort eine Mehrheit der Abgeordneten im Rätesystem keine Sache von Dauer erblickte. Zu diesem Zeitpunkt waren die Räte schon ins Spannungsfeld politischer Grabenkämpfe geraten, indem die verschiedenen politischen Richtungen versuchten, sie zu zerschlagen oder sie für sich zu vereinnahmen. Die linksradikalen Befürworter einer Diktatur des Proletariats sahen in ihnen willkommene Instrumente zu einer kommunistischen Machtüber-

nahme, die rechtsradikalen Anhänger einer autoritären Regierungsform glaubten in ihnen Brutstätten kommunistischer Ideologien zu entdecken. Aber gerade auch die gemäßigten Kreise, die Befürworter einer parlamentarischen Demokratie, empfanden diese Räte als eine unnötige Doppelspurigkeit im politischen Entscheidungsprozeß, zumal am 6. Februar 1919 in Weimar eine Nationalversammlung zusammengetreten war, deren Auftrag es war, eine neue Verfassung auszuarbeiten – ähnlich wie sich gut zwei Wochen zuvor in Stuttgart eine verfassunggebende Landesversammlung konstituiert hatte. Bereits vier Tage später erließ die Nationalversammlung ein «Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt», in denen den Räten keine politische Rolle zuerkannt wurde. Sollten sie also nur im Wirtschaftlichen eine Entscheidungsbefugnis haben, oder sollte diese doch auch für den politischen Bereich gelten? Welche Aufgaben und welcher Kompetenzbereich ihnen zustehen sollte, war also äußerst umstritten.

Bereits als Ernst Däumig die erste Nummer seiner Zeitschrift zur Unterstützung der Arbeiterräte veröffentlichte, also Ende Januar 1919, sah er deren Existenz als gefährdet an. Mit seiner Zeitschrift wollte er ihnen eine wirksame öffentliche Stimme verleihen und damit eine politische Schützenhilfe leisten. So schrieb er gleich in der bereits erwähnten ersten Nummer unter dem Titel «Die Schicksalsstunde der Arbeiter- und Soldatenräte»: *«Die Arbeiter- und Soldatenräte stehen heute tatsächlich vor einer Schicksalsstunde. Wir können nicht glauben, daß die Kräfte, die dem alten monarchistischen Deutschland ein Ende gemacht und den Militär- und Polizeistaat in seinen Grundfesten erschüttert haben, jetzt einfach sang- und klanglos von der revolutionären Bühne abtreten.»* Und er doppelte nach: *«Jetzt sind wir in ein Stadium eingetreten, in dem es um Sein oder Nichtsein der Arbeiter- und Soldatenräte geht. Es wird von der Wachsamkeit und der Energie der werktätigen Bevölkerung und der Arbeiter- und Soldatenräte abhängen, ob diese weiterleben und weiterwirken können oder in absehbarer Zeit überhaupt von der öffentlichen Bildfläche verschwinden werden, um in der Geschichte Deutschlands als eine vorübergehende Episode revolutionären Sturm und Dranges verzeichnet zu werden.»*

Gut zwei Monate später hatte sich der Wind endgültig gedreht. Vom 8. bis 14. April 1919 fand der zweite Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte statt, der ganz im Schatten der Räterevolution in Bayern stand. Die Mehrheit der Delegierten entschieden sich gegen den Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten auf die Einführung eines politisch-wirtschaftlichen Rätesystems; sie sprachen sich für das Postulat der Mehrheits-Sozialdemokraten auf Verwirklichung einer sozialistischen Demokratie mit Parlament und gleichzeitiger Schaffung von Kammern der Arbeit aus. Die Vertreter des sogenannten reinen Rätegedankens wehrten sich dagegen; in ihrem Aufruf «An das werktätige Volk Deutschlands!» vom 15. April 1919 erklärte die Fraktion der Unabhängigen Sozialisten, darunter auch Ernst Däumig (in der Wochenschrift «Der Arbeiter-Rat» vom 23. April 1919, 1. Jg. Nr. 12, 17. Woche): *«Wir als Verfechter des reinen Rätegedankens haben daher diesen Antrag ablehnen müssen. Wir verlangen eine Räteorganisation, die den Hand- und Kopfarbeitern das volle Selbstbestimmungsrecht im Staats- und Wirtschaftsleben sichert. Nur auf diese Weise kann nach unserer festen Überzeugung der Sozialismus auf dem schnellsten Wege verwirklicht werden.»*

Das plötzliche Auftauchen von «Menschenräten» – eine überraschende Entwicklung

Erst kurz nach dem zweiten Reichsrätekongreß begann das Wirken Rudolf Steiners für die Dreigliederung in Deutschland. Am 20. April 1919 traf er, für viele Anthroposophen langersehnt, in Stuttgart ein – wenige Tage nach dem Ende eines Generalstreiks. Er hatte in den Wochen zuvor in der Schweiz in zahlreichen Vorträgen die Idee der sozialen Dreigliederung dargestellt und gleichzeitig auch seine Schrift «Die Kernpunkte der Sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und der Zukunft» verfaßt. In diesen Schweizer Vorträgen findet sich kein Bezug zur Idee eines Rätestaates, denn für seine Schweizer Zuhörer bildete dieser überhaupt keine Option. Nach dem gescheiterten Generalstreik im November 1918 war der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft weit in die Ferne gerückt.

Als Rudolf Steiner nun nach Stuttgart kam, fand er ganz andere, von der Schweiz völlig abweichende politische Verhältnisse vor. Neben den parlamentarischen Organen gab es diese Räteorgane, die über politische und wirtschaftliche Entscheidungsgewalt verfügten. Rudolf Steiner wertete die Tatsache, daß einfache Menschen aus dem Volke kraft ihres Menschseins den Anspruch auf Mitbestimmung erhoben, eigentlich als eine erfreuliche Entwicklung. Im öffentlichen Vortrag vom 16. Mai 1919 über «Einzelheiten über die Neugestaltung des sozialen Organismus» (in GA 330) bekannte er, ausgehend von der Weltkriegskatastrophe: *«Sie hat sich ergossen auf der einen Seite über den in seine eigene Vernichtung hineintreibenden Kapitalismus; sie hat sich aber auch ergossen über die aus der Menschennatur heraus wahrhaftig gerechtfertigten Bestrebungen, welche man die soziale Bewegung nennt. Was ist denn jetzt eigentlich entstanden aus dieser sozialen Bewegung heraus? Menschen haben sich heraus erhoben – Menschen, die in der verschiedensten Weise als Räte, als ‹Menschenräte›, die Weiterentwicklung in die Hand nehmen wollen, die von sich aus, von ihrer menschlichen Entschlußkraft, von ihrer menschlichen Einsicht, von ihrem menschlichen Willen aus eingreifen wollen in die Entwicklung. Würde man heute ein genügend großes Unterscheidungsvermögen für die Tatsachen der Wirklichkeit haben, dann würde man das Angedeutete als eine ungeheure Überraschung empfinden.»* Und im gleichen Vortrag zog er daraus den Schluß: *«Es braucht wahrhaftig nicht darüber diskutiert zu werden, ob die Räte eine Wirklichkeit sind oder nicht. Sie sind es zum Teil, sie werden es immer mehr werden, kein Mensch wird sie wieder zurücktreiben können, sie werden in noch ganz anderen Formen auferstehen, als sie schon da sind. Das wirklichkeitsgemäße Denken, das fordert von uns, daß wir den Boden schaffen, auf dem mit diesen Räten gearbeitet werden kann.»*

Aufgrund dieser menschheitlichen Tatsache war es für Rudolf Steiner eine Selbstverständlichkeit, auf dem Boden des Rätewesens weiterzuarbeiten und seine Dreigliederungsidee im Sinne des Rätesystems auszugestalten. Und er meinte es sehr ernst – so ernst, daß er vermutlich zu den ganz wenigen führenden Geistern der Zeit gehörte, die diesen Impuls für so bedeutend nahmen, daß sie ihm auch zur

Verwirklichung verhelfen wollten. Das berührte die von ihm vertretene Idee der sozialen Dreigliederung insofern nicht grundsätzlich, als er sie sich institutionell in verschiedenen Formen ausgeprägt vorstellen konnte. Im Diskussionsabend über die Ausgestaltung des freien Geisteslebens – dieser fand am 21. Juni 1919 (in GA 331b) statt – meinte er: *«Die Idee der Dreigliederung des sozialen Organismus kann ja nur so gefaßt werden, daß man sich klar macht: Wir sind einmal in einer Zeit, in der sich erstens vieles von selbst umwälzt und in der zweitens Neubildungen unbedingt eintreten müssen.»* So konnte sich Rudolf Steiner zum Beispiel den Bereich des Rechtslebens durchaus auch von Arbeiterräten und nicht bloß von Parlamenten geregelt denken.

Verbindung zu politischen Aktionszentren – Gespräche mit Arbeiterräten

Als Rudolf Steiner am 20. April 1919 nach Stuttgart kam, wurde er zunächst gebeten, zu den Arbeitern in den Fabriken anthroposophischer Unternehmer zu sprechen. Angesichts des großen Eindruckes, den seine Ausführungen machten, wurde er angefragt, auch vor den Belegschaften anderer großer Unternehmen einen Vortrag zu halten. Die Arbeiterschaft im Großraum Stuttgart, in vieler Hinsicht enttäuscht vom bisherigen Verlauf der Revolution, was sich in den Streikaktionen vom Januar und vom April gezeigt hatte, war zunächst erstaunlich offen für neue Ideen. Rudolf Steiner fand großen Anklang, und am Ende von vielen Versammlungen wurde jeweils mit großer Mehrheit einer Resolution (in diesem Band) zugestimmt, die die württembergische Regierung aufforderte, Rudolf Steiner als Berater für die Umsetzung der Dreigliederungsidee einzusetzen. Und so brauchte es nicht lange, bis eine Verbindung zum Arbeiterrat Groß-Stuttgart und den Mitgliedern seines Landesausschusses hergestellt und Rudolf Steiner eingeladen wurde, seine Ideen über eine sachgemäße Sozialisierung der Gesellschaft darzustellen.

Am 29. April 1919 wurde der Wunsch ausgesprochen, Rudolf Steiner in die Vollversammlung des Arbeiterrates Groß-Stuttgart

einzuladen; am 7. Mai hielt er seinen ersten Vortrag, und am 8. Mai 1919 begannen Besprechungen im kleinen Rahmen mit einzelnen Arbeiterräten. Es scheint, als ob Rudolf Steiner den Arbeitern sogar einen kleinen nationalökonomischen Kurs gegeben hätte; jedenfalls deuten verschiedene Eintragungen in seinen Notizbüchern in diese Richtung (zum Beispiel die vermutete Besprechung vom 27. Mai 1919, in diesem Band). Diese Beziehung Rudolf Steiners zu den Arbeiterräten dauerte gut einen Monat; es waren die Parteiführer, die um ihren Einfluß fürchteten und mit immer größerem Mißtrauen die Aktivitäten Rudolf Steiners verfolgten. Insbesondere in den Reihen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei regte sich Widerstand gegen all jene Parteimitglieder, die als Mitglieder des Arbeiterkomitees des Dreigliederungsbundes öffentlich für die Idee der sozialen Dreigliederung eingetreten waren. Am 16. Juni 1919 mußten sie sich in einer Parteiversammlung in Stuttgart rechtfertigen. Sie wurden zwar nicht aus der Partei ausgeschlossen, aber ihr Einsatz für die Sache erhielt einen massiven Dämpfer. Dies wurde in der Besprechung vom 17. Juni (in diesem Band) deutlich, als klar wurde, daß eine weitere Aktivität Rudolf Steiners im Rahmen des Arbeiterrates unerwünscht war. Den Boden für diesen Entscheid hatte ein Genosse bereitet, der einen persönlichen Haß auf Emil Molt und die Waldorf-Astoria hatte – seine Braut hatte dort gearbeitet und war wegen ihres Verhaltens entlassen worden.

Damit fand der Dialog mit dem Arbeiterrat ein Ende, ohne daß auf politischer Ebene im Sinne der Dreigliederung eine eigentliche Räteorganisation, auch nicht ansatzweise, zustande gekommen wäre. Allerdings standen bereits zu diesem Zeitpunkt die Zeichen auf Abschaffung der Arbeiterräte. Am 13. Juni 1919 hatte die verfassunggebende Landesversammlung in Württemberg die Auflösung der Arbeiterräte bis 15. Juli beschlossen. Auch wenn dieser Beschluß am 16. Juli 1919 wieder zurückgenommen wurde, spielten die Arbeiterräte in den folgenden Wochen und Monaten keine wesentliche Rolle mehr. Ihre endgültige Auflösung am 31. März 1920 fand dann in der politischen Öffentlichkeit kaum mehr Beachtung.

Alexander Lüscher

DER UNTERSCHIED ZWISCHEN ARBEITER- UND BETRIEBSRÄTEN

Dokumente zur Begriffserklärung

16. Mai 1919

Rudolf Steiner in einem öffentlichen Vortrag in Stuttgart

GA 330

Sitzungen oben abzuhalten – das führt uns nur zur Fortsetzung der alten Schäden, denn was sich heute verwirklichen will, das muß unmittelbar aus dem Volke heraus stammen, und das Symptom dafür, daß dies die Geschichte will, das ist das Rätesystem. Und dazu kommt noch etwas Bedeutsames: Dieses Rätesystem ist im Grunde genommen schon jetzt in doppelter Gestalt entstanden, und so wie der Leidensweg des Proletariats notwendigerweise zur Dreigliederung des sozialen Organismus hingeführt hat, weil das Proletariat auf den drei Lebensgebieten an Leib und Seele seine Not erfahren hat, weist diese merkwürdige Erscheinung des Rätesystems ebenso auf die Dreigliederung des sozialen Organismus hin. Zunächst stellt sich dieses Rätesystem so dar, daß auf der einen Seite sogenannte Arbeiterräte erwachsen, auf der anderen Seite aber zeigt sich schon eine andere Räteform, diejenige Räteform, die jetzt auftritt als Forderung nach Betriebsräten.

Wer Instinkt hat für das, was sich aus der Zeit herausbildet, der kann heute schon wissen, daß das System der allgemeinen Arbeiterräte nach der politischen Seite, der Staatsseite, der Rechtsseite hinweist, und dieses kann seine Ausbildung nur dann erfahren, wenn wir einem vom Wirtschafts- und Geistesleben getrennten Rechtsleben entgegengehen können. Solche Dinge kommen, indem sie sich aus der Menschheit heraus loslösen, sozusagen aus einer unvermeidlichen geschichtlichen Unklarheit heraus. Aber gefragt werden muß: Wie kann auf einem gesunden Boden, der eine wirkliche Organisation der menschlichen Gesellschaft möglich macht, das gestaltet werden, was in dieser Weise sich geltend macht? Ebenso wie das System der Arbeiterräte nach dem

selbständigen Rechtsboden hinweist, so weist das Institut der Betriebsräte auf den selbständigen Wirtschaftsboden hin, denn darin soll die Praxis der Impulse für den dreigliedrigen sozialen Organismus gesucht werden, daß da nicht in die Luft hinein mit einem Programm gebaut wird, sondern aus der geschichtlichen Wirklichkeit, die man nur richtig beobachten muß, auf Grund und Boden gebaut wird.

15. Juni 1919

Emil Molt im Aufsatz «Betriebsräte! Aus der Praxis für die Praxis»

Waldorf-Nachrichten 1. Jg. Nr. 9/10

Neben dem Thema der Sozialisierung dürfte es die Einrichtung der Betriebsräte sein, welche das Hauptinteresse von Unternehmer und Arbeiter in Anspruch nimmt. Hat man von Sozialisierung vor dem 9. November nur sehr wenig gehört, so ist der Begriff der Betriebsräte überhaupt erst nach dieser Zeit aufgetaucht und aus dem Sozialisierungsgedanken erst geboren worden.

Den Begriff der Arbeiterräte kannte man auch in Deutschland früher nicht; er stammt aus der russischen Revolutionszeit und wurde von dort mit den übrigen revolutionären Ideen importiert. Auf deutsche Verhältnisse passen diese «Räte» überhaupt nicht. Sie sind politisch gedacht und entsprechend inszeniert und führen jetzt angesichts der Tatsache, da infolge der ganzen Reformierung des Wirtschaftslebens überhaupt kein Arbeitsfeld für sie vorhanden ist, ein Schattendasein. Seien wir uns klar darüber: Die politischen Arbeiterräte haben in Ländern mit Regierung und Landtag keinen Platz, es fehlt ihnen ein organischer Aufbau, und sie sind deshalb das fünfte Rad am Wagen.

Anders liegt die Sache bei den Betriebsräten. Sie sind ein Bedürfnis der Zeit, und ohne sie ist eine wahre Sozialisierung überhaupt nicht durchführbar.

29. Juli 1919

Hans Kühn an die Ortsgruppen des Dreigliederungsbundes

Rundschreiben Nr. 12 des Bundes für Dreigliederung des sozialen Organismus vom 29. Juli 1919

Eine Betriebsräteschaft, die nicht auf dem Boden der Dreigliederung steht, ist das Gegenteil von dem, was wir anstreben, und könnte zu gefährlichen Zuständen führen, besonders dann, wenn die Betriebsräte, wie es in vielen Orten Norddeutschlands der Fall ist, nach wie vor vermengt würden mit den politischen Interessen der Arbeiterräte. Wir bitten, hauptsächlich darauf zu dringen, daß eine reinliche Scheidung dieser beiden Organe vorgenommen wird.

DIE VERBINDUNG RUDOLF STEINERS ZU DEN ARBEITERRÄTEN WÜRTTEMBERGS (1)

Dokumente aus der Anfangszeit
Februar bis Mai 1919

25. Februar 1919

Hans Kühn an den Arbeiterrat Groß-Stuttgart

Dokument Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E 135a, Bü 212

An den Arbeiterrat Stuttgart!

1. Gesunde Sozialisierung kann heute sofort durchgeführt werden, ohne die Konkurrenzfähigkeit dem Auslande gegenüber zu stören, wenn sie nicht auf dem Umweg der Verstaatlichung erreicht werden will.
2. Staatssozialismus hemmt das Wirtschaftsleben und entfernt die deutsche Sozialdemokratie von der Verständigung mit der Internationale.
3. Bei der wahren Sozialisierung der Wirtschaft verschwindet der Kapitalismus für den einzelnen, und die Klassenunterschiede werden aufgehoben.
4. Der geleistete Mehrwert kommt ausschließlich der Allgemeinheit zugute.
5. Alle anderen Fragen wie Steuerpolitik, Ware, Arbeitskraft und so weiter finden ihre natürliche, verhältnismäßig einfache Lösung, und das Proletariat gelangt zu seinem rechtmäßigen, menschwürdigen Dasein im Kreise der übrigen menschlichen Gesellschaft.

Weitere Ausführungen dieses Systems, das von Schweizer und deutschen Sozialisten vorgeschlagen wird, werde ich dem Arbeiterrat oder einem größeren Zuhörerkreise in einem Vortrage geben, wenn es gewünscht wird.

Ich halte diese Methode für die einzige Möglichkeit, sich beim Auslande Geltung zu verschaffen und im Innern die Gegensätze ohne Waffengewalt zu überbrücken.

Stuttgart, 25. Februar 1919 [*sign.*] H. Kühn

29. April 1919

Antrag an die Vollversammlung des Arbeiterrates von Groß-Stuttgart

Dokument Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E 135a, Bü 212

Feuerbach, den 29. April 1919

Antrag an die Vollversammlung des Arbeiterrats Groß-Stuttgart

Unterzeichnete stellen folgenden Antrag:

Die am 29. April 1919 im Kuppelsaal *[Kunstgebäude, Neuer Schloßplatz Nr. 2]* tagende Vollversammlung beschließt, Herrn Dr. Steiner, welcher in vergangener Woche in verschiedenen Versammlungen vor Arbeitern und auch sonstigen Schichten der Bevölkerung über den «Kernpunkt der Sozialen Frage» und seines Problems der Dreiteilung der Sozialisierung gesprochen hat, einzuladen, in einer Vollversammlung über die Sozialisierungsfrage zu sprechen. Dieselbe sollte in Anbetracht der Wichtigkeit dieser Frage sobald als irgend möglich stattfinden.

[*sign.*] Georg Lohrmann

29. April 1919

Beschluß zur Einladung Rudolf Steiners

Stuttgarter Neues Tagblatt 76. Jg. Nr. 214 (30. April 1919)

Arbeiterrat Groß-Stuttgart

Im Kuppelsaal des Kunstgebäudes fand gestern Nachmittag eine Sitzung des Arbeiterrats von Groß-Stuttgart statt. Genosse Gehring eröffnete die Sitzung, die nur spärlich besucht war. Auf seinen Vorschlag wird der Bericht über den Rätekongreß in Berlin zurückgestellt. Dr. Steiner hat einen Vortrag im Arbeiterrat zugesagt, der mit dem Bericht über den Rätekongreß zusammenfallen soll. Seit der letzten Sitzung haben sich Veränderungen im Vorstand vollzogen; anstelle des ausgeschiedenen Genossen Zernicke trat als Vorsitzender des Vollzugsausschusses Genosse Gehring, an Stelle der Ausschußmitglieder Engelhardt und Unfried die Genossen Ziegler und Wirsching.

30. April 1919

Hans Kühn in einem Brief an Rudolf Gehring

Dokument Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E 135a, Bü 212

Hans Kühn

Stuttgart, den 30. April 1919
Werfmershalde 10

An
Herrn Gehring
Vorsitzender des Vollzugsausschusses des Arbeiterrates Groß-Stuttgart
Stuttgart,
Neues Schloß

Sehr geehrter Herr Gehring!

Es wird Ihnen hiermit bestätigt, daß Herr Dr. Steiner gern bereit ist, vor den Delegierten des Arbeiterrates Groß-Stuttgart einen Vortrag zu hal-

ten über die von ihm vertretene Dreiteilung des sozialen Organismus, die als einzige Rettung aus den gegenwärtigen Zuständen erscheint. Herr Dr. Steiner wird absprachegemäß am Mittwoch, den 7. Mai, um 2 Uhr, im Festsaale des Gewerkschaftshauses erscheinen und nimmt an, daß Sie diesen Saal bereits fest belegt haben.*

Der Unterzeichnete hofft, daß die Delegierten so vollzählig erscheinen werden, daß der Saal gefüllt wird, anderenfalls bittet er, möglichst noch Gäste einzuladen, damit der Saal auch wirklich voll ist, weil die Gelegenheit, wo Dr. Steiner hier spricht, eine seltene ist und deshalb möglichst vielseitig benützt werden sollte. Es wird noch betont, daß die Gedanken Dr. Steiners mit irgendeiner Parteirichtung nichts zu tun haben, daß sie dagegen besonders in proletarischen Kreisen im Laufe der bisherigen Vorträge ganz ungeheuer wirksam sich erwiesen haben.

Für den Arbeitsausschuß des
Bundes für Dreigliederung des
sozialen Organismus
[*sign.*] Kühn

* [handschriftliche Anmerkung von Hans Kühn]:
Ich möchte noch den Antrag stellen, daß das Referat als erster Punkt der Tagesordnung behandelt wird, weil der Redner sehr viel zu tun hat und abends wieder anderweitig verpflichtet ist.

[*sign.*] Kühn

WEGE ZUR VERWIRKLICHUNG DES SOZIALISMUS

Erster Vortrag für die Mitglieder des Arbeiterrates Groß-Stuttgart
Stuttgart, 7. Mai 1919

ZUR QUELLENLAGE: Aufgrund der Verschiedenheit der Quellen werden zwei Fassungen nebeneinander gestellt. Die erste Fassung beruht auf einem Protokoll der Sitzung des Arbeiterrates Groß-Stuttgart. Die zweite Fassung besteht einerseits aus einer Zusammenfassung der Ausführungen Rudolf Steiners von unbekannter Hand sowie andererseits aus einer Rekonstruktion der verschiedenen Diskussionsvoten auf der Grundlage von Notizen Rudolf Steiners. Der Wortlaut der zweiten Fassung, sofern er den Diskussionsteil betrifft, ist somit ein an den vorhandenen Textrelikten orientierter Interpretationsvorschlag und ist deshalb als lückenhaft und nur mit Einschränkung als authentisch zu betrachten. Die verwendeten Notizen Rudolf Steiners sind im Anhang I abgedruckt. Die daraus entnommenen Textteile sind kursiv gesetzt.

ERSTE FASSUNG

[Der Genosse] Gehring eröffnet 2.30 Uhr die Sitzung mit kurzem Hinweis auf die Vertagung und erteilt Dr. Steiner das Wort.

Rudolf Steiner erinnert an den vor einiger Zeit von ihm herausgegebenen Aufruf «An das deutsche Volk und an die Kulturwelt»,

ZWEITE FASSUNG

Wie in letzter Zeit öfters vor großen Arbeiterversammlungen hielt Herr Dr. Steiner am letzten Mittwoch auch für den Arbeiterrat Groß-Stuttgart einen Vortrag im Festsaale des Gewerkschaftshauses über seine Vorschläge zur Verwirklichung des Sozialismus. Seine mit großer Gedankenkraft und Wärme vorgetragenen Ausführungen zeigten tiefes Verständnis für die Sehnsucht des Proletariates, zu einer anderen sozialen Stellung zu kommen, und bewiesen, daß Dr. Steiner nicht nur über, sondern mit dem Proletariat zu denken versteht. Aus dem Reichtum der Gedanken seien nur die leitenden herausgehoben.

Rudolf Steiner: Die erste Forderung des Proletariats wird oft als eine bloße Magenforderung betrachtet von solchen, die nichts

der diesem Vortrag zugrunde gelegt sei. Er sei kein Junger unter den Proletariern, sondern stehe schon bald fünf Jahrzehnte [!] im politischen Kampf. Im Frühjahr 1914 habe er in einer Versammlung in Wien erklärt: Wer das soziale Leben erfaßt und die Entwicklung aufmerksam verfolgt hat, muß schlimme Befürchtungen hegen für die Zukunft, denn die ganze Lage gleicht einem Geschwür, das bald zum Aufbruch kommen wird. – Jagow erklärte damals, die Entspannung nehme zu, mit Rußland seien die Beziehungen gut und so weiter. Kurz darauf ging der schreckliche Krieg los.

Die soziale Frage tritt deutlich in einer Dreigliederung auf: geistig, politisch und wirtschaftlich. Viele vergleichen den Sozialismus immer nur mit einer Aufteilung [der Vermögen] und man hat ausgerechnet, daß hierbei auf den Kopf nur 50 Pfennig kämen. Dies ist natürlich Unsinn. Eine ganz andere Wirtschaftswissenschaft muß Platz greifen. Nicht nur der Wirtschaftstechnik, sondern auch der Wirtschaftskraft muß eine viel größere Aufmerkverstehen von der Lebenslage des Arbeiters. Sie ist eine Magenforderung und mit Recht. Aber dahinter liegt etwas viel Tieferes: das brennende Verlangen nach einem wahrhaft menschenwürdigen Dasein. Nicht nur der Magen hungert, mehr hungert das Geistige im Menschen nach wirklicher Nahrung. Das rein bürgerliche Geistesleben der letzten Jahrhunderte ist unlebendig geworden, kann das lebendige Wesen der Wirklichkeit nicht verstehen und nicht leiten. Auch das, was von der bürgerlichen Wissenschaft dem Proletariat als Wissenschaft vererbt wurde, kann es nicht. Die Volks[hochschul]-kurse, Volks[bildungs]veranstaltungen, Volkshäuser sind eine Lebenslüge. Das Geistesleben und seine Träger sind, mit wenigen Ausnahmen, vom Staate abhängig geworden. Sie werden vom Staate für die Zwecke des Staates herangezüchtet, von der Volksschule an bis hinauf zur Hochschule. So konnte das Geistesleben nicht Schritt halten mit der mächtig sich entwickelnden Industrie. Wir hatten keine Industriewissenschaft, welche die

samkeit geschenkt werden. Das Geistesleben muß auf anderer Grundlage aufgebaut werden, denn alle Führer entstammen Kreisen, in denen für das Volk wenig Verständnis herrscht. Dadurch wird eine tiefe Kluft zwischen dem arbeitenden Volk und dem Geistesleben geschaffen. Eine vernünftige Wirtschaft muß Platz greifen. Vor dem Kriege sind eine Unmenge Wirtschaftsstoffe vergeudet worden, die bei einem richtigen Wirtschaftsprozeß gespart werden können. Dies wurde den Proletariern geheimgehalten, dafür aber wurden ihnen andere Dinge gezeigt, Museen, Theater und so weiter. Letzteres, hervorgegangen aus ganz anderem, [dem] bürgerlichen Geistesleben, hatte keine Beziehung zum Proletarier.

Nicht nur die Arbeitskraft wird dem Unternehmer verkauft, sondern auch die Seele des Arbeiters. Schon daraus ergibt sich, daß hier Wandel geschaffen werden muß. Das Geistesleben muß auf dem Vertrauen der ganzen Menschheit aufgebaut werden. Es muß unabhängig werden vom Staate, und ein Professor darf nicht mehr ernutzbringende Ordnung, Verteilung und Verwendung der Produktion hätte leiten können. Dieser Mangel hat uns mit ins Elend getrieben. Das Geistesleben muß frei werden vom Staat, muß sich aus seinen eigenen Bedürfnissen heraus entfalten. Von der Einheitsschule bis zur Hochschule muß es aller Wirklichkeit gerecht werden, allen zugänglich sein. Dann wird ein Geistesleben entstehen, das imstande ist, das Wirtschaftsleben zu leiten.

Die zweite proletarische Forderung bezieht sich auf das Staatsleben. Was fand der Proletarier bisher, wenn er den Rechtsstaat betrachtete? Den Klassenkampf fand er, Klassenvorteile und Klassenbenachteiligung. Der neue politische Staatsorganismus muß aufgebaut werden auf den allgemeinen, gleichen Menschenrechten, die jeder gesunden Seele in gleicher Weise eingeboren sind. Nur diese Rechte fallen in sein Gebiet; er muß freigeben das Geistesleben und freigeben das Wirtschaftsleben.

Die dritte Forderung beleuchtet wie ein Blitzstrahl ein Wort

klären, daß die Wissenschaft die Schutztruppe der Hohenzollern sei. Die im Geistesleben Tätigen müssen enge Fühlung haben mit der Arbeit [= Wirtschaft], womit ein Hinüber und Herüber[gehen] fortwährend stattfinden [kann]. Ferner muß das Wirtschaftsleben von der Politik und vom Staate vollständig getrennt werden, nur dann kann eine Sozialisierung vorgenommen werden. Auch die Betriebsräte können nur richtig tätig sein, wenn sie durch den Staat nicht bevormundet werden. Nur im Geistesleben ist gegenwärtig eine einigermaßen gerechte Eigentumsauffassung vorhanden, indem nach 30 Jahren das Eigentum an die Allgemeinheit übergeht. So muß es auch beim Kapitalismus werden, durch eine fortwährende Zirkulation des Geldes.

Durch Dreigliederung wird sich verwirklichen: die Freiheit im Geiste, Gleichheit im Staate und Brüderlichkeit in der Wirtschaft.

von Karl Marx: Die menschliche Arbeitskraft ist Ware geworden. – Da ist ein Rest der alten Sklaverei, denn der Proletarier ist genötigt, seine Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt nach der wirtschaftlichen Konjunktur und Konkurrenz zu verkaufen und sich selbst mit. Und das bestehende Wirtschaftsleben muß darauf ausgehen, die Ware Arbeitskraft restlos zu verbrauchen. Die Arbeitskraft muß herausgerissen werden aus dem Wirtschaftsleben. Der Proletarier fordert ein [neues] Arbeitsrecht: Der selbständige Rechtsstaat hat festzusetzen Art und Maß der Arbeit und das Maß der Arbeitsruhe. Mit seinen Rechten tritt der Arbeiter an den Arbeitleiter heran und schließt mit ihm einen rechtlichen, nicht einen wirtschaftlichen Vertrag. Das Wirtschaftsleben ist selbstverständlich abhängig auf der einen Seite von der Naturgrundlage; ebenso muß es auf der anderen Seite begrenzt sein von der Rechtsgrundlage.

Die drei Forderungen können nur erfüllt werden, wenn der soziale Organismus nicht als Einheitsstaat bestehen bleibt, sondern

wirklich geteilt wird in die drei selbständigen Glieder: in den Rechts- beziehungsweise Staatsorganismus, den Wirtschaftsorganismus und den Kulturorganismus. Auf Freiheit muß aufgebaut werden der [Kulturorganismus und auf Gleichheit der] Staatsorganismus, auf Brüderlichkeit im weitesten Sinn muß aufgebaut werden der Wirtschaftsorganismus.

Nur mit großen, umfassenden Mitteln kann jetzt, sozusagen fünf Minuten vor zwölf, noch geholfen werden. [Die Idee der sozialen Dreigliederung ist keine abstrakte, unpraktische Utopie], denn [bis] in die Einzelheiten hinein kann der Weg zur praktischen Durchführung dieser tragenden Ideen angegeben werden.

Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen, weil die Anwesenden das Gefühl hatten, daß Dr. Steiner wirklich die Wege zu weisen versteht, die aus der heutigen sozialen Not hinausführen, und daß er nicht nur etwas stürzen will, sondern daß er auch wirklich zu beherzigende Vorschläge machen kann, wie die Neuordnung des sozialen Lebens sich gestalten muß.

Engelhardt: Steiner bringt mit seinem Idealismus wenig Neues, der Kern-

Genosse Engelhardt: Das *ideal angelegte Referat* von Herrn Dr. Steiner

punkt zur Gesundung ist die Beseitigung des Kapitalismus. Erwünscht wäre, von Dr. Steiner den praktischen Weg zur Beseitigung des Kapitalismus zu hören. Vor allem stellt sich die Frage, ob Steiner den gleichen Weg wolle, wie die U.S.P. Nur die Erringung der Macht kann das Proletariat zum Ziele führen.

hat uns Leuten aus der Arbeiterklasse *nichts Neues* gebracht. Im Grunde waren seine Ausführungen *weiter nichts als* die uns schon längst bekannten alten Empfehlungen in *Vortragsform*, vielleicht *in* eine etwas *neue Form gekleidet.* Ich *hätte erwartet, daß* die soziale Frage von ihm *nicht* einfach in *ideal angelegten Worten* abgehandelt worden wäre, sondern daß er gezeigt hätte, *wie* das, *was* er in so idealer Weise *behandelt hat,* sich in die Wirklichkeit umsetzen läßt. Ich hätte mir *gewünscht,* daß er uns einen *praktischen Weg gezeigt hätte, wie* wir *zur Beseitigung des Kapitalismus* gelangen können. Das Aufzeigen eines solchen praktischen Weges habe ich *vermißt.* Aber gerade das wäre der *Kernpunkt* der sozialen Frage.

So möchte ich jetzt eine *Frage stellen: Wie stellt sich Dr. Steiner* die Umsetzung der Dreigliederung denn vor? Wenn es doch so leicht ist, dann müßte sich das Ganze schon morgen durchführen lassen. *Wie* hat er sich das *vorgestellt? Schon längst* wäre der Kapitalismus überwunden, *wenn* es so einfach *mit* Hilfe von *Referaten gegangen wäre.* Die große Frage ist doch die: Wie kann die *Machtgewalt* der Kapitalisten *beseitigt* werden? Ich möchte gerne wissen, *ob* denn die An-

hänger der Dreigliederungsidee wirklich *denselben Weg* zur Überwindung der Klassenunterschiede anstreben wie wir. *Unter* dem *«Aufruf»* stehen *viele Namen,* zum Beispiel auch derjenige *Professor von Blumes, der für die* Hochschul*lehrer* steht. Es ist *derselbe* Mann, *der mit* andern zusammen *die heutige* neue *Verfassung* Württembergs *gemacht* hat.

Doch was nützen uns neue Verfassungen, wenn die Ausbeutung des Proletariats nicht grundsätzlich beseitigt wird? Vor einigen Tagen haben wir vom Proletariat in einer machtvollen Demonstration den *1. Mai gefeiert.* Es ist doch so: *Großangelegte Referate nützen nichts* und vermögen die Lage der arbeitenden Klassen nicht zu verbessern. Es braucht Gesetzesänderungen, und nur aufgrund von *gesetzlichen Notwendigkeiten* kann der Kapitalismus bezwungen werden. Die *Be*freiung von den kapitalistischen Zwängen kann allein das *Werk des Proletariats selbst* sein. Der kapitalistische *Hemmschuh muß beseitigt werden* – da *nutzt* alles Diskutieren *nichts* –, und das *kann* schon *morgen* – im Gegensatz zur Dreigliederung – *erreicht werden.*

Der Sozialismus – das ist unser Ziel! *Wenn die wirtschaftliche Gleichbe-*

rechtigung erreicht ist, dann brauchen wir keinen Staat mehr. Das ist die wahre Lösung der sozialen Frage. Sie läßt sich nicht durch *ideal angelegte Referate* lösen, denn die hören wir schon *seit Jahrzehnten.*

Römer: Das Proletariat muß zur Niederzwingung des Kapitalismus die Macht erringen, dann ist der Sozialismus gelöst.

Genosse Römer: Nach den Ausführungen des Genossen Engelhardt bleibt *wenig übrig,* was als Ergänzung *noch zu sagen* wäre. Es ist grundsätzlich *erfreulich, daß einzelne von der Intelligenz* sich für die Belange des Proletariats praktisch einsetzen wollen – *sonst* tun sie es ja meist *nur feuilletonistisch.* Aber *auch ich muß sagen:* Das soziale *Elend* kann *nur dadurch* beseitigt werden, *daß* das *Proletariat* die *Macht ergreift.* Es ist letzten Endes alles doch eine *Frage* der *Macht* und *nicht* der *Theorie.* Es wird sich *aus den* konkreten *Verhältnissen* ergeben, *ob* es einmal *zu* der von Herrn Steiner vorgeschlagenen *Dreiteilung* kommt. Das Diskutieren darüber ist müßig und bleibt eine reine *ideologische* Spiegelfechterei.
Die *einzige Frage, die sich wirklich stellt,* ist die Machtfrage. *Wir* vom Proletariat *brauchen* die *Macht,* und wenn wir die haben, *dann* lösen sich *alle anderen Fragen von selbst.* Die Erringung der Macht – das muß

Bihl: Nicht nur Ideale müssen gepflegt, sondern praktische Arbeit muß geleistet werden. Doch hierzu müssen auch Männer da sein, die den Geist in die Masse hineintragen. Betriebsräte werden nichts anderes sein als die Angestelltenausschüsse.

unser *einziges Interesse* sein. Wir brauchen aber keine endlosen intellektuellen Diskussionen, um dieses Interesse zu kennen. Wohlverstanden, ich habe nichts gegen gescheite Menschen, denn ich bin nicht jemand, *den Intelligenz aufregt.*

Genosse Bihl: Ich möchte meine *Zustimmung zu* den Ausführungen des Genossen *Engelhardt* insofern erklären, als es darum geht, *nicht bloß Ideale* zu entwickeln, *sondern praktische Arbeit* zu leisten. Und *für* die *praktische Arbeit,* da braucht es handfeste *Menschen. Wenn* man *ins praktische, politische Leben hereintritt,* dann haben *Ideale keinen Kurswert;* alles dreht sich dort um *Macht* und das Streben nach *Macht ist* die *einzige Frage.*

Die *Ausführungen Steiners und sein Buch* habe ich wie einen *Kommentar zum Neuen Testament* empfunden. Was er vorschlägt, ist ein *operativer Eingriff* in die Gesellschaft.

Wenn *heute* von *Betriebsräten* gesprochen wird, so ist das bloß eine andere Bezeichnung, eine *andere Firma für* die bestehenden *Arbeiterausschüsse.* Den *Arbeitern* muß die Möglichkeit einer *Einwirkung auf* den *Verkauf des Produktes* zustehen,

Mittwich: Wenn die Sozialisten in der Regierung von dem Willen Steiners beseelt wären, würden wir schon weiter sein. Eine Trennung zwischen Politik und Wirtschaft ist nicht gut möglich; Politik wird die Wirtschaft beherrschen und umgekehrt.

sonst denken die *Unternehmer* bloß, *nachdem* sie den *Lohn* für die sogenannt *teuren* Arbeiter bezahlt haben, sich das *Produkt* noch *teurer bezahlen* zu lassen. Es ist wirklich *notwendig, daß* die *Menschen* die vorgeschlagenen Änderungen *geistig* bis ins Letzte *durchdacht haben.*

Es ist eine allmählich *reifende Wahrheit:* Die bisherige *Sperre* muß beseitigt werden. Die *Besseren* müssen in die ihnen zukommende *Stellung* gelangen können; dem Grundsatz *«freie Bahn dem Tüchtigen»* muß endlich Nachachtung verschafft werden.

Genosse Mittwich: In der *Diskussion* hat man schon vieles an *Ausführungen* gehört. Aber trotzdem möchte ich mich zum Wort melden und meine Meinung in Form einer kurzen *Ausführung* mitteilen. Zunächst etwas Grundsätzliches. Es ist doch so: *Wenn manche Menschen, die heute* in der Regierung sind und *regieren wollen, den Steiner* neben sich *hätten, wäre es* um vieles *besser* bestellt.

Was das konkrete Vorgehen betrifft, so ist aus meiner Sicht der ganze *Modus zu* all den *Wirtschaftsfragen* noch nicht völlig geklärt, denn es ist eindeutig: *Politische Fragen las-*

sen sich von Wirtschaftsfragen nicht trennen. Es ist ja unbestreitbar: Ein Parlament, das aus *allgemeinen* und *gleichen Wahlen* hervorgegangen ist, *setzt sich zusammen aus denen, die noch Coupons abschneiden,* und denen, die eben vom Ertrag ihrer Hände Arbeit leben müssen. Das ist die Wirklichkeit der *allgemeinen bürgerlichen Demokratie.* Und dabei liegt es auf der Hand: Unsere *100 000 Bergarbeiter* zum Beispiel bilden eine starke *wirtschaftliche Macht,* auf diese kommt es an in Zeiten, wo *ganz Deutschland in Ruin* ist.

Ein selbständiges *geistiges Leben kann ich mir* gut *denken*; das kann heutzutage auch leicht verwirklicht werden. Aber mit dem *wirtschaftlichen Leben und* dem *Rechtsleben* ist es doch anders. Bis jetzt ist es ja, wie ich schon gesagt habe, noch so, daß *die einen die Arbeit* erledigen müssen, während die *anderen,* die Kapitalisten, von ihrem Profit leben können. Das ist ungerecht, da braucht es ein neues *Recht*, das eingreift. Aber das ist nur durch eine allgemeine politische Umwälzung zu erreichen. Die Hauptfrage ist dabei, *wie* sich der *heutige Staat ablösen* läßt, *wie* die *Liquidierung gedacht* ist, wem die *Polizei* und das *Militär* unterstellt sein wird.

ERSTE FASSUNG

Krämer: Wenn das Privateigentum an Produktionsmitteln abgeschafft wird, als was tritt dann das Geld auf?

Müller: Durch Betriebsräte kann man auf dem richtigen Weg weiterschreiten, wenn nur die Proletarier einig sind. Durch Unverstand der großen Masse sind unsere gegenwärtigen Verhältnisse geschaffen worden.

Gehring: Auch ich habe aus dem Vortrag keinen praktischen Weg vernommen, der uns aus den schweren Verhältnissen herausführen könnte. Eine Trennung der drei Glieder ist meines Erachtens nicht gut möglich.

ZWEITE FASSUNG

Genosse Krämer: Als *Proletarier* bin ich bei all den Diskussionen *nicht nachgekommen.* Mir ist als große *Frage* geblieben: Haben wir denn nicht eine *sozialistische Gesellschaft, wenn* das *Privateigentum an* den *Produktionsmitteln abgeschafft* ist? Das einzige, was man dann noch zu entscheiden hat, ist die Frage, *wie mit* dem *Geld* zu verfahren ist. Es ist zu entscheiden, ob das Geld nun eine Ware oder ein Tauschmittel ist.

Genosse Müller: Ich wundere mich, wie es jemandem noch unklar sein kann, wie mit der Sozialisierung *angefangen* werden soll. *Ich glaube, ich habe verstanden,* auf welchem Weg das zu geschehen hat: durch die *Betriebsräte.* Und das ist eine rein friedliche Angelegenheit. Erst durch die Unvernunft der großen Massen war es nötig, Gewalt anzuwenden. *Morgen* kann *angefangen* werden, das, was als Ziel gegeben ist, ist noch *nicht vollführt.*

Genosse Gehring: Mit Interesse bin ich den Ausführungen von Rudolf Steiner gefolgt, denn ich habe *geglaubt, etwas Neues* zu hören, insbesondere die Darstellung des *Weges, um* aus den sozialen Nöten *heraus-*

Nicht allein die Macht wird uns zum Ziel bringen, sondern eine geistige Höhe der Proletarier ist dabei auch notwendig. Das Proletariat erstreckt sich auf alle die, die tätig sind zur Erhaltung des Wirtschaftslebens.

zukommen. Und nun, nachdem ich den Vortrag gehört habe, *da sage* ich das folgende: Ich *habe* erwartet, daß *im Vortrag* von Herrn Steiner etwas geboten würde, was gezeigt hätte, *in welcher Weise* wir aus dem sozialen Chaos *herauskommen.* Was die Frage der sozialen Dreigliederung betrifft: Ich kann sie nicht so beantworten, wie Herr Steiner sie beantwortet.

Ich kann mir *nicht vorstellen,* wie diese Dreigliederung praktisch umgesetzt werden kann. Das *Politische und* das *Wirtschaftliche* lassen sich *nicht* einfach *trennen;* es *geht alles miteinander,* ist ineinander verflochten. Alle *Rechtsfragen* sind in der bürgerlichen Klassengesellschaft immer auch politische *Machtfragen,* und insofern *gibt* es *nur* ein *relatives Recht.* Es geht also zunächst darum, die *Klassen* zu *beseitigen.* Und erst *dann,* wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, sind die *Rechtsfragen nicht mehr Machtfragen* und wird es möglich, *die Klassen zu überwinden. Ob* dieses Ziel *durch* die *Dreigliederung* zu erreichen ist, wenn wir sie *heute einführen, ob wir* auf diesem Weg wirklich *dahin kommen, wage* ich *nicht zu behaupten. Daß wir* dahin *kommen* werden, ist sicher, *aber* wir müssen doch deutlich *sagen,*

daß das *Proletariat* dazu die Macht *braucht.*

Es geht wirklich um etwas ganz Großes, um die *Errichtung des Sozialismus.* Und da scheint es mir richtig, wenn *einer von* der Seite der *Macht, der andre von* einem *ideellen Standpunkt* in diese Richtung wirkt. Es braucht *nicht nur* den *einen*, der nur von der einen Seite kommt, sondern nötig ist *beides.* Und *das* hat die Arbeiterbewegung zu *zeigen*, vorausgesetzt natürlich, *daß man* es auch *zeigen kann.* Der *Krieg* hat uns Deutschen nicht nur einen großen materiellen, sondern auch einen entsprechenden *moralischen Verlust* gebracht. Und wir sehen das daran, *daß wir* in vielen Bereichen ein persönliches *Fiasko erleben mit den Menschen.* Es stellt sich ja heute wirklich die Frage: *Wo fängt* das *Proletariat,* das sich durch eine solide, verläßliche Gesinnung auszeichnet, *an* und *wo hört es auf,* wo beginnt die Unzuverlässigkeit. *Wenn* wir Proletarier *von* einem gemeinsamen, kraftvollen *Willen beseelt* sind, *dann* werden *wir* den *Sozialismus* auch *erhalten.* Dessen können wir sicher sein!

Schulz: Nur auf die praktische Ausführung kommt es an.

Genosse Schulz: Heute habe ich zum ersten Mal Herrn Steiner gehört. Und

ich muß sagen, daß es bereits vor dem Krieg ähnliche *Gedankengänge* gegeben hat. Das gilt gerade auch für die von Steiner vorgebrachte *Theorie* – diese *Theorie ist keine neue*. Theorien sind überhaupt *nicht wesentlich;* es kommt vielmehr darauf an, den *praktischen Weg* zu kennen. Da geht es um eine *bloße Machtfrage,* und so handelt es sich darum, daß wir wissen, *wie* wir mit der Machtübernahme *morgen beginnen* können.

Römer: Ich kann nicht verstehen, daß behauptet wird, unter Macht verstehe man nur rohe Macht. Eine geistige Macht besitzen die Proletarier bereits.

Genosse Römer: Die Ausführungen von Genosse *Gehring* haben mich doch sehr *verwundert,* er hat nicht verstanden, was Rudolf Steiner meint. Allerdings gilt: Nur *wenn* man sein *Wort hält, kann man diskutieren.* Aber das ist ja heute nicht der Fall; der *Kapitalismus* ist *noch zu stark.* Doch das *Proletariat* muß endlich *zur Tat* schreiten. Von Marx wissen *wir* Arbeiter und haben es *längst vorausgesehen, daß* der *Sozialismus* kommen *muß.* Die *bürgerliche Intelligenz* ist *unfähig, die Dinge,* wie sie sich abspielen werden, zu *begreifen.* Das haben die vergangenen *4½ Kriegsjahre* gezeigt.

Schlipf: Die Grundideen sind meiner Meinung nach die richtigen. Der Weg

Genosse Schlipf: Was das *Referat* von Dr. Steiner betrifft, so meine ich,

geht über die Beseitigung des Besitzes. Im Rechtswesen hat das Proletariat bis jetzt noch nichts zu sagen.

daß wir die von ihm vorgebrachten *Grundideen* durchaus *akzeptieren* können. Hingegen muß ich mit Blick auf die *Wege* feststellen, daß sie noch *nicht* genügend *gekennzeichnet* sind. Wichtig ist, daß die *geistigen Arbeiter Schulter an Schulter mit* dem *Proletariat gehen.* Wir Arbeiterräte sind *an* den *Posten gestellt,* wo wir dafür sorgen können, daß sich der Sozialismus in naher Zukunft verwirklicht.

Blumer: Wie kommen wir aus dem Zustande heraus, in den uns der Kapitalismus und der Krieg hineingebracht haben? Genossin Zetkin hat auch erklärt, daß es ein langer Weg sein wird, bis das Ziel des Sozialismus erreicht ist – eine Ansicht, der auch ich beipflichte. Ohne den Kapitalismus in den andern Ländern zu beseitigen, ist ein reiner Sozialismus nirgends möglich.

Genosse Blumer: Wenn es um die Verwirklichung des echten Sozialismus geht, so ist das nicht nur eine Frage, die Deutschland angeht, sondern auch die *anderen Länder.* Auch in den *Entente*-Staaten gibt es *Proletarier,* die die gleichen Interessen haben wie die Arbeiterklasse in Deutschland.

Steiner: [keine Aufzeichnungen]

Rudolf Steiner ist der Überzeugung, daß seine Dreigliederung die einzige Grundlage für eine durchgreifende Sozialisierung ist und daß ein besserer [Vorschlag zur] Lösung der sozialen Frage von keiner Seite vorliegt. Diese Vorschläge können allerdings sofort auf die Seite geschoben wer-

den, wenn von anderer Seite bessere Vorschläge gemacht werden. Wenn dies aber nicht der Fall ist, so glaubt er erwarten zu können, daß man die vorgebrachten Vorschläge nicht einfach ungeprüft liegen läßt, sondern sich ernsthaft mit ihnen auseinandersetzt.

Wegen der kommenden Betriebsräte ist *Rudolf Steiner* der Ansicht, daß diese vollständig unabhängig vom Staate begründet werden müßten, weil sie sonst [bloß] wieder [nur] das fünfte Rad am «Wirtschaftswagen» wären. Die Betriebsräte müssen sich so rasch in den Geschäftsgang ihres Betriebes einarbeiten, daß sie in kurzer Zeit bei der Leitung desselben mitsprechen können, vor allen Dingen, daß sie etwas verstehen, wenn es in Bälde dazu kommen wird, den Betriebsgang [verstärkt] zu fördern. Er regt an, möglichst viele Betriebsräte zu gründen, betont aber wiederholt, daß vom Staate aus nicht eingegriffen werden darf, weil die Betriebsräte eine rein wirtschaftliche Angelegenheit sind, die auf Vertrauen und Vertrag aufgebaut sein müssen und die von Gesetzen nicht bevormundet werden

beziehungsweise gehemmt werden dürfen.

Antrag, Steiner zu berufen, wird angenommen.

Die in anderen Arbeiterversammlungen fast jedesmal einstimmig angenommene Resolution, die die Berufung Dr. Steiners in die Regierung zwecks Durchführung der Dreiteilung des sozialen Organismus verlangt, wurde auch von dem Arbeiterrat Groß-Stuttgart gegen wenige Stimmen angenommen.

DIE VERBINDUNG RUDOLF STEINERS ZU DEN ARBEITERRÄTEN WÜRTTEMBERGS (2)

Dokumente zum Höhepunkt seines Wirkens
Mai 1919

9. Mai 1919

Der Vollzugsausschuß des Arbeiterrates Groß-Stuttgart an den Arbeitsausschuß des Bundes für Dreigliederung des sozialen Organismus

Dokument Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E 135a, Bü 212

B. Sch. *[Stuttgart]*, 9. Mai 1919

An den Arbeitsausschuß
des Bundes für Dreigliederung des Sozialorganismus
Hier

Betreffend Dr. Steiner

Die in der am 7. Mai stattgefundenen Arbeiterratssitzung Groß-Stuttgarts angenommene Resolution haben wir in folgender Weise an die Regierung weitergegeben:
«Von der Württembergischen Regierung wird gefordert, daß Dr. Steiner unverzüglich berufen wird, um die Dreigliederung des sozialen Organismus, welche als einzige Rettung vor dem drohenden Untergang erscheint, in Angriff nehmen zu können.»
Der Vollzugsausschuß übergibt Ihnen Obenstehendes zur gefälligen Kenntnis.

Vollzugsausschuß des
Arbeiterrates Stuttgart

Vorsitzender: [Rudolf Gehring]
Sekretär: [sign.] B. [= Emil Barthelmes]

10. Mai 1919

Hans Kühn an den Vollzugsausschuß des Arbeiterrates Groß-Stuttgart

Dokument Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E 135a, Bü 212

Hans Kühn
Stuttgart
Werfmershalde 10

Stuttgart, den 10. Mai 1919

An den
Vollzugsausschuß des Arbeiterrates Stuttgart
Stuttgart
Residenzschloß

Betreffend Dr. Steiner

Aus Ihrem Briefe vom 9. Mai ersehen wir, daß Sie die in der Arbeiterrats-Sitzung Groß-Stuttgart am 7. Mai angenommene Resolution nachträglich umgeändert und an die Regierung weitergegeben haben.

Wir möchten nicht verfehlen, darauf aufmerksam zu machen, daß der vorgelegte Wortlaut angenommen worden ist und daß Sie im Grunde genommen nicht berechtigt sind, nachträglich eine Änderung vorzunehmen. Sie werden jedenfalls mit uns der Ansicht sein, daß eine Resolution, die von allen Teilen des Landes mit vielen tausend Unterschriften in unserer Geschäftsstelle gesammelt und dann der Regierung vorgelegt, einen anderen Eindruck machen muß, als wenn die Resolutionen von den verschiedenen Orten direkt der Regierung zugehen.

Dies lediglich zur Konstatierung des Sachverhaltes.

Der Bund für Dreigliederung des sozialen Organismus

Für den Arbeitsausschuß:
[*sign.*] Kühn

[handschriftliche Anmerkung]:
Der Vollzugsausschuß erhoffte von der Übermittlung an die Regierung mehr Erfolg wie an Ihre Adresse. Wir haben aber bereits der Regierung mitgeteilt, auf unsere Resolution nichts zu unternehmen, und überließen es Ihnen, mit der Annahme einer Resol*[ution]* mit 150 Stimmen von 320 bei unt*[er]* st*[ützender]* großer Mehrheit.

13. Mai 1919

Sitzung des Landesausschusses der Arbeiter- und Bauernräte Württembergs (Protokollauszug)

Dokument Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E 135a, Bü 19/20

3.) Verschiedenes
Von dem Bund für die Dreigliederung ist eine Beschwerde dagegen eingelaufen, weil der Vollzugsausschuß die im Arbeiterrat angenommene Resolution an die Regierung weitergegeben hat und nicht an ihn. Vom Schreiben wird Kenntnis genommen.

14. Mai 1919

Sitzung des Arbeiterrates Groß-Stuttgart (Protokollauszug)

Dokument Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E 135a, Bü 19

Genosse Römer: Zu dem Rätekongreß *[2. Reichsrätekongreß vom 8. bis 14. April 1919 in Berlin]* habe er nicht viel zu sagen, nur müßte er das feststellen, daß auch die U.S.P. sich nicht an dem Rätekongreß hätte beteiligen müssen (Widerspruch). Die gegenwärtigen Räte haben keinen Zweck wie auch die Parlamente. Es ist fraglich, ob die K.P.D. auf dem nächsten Arbeiterrat nochmal erscheinen wird. Auch das Steiner'sche System werde uns nicht herausbringen.

12. Mai 1919

Die Haltung der Mehrheitssozialisten

Schwäbische Tagwacht 39. Jg. Nr. 108

Dreigliederung des sozialen Organismus

In den Betrieben werden zurzeit Unterschriften gesammelt, um die Berufung des Herrn Dr. Steiner in die württembergische Regierung zu bewirken. Seine Aufgabe soll sein, die Dreigliederung des sozialen Organismus durchzuführen. Derartige Anregungen finden in der jetzigen Zeit guten Boden, weil alles sich aus dem sozialen Elend heraussehnt. Daß diese Hoffnungen durch Dr. Steiner und seine Ideen erfüllt würden, können diejenigen, für die das Wirtschaftsleben keine Illusionsgebäude, sondern reale Wirklichkeit ist, nicht zugeben. Auffallend ist, daß die Propaganda in Arbeiterkreisen zum Teil von Leuten betrieben wird, die vor der Revolution sich um alles, nur nicht um die Arbeiterbewegung gekümmert haben und die nach der Revolution ihre Aufgabe darin erblickten, die Arbeiterschaft in das Lager der Spartakisten hinüberzuführen. Der Versuch mit dem Aktionsausschuß ist mißlungen, weil die Arbeiterschaft zur Einsicht kam, daß nicht die Einigung, sondern Spartakismus das Ziel dieser Bewegung war. Also müssen andere Mittel gefunden werden. Dieselben Namen, die seinerzeit unter dem Aufruf des sogenannten «Aktionsausschusses» standen, finden wir auch unter dem «Aufruf für soziale Dreigliederung». Man will die Arbeiterschaft nur unter seiner Führung haben, vielleicht gelingt es dann doch noch, sie zum Werkzeug für den Bolschewismus zu machen.

So sieht die Sache aus und deshalb kann die Unterschreibung einer solchen Aufforderung nicht empfohlen werden.

Ob die Regierung Dr. Steiner beruft, ist eine Frage für sich. Dazu braucht es keine Unterschriften. Die Regierung hat das größte Interesse daran, alle Kräfte, die wirklich zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens beitragen können, in ihren Dienst zu stellen. Herr Dr. Steiner müßte aber erst wirklich praktische Vorschläge machen, damit sie auf ihre Durchführbarkeit geprüft werden können. Wenn die Regierung alle berufen wollte, die heute überzeugt sind, den richtigen Weg zur

Beseitigung des sozialen Elends zeigen zu können, dann hätten wir bald ein ganzes Heer Berufener in Württemberg. Zum Versuchskaninchen eignet sich Württemberg mit seinen schwachen Hilfsmitteln nicht.

Für uns gilt nach wie vor als Grundlage zur Herbeiführung eines besseren Wirtschaftslebens der Sozialismus, wie er in unserem Programm sich widerspiegelt. Wir lehnen deshalb solche Unterschriften ab.

H.

WIE SOLL SOZIALISIERT WERDEN? (1)

Erste Besprechung mit Vertretern des Arbeiterrates Groß-Stuttgart
Stuttgart, 8. Mai 1919

ZUR QUELLENLAGE: Es gibt kein Protokoll dieser Versammlung, sondern nur einige von Rudolf Steiner in seinem Notizbuch festgehaltene Stichworte. Der vorliegende Wortlaut ist ein an diesen Stichworten orientierter Rekonstruktionsversuch und ist deshalb als lückenhaft und nur mit Einschränkung als authentisch zu betrachten. Die verwendeten Unterlagen sind im Anhang I abgedruckt. Die daraus entnommenen Textteile sind im vorliegenden Wortlaut kursiv gesetzt.

Genosse Dorfner fordert die Anwesenden auf, sich zur Frage zu äußern, wie der Weg der Sozialisierung konkret beschritten werden könnte. Er bittet sie, sich gleichzeitig zu den von Rudolf Steiner im gestrigen Vortrag dargelegten Gedanken zu äußern.

Genosse Mössel: In der Versammlung von *gestern* hat es sich deutlich *gezeigt*: Der *Zeitpunkt* für den Sturz der kapitalistischen Ordnung muß noch *klarer umschrieben* werden. Wenn wir die Quintessenz von *gestern zusammenfassen*, so ist es doch aus allem eindeutig herausgekommen: Das Problem ist die *Geldwirtschaft*. *Aus* den *Betriebsräten heraus* muß die Entschlossenheit kommen, um *den Übergang zur Vergesellschaftung* einzuleiten.

Genosse Lohrmann: Es besteht *viel Unklarheit* darüber, was *mit* den *jetzigen Kapitalisten* gemacht werden kann. Wir wissen nicht, *ob* sie sich an die geschlossenen *Abkommen* auch halten wollen. Die *Vorträge* von Herrn Dr. Steiner dürfen *nicht dazu dienen,* um *im Proletariat die Kampfstimmung abzudämmen.*

Genosse Dorfner: Darum geht es nicht, und das sehen wir, wenn wir an die verschiedenen von Anthroposophen geführten *Musterbetriebe* denken.

Genosse Benzinger: Nehmen wir das Beispiel der Waldorf-*Astoria*-Zigarettenfabrik. Da ist zwar vieles ganz *schön eingerichtet,* aber das *Mißtrauen gegen*

die *Fabrikanten* ist geblieben. Es gibt sogar Leute, die behaupten, daß die Betriebe der Anthroposophen vom Sozialen her gesehen zu den *schlechtesten in ganz Stuttgart* gehören. Leider könnte ich Ihnen verschiedene Beispiele aufzählen, aber eines davon möchte ich herausgreifen. Also, im *zweiten Vortrag* wurde die Firma Unger erwähnt. Das Problem *bei Unger* ist der Meister. Man ist dort streng *konservativ*, der Betrieb ist ganz *militärisch* aufgebaut, und wer nicht einverstanden ist ...! Jedenfalls wurden vor kurzem *von* der Firma *Unger drei, vier* oder sogar *fünf Mann* einfach *entlassen.*

Genosse Mössel: Es stimmt, daß man in der Waldorf-*Astoria* ziemlich *schlechte Löhne* bezahlt. Aber ich habe *etwas gesehen in* diesem *Betrieb,* was doch sehr gut ist. Dort werden die *Zigaretten* noch *von Hand* gefertigt. Und es ist doch so: *Man muß* die *Leute beschäftigen,* sonst *geht* der *Idealist* in ihnen *flöten.* Die *Einrichtungen* in der Waldorf-Astoria sind in vieler Hinsicht *mustergültig.* Und was die Fabrik von *Unger* betrifft, so *gehören der Arbeiterschaft* wirklich manchmal *Hiebe.* Wenn es zu Auseinandersetzungen kommt, so liegt die *Schuld* doch meist *auf beiden Seiten.* Vieles ist eine Frage der fehlenden *Erziehung. In* diesem *Betrieb* kommt es deshalb immer wieder zu *Scherereien.* Der *Meister* tut sich oft *schwer* darin, klar *zu befehlen.*

Ein erster Genosse: Wenn es zu grundlegenden Änderungen kommen soll, da muß *in* den *Arbeiterausschüssen* die *Vorarbeit* geleistet werden. Das kann doch nur zu *Bruchbuden* führen, *wenn solchen* fähigen *Unternehmern* wie *Unger* ein *Strick gedreht* wird. In der Waldorf-*Astoria* ist die Arbeiterschaft grundsätzlich *zufrieden,* und *so* ist es letztendlich *auch* bei *Unger.*

Nun noch etwas, was die *letzte Teuerungszulage* betrifft: *Wegen* des *Streiks* ist sie *nicht* zum *richtigen* Zeitpunkt ausbezahlt worden. Das ist schlecht, *denn* die *Zulage* hätte unbedingt *schon* am *24. Februar* ausbezahlt werden müssen, *wegen* der immer *teureren Lebenslage.*

Ein anderer Genosse: Bei all diesen Einzelheiten dürfen wir die *aktuelle Frage* der *Betriebsräte* nicht vergessen. *Bei Bosch* gibt es ja bereits Betriebsräte, aber es hat sich gezeigt, daß das System der *Betriebsräte nur durch* eine *Sozialisierung* wirklich zum Tragen kommt. Und *über* die *Sozialisierung selber* ist zu sagen: Es muß entschieden werden, *ob* eine *Abfindung* der Unternehmer

in Frage kommt oder bloß einfach eine entschädigungslose *Übertragung*, so *wie* das Unternehmen *heute dasteht.* Man muß konkrete Vorstellungen entwickeln, *wie* der *Sozialismus* zu verwirklichen ist. Eines ist klar *bezüglich* der angestrebten *Umwälzung:* Diese ist *nur durch* einen *Gewaltakt* zu erreichen.

Genosse Lohrmann: Dafür ist aber notwendig, daß das *sozialistische Programm in die Masse getragen* wird.

Noch ein weiterer Genosse: Ich habe einen *Brief gelesen* von einem Mann, der für die Dreigliederung eintritt. Solch ein Mensch ist für mich ein *Schwärmer*, der überhaupt nichts begriffen hat. Auch *nach* dem *Vortrag* Rudolf Steiners war mir immer *noch nicht richtig klar,* was er mit seiner Dreigliederung genau meint. In der Diskussion aber ist mir *dann* einiges aufgegangen. *Gestern im Arbeiterrat* wurde mir eigentlich erst bewußt, was die *Leute wissen wollen:* Sie wollen wissen, *welche Mittel* es braucht, *um* den *Staat zu stürzen.* Was *meine Person* betrifft, so meine ich: Wenn wir etwas *richtig Neues* wollen, so müssen wir wissen, *wie* es *aufzubauen* ist.

Meine *Frage* in diesem Zusammenhang ist nun folgende: Der *heutige Staat* ist ja all das, *was* an *Machtmitteln* in einer Gesellschaft vorhanden ist. *Wenn* nun also ein *Zusammenbruch* stattfindet, *dann* sind ja *nicht alle* sofort *wirtschaftlich gleich.* Es wird zwar ein *politisches Parlament* geben, wo alle gleich sind, aber im Wirtschaftlichen sind die Menschen überhaupt *noch nicht gleich.* Um auch diese Gleichheit möglichst bald zu erreichen, *sollten Betriebsräte schon heute eingeführt werden.*

Genosse Lohrmann meldet sich erneut zu Wort.

Genosse Hüttelmeyer: Ich möchte das Beispiel der *Maschinenfabrik* in *Eßlingen* erwähnen. *Viele* Einwohner dort haben *noch nichts* von Betriebsräten *gehört.* Die *Hälfte* von ihnen sind *Bürgerliche*, das heißt zumindest bürgerlich orientiert. Das traf allerdings *gestern* zu; heute finden sich *nicht* mehr *so viele bürgerlich* gesinnte *Leute.* Es leben da in diesem Ort immerhin noch etwa *50 Staatsbeamte.*

Nun hat der *Generaldirektor* eine *Betriebsversammlung* einberufen, *da* aus wirtschaftlichen Gründen eine *sofortige* Stillegung des Betriebes nötig

sei. Die Frage ist nun, was mit den Arbeitern geschieht. Kann *deren Betrieb* nicht einfach weitergeführt werden, zumal der Staat Anteile am Aktienkapital besitzt. Diese *Staatsanteile* einfach *abschreiben,* geht doch nicht an. Die *Firma* macht es sich zu leicht, wenn sie einfach *sagt,* es sei *kein Geld* in der Kasse. Es müßten klare Vorstellungen da sein, wie ein solcher Betrieb von den Betriebsräten übernommen und weitergeführt werden könnte.

Genosse Lohrmann: Wir müssen mit großer Aufmerksamkeit die Vorgänge verfolgen, und jetzt nach der Revolution *nicht* einfach *lässig werden.* Es hängt von unserer Entschlossenheit ab, *ob* eine *Umlagerung* der Kapitalien erreicht werden kann. Die *Arbeiterschaft* muß *Widerstand* gegen die Machenschaften der Kapitalisten leisten; sie muß streiken und dafür ist das Geld aus der *Zentralkasse.*

Genosse Mössel: Wir dürfen aber eines nicht vergessen: Ein *Betrieb, der unpraktisch* und damit unproduktiv *arbeitet, wird* auch in Zukunft in einer sozialistischen Ordnung *nicht existieren* können. Wir müssen uns klar sein darüber: *Geld* ist *an* und *für sich nicht schädlich. Akkord*arbeit ist auch *nicht* wirklich *schädlich, ebensowenig* wie eben *Geld* einfach schädlich ist. Was seine Kaufkraft betrifft, so kommt heute der *Metallwert* dafür *nicht mehr in Betracht.*

Genosse Beine: Es scheint mir, daß in bezug auf die Durchführung der *Sozialisierung bisher* noch *nicht* genügend *Klarheit* herrschte. Die *Frage,* die *bis zu diesem* jetzigen *Zeitpunkt* im Vordergrund stand, war: *Wie* kommen wir *zur politischen Macht?* Die *Frage* der Sozialisierung wurde bisher stets *von* diesem *Parteistandpunkte* aus betrachtet. *Wenn* sich die *Arbeiterschaft* aber weiterhin *auf* den *Boden des Klassenkampfes* stellt, *werden sich die Kapitalkreise nicht dazu hergeben* für eine Sozialisierung der Betriebe und Unternehmen.

Der erste Genosse: Das *Wichtigste* ist der künftige *Aufbau* der Gesellschaft, und da kommt die Idee der *sozialen Dreigliederung* in Betracht. Die Notwendigkeit einer Idee für die Neugestaltung der Gesellschaft – das ist der *Faktor, den* es unbedingt zu berücksichtigen gilt.

Noch ein anderer Genosse: Es sind *mehrere Fragen,* die sich im Moment stellen. *Jetzt kommt es darauf an,* daß wir zu einer wirklich sozialen Ordnung in

Deutschland gelangen. Wir müssen uns fragen, *wie weit* die *Einflüsse* solcher Ideen, wie die Dreigliederung es ist, gingen, wie sehr sie bis jetzt in den Leuten *gewirkt* haben. Schauen wir auf die *letzten Vorkommnisse,* zum Beispiel auf die laufenden *Friedensverhandlungen* – was ist denn da wirklich Neues? Wenn man *nur* an die Errichtung einer *Diktatur* des Proletariats denkt – *was soll dann* aus Deutschland *werden? Rußland* ist doch ein abschreckendes Beispiel!

Genosse Roser: Es ist die Frage der *Kapitalbildung,* des Eigentums am Kapital, die wir unbedingt ins Auge fassen müssen, denn das ist doch der zentrale Punkt, wenn es um eine Sozialisierung geht.

[*Rudolf Steiner* nimmt Stellung zu den in der Diskussion aufgeworfenen Fragen.]

Es wird beschlossen, die Diskussion angesichts der Dringlichkeit der angeschnittenen Fragen baldmöglichst weiterzuführen.

WIE SOLL SOZIALISIERT WERDEN? (2)

Zweite Besprechung mit Vertretern des Arbeiterrates Groß-Stuttgart
Stuttgart, 12. Mai 1919

ZUR QUELLENLAGE: Es gibt kein Protokoll dieser Versammlung, sondern nur einige von Rudolf Steiner in seinem Notizbuch festgehaltene Stichworte zur Diskussion. Der vorliegende Wortlaut ist ein an diesen Stichworten orientierter Rekonstruktionsversuch und ist deshalb als lückenhaft und nur mit Einschränkung als authentisch zu betrachten. Die verwendeten Unterlagen sind im Anhang I abgedruckt. Die daraus entnommenen Textteile sind im vorliegenden Wortlaut kursiv gesetzt.

[*Rudolf Steiner* weist auf die bedauernswerte Situation hin, in der sich das Deutsche Reich wegen der totalen Unfähigkeit der bisherigen Politik befinde. Umso notwendiger sei es, mit wirklichkeitsgemäßen Gedanken an den Neuaufbau Deutschlands heranzugehen.]

Es wird zunächst über die von der Entente übermittelten Friedensbedingungen für Deutschland gesprochen. Der vorliegende Vertragsentwurf bedeutet ein großes Unrecht gegenüber dem deutschen Volke, und eine *Unterzeichnung* dieses Vertragswerkes würde eine Anerkennung dieses Unrechts bedeuten. Heute ist ein historischer Tag: In der Berliner Universität tritt die deutsche Nationalversammlung zusammen, um gegen den Versailler Vertragsentwurf zu protestieren. Reichskanzler Philipp Scheidemann, ein Mehrheitssozialist, wird im Parlament dazu Stellung nehmen. Von ihm weiß man, daß er nicht bereit ist, den Vertrag in der vorliegenden Form zu unterzeichnen. Der in Versailles vorgelegte Vertragsentwurf mit seinen 440 Paragraphen ist ein Diktatfriede, der gerade auch den Interessen des deutschen Proletariats zuwiderläuft.

Das Gespräch wird fortgeführt über die Lage in Württemberg und besonders auch in Stuttgart.

Genosse Mössel: Auf den Straßen in Stuttgart herrscht die *Soldateska,* und jeder mißliebige Bürger wird einfach *niederkartätscht.* Vom Deutschen Heer sind in Württemberg nur noch die *Sicherheitskompanien* übriggeblieben sowie die *Grenzschutz*truppen. Am 6. März 1919 wurde das Gesetz über die Bildung einer Vorläufigen Reichswehr erlassen; *bis* zum *15. April* mußten die Truppenteile entweder demobilisiert oder in die Reichswehr übergetreten sein. Die Kriegskosten haben inzwischen die Grenze von *7 Milliarden überschritten,* und trotzdem: Bloß *1000 Mark* erhält ein *Hauptmann* zum Abschied und lumpige *720 Mark* ein *Leutnant. In einem halben Jahr* wird es mit Sicherheit *kein Bürgertum* und keine *Aristokratie* mehr geben, nur noch das *Proletariat.* Schon heutzutage sind *zwei Drittel des* Bürgertums nichts anderes als *«Kleinbürgerzeugs».*

Hier in Stuttgart herrscht Unruhe. *Waffen* sind unter die Anhänger der Reaktion *verteilt.* Die sozialdemokratische *«Tagwacht»* erweist sich als *dümmer als gedacht;* sie hat nicht bemerkt, was wirklich vorgeht. *Die* provisorische *Regierung* hier in Stuttgart *traut* den *eigenen Leuten nicht mehr.*

In der Wirtschaft geht nichts mehr. Es werden dringend finanzielle Mittel benötigt: *28 Millionen* Mark braucht es für die Einfuhr von *Fett* und *Baumwolle.* In diese wirtschaftliche *Materie* müssen die Arbeiterräte *hineinwachsen.*

In der Diskussion wird beschlossen, daß sich die *Arbeiterausschüsse* regelmäßig *einmal pro Woche* treffen. In gegenseitiger *Aussprache* soll versucht werden, *Klarheit* im Wirtschaftlichen zu schaffen. *Als Thema* soll vorrangig die Frage behandelt werden: *Was ist Sozialisierung?* Rudolf Steiner wird gebeten, am *Donnerstag* in einem *Vortrag* im *Arbeiterrat* seine Gesichtspunkte zu diesem Thema darzulegen. Am *Samstag* soll er mit seiner Darstellung fortfahren. Es geht insbesondere um die *ersten Schritte zur Sozialisierung.*

ZUR FRAGE DER SOZIALISIERUNG

Besprechung mit den Mitgliedern des Arbeiterausschusses der Straßenbahner Stuttgarts
Stuttgart, 14. Mai 1919

ZUR QUELLENLAGE: Von der Besprechung sind keine Aufzeichnungen vorhanden.

[*Rudolf Steiner* führt aus, wie die vom Proletariat ersehnte Sozialisierung durch die Dreigliederung des sozialen Organismus eine sachgemäße Verwirklichung erfahren könnte.]

Es wird beschlossen, daß Rudolf Steiner vor den versammelten Straßenbahnern seine Vorschläge für eine umfassende Sozialisierung darlegen soll.

RÄTEORGANISATION IM SINNE DER DREIGLIEDERUNG DES SOZIALEN ORGANISMUS (1)

Zweiter Vortrag für die Mitglieder des Arbeiterrates Groß-Stuttgart
Stuttgart, 15. Mai 1919

ZUR QUELLENLAGE: Es gibt keine Nachschrift dieses Vortrages, sondern nur einige von Rudolf Steiner in seinem Notizbuch festgehaltene Stichworte zu seinem Vortragskonzept. Der vorliegende Wortlaut ist ein an diesen Stichworten orientierter Rekonstruktionsversuch und ist deshalb als lückenhaft und nur mit Einschränkung als authentisch zu betrachten. Die verwendeten Unterlagen sind im Anhang I abgedruckt. Die daraus entnommenen Textteile sind im vorliegenden Wortlaut kursiv gesetzt.

Rudolf Steiner: In der heutigen Zeit hat ja der Rätegedanke hier in Deutschland eine weite Verbreitung gefunden. Es scheint deshalb notwendig, sich Gedanken über eine sachgemäße Gestaltung dieses Rätewesens zu machen. Zunächst soll anhand der Schilderung von einzelnen Vorgängen im Wirtschaftsleben gezeigt werden, wie die nötigen Schritte für die Schaffung einer wirklichkeitsgemäßen und nicht bloß abstrakten Räteschaft aussehen können.

Eine für das heutige Wirtschaftsleben brennende Frage ist zum Beispiel die, wie die *Verwaltung und die Bewirtschaftung der Rohstoffe* – nicht nur der einheimischen, sondern auch der *vom Ausland eingeführten Rohstoffe* – geregelt werden soll. Dazu gehört auch das Problem der *Energiebewirtschaftung.* Die *Vergebung der Aufträge der* öffentlichen Hand, die ganze *öffentliche Wirtschaft*, der Bau von *Lokomotiven*, von *Straßenbahnen*, das *Schienen*netz, das *Telegraphen-* und *Telephon*wesen – wie soll das alles sachgemäß gestaltet werden? Eine andere drängende Frage für Deutschland ist: *Wie* kann die *Auslandseinfuhr bezahlt* werden? Denn es gilt ja als Folge der Kriegsereignisse die Zwangsbestimmung: Ein Teil unserer *Fertigprodukte* muß *für* die Begleichung der *Kriegsentschädigung* eingesetzt werden. Und der *Überschuß*, der Rest aus dem Verkauf der verbleibenden Fertigprodukte,

dient dem Erwerb von *Rohprodukten* wie *Kali, Kaffee, Stickstoff* und auch *Aluminium*. Wir haben es also mit verschiedenen Bedürfnissen zu tun.

Zur Feststellung dieser Bedürfnisse braucht es die assoziative Verbindung der interessierten Konsumenten untereinander. Da haben wir als erstes – nennen wir ihn – den Bereich *A*, das ist der Verkehrsbereich, dessen Bedürfnisse zunächst abzuklären sind. *Dafür* braucht es *einen Rat, welcher sich* einen Überblick über *die* vorhandenen *Bedürfnisse an Lokomotiven, Straßenbahnen, Schienen, Telegraphen etc. besorgt. In Verbindung damit* kommen wir nun zu einem zweiten Bereich, dem Bereich *B*, der alles zusammenfaßt, was mit der Energie zu tun hat. Und das wäre die zweite Aufgabe dieses Rates, die *Verwaltung der Energien*, die Versorgung der Wirtschaft mit Energie. *Und* damit hängt der dritte Bereich zusammen, die *Rohstoff-Versorgung*. Die Abstimmung dieses Bereiches *C* mit den beiden übrigen Wirtschaftsgebieten wäre auch eine Aufgabe dieses Rates, der ein klares Gesetz zu beachten hat: Das Angebot für den Bereich *A* kann nur *so groß* sein, wie das, was die Bereiche *C* und *B* an Rohstoffen und Energien bereitstellen *können* und *was* für sie schließlich *die Normaleinnahme ergibt* – im Gegensatz zu den Normalausgaben des Bereiches A. Dieser Rat, das heißt diese Wirtschaftsräte, sind ja eigentlich *Konsumentenassoziationen*, und so ist ihre Aufgabe ebenfalls, den Bedarf *für Halbfabrikate* abzuklären, indem sie den Bedarf an den verschiedenen Verbrauchsgütern feststellen. Das ist der lebensgemäße Weg, *nicht* etwa die *Rationierung*. Solche Assoziationen sind auch die besten Garanten *gegen* eine *schädliche Produktion*, zum Beispiel die unnötige *Luxusproduktion*.

Für das *Betriebs- und Vertriebswesen* sind die Betriebs- und Verkehrsräte zuständig. Die Verkehrsräte haben es als Produktionsassoziationen mit der sachgemäßen Verwendung des Kapitals, die Betriebsräte mit dem Ablauf der Produktion zu tun. Sie haben sich mit solchen Fragen wie zum Beispiel dem unterschiedlichen *Produktionstempo verschiedener Betriebe* auseinanderzusetzen und den Produktionsausstoß aufeinander abzustimmen. Durch das Wirken

dieser Räte wird die Bildung von *Syndikaten* und *Trusts* nicht mehr möglich sein. Die Betriebsräte in den einzelnen Betrieben werden einen *Nachweis* der für die Produktion nötigen *Arbeit* liefern, so daß eine *Vermittlung* jener, die die *Arbeit* leisten können, in den entsprechenden Betrieb möglich ist.

Heute, *nach dem Krieg*, geht es darum, die Produktion umzustellen – während des Krieges ging es darum, *Kriegsmaterial herzustellen*, was bedeutete, daß durch die Zerstörungskräfte des Krieges diese *Produkte* rasch *wieder zerschlagen*, vernichtet wurden. Diese Umstellung auf die Friedensproduktion kann die *Zusammenfassung und Stillegung von Betrieben* nach sich ziehen. Eine einseitige *Produktionssteigerung* ist nicht die Lösung, um die Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht zu bringen; es muß ein Ausgleich zwischen Produktion und Konsumtion herrschen. So gesehen, muß die *Betriebsführung* zu einer wirklich *wissenschaftl*ichen werden, und es ist die Aufgabe des *Betriebsrates*, in Zusammenarbeit mit den Konsumentengenossenschaften die richtige Größe für die Betriebe zu finden. Wenn heute die Einführung des *Taylor-System*s gefordert wird, das von Taylor, einem *amerikanischen «Organisationsanwalt»*, entwickelt wurde, so kann es in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung nur zu Schäden führen. In einem anderen System, unter anderen Voraussetzungen angewendet, könnte es allerdings durchaus etwas Positives bewirken.

Im Vordergrund der jetzigen Diskussion steht heute allerdings mehr die Frage der *Sozialisierung* des *Eigentums* an den Produktionsmitteln. Die meisten Menschen sehen dieses Ziel in der Übernahme der Fabriken durch den Staat verwirklicht. Für die Ablösung des Privateigentums durch den Staat – wenn man von einer gewaltsamen Enteignung Abstand nimmt – gibt es heute drei verschiedene Vorschläge: *erstens* den *Ankauf aus öffentlichen Mitteln* durch die Zahlung einer *ewigen Rente* an die früheren Besitzer, *zweitens* den *Ankauf* durch die Zahlung *von Renten auf Zeit*, und drittens die *Staatsbeteiligung* und zwar *so, daß die* dem Staat geschuldeten *Steuern des Unternehmers in Form von Besitzanteilen gezahlt werden*. Dadurch, daß der Staat in den Besitz des Kapitals gelangt, glaubt man das Problem der Sozialisierung gelöst zu haben. Es ist aber eine Illusion zu glauben, daß auf diese Weise

eine wirkliche *Sozialisierung der Kapitalfunktionen* zustande kommt.

Man muß in dem sozialen Verhältnis, das in dem Zusammenwirken von Kapital und menschlicher Arbeitskraft entsteht, drei Glieder unterscheiden: die Unternehmertätigkeit, die auf der Grundlage der individuellen Fähigkeiten einer Person oder einer Gruppe von Personen beruhen muß; das Verhältnis des Unternehmers zum Arbeiter, das ein Rechtsverhältnis sein muß; das Hervorbringen einer Sache, die im Kreislauf des Wirtschaftslebens einen Warenwert erhält. Wird die Dreigliederung verwirklicht, so kann der *Arbeitnehmer* gar *nicht mehr Söldner des Kapitals* sein; er steht in einem Rechtsverhältnis zum Unternehmer, *der* zum *Arbeitleiter* wird. Durch die Entfaltung seiner individuellen Fähigkeiten als Unternehmer wird er sozusagen zu einem *«Veranstalter der Arbeit»*. Das Verhältnis zwischen dem Arbeitleiter und dem Arbeitleister, die beim Zustandekommen eines Produktes zusammenwirken, wird auf der Festsetzung des Anteils eines jeden beruhen. Der Unternehmer, *der Betriebsleiter*, erhält dadurch die Stellung eines *Treuhänders* für das ihm anvertraute Kapital im Auftrage *der Gesamtheit*. Aber *der Betriebsleiter soll nicht* in seiner freien Initiative eingeschränkt sein; er muß sich aber am *Markt* und *Konsuminteresse* orientieren. Zwischen seinem Betrieb und den Organen auf der Konsumseite muß ein lebendiges Zusammenwirken entstehen.

Was wir brauchen, ist *nicht* ein *Staats- und Gemeindekapitalismus* – das ist keine echte Sozialisierung. Die herrschenden sozialen Mißstände lassen sich damit nicht beseitigen. Der *Parlamentarismus und Bürokratismus*, wie er sich zum Beispiel *in* den *Kommunen* darlebt, kann das Wirtschaftsleben nur zerstören. Allein die Gestaltung des sozialen Organismus nach dem Grundsatz der Dreigliederung führt in die Richtung einer wahrhaften Sozialisierung. Die *Unterschiede* zu den herkömmlichen Sozialisierungsvorstellungen können so charakterisiert werden:

Erstens greift die Dreigliederung nicht in das Wirtschaftsgefüge ein, sondern sie geht bloß auf die Anteilnahme der Menschen an dem Erarbeiteten aus. Das heißt *zum Beispiel: Sie wird nicht Industrien ruinieren, die für den Export arbeiten, denn* – richtig verstanden –

konsumiert der Export; er steht eigentlich auf der Seite des Konsums. Die Arbeiter, die für den Export arbeiten, werden als Entgelt für ihre Produkte soviel von den Erzeugnissen der anderen Betriebe erhalten müssen, wie für ihren Lebensunterhalt notwendig ist. *Und damit ist die* dem Export *entsprechende Produktion*, die die Konsumbedürfnisse der in diesem Wirtschaftszweig tätigen Arbeiter befriedigt, *gerechtfertigt*.

Zweitens ergibt sich durch die Dreigliederung auf drei Ebenen eine vollständige Umgestaltung der bisherigen Verhältnisse: Zunächst als *erstes* in dem Bereich, der die Gründung, die *Entstehung eines Betriebes*, betrifft. *Der* für den Aufbau eines bestimmten Produktionsbetriebes *geeignete* Leiter kann sich die notwendigen *Produktionsmittel* mit Hilfe der Verkehrsräte *verschaffen und* ebenso auch die *Arbeiter*. *Das* für eine Betriebsgründung notwendige *Kapital kann* vorgängig *akkumuliert werden*. Als *zweiter* Punkt fällt die Übertragung eines Unternehmens in Betracht. Ein *Betrieb wird* nicht etwa vererbt, sondern *an einen anderen geeigneten* Betriebsleiter *übergeleitet*. *Dieser* ist durch sein Können mit dem Betrieb *verbunden*. Zum *dritten* Punkt: *der Wert der Waren*. Eine Ware erhält ihren Wert durch denjenigen, der sie verbraucht. Aus dem Gegenwert der produzierten Waren erhält der Betriebsleiter – aufgrund des bestehenden Rechtsverhältnisses – seinen Anteil, der Arbeiter den andern. *Man kann heute nicht mehr in derselben Art wie früher von Mehrwert reden*; *die Arbeiter haben ihn als Lohnerhöhung* zum Teil bereits abgeschöpft. Der Mehrwert ist heute zum größten Teil nicht mehr wirklich vorhanden. Im Grunde aber sollte er nicht der Erhöhung des Konsums durch die Einzelnen dienen, sondern zur Unterstützung dessen, was dem sozialen Organismus seelische und materielle Güter zuführen kann. Und das ist das Geistesleben. Eine echte Sozialisierung setzt ein grundsätzliches Umdenken voraus. Und vor allem: Sozialisierung darf nicht mit *Fiskalisierung* verwechselt werden. Das, was sich die meisten Leute unter Sozialisierung vorstellen, ist ja im besten Falle eine Art Fiskalisierung. Und wenn der Staat seine Hände *zuletzt* auf den *Ertrag der Arbeit* legt, ist dies eine Sozialisierung, *die aber nichts bringt*. Wird die Kapitalfrage im

Sinne der sozialen Dreigliederung gelöst, bedeutet das, daß *der geistige Arbeiter an das Unternehmen gebunden* ist – er ist ja der Initiator, die Seele des Unternehmens –, der Handarbeiter hingegen ist ungebunden, *freizügig*; er kann von einem Betrieb zum andern gehen und dort in ein neues Rechtsverhältnis zum Arbeitleiter treten. Eine solche Regelung ist der Garant für eine fortdauernde Entwicklung des Wirtschaftslebens.

Die in *Rußland* eingeleiteten Verstaatlichungsmaßnahmen werden in dieser Hinsicht schwerwiegende Folgen haben. Sie bedeuten, daß dieses Land in Zukunft *verzichten* muß *auf* eine *eigene Industrie*, denn es wird an der nötigen *Volksbildung* und *wissenschaftlichen Technik* fehlen. In einem im Sinne der Dreigliederung gestalteten Wirtschaftsleben wird es *in den einzelnen Betrieben* keinen *Lohnkampf* mehr geben. Und das heißt *als erstes*, daß die *Verteilung der* erwirtschafteten *Waren* so vor sich gehen wird: *Es* wird der vom einzelnen Arbeiter erschaffte *Warenanteil nicht abgekauft*, sondern *in Scheine verwandelt*, die ihm die Berechtigung geben, auf dem Markt die zur Stillung seiner Bedürfnisse nötigen Waren zu erwerben. Nur wenn der Weg der Dreigliederung des sozialen Organismus beschritten wird, kann darauf gehofft werden, daß die Sozialisierung eine sachgemäße und nicht eine zerstörerische Richtung einschlägt.

RÄTEORGANISATION IM SINNE DER DREIGLIEDERUNG DES SOZIALEN ORGANISMUS (2)

Dritter Vortrag für die Mitglieder des Arbeiterrates Groß-Stuttgart
Stuttgart, 17. Mai 1919

ZUR QUELLENLAGE: Es gibt keine Nachschrift dieses Vortrages, sondern nur einige von Rudolf Steiner in seinem Notizbuch festgehaltene Stichworte zu seinem Vortragskonzept. Der vorliegende Wortlaut ist ein an diesen Stichworten orientierter Rekonstruktionsversuch und deshalb als lückenhaft und nur mit Einschränkung als authentisch zu betrachten. Die verwendeten Unterlagen sind im Anhang I abgedruckt. Die daraus entnommenen Textteile sind im vorliegenden Wortlaut kursiv gesetzt.

Rudolf Steiner: Wie ich vorgestern gezeigt habe, kann aus der Idee der sozialen Dreigliederung das für eine Neugestaltung des sozialen Organismus nötige Verständnis entwickelt werden. Das gilt gerade auch für den Aufbau einer umfassenden Räteschaft. Wenn wir im Sinne der Dreigliederung die drei Bereiche Staatsleben, Wirtschaftsleben und Geistesleben auseinanderhalten, werden wir es auch mit drei verschiedenen Räten zu tun haben: mit Arbeiterräten, Fachräten und Kulturräten.

Die Arbeiterräte werden sich nach dem Rechtsleben hin entwickeln müssen. Es wird da *zunächst nicht die relative*, sondern die absolute *Majorität* gelten. *Die Fachräte werden sich nach dem Wirtschaftsleben hin entwickeln müssen.* Entschieden wird dort *zunächst* nach dem Prinzip der r*elativen Majorität*. Für die Regelung der Belange des Geisteslebens werden *Kulturräte* zuständig sein; da kann es keine Majorität geben. Betritt man den *Weg* zur Verwirklichung der Dreigliederung, so muß man sich grundsätzlich im klaren sein: *Es kann nicht früher Gedeihliches kommen als wenn die breite Masse in ihrer Majorität soweit ist, daß sie versteht, was in der Dreiteilung liegt. Es muß nur das Vorurteil überwunden sein, daß die breite Masse erst «reif» gemacht werden soll.*

Wenn wir nun auf das Wirtschaftsleben blicken, so haben wir als die Organe des Wirtschaftslebens die Fachräteschaften. Diese setzen sich aus drei verschiedenen Arten von Räten zusammen: die Betriebsräte, die Verkehrsräte und die Wirtschaftsräte. Im Einzelbetrieb steht der Betriebsrat zwischen dem Arbeiter und dem Arbeitleiter. Nach außen, in der Öffentlichkeit tritt er – zusammen *mit den Verkehrsräten – dem Wirtschaftsrat gegenüber. Der Wirtschaftsrat* seinerseits *hat es im Einzelbetrieb zu tun mit der Beschaffung von Rohstoffen und so weiter.* Und *in dem Außenleben* tritt er – zusammen *mit den Verkehrsräten – dem Betriebsrat gegenüber.* Da ist ein Interessenausgleich notwendig. *Kein Produktionszweig darf durch sein Bestehen* dazu beitragen, daß *die Summe seiner Rohstoffe* sich *entwerten* kann. Es braucht eine sachgemäße Wirtschaftsführung, damit das Rohstofflager nicht verdirbt, und es dürfen auch durch Abschreibungen auf den Rohstoffen keine stillen Reserven gebildet werden. Die ganze Frage der Rohstoffe weist uns darauf hin, daß wir es hier mit einem *Gegensatz zwischen Industrie und Landwirtschaft* zu tun haben. *Ein Landgut darf keine Hypothek haben*, da der Boden nicht verkäuflich sein kann. Ebenso *darf eine Fabrik nicht* ein *Kaufobjekt sein*, da das Kapital nicht den Charakter einer Ware haben kann.

Der Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessen von Industrie und Landwirtschaft obliegt den Fachräten. Einerseits handelt es sich um den Kauf von Rohstoffen und Halbfabrikaten, andererseits um den Verkauf dieser Produkte. Der Wirtschaftsrat muß dahin wirken, daß er *die Preise* der *Boden- und Industrieprodukte* auf *ihrer Höhe erhält*, daß sie also nicht zu tief sinken. *Der Verkehrsrat ist da, um die Verteilung* der Boden- und Industrieprodukte *zu regulieren. Der Betriebsrat ist da, um aus den Bedürfnissen der nicht Bodenprodukte Erzeugenden die Möglichkeit zu eruieren, mit den* Preisen für die *Boden- und Industrieprodukte zurechtzukommen*, das heißt dafür zu sorgen, daß sie nicht zu hoch sind. *Der Wirtschaftsrat steht auf der Seite der Produktionsinteressen* der Landwirtschaft. *Er wird die Maximalpreise* für den Verkauf der Rohstoffe- und Halbfabrikate *eruieren. Der Betriebsrat steht auf der Seite der Konsuminteressen* der Industrie. Für die Beschaffung der Rohstoffe und Halbfabrikate *wird*

er *die Minimalpreise eruieren*. Aus den Gesichtspunkten der beiden Räte *zusammen* wird man zu einem mittleren Preise gelangen, womit sich Gesundendes, *Richtiges ergeben* wird.

Von der rein wirtschaftlichen Seite her betrachtet – *was hat* dazu geführt, daß *das Geld* sich *verbilligt*? Es ist *der steigende Wert der Produktionsmittel*, indem diese mehr Güter zu produzieren vermögen. *Der setzt sich* sozusagen *hinein zwischen die Waren*, aber *diese dürfen sich ihre Werte*, ausgedrückt in Geld, *nur gegenseitig geben*, denn was kann das *Geld* nur sein? Es kann nur den *Gegenwert zu* den *Verbrauchsgütern darstellen*. Es kann kein Gegenwert für die Produktionsmittel sein, sondern *nur für* die *Abnützung der Produktionsmittel sollte ein Geldgegenwert da sein*.

Aller erwirtschaftete Mehrwert sollte zunächst nur in die Verbesserung der Produktionsmittel fließen und nicht in die Produktionsmittel als solche. Denkbar ist aber auch, daß ein Teil dieses Mehrwertes in das Erziehungswesen fließen würde, zum Beispiel in die Finanzierung des Unterrichtes. Aber: *Alle* finanziellen *Verhältnisse sollten offen daliegen, das heißt, man sollte nicht von solchem Blödsinn reden wie von der Unentgeltlichkeit des Unterrichtes. Jeder sollte wissen*, daß Unterricht etwas kostet. Und er müßte wissen, *wieviel er* zum Beispiel *für den Unterricht* seiner Kinder auszugeben hat und dann schließlich auch *ausgibt*. Diese offene Darlegung der Finanzströme ist eine Frage des Rechtslebens. Und *sonst*, wenn das nicht geschieht, *ist der Rechtsboden eine* bloße *Lügenfabrik. Es muß eben jeder in der Lage sein, die Abgaben*, die er zu leisten hat, *zu kennen*. Und *dann kann zum Beispiel der Kinderlose herangezogen werden, zur Verbilligung des Unterrichtes* beizutragen oder *zu* etwas *anderem* zu *wirken*.

Im Wirtschaftsleben sollte der Boykott das Zwangsmittel sein, um sich gegen jene durchzusetzen, die sich dem Ausgleich der Interessen widersetzen. *Dieser* Boykott *ergibt sich aber* eigentlich *von selbst; es kann niemand anders produzieren denn als Angehöriger einer* Wirtschafts*kooperative*. Und *weil sich durch* das Zusammenwirken *dieser* Kooperative mit anderen *der Normalpreis festlegt, könnte ein Nicht-Angeschlossener* gar *nicht* zu diesem Preis *verkaufen*, sondern nur

zu einem teureren Preis. So könnte er nichts verkaufen und müßte hungern. Und wenn *ein Angehöriger einer zu großen Kooperative* – einer Kooperative mit zu vielen Arbeitern – danach streben *würde*, seine Produkte *unterbillig verkaufen* zu *können*, dann würde das *aber* heißen, *daß* er damit *die* eigenen *Arbeiter* zwingen müßte, *ihm ihre Erzeugnisse zu billig* zu *verkaufen*, *das heißt*, sie müßten *hungern*. Es gilt also geradezu das Gesetz: *Wer zu teuer verkaufen muß, verurteilt sich zum Hunger. Wer zu billig verkaufen will, verurteilt andere zum Hunger.*

Damit *der wahre Wert der Verbrauchsgüter zum Vorschein kommen kann*, *muß* eine bestimmte Voraussetzung erfüllt sein: *Es* darf *das Produktionsmittel nichts kosten*, denn allein *dann* werden die Werte nicht verfälscht. Und *das heißt*: *Sobald ein* hergestelltes *Produkt* zum *Produktionsmittel geworden ist*, *hört es auf*, *verkaufbar zu sein*; *es* ist nicht mehr verkäuflich, sondern es *kann nur* noch *frei* übertragen *werden*. Wenn die Produktionsmittel in der Vermögensbilanz ausgewiesen werden und damit von *ein*em *Warenwert der Produktionsmittel* ausgegangen werden muß, dann *verteuert* das *die Verbrauchsgüter und damit* selbstverständlich *die Lebenslage der Menschen. Zu hohe Werte* und damit zu hohe Preise *der Verbrauchsgüter macht das Volk arm*, *zu geringe Werte* beziehungsweise zu geringe Preise *der Verbrauchsgüter macht die Kultur arm*. Für den ersten Fall braucht es *billiges Geld*, für den zweiten *teures Geld*. Ein Ausgleich der gegensätzlichen Interessen kann aber nur durch das Zusammenwirken der unmittelbar am Wirtschaftsleben beteiligten Kooperativen erreicht werden.

WEGE ZU EINER SACHGEMÄSSEN SOZIALISIERUNG

Vortrag für die Straßenbahner Stuttgarts
Stuttgart, 21. Mai 1919

ZUR QUELLENLAGE: Es gibt keine Nachschrift dieses Vortrages, auch kein Protokoll der Versammlung, sondern nur einige von Rudolf Steiner in seinem Notizbuch festgehaltene Stichworte zu seinem Vortragskonzept und zur anschließenden Diskussion. Der vorliegende Wortlaut ist ein an diesen Stichworten orientierter Rekonstruktionsversuch und ist deshalb als lückenhaft und nur mit Einschränkung als authentisch zu betrachten. Die verwendeten Unterlagen sind im Anhang I abgedruckt. Die daraus entnommenen Textteile sind im vorliegenden Wortlaut kursiv gesetzt.

Rudolf Steiner: Wir sind heute zusammengekommen, um über die Sozialisierungsfrage zu sprechen. Im Sozialen gibt es ein Grundgesetz, aus dem sich ergibt, daß das von einem selbst Hervorgebrachte nur *für* die *anderen* einen *Wert* hat; es ist *niemals* so, daß etwas *einen Arbeitswert* für einen selber hat, daß man also bloß *für sich* arbeitet.

Man muß die *menschliche Gesellschaft* ohne Vorurteile, mit einem Verständnis für ihre inneren Gesetzmäßigkeiten *ansehen*. Und dieses *verständnisvolle* Hinsehen führt dazu, daß man im Wirtschaftsleben zwei Tätigkeiten in ihrer Gegensätzlichkeit erkennt:

1. *Es ist notwendig, daß der Mensch da ist, der die Maschine erdenkt und die Arbeit an ihr leitet.*
2. *Es ist* genauso *notwendig, daß der Mensch da ist, der die Maschine bedient, der* also mit ihr *arbeitet.*

Das Interesse an beiden Tätigkeiten, diese Gemeinsamkeit, die nötig ist, um ein Produkt hervorzubringen, *kann aber nur da sein, wenn im Gewerbe selbst* etwas Verbindendes *steckt*, und das kann nur *die Kunst* sein – die künstlerische Fertigkeit, mit der jeder in seiner Tätigkeit drinnensteht.

Wenn wir die gegenwärtige Gesellschaft mit der vom Proletariat angestrebten Gesellschaft vergleichen, so unterscheiden sie sich in drei Bereichen. Nehmen wir als erstes unsere gegenwärtige Gesellschaft. An dieser können wir als typische Merkmale erkennen: Das Kapital stellt die wirtschaftliche Macht des Unternehmers dar, für die Verwendung der menschlichen Arbeitskraft ist der wirtschaftliche Zwang ausschlaggebend, und der Warenpreis ist das Ergebnis der wirtschaftlichen Konkurrenz. Nehmen wir nun als zweites die Verhältnisse in der von uns angestrebten Gesellschaft. Die geistige Leitung ist gestellt auf Vertrauen, die Verwendung der Arbeitskraft auf das menschliche Recht und der Warenpreis auf das menschliche Bedürfnis. Für den so dringend nötigen Neuaufbau der Gesellschaft muß der Grundsatz gelten: Es sind überall Brücken des Vertrauens zu bilden. Aber das ist nur möglich, wenn die Idee der Dreigliederung des sozialen Organismus als richtungsweisend für die soziale Praxis verstanden wird.

Genosse Benzinger: Es ist leider eine Tatsache, daß gegen die Idee der sozialen Dreigliederung heftige *Angriffe* erfolgen. Bei den einfachen Proletariern kann man ein gewisses Verständnis feststellen, aber bei ihren *Führern* fehlt dieses ganz und gar. Ja, sie wollen sich gar nicht mit dieser Idee befassen. Und *warum wollen sich diese nicht damit befassen*? Sie sind zu fest in ihre gewohnten Denkbahnen eingebunden. Und so möchte ich doch die Frage stellen: *Können wir nicht selbst* – ohne die Führer – *ein Rätesystem entwickeln*?

Genosse Minder: In diesem Zusammenhang möchte ich an ein bekanntes Sprichwort erinnern: *Es sind die schlechtesten Früchte nicht, an denen die Würmer nagen.* – Man sollte sich durch diese Angriffe nicht ins Bockshorn jagen lassen, denn gerade der *Widerstand wird Gutes wirken*! Denn uns allen ist ja die *Möglichkeit gegeben*, unsere Vorstellungen *in die Tat umzusetzen*, nichts hindert uns daran. Ich bin der Meinung, daß es keinen *Arbeiter* gibt, *der in Wirklichkeit diese Gedanken* der Dreigliederung nicht *verstehen kann*. Die verstehen, worum es praktisch geht. Wenn wir aber *die Agitatoren* hören, so *sagen* sie *selten*, *was* der *Arbeiter in* dem *Betrieb* wirklich *will*. Sie haben im Grunde keine Ahnung von den Anliegen des gewöhnlichen Arbeiters. *Dem*

Arbeiter müssen wir aber die Ideen der Dreigliederung noch *mehr verständlich machen*! Ich habe die «Kernpunkte» *vier-, fünf-, sechsmal gelesen* – und *immer kommt* man noch *auf Neues!*

Genosse Dreher: Ich bin *mit vorgefaßter Meinung* an diese Versammlung *gekommen*, denn ich habe die Artikel im «*Sozialdemokrat*» über Steiner und die Dreigliederung *gelesen*. Dort steht, daß die *Arbeiterschaft durch die Theorie Steiners in geistige Sphären abgezogen und* dadurch zu *wenig Sinn für* den nötigen *Kampf haben würde*. Nun muß ich aber gestehen: *Nachdem* ich *Steiner gehört* habe, kann ich *diese vorgefaßte Meinung nicht mehr* aufrechterhalten. Diese *Überfülle von Gedanken, die manche von uns im Laufe des heutigen Abends* haben erleben können *und* in den *folgenden Tagen auf einmal* noch richtig *verarbeiten* müssen, enthalten wirklich *außerordentlich viel Neues. Das, was* da heute abend von Rudolf Steiner *gesagt worden ist, fühlen alle seit Jahren, und* sie sind *unglücklich, weil* das alles *noch nicht verwirklicht* ist.

Man kann immer wieder der Meinung begegnen: *Steiner sagt, wie es sein sollte, aber* er zeigt *keinen Weg* auf. – *Ich habe* seinen Vortrag *aufmerksam verfolgt und gesucht, ob* dies *zutrifft*. Ich habe mich gefragt, ob *es so sein könnte, daß* er *nichts* über die *Mittel und* den *Weg* zur Verwirklichung der Dreigliederung sagt. Und da *muß* ich *sagen, daß er* sehr vieles *angedeutet* und auch *ausgesprochen* hat, *wie nach seiner Meinung* die *Theorie* zur *Tat werden kann*. Die *Betriebsräte spielen* dabei eine zentrale *Rolle*. Sie dürfen *nicht nach* der *Schablone* funktionieren, sie sollen *nicht* zum bloßen *Dekorationsstück* verkommen. Die *Betriebsräte* sind Vertretungen *der Arbeiterschaft*, die durch sie ihr *Mitbestimmungsrecht* geltend machen können. Allerdings müssen wir Arbeiter noch viel *lernen*, sehr viel sogar. Es fehlt uns die entsprechende *Vorbildung* für die Leitung eines Unternehmens. Aber das ist *nicht unsere Schuld*, denn uns Arbeitern wurde ja eine wirkliche *Bildung vorenthalten*.

Im Zusammenhang mit den Betriebsräten wurde verschiedentlich auch von *Wirtschaftsräten* gesprochen. Meiner Auffassung nach handelt es sich dabei um eine *organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte* der verschiedenen Unternehmen auf regionaler und staatlicher Ebene, die zuletzt in einem Zentralwirtschaftsrat gipfeln wird.

Nicht einverstanden bin ich mit dem Vorredner, d*er meint, daß Marx* eine enge *Verwandtschaft mit* Rudolf *Steiner ha*be. Die sozialen Probleme

können mit Marx nicht gelöst werden, denn dieser *huldigt* der *materialistischen Geschichtsauffassung*. Das *Schwergewicht der* gesellschaftlichen *Umgestaltung* liegt meiner Ansicht nach darin, *daß* die Entscheidungen über wirtschaftliche Fragen *in* den *Wirtschaftskörper hineingelegt* werden und daß damit die *Arbeiterschaft selbst zur Mitarbeit herangezogen* wird. Die *Revolution beginnt erst* und ist noch längst nicht beendet. *Heute schon* besitzt unser *Arbeiterausschuß* bei der *Straßenbahn weitgehende Rechte*. Aber in Richtung *praktischer Sozialismus soll* noch mehr *geleistet* werden. So müssen die Betriebsräte dem *Unternehmer gleichgestellt* werden. Die Unternehmer werden zu *Betriebsleitern*, und ihre Aufgabe wird sein zu *sagen, wo* im Betrieb der *Schuh drückt*.

Genosse Maier: Ich *freue mich, daß* nun auch die *Gewerkschaftsverbände an die Frage der Sozialisierung herangehen* und sich Gedanken machen, wie sie praktisch durchgeführt werden kann. Was *heute* unsere Versammlung betrifft: *Wir* Proletarier *wollen wissen, wie* diese Sache mit der Sozialisierung *ausgehen soll. Im Wesentlichen* bin ich von den Ausführungen Rudolf Steiners *nicht befriedigt*. Ich habe den *Weg*, auf welchem man zur Sozialisierung gelangen soll, *nicht gesehen*. Eine Umgestaltung der Gesellschaft im sozialistischen Sinne ist *nur ausführbar, wenn* die *Arbeiterschaft geschlossen* ist. *Aber* die *Bourgeoisie wird* keinen Millimeter *weit, keinen Finger breit* nach*geben*. Sie wird alles unternehmen, um etwas zu finden, was die *Arbeiterschaft trennt*. Die *Betriebsräte*, so wie sie heute bestehen, müssen *weg*, denn sie sind nichts als eine bloße *Dekoration. Diese Betriebsräte* machen *nur Sinn, wenn* eine echte *Sozialisierung vorangegangen ist*. Was heißt das? Ein solches *Rätesystem* wie dasjenige *von Rußland wollen wir nicht*. Ein Räteystem, das die Interessen des Proletariats wahrhaft vertritt, *muß* erst noch *erkämpft werden*. Die *geistige Arbeit muß* auch *frei sein*. Das *größte Hindernis* für eine echte Sozialisierung sind die schwierigen wirtschaftlichen *Verhältnisse, die der Krieg geschaffen* hat. Wir sind mitten in einer großen wirtschaftlichen *Krise*. Woran kann man das sehen? An der Tatsache, daß ganze Familien in einer *Wohnung* von nur *acht Quadratmetern* leben müssen. Nur wenn es solche ungerechten Zustände nicht mehr gibt, ist die Sozialisierung erfolgreich zu Ende geführt.

Rudolf Steiner nimmt in seinem Schlußwort Stellung zu den aufgeworfenen Fragen. Er weist insbesondere darauf hin, wie sehr die Forderung nach einer *Verstaatlichung* der Produktionsmittel der Entwicklung eines sachgemäßen Betriebsrätewesens entgegenwirkt und damit auch eine echte Sozialisierung verunmöglicht.

WIE SOLL SOZIALISIERT WERDEN? (3)

Dritte Besprechung mit Vertretern des Arbeiterrates Groß-Stuttgart
Stuttgart, [27. Mai] 1919

ZUR QUELLENLAGE: Es gibt kein Protokoll dieser Versammlung, sondern nur einige von Rudolf Steiner in seinem Notizbuch festgehaltene Stichworte zu seinen von ihm geplanten Ausführungen. Daß eine Besprechung im Arbeiterrat zu diesem Datum wirklich stattgefunden hat, beruht auf einem Analogieschluß und kann deshalb nicht als endgültig gesichert betrachtet werden. Aber da es sich um zentrale Gedanken Rudolf Steiners zu Fragen der Nationalökonomie handelt, sollen diese doch unter dieser Annahme wiedergegeben werden. Der vorliegende Wortlaut ist ein an den Stichworten Rudolf Steiners orientierter Rekonstruktionsversuch und deshalb nur mit Einschränkung als authentisch zu betrachten. Die verwendeten Unterlagen sind im Anhang I abgedruckt. Die daraus entnommenen Textteile sind im vorliegenden Wortlaut kursiv gesetzt.

Rudolf Steiner: Soll der Weg der Sozialisierung in sachgemäßer Weise beschritten werden, ist es notwendig, sich einige grundlegende Tatsachen, wie sie unser heutiges Wirtschaftsleben prägen, vor Augen zu führen. Gehen wir zunächst vom Warencharakter der Arbeit aus. Dieser ist insofern gegeben, als durch das Lohnverhältnis die Arbeit gegen Waren, also Sachwerte, getauscht wird. *Bei dem Tausch von Sachen gegen* eine bestimmte *Arbeits*menge – was liegt denn da vor? Ein solcher Tausch *bringt die Arbeit in Unfreiheit*, und das eben gerade dann, *wenn der eine Teil* der am Tausch beteiligten Parteien *die* gesellschaftlichen *Zwangsmittel in der Hand hat*. Und *das heißt*, über solche Zwangsmittel verfügt er, *wenn er sich auf* den *politischen oder wirtschaftlichen Boden* der Macht *stellen kann*.

Macht kann einen wirtschaftlichen oder einen politischen Hintergrund haben. Ein solcher politischer Hintergrund liegt vor, wenn Rechte im Spiele sind, also *beim Tausch einer Sache gegen ein Recht*. So *hat* die *Grundrente* einen *politischen Hintergrund* und *nicht* einen

wirtschaftlichen; die *Grundrente stellt in Wirklichkeit eine Bezahlung für* eine rechtliche Garantie *dar*: *die Rechtssicherheit, ein Stück Land ungestört zu besitzen und seine Früchte zu genießen. Also, wer die Grundrente bezieht*, hat sie *sich dadurch verschafft*, daß sich das Recht, über ein bestimmtes Stück Land zu verfügen, *als Macht* über bestimmte Menschen, die *auf seinem Boden* leben, auswirkt. Das war in der Zeit des Feudalismus so, wo der Grundherr für seine Leute verantwortlich war. Was liegt aber heute vor? *Nun, die Sorge für Leben und Eigentum*, für die *Landessicherheit*, für die *Rechtspflege*, für die *Armen-* und *Krankenunterstützung* ist *auf die Allgemeinheit* übergegangen, *doch die Grundbesitzer beziehen die Grundrente weiter.*

Im heutigen Fabrikzeitalter kommt eine neue Abhängigkeit, und das ist diejenige vom Kapital. Das Sachkapital, das heißt *die produzierten Produktionsmittel stellen* eine neue Stufe in der wirtschaftlichen Entwicklung *dar*: Über die Produktion von landwirtschaftlichen Gütern hinaus ist *die Möglichkeit* gegeben, die Produktion zu *erweitern* und *industriell zu produzieren*. Die produzierten Produktionsmittel *bringen die Nichtbesitzer in die Gewalt ihrer Besitzer*, und an eine Änderung ist nicht zu denken, *wenn der* Privat*besitz erhalten bleibt. Bei Allgemeinbesitz* der Produktionsmittel *würde* etwas anderes Nachteiliges *entstehen*: Es würde *die Willkür der Zentralgewalt* herrschen. Ans*onst*en, wenn die Produktionsmittel nicht verstaatlicht sind, *entsteht* das Gegenteil: Es herrscht *die Willkür der einzelnen Besitzer.*

Was läßt sich über die Wirkung der *Kapitalrente* und der *Bodenrente* grundsätzlich sagen? Beide Rentenarten wirken sich im Sozialen zerstörerisch aus, *das heißt*, sie *machen die Volkswirtschaft unsozial und* führen dazu, daß sie *sich im Laufe der Zeit* selber *tilgen* müssen, zum Beispiel durch Kriege. Nun, wie entsteht eine *Kapitalrente*? Sie *entsteht dadurch*, daß das *Kapital den Ertrag der menschlichen Tätigkeit über die eigene Wertminderung* hinaus, wie sie durch die *Abnutzung* der *Maschinen*, der *Gebäude* und das Älterwerden *von Nutztieren* gegeben ist, *zu steigern vermag*. Die Kapitalrente ist *nicht* gleich dem Kapitalz*ins*, *dieser* ist Teil der Kapitalrente und *wird aus der Rente bezahlt.*

Das *Angebot von Kapital* wird *erstens* durch den *Wohlstand des Volkes*, *zweitens* durch die *Zahl der kapitalbesitzenden Personen und* drittens durch den Anteil jener Kapitalbesitzer, *die es nicht selbst* als Unternehmer *anwenden* und deshalb bereit sind, es auszuleihen. Das Kapitalangebot kann dadurch aber *beeinträchtigt* werden, und zwar in *erster* Linie *durch den* Kapital*abfluß ins Ausland*, aber auch wenn es gehortet wird. Die *Nachfrage von Kapital* wird bestimmt *erstens* durch die *Größe* eines Wirtschaftsgebietes, *zweitens* durch die vorhandene Zahl der *Arbeitskräfte* und *drittens* durch die Stärke des *Unternehmungs- und Erfindungsgeistes* sowie *viertens* durch die Beschaffenheit der Naturgrundlage – die *Naturkräfte* ganz allgemein, die Fruchtbarkeit der bebaubaren *Landstrecken*, die vorhandenen *unterirdischen Metallschätze und so weiter.*

Zum Kapital gehören ja auch die Zinsfrage und die Höhe des Zinsfußes. Grundsätzlich läßt sich folgende Gesetzmäßigkeit feststellen: Ein *niedriger Zinsfuß* ist *volkswirtschaftlich günstig*. Und dazu gehört die Erkenntnis: *Je tiefer die Kulturstufe* ist, *umso höher* ist *der Zins*. So betrug in England im *13./14. Jahrhundert* der *Zins* etwa *20%*, im *16. Jahrhundert* etwa *10%* und im *Anfang* des *18. Jahrhunderts 5%*. In der *Mitte* des *18. Jahrhunderts* war der Zinsfuß sogar auf *3%* gefallen, zu *Beginn* des *19. Jahrhunderts* wieder *gestiegen* und am *Ende* des Jahrhunderts erneut *gesunken*. Der Ausbruch des *Weltkrieges* hat – und das ist wenig verwunderlich angesichts der barbarischen Kulturverhältnisse – *zu* einer *Erhöhung des Zinses geführt*. In Ergänzung zum genannten Gesetz hat ein weiteres Gesetz seine Gültigkeit: *Je mehr Kapital* bei einer bestimmten, unveränderten Nachfrage vorhanden ist, *desto niedriger der Zins. Je weniger Kapital* bei gleichbleibender Nachfrage vorhanden ist, *desto höher der Zins*. Natürlich stoßen wir nach unten und nach oben an *Grenzen*: *Bei* einer *Akkumulation des* gesamten *Kapitals in* einer Hand, zum Beispiel *der* gesellschaftlichen *Zentralgewalt*, würde es *kein*en *Zins* mehr geben. Und das würde nach dem bereits erwähnten Kulturstufen-Gesetz bedeuten: *Es wäre die höchste Kulturstufe* erreicht, *aber* man hätte es bloß mit einer *Kultur weniger* zu tun. *Bei* gar *keinem Kapital* im Angebote wäre zwar *der höchste Zins* gegeben,

aber es wäre die tiefste Kulturstufe erreicht, indem eine primitive *Kultur aller* herrschen würde.

Im Fall einer totalen Kapitalakkumulation *fließt alles*, was produziert wird, ab, *außer dem, was von den Einzelnen als Mindestbedarf* zum Überleben *erfordert wird.* Findet überhaupt keine Kapitalakkumulation statt, so *verbleibt alles* Produzierte bei den einzelnen Produzenten, und *die Gesamtheit hört auf zu bestehen. Der Einzelne müßte* dann nur noch für sich arbeiten, müßte mehr Zeit für seinen Lebensunterhalt zusetzen, mehr arbeiten, *wenn nicht andere zu ihm kämen* und ihm helfen würden. Arbeitsteilung bedeutet Wohlstand. So ist es für ein erfolgreiches Wirtschaften angezeigt, wenn *die* für die Produktion eines Gutes nötige Arbeit zwischen *mehreren* aufgeteilt wird. Ohne Arbeitsteilung würde die große Mehrheit zu den *vielen* gehören, die *verlieren.* Aber wenn wir eine Spezialisierung haben, dann muß eine Bedingung erfüllt sein, damit diese Einseitigkeit in der Arbeit ausgeglichen werden kann: *Es muß von dem Arbeitenden gegen den Verbrauch der Arbeitskraft gewirkt werden können*; es muß ein Ausgleich geschaffen werden. Heute, wo man über die Sozialisierung spricht, *verlegt man sich vorläufig aufs Verleumden* der Arbeitsteilung; man sieht zu wenig, wie *ausgeklügelt* die heutigen wirtschaftlichen Abläufe sind.

In der modernen Wirtschaft haben wir es mit einer Polarität in der Wertebildung zu tun: Auf der einen Seite haben wir einen Überwert, auf der anderen Seite einen Unterwert. *Die wirkliche Produktion*, die auf die Herstellung von Konsumgütern gerichtete Produktion, *bringt Überwert* in die Gesamtbilanz, und zwar insofern, als *die unmittelbaren Konsumtionsgüter mehr wert sind als ihre Herstellungskosten. Die industrielle Produktion* dagegen, die auf die Herstellung von Produktionsmitteln orientierte Produktion, *bringt Unterwert* in die Gesamtbilanz, das heißt *die Industrieerzeugnisse sind weniger wert als ihre Herstellungskosten*, denn in einem gewissen Sinne *müssen sie sich von den unmittelbaren Konsumtionsgütern nähren. Das heißt* – und das ist eine wichtige Erkenntnis im Zusammenhang mit den produzierten Produktionsmitteln: *Sie entwerten ihre* wirtschaftliche *Grundlage – es ist jedes Wirtschaftsgebiet der Verarmung ausgesetzt,*

das gegenüber seinen unmittelbaren Verbrauchsgütern zu viel industrialisiert.

Diese Polarität ist zu beachten, wenn wir uns mit Fragen des *Weltmarktes und* des *Lohnes* beschäftigen. Diese stehen im Zentrum der gegenwärtigen revolutionären Bestrebungen. Womit haben wir es zu tun bei diesen revolutionären Bestrebungen? *Die politische Revolution hat es zu tun mit Realitäten*, mit *Rechten, die wirtschaftliche* bloß *mit Illusionen* und *die geistige mit den Grundlagen für die Realitäten, denn da* im Geistigen *ruht* das, *was* als Ideenpotential noch *unbenutzt geblieben* ist und was in Form von neuer Rechtsgestaltung im sozialen Organismus wirksam werden kann.

Im Wirtschaftlichen haben Illusionen nichts zu suchen, denn da gelten ganz bestimmte Gesetzmäßigkeiten, die einen Gleichgewichtszustand zum Inhalt haben. Nehmen wir zum Beispiel den Kaufwert des Geldes. *Gewinnt der Schein*, das heißt *das Geld, die Oberhand dadurch, daß es* in seinem Wert *sinkt durch Anhäufung, dann entzieht es dem Leben die reale Grundlage. Es muß* sein Wert *eine mittlere Höhe haben*, und *das heißt: Es muß der Warenwert der nicht unmittelbar zu verbrauchenden Güter*, der Produktionsmittel, *ausgeglichen sein mit dem* Warenwert der *unmittelbar zu verbrauchenden*. Der Warenwert eines produzierten Produktionsmittels ist durch seinen *Rohstoffwert* bestimmt. Bei allen *Produkten, die* zu ihrer Herstellung *Arbeit erfordern*, gilt ein ganz bestimmtes Grundgesetz. Wenn zum Beispiel eine *Lokomotive* hergestellt werden soll, so *muß man für* diese *so viel* an *Rohstoffen erhalten, als die die Lokomotive herstellenden Menschen bis zu ihrer Fertigstellung brauchen.*

Im Moment der Fertigstellung ist das für ihre Herstellung verwendete Kapital aufgebraucht, und damit müßte der Wert der Lokomotive null betragen. *Ist sie dann* für den Wirtschaftskreislauf tatsächlich in diesem Sinne *entwertet, so ist* das Zeichen dafür, daß *der soziale Organismus gesund* ist. *Das heißt, wenn die Lokomotive* fertig *da ist, wird sie bereits* von *der Allgemeinheit abgekauft sein* müssen: *Sie ist* – wirtschaftlich gesehen – sozusagen *ausbezahlt*, der Kapitalgeber ist ausgelöst, so daß er *weiter durch sie keinen Kapitalanspruch* mehr *haben darf. Wer dazu*, das heißt für die Produktion einer Lokomo-

tive, *Kapital gegeben hat, kann nur den rechtlich* begründeten *Ertrag beanspruchen; sein Kapital ist verarbeitet* und damit verbraucht. Man kann es beobachten, und es ist ein grundlegendes Gesetz der Wertebildung: Das *Kapital zehrt*, die *Natur erhält* – auf der einen Seite haben wir einen Abbauprozeß, auf der anderen Seite einen Aufbauprozeß.

Wenn wir die heutigen Verhältnisse anschauen, dann bedeutet *Kapital Macht*; mit Kapital kann *wirtschaftlicher Zwang* ausgeübt werden. Und der *Lohn*, den ein Arbeiter erhält? Er ist ein Ausdruck seiner *wirtschaftlichen Rechtlosigkeit*. Und wie verhält es sich mit dem *Warenwert* eines Produktes? Da haben wir zu unterscheiden zwischen einem Industrieprodukt und einem Bodenprodukt. *Das Industrieprodukt wird mit steigender Bodenproduktion teurer*, während d*as Bodenprodukt mit steigender Industrieproduktion billiger wird*, und das ist von weitreichender Konsequenz, denn *damit sinkt* die *Möglichkeit* der Bodenproduktion, *die Industrie zu speisen*. Und so kann es zu Hungersnöten kommen.

DIE VERBINDUNG RUDOLF STEINERS ZU DEN ARBEITERRÄTEN WÜRTTEMBERGS (3)

Dokumente zum Abbruch der Zusammenarbeit
Juni 1919

18. Juni 1919
Ludwig von Polzer-Hoditz
in einem Brief an [Walter Johannes Stein]
Dokument Archiv am Goetheanum

Hotel Marquardt
Stuttgart

Mittwoch, 18. Juni 1919

Lieber Freund!

Ich kann Dir leider nichts Gutes mitteilen, man kann sagen, die Sache steht mehr als zweifelhaft. Das Bürgertum hat weiter versagt, so daß die notwendige Bildung eines Kulturrates auf die größten Schwierigkeiten stößt. Ohne der *[= die]* Ergänzung der Betriebsräte durch eine Betonung der Geist-Lostrennung würde man in eine Zweigliederung hineinsegeln, was dem Bol[schewismus] gleichkäme, was unter keinen Umständen von uns aus sein darf.

Ich fuhr vorgestern *[16. Juni = 15. Juni]* im Auto mit nach Tübingen; es waren einige Professoren zu Besprechung bei Pfarrer Häusler *[= Heisler]* geladen. Es war trostlos. Blume versagt immer mehr.

Nun kommt aber noch etwas dazu. Vorgestern *[16. Juni]* waren unsere Arbeiter, die des Arbeitsausschusses, vorgeladen vor ein Tribunal ihrer Partei, das heißt der U.S.P. Davon hing viel ab; man fürchtete ihren Ausschluß aus der Partei, hoffte aber doch noch auf ihren Sieg der Partei gegenüber.

Nun war gestern abend *[17. Juni]* eine Komiteesitzung um ½ 6 nachmittags, die bis nach 9 Uhr dauerte. Die Leute referierten, fühlten sich

[als] Sieger, da sie vorgestern aus der Partei nicht hinausgeworfen wurden, aber es ergab sich doch, daß wir es mit einer Niederlage zu tun haben, da sie eigentlich doch vor der Partei kapitulierten, statt stark ihren Standpunkt, das heißt den der Dreigliederung, zu vertreten. Es kam gestern deutlich zum Ausdruck, daß ihnen die Partei wichtiger sei als die Dreigliederung, daß sie aus der Sache mehr eine Parteisache machen wollen, die anderen hinausdrängen wollen, selbst Dr. Steiner dürfte zu den anderen nicht mehr sprechen. Das alles klang so im Unterton heraus.

Nachher saßen wir noch zu viert mit Dr. Steiner *[zusammen]*, und da meinte er, das sei der erste Anfang des Auskneifens.

Ich blieb dann noch zum Nachtessen bei *[Alice]* Kinkel, und da erlebte ich einen furchtbaren Pessimismus von Seite des Herrn Doktor. Er sagte: «Sie haben bisher keine schönen Eindrücke erlebt; die nächsten, die Sie erleben werden, werden auch nicht besser sein. Mit den Führern, bes*[onders]* der soz*[ialistischen]* Part*[eien]*, kann man gar nichts machen; man hätte müssen rascher und fortgesetzt die Massen gewinnen, bevor die Führer eingriffen, dann wären unsere Arbeiter des Ausschusses auch weiter mitgegangen, aber jetzt haben sie doch viel zu viel Angst vor ihren Führern, und diese nur inklusive der Presseleute.» Er meint, daß auch unsere *[Arbeiter]* uns an der Nase herumziehen.
Ich kenne mich nicht recht aus im Augenblick, was geschehen soll, auch nicht, was ich eigentlich soll. Er *[Rudolf Steiner]* sagt mir immer: «Sie bleiben doch einige Tage noch da!» und ähnliches. Ich glaube, er will mich allmählich zu etwas führen, jedenfalls will er, daß ich noch hier bleibe.

Im öffentlichen Vortrag vorgestern *[16. Juni]* sprach er von der unmittelbaren großen geistigen Auseinandersetzung zwischen Orient und Okzident, über die Impulse, die aus einem halbverhungerten Indien kommen werden, als wenn es sich bereits um M*[ittel]*europa kaum mehr handeln würde, ein solches Volk, das sich das alles gefallen läßt, meinte er, verdiene nichts besseres.

Die äußere Arbeit geht trotzdem ruhig weiter vorläufig.

Diese Zeilen sind nur für *[die]* engsten Freunde, *[Emil]* Hamb*[urger]*, *[Eugen]* Kolisko, *[Franz]* Thomastik, *[Josef]* van Leer.

Herzliche Grüße Euch allen

Dein
[sign.] Ludwig P.

In München geht es gar nicht.

19. Juni 1919

Der Arbeitsausschuß des Bundes für Dreigliederung des sozialen Organismus an den Landesausschuß des Arbeiterrates von Württemberg

Dokument Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E 135a, Bü 212

Bund für Dreigliederung
des sozialen Organismus
Champignystraße 17

Stuttgart, den 19. Juni 1919

An den
Landesausschuß des Arbeiterrates
Stuttgart
Neues Schloß

Wir teilen Ihnen mit, daß am kommenden Dienstag, dem 24. Juni, abends 7 Uhr, im Festsaale des Gewerkschaftshauses eine Versammlung der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse sowie der bestehenden Betriebsräte Groß-Stuttgarts und Umgebung stattfindet, wozu wir Sie beziehungsweise Ihre Vertrauensleute ebenfalls einladen möchten.

Das Thema des Abends wird die Betriebsräte und die Stellung der Parteien zu diesen Betriebsräten behandeln, und wir bitten sehr, Ihr Erscheinen in dieser wichtigen Sache einmal möglich zu machen.

Der Referent des Abends wird Herr Dr. Steiner sein, der jedoch verhältnismäßig kurz sprechen wird, um der Diskussion die nötige Zeit zu lassen. Es wird hier eine Gelegenheit sein, etwaige Mißverständnisse

über die Bestrebungen des Bundes für soziale Dreigliederung aufzuklären.

Der Bund für Dreigliederung
des sozialen Organismus

Für den Arbeitsausschuß:
[*sign.*] Kühn

20. Juni 1919

Hans Kühn an die Ortsgruppen des Dreigliederungsbundes

Rundschreiben Nr. 7 des Bundes für Dreigliederung des sozialen Organismus an die Mitglieder

Um mehrfachen Wünschen gerecht zu werden, möchte ich hier einiges *[davon]* erwähnen, wie wir die Verbindung mit der Arbeiterschaft bekommen haben und wie wir diese Verbindung aufrechterhalten. So vielerlei wir selbst unternommen haben bei Arbeiterräten und Parteien, so häufig wurden wir abgewiesen, und zwar in proletarischen Kreisen einfach deshalb, weil wir selbst nicht Mitglieder der Partei oder des Arbeiterrats waren. Nachdem aber einer unserer Freunde einen oder zwei seiner Kollegen interessieren konnte, haben wir möglichst bald um diese beiden sich einen Kreis bilden lassen und sind selbst eine Weile nicht mehr in Erscheinung getreten, so daß erst das Vertrauen zustande kam, bis wir uns vor einem kleinen Kreis von Arbeitern wieder zeigten. Dieser kleine Kreis hat sich freilich sehr bald vergrößert, indem mehr und mehr vernünftige Leute mitgebracht wurden, während manche weniger stark Interessierte wieder abfielen. So hat sich aber doch ein ziemlich fester Kern herausgebildet, der, man darf wohl sagen, aus den besten Köpfen der Stuttgarter Arbeiterschaft besteht. Mit diesen werden nun ständig Sitzungen im Beisein von Herrn Dr. Steiner abgehalten, für die unsere Arbeiterfreunde starkes Interesse haben. Durch Einladungen, die mit Unterschriften unserer Arbeiterfreunde versehen waren, kamen auch die regelmäßigen Versammlungen mit

den Arbeiter- und Angestellten-Ausschüssen zustande, und es haben sich inzwischen ungefähr ein Dutzend Betriebsräte gebildet, während dieselbe Anzahl gegenwärtig in Bildung begriffen ist. Wir haben es stets so gehandhabt, daß bei öffentlichen Vorträgen, die vorwiegend von Bürgerlichen besucht waren, alle Ausschußmitglieder auf dem Podium Platz genommen haben, während wir bei den ausschließlichen Proletarier-Vorträgen oder -Versammlungen uns in den Zuschauerraum setzten und den Ausschußtisch nur von unseren Arbeiter-Freunden besetzen ließen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß es durchaus notwendig ist, auf solch kleine Gepflogenheiten Rücksicht zu nehmen, weil der jahrzehntelang erzogene Argwohn der Arbeiterschaft nicht so leicht zu überwinden ist und durch einen Fehlgriff nur zu leicht wieder hervorgerufen werden könnte. An den Proletarier-Versammlungen nehmen nur wenige auswärtige Freunde teil, aber keine Mitglieder der hiesigen Anthroposophischen Gesellschaft, weil dies von den Arbeitern ausdrücklich gewünscht worden ist. Überhaupt geben wir unseren Arbeiterfreunden möglichst viel in die eigene Hand.

Dabei ist eine Gefahr zu berücksichtigen, nämlich diejenige, daß auf die Grundlagen der Dreigliederung zu wenig eingegangen wird und aus unserer Bewegung zum Beispiel in Beziehung auf die Betriebsräte leicht eine Parteisache entstehen könnte. Andererseits ist es leider Erfahrung, daß unsere Arbeiterfreunde den gleichzeitig unbedingt notwendigen Bestrebungen zur Gründung eines Kulturrates oder eben einer geistigen selbständigen Organisation, die dem selbständigen Wirtschaftsleben das Gegengewicht bieten muß, verhältnismäßig wenig Interesse entgegenbringen, so daß wir sehr auf der Hut sein müssen, nicht zum Schlusse vor einem einseitigen Ergebnis zu stehen. Die Loslösung des Wirtschaftslebens vom Staate ohne gleichzeitige Abtrennung des Kulturellen, also eine Zwei- statt eine Dreigliederung, wie sie von mancher anderen Seite angestrebt wird, würde das Gegenteil von dem bedeuten, was notwendig ist, und von unseren Gesichtspunkten aus ein absoluter Fehlschlag sein. Sie sehen daraus, wie notwendig es ist, daß auch an anderen Orten auf die Loslösung des geistigen Lebens Wert gelegt wird, möchten aber in dieser Beziehung bitten, noch das nächste Rundschreiben abzuwarten, das über die in den nächsten

Tagen stattfindende wichtige Kulturrats-Versammlung und den darnach eingeschlagenen Weg zur Bildung eines Kulturrates berichten wird.

Hans Kühn in seinen Erinnerungen

Hans Kühn, Dreigliederungs-Zeit, Dornach 1978, S. 77

In diesen Tagen *[Ende Juli/Anfang August 1919]* muß es gewesen sein, daß Rudolf Steiner einem führenden Spartakisten, Gert *[= Felix]* Haupt, auf dessen Ersuchen eine Audienz gewährte, die in der Landhausstraße 70 um Mitternacht stattfand. Wie immer saß der Doktor im Roten Zimmer, wo er jedem, der es wünschte, seinen Rat erteilte. Er mußte sich davon überzeugen, daß der Einfluß der Arbeiterräte im Schwinden begriffen war. Dennoch war der Fragesteller von dieser Begegnung tief beeindruckt.

ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ARBEITERPARTEIEN

Besprechung mit Parteivertretern der Stuttgarter Arbeiterschaft
Stuttgart, 17. Juni 1919

ZUR QUELLENLAGE: Es gibt kein Protokoll dieser Versammlung, sondern nur einige von Rudolf Steiner in seinem Notizbuch festgehaltene Stichworte zur Diskussion. Der vorliegende Wortlaut ist ein an diesen Stichworten orientierter Rekonstruktionsversuch und deshalb als lückenhaft und nur mit Einschränkung als authentisch zu betrachten. Die verwendeten Unterlagen sind im Anhang I abgedruckt. Die daraus entnommenen Textteile sind im vorliegenden Wortlaut kursiv gesetzt.

Der Vorsitzende erwähnt, daß heute über die Ergebnisse der gestrigen Parteisitzung berichtet werden soll. Es ging dort vor allem um die Frage, ob eine Betätigung im Arbeiterkomitee des Bundes für Dreigliederung mit einer Mitgliedschaft in der U.S.P.D. vereinbar sei und vor allem ob man als Anhänger der Dreigliederung überhaupt ein Parteiamt bekleiden dürfe. Weiter wurde die Frage besprochen, ob die Idee der sozialen Dreigliederung überhaupt mit dem marxistischen Denken vereinbar sei.

[*Genosse Wörner*] berichtet, daß er an diesem Abend dabei gewesen sei. Man habe zunächst über *Heuser* und seinen Aufsatz gesprochen, der vor drei Tagen von Herrn Dr. Steiner am letzten Diskussionsabend mit den Arbeiterausschüssen erwähnt worden sei. Dieser Verfasser habe ja gefordert: «Alle politische Macht den Arbeiterräten, alle ökonomische Macht den Betriebsräten und alle geistige Macht den Geistesarbeiterräten!» Dadurch habe er sich auf die Seite der Dreigliederungsleute gestellt.

[*Genosse Wörner*]: Aber da muß man sich doch die Frage stellen: *Wer so etwas schreibt, kann der noch als Kommunist betrachtet werden?* Die Antwort ist einfach: Das ist kein Kommunist, der so etwas schreiben kann. Dieser Mann ist bestochen worden; er ist von den Kapitalisten bestochen worden, um die

Arbeiterklasse von ihren wahren Zielen abzubringen. Und aus diesem Blickwinkel muß man auch die Tätigkeit von Rudolf Steiner betrachten.

Genosse Stetter: Was für Heuser gilt, trifft mindestens ebenso auch für Steiner zu. Seine Dreigliederungsbewegung ist *nicht* einfach eine *spitzbübische* Aktion, sondern ein ganz gezieltes Manöver der bürgerlichen Kapitalisten. Es ist eine reine Komödie, die da den Arbeitern vorgemacht wird. Wir dürfen den *Klassenunterschied* nicht einfach übersehen; Steiner ist kein Proletarier, sondern im Grunde ein Vertreter des Bürgertums und damit der Kapitalistenklasse. Und was strebt diese an? Dem Proletariat soll der *Kampfesmut genommen* werden. Man will das *Proletariat aktionsunfähig* machen. Und wir dürfen nicht vergessen: Rudolf Steiner ist *nicht Marxist*. Daher empfehle ich: *Man soll* das *«Kapital»* von Karl Marx *studieren, nicht* Steiners *«Kernpunkte»*. Das war die einhellige Meinung, die an diesem Abend herauskam. Und dieser Meinung ist man mit großer Mehrheit auch im Arbeiterrat.

Genosse Gönnenwein: Was in diesen «Kernpunkten» vertreten wird, ist doch nicht eine *Privatangelegenheit* von Rudolf Steiner. Es werden dort die nötigen *Bilder* für eine Gesundung des sozialen Organismus gegeben. Und das ist beileibe *keine Komödie.* Das *Wirtschaftsleben für sich* zu haben, es auf sich selbst zu *stellen ist* für mich wirklich *gut vorstellbar.*

Zu *Wörners Bestechungsvorwurf*: Wenn wir schon von Bestechung reden – wo haben wir es denn in Tat und Wahrheit mit Bestechung zu tun? Es sind die Führer, die die Arbeiter bestechen, sie missbrauchen sie, um sich eine persönliche Machtstellung aufzubauen. Es ist die *Profilsucht* all derjenigen *gemeint,* die sich als Führer aufspielen, und das können sie nur, weil es eine Tatsache ist, *daß* die Leute einfach eine *Führerschaft haben wollen.*

Das ist überhaupt typisch für den *Verlauf der* bisherigen *Versammlungen*: Die Arbeiter, *sie kennen die «Kernfragen» nicht,* sie haben keine Ahnung von den sozialen Lebensnotwendigkeiten. Sie leben im bloßen *Vorurteil: Da ist* das System von Marx – das ist gut –, und *da ist das* andere – das ist nicht gut.

Genosse Wörner: Als Akademiker hat Rudolf Steiner zum Bücherstudieren sicher *mehr Fähigkeit als der Arbeiter.* Aber *in Berlin* vermag er mit seinen Ideen nicht das geringste auszurichten; man ist dort seinen Ideen gegenüber

feindlich gesinnt. Für die dortigen Arbeiterräte ist *Marx der geistvollste Mann, der je existiert hat,* und sie meinen, *man könne doch jetzt nicht so* ein *konfuses Buch dagegen schreiben,* wie es Steiner gemacht hat. Jeder vernünftige Arbeiter, und wenn er gerade auch Mitglied der U.S.P.D. ist, muß zu diesem Schluß gelangen.

Es wird weiter berichtet, daß gegenüber den Mitgliedern des *Aktionsausschusses* die Forderung erhoben worden sei, daß ihre *Mandate der Partei zurückgegeben* werden müßten. Dagegen wurde von den Mitgliedern des Arbeiterkomitees *eingewendet; daß so etwas wie die Dreigliederung nur durchgeführt werden könne* auf dem Weg einer Diktatur des Proletariats, womit man sich zunächst zufrieden zeigte und von einem Parteiausschluß der Mitglieder des Arbeiterkomitees absah. Dies schien den Anwesenden umso richtiger, weil *einer* der Genossen *ausführte,* das *System Steiner sei* ohnehin schon wieder *im Abflauen.*

Auf die Frage, ob es nicht gut wäre, mit Rudolf Steiner direkt zu sprechen, wurde eine solche *Aussprache abgelehnt* mit der Begründung, diese sei nicht mehr nötig. Man habe ja im Marxismus alles Notwendige und man brauche nur im Sinne von Marx zu handeln. Im übrigen nehme Rudolf Steiner keinen klaren Klassenstandpunkt ein.

Genosse Benzinger: Ich bedaure diesen Entscheid, der nur davon herrührt, daß *man sagt, Dr. Steiner spricht* auch vor den Bürgerlichen und nicht nur zu den Arbeitern. Deshalb dieses Mißtrauen gegen ihn, was aber gänzlich unberechtigt ist.

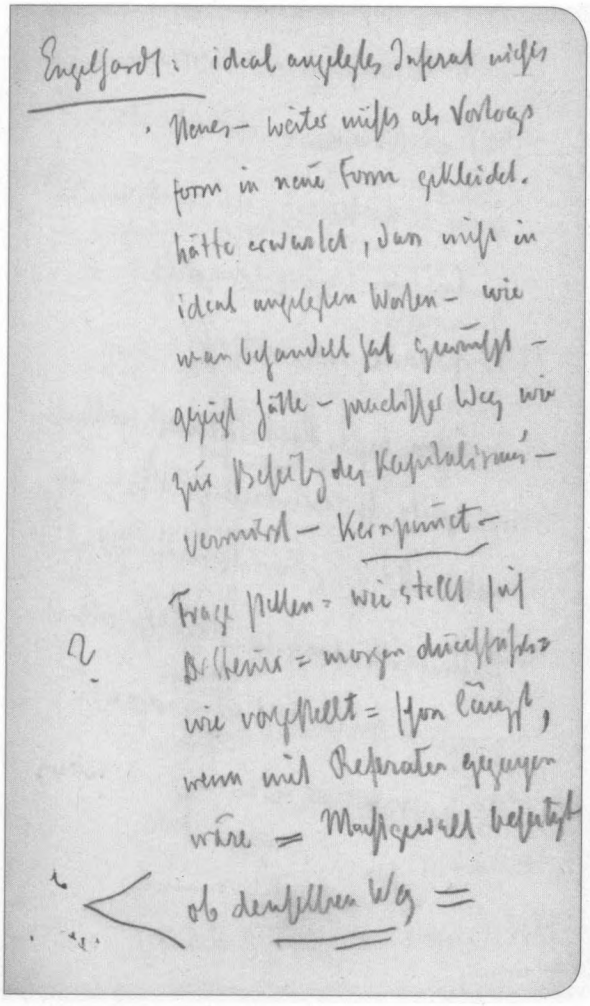
Man ist sich einig, daß die Dreigliederungsbestrebungen ohne die unmittelbare Unterstützung durch die sozialistischen Parteien weiterzuverfolgen seien. *Die* Wahl von *Betriebsräten* im Sinne der sozialen Dreigliederung ist *extern* anzustreben, in klarer Abgrenzung von allen Parteibestrebungen. In diesem Sinne scheint eine weitere Zusammenarbeit mit dem Arbeiterrat kaum mehr sinnvoll.

ANHANG I

Handschriftliche Aufzeichnungen

Notizen Rudolf Steiners zu den
einzelnen Veranstaltungen

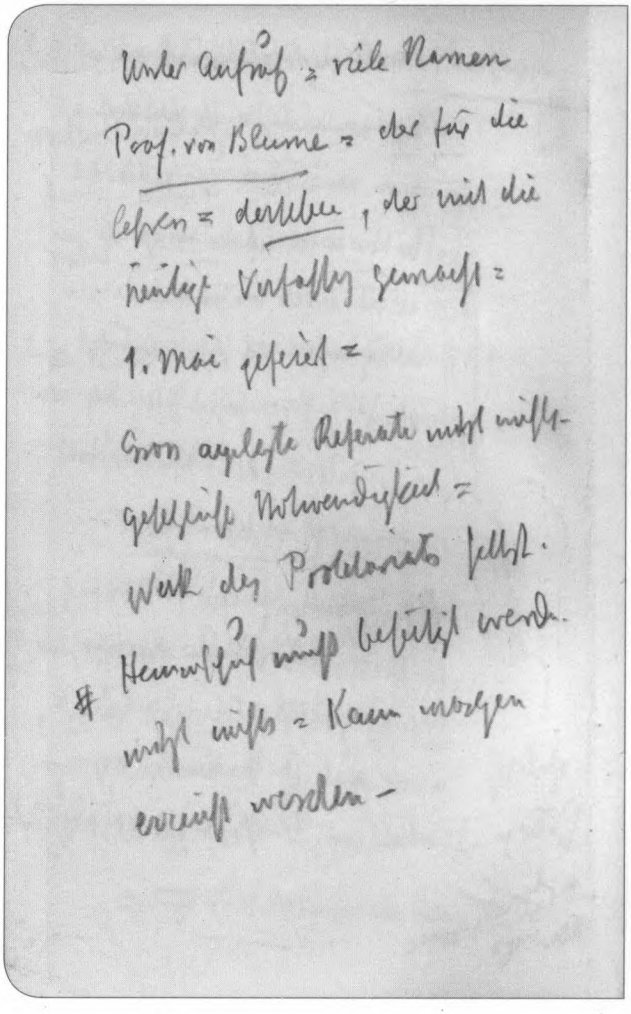
Notizbuch 102



Engelhardt: ideal angelegtes Referat nichts / Neues – weiter nichts als Vortrags / form in neue Form gekleidet. / hätte erwartet, dass nicht in / ideal angelegten Worten – wie / was behandelt hat gewünscht – / gezeigt hätte – practischer Weg, wie / zur Beseitigung des Kapitalismus – / vermisst – Kernpunct –

Frage stellen: Wie stellt sich / Dr. Steiner = morgen durchführen / wie vorgestellt = schon längst, / wenn mit Referaten gegangen / wäre = Machtgewalt beseitigt / ob denselben Weg

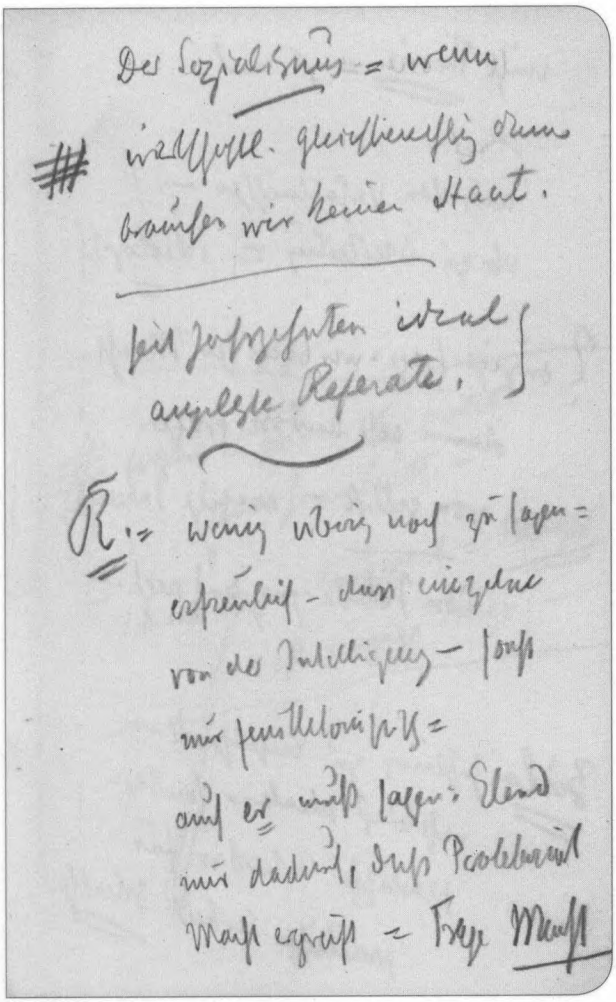
Notizbuch 102



Unter Aufruf: viele Namen

Prof. von Blume: der für die /
Lehrer = derselbe, der mit die / heutige Verfassung gemacht: / 1. Mai gefeiert =

Gross angelegte Referate nutzt nichts / gesetzliche Notwendigkeit = /
Werk des Proletariats selbst. / Hemmschuh muß beseitigt werden /
nutzt nichts: kann morgen / erreicht werden –



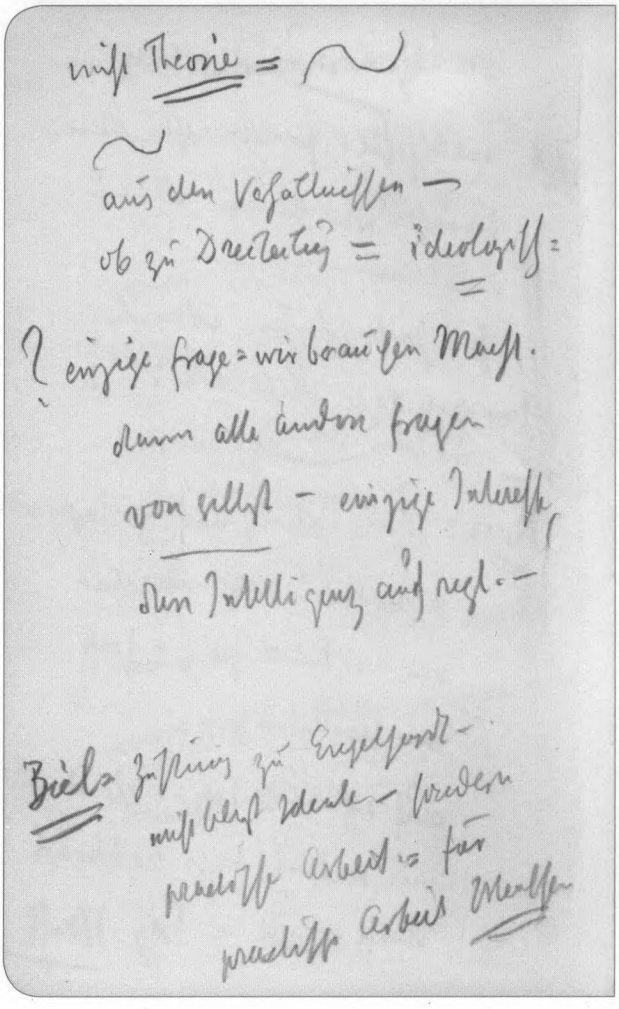
Notizbuch 102

Der Sozialismus = wenn / wirtschaftl[iche] Gleichberechtigung dann / brauchen wir keinen Staat.

seit Jahrzehnten ideal / angelegte Referate.

R. [= Römer]: wenig übrig noch zu sagen = / erfreulich – dass einzelne / von der Intelligenz – sonst / nur feuilletonistisch = / auch er muß sagen: Elend / nur dadurch, daß Proletariat / Macht ergreift = Frage Macht

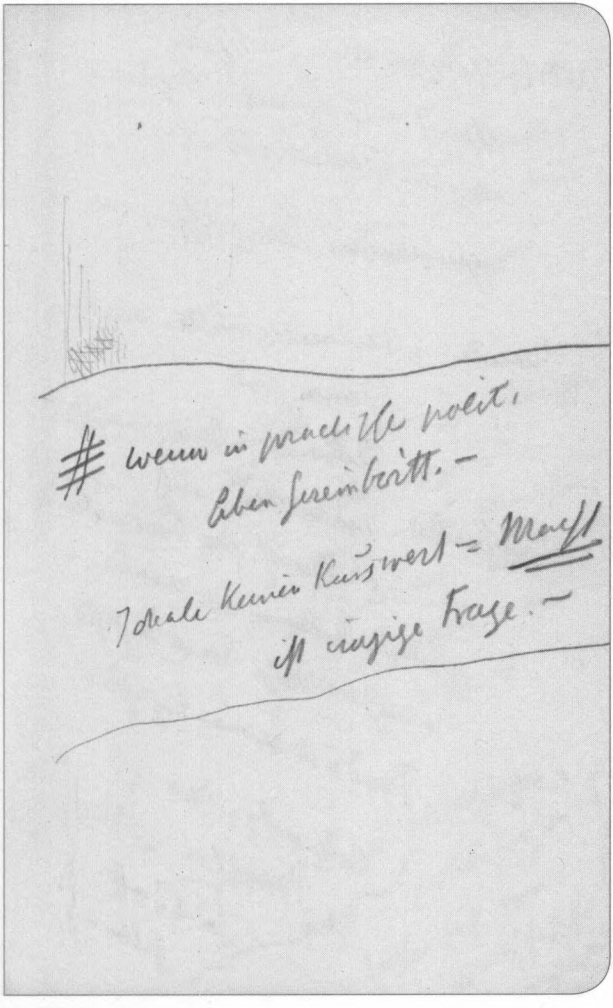
Notizbuch 102



nicht Theorie =

aus den Verhältnissen – / ob zu Dreiteilung = ideologisch: / = /
? einzige Frage: wir brauchen Macht. / dann alle anderen Fragen /
von selbst – einzige Interesse, / den Intelligenz aufregt. –

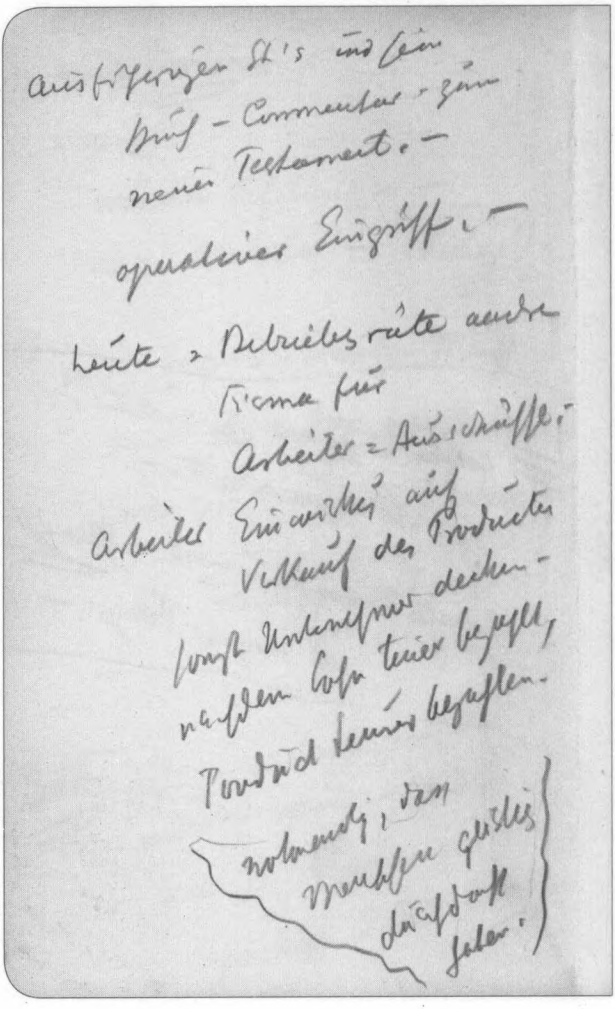
Biel [= Bihl]: Zustimmung zu Engelhardt – / nicht bloß Ideale – sondern /
practische Arbeit = für / practische Arbeit Menschen



Notizbuch 102

wenn ins practische polit[ische] / Leben hereintritt. – /
Ideale keinen Kurswert = Macht / ist einzige Frage. –

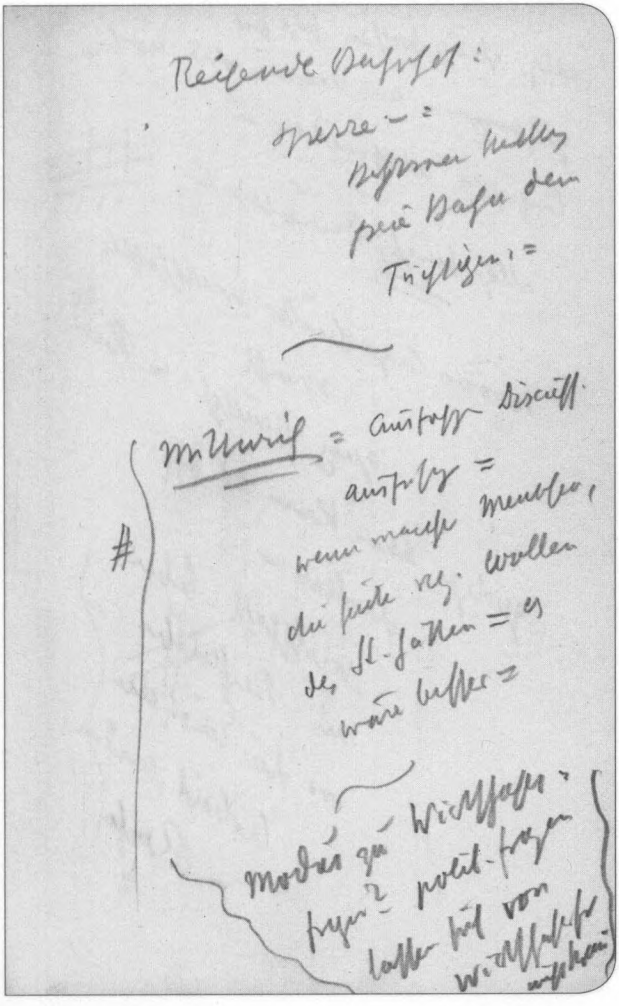
Notizbuch 102



Ausführungen St[einer]s und sein / Buch – Commentar zum / neuen Testament. – / operativer Eingriff. –

heute: Betriebsräte andere / Firma für / Arbeiter=Ausschüsse. – / Arbeiter Einwirkung auf / Verkauf des Productes / sonst Unternehmer denken – / nachdem Lohn teuer bezahlt / Product teurer bezahlen.

notwendig, dass / Menschen geistig / durchdacht / haben.



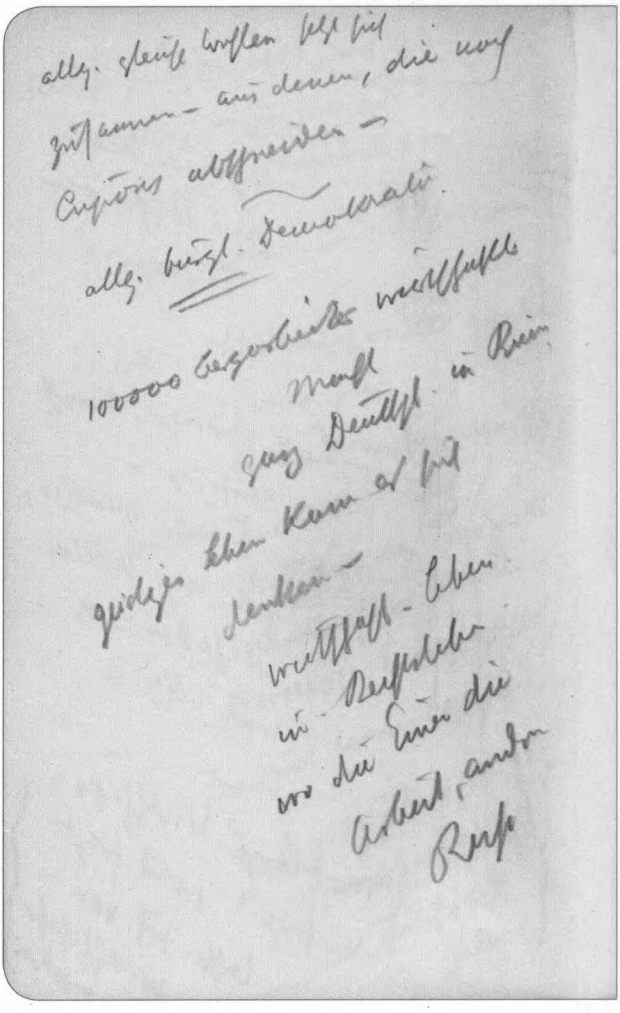
Notizbuch 102

Reifende Wahrheit: / Sperre –: / Bessere Stellung / freie Bahn dem / Tüchtigen. =

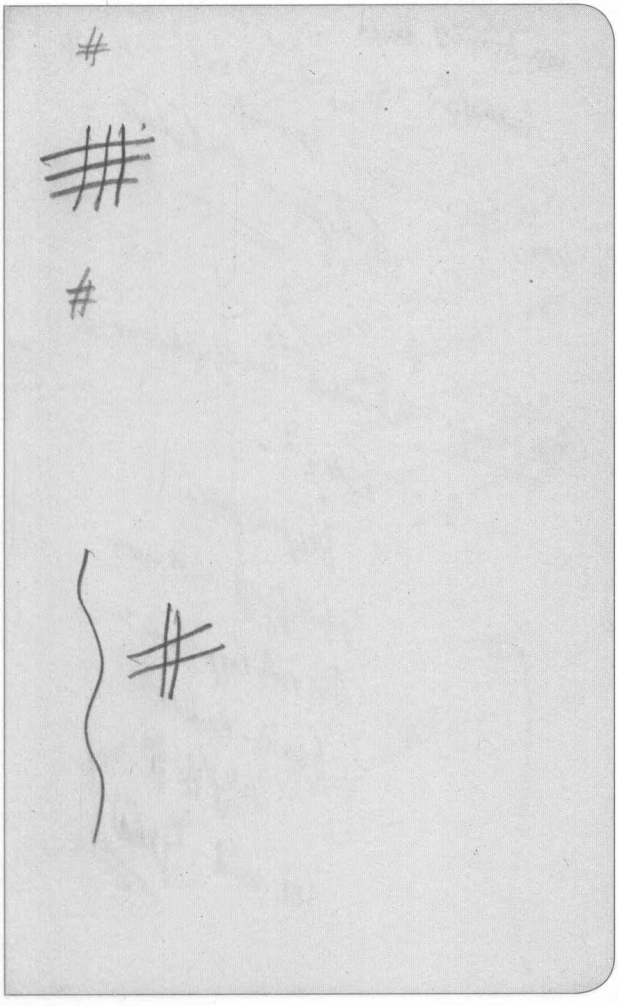
Mittwich: Ausführungen Discuss[ion] / Ausführung = / Wenn manche Menschen, / die heute reg[ieren] wollen /den St[einer] hätten = es / wäre besser

Modus zu Wirtschafts- / fragen? polit[ische] Fragen / lassen sich von / Wirtschaftsfr[agen] / nicht trennen.

Notizbuch 102

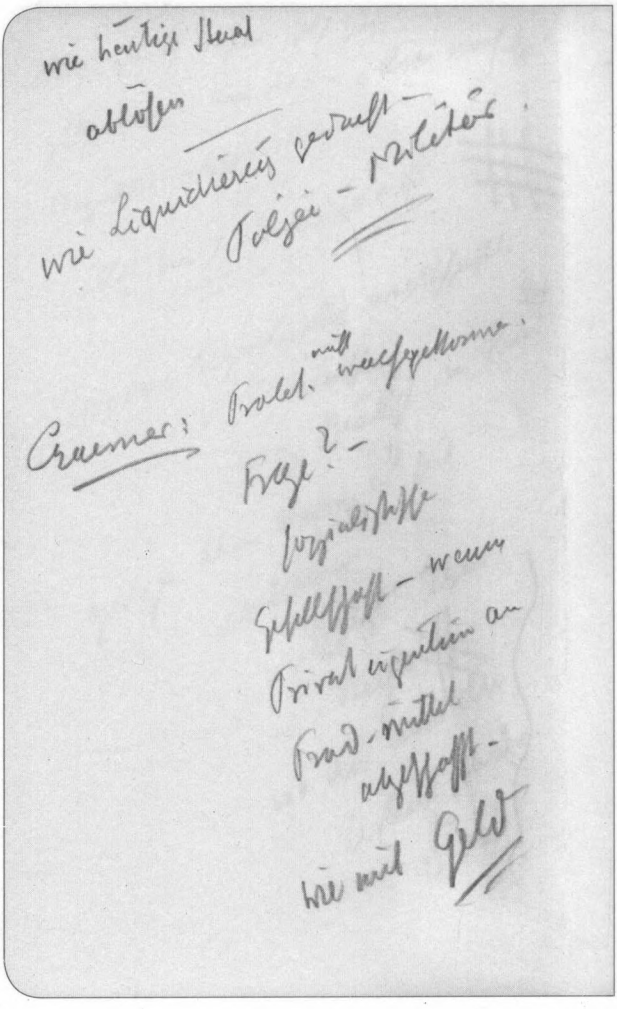


allg[emeine] gleiche Wahlen setzt sich / zusammen – aus denen, die noch / Coupons abschneiden – / allg[emeine] bürgerl[iche] Democratie. / 100 000 Bergarbeiter wirtschaftliche / Macht / ganz Deutschl[and] in Ruin / geistiges Leben kann er sich / denken – / wirtschaftl[iches] Leben / u[nd] Rechtsleben / wo die Einen die Arbeit, andre / Recht



Notizbuch 102

Notizbuch 102

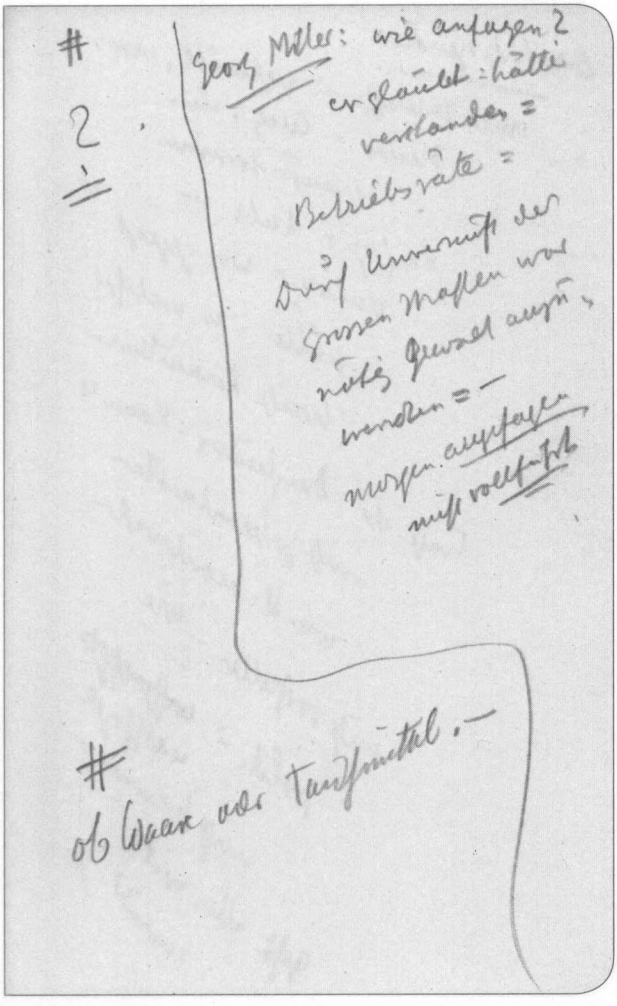


---

wie heutige Staat / ablösen

wie Liquidierung gedacht – / Polizei – Militär.

Craemer [= Krämer]: Prolet[arier] nicht nachgekommen. /
Frage? / sozialistische / Gesellschaft – wenn / Privateigentum an /
Prod[uktions]mittel / abgeschafft. / Wie mit Geld

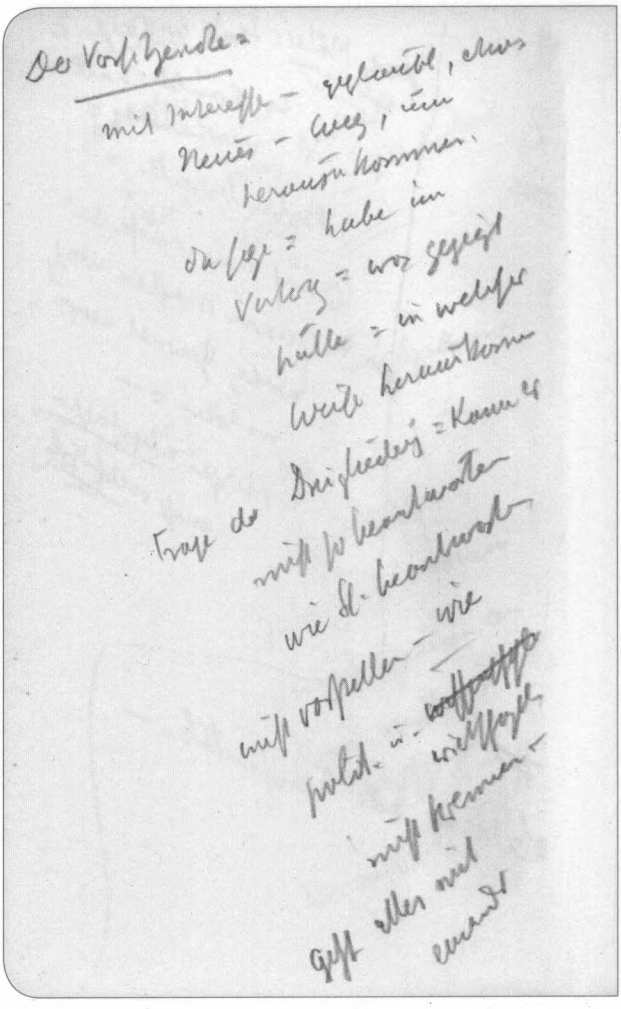


Notizbuch 102

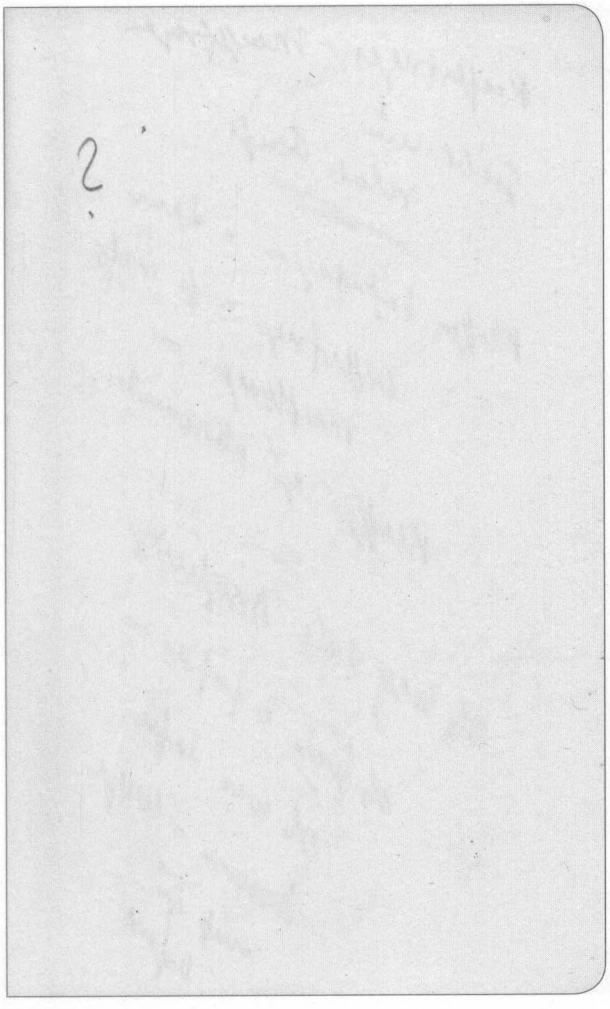
? / Georg Müller: Wie anfangen? / Er glaubt: hätte / verstanden = /
Betriebsräte = / Durch Unvernunft der / grossen Massen war /
nötig Gewalt anzu- / wenden = – / morgen angefangen / nicht vollführt

ob Waare oder Tauschmittel. –

Notizbuch 102



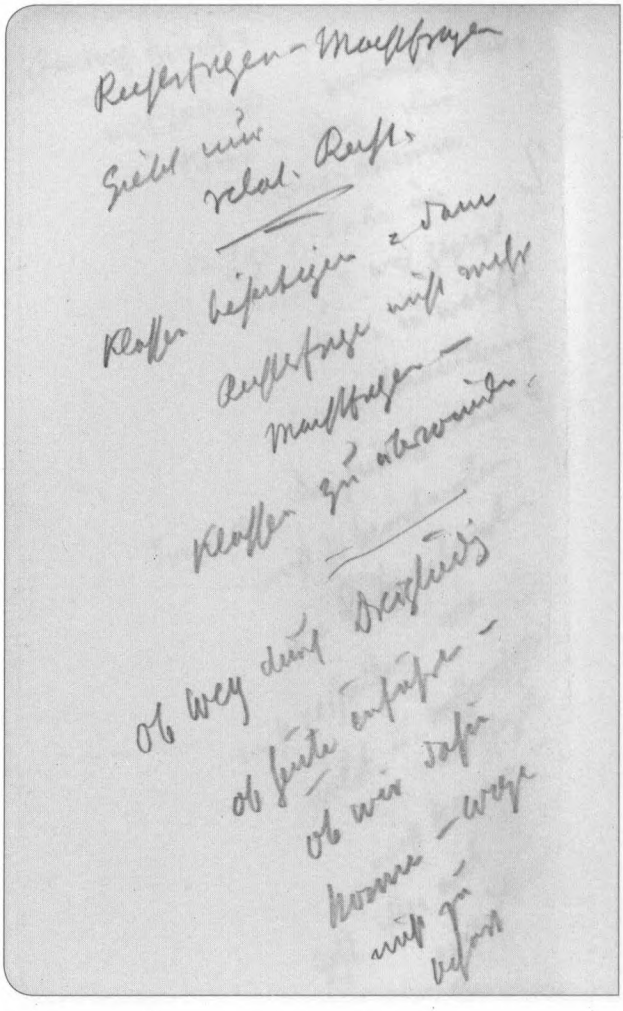
Der Vorsitzende [= Rudolf Gehring]: / mit Interesse – geglaubt, etwas / Neues – Weg, um / herauszukommen / da sage = habe im / Vortrag = was gezeigt / hätte = in welcher / Weise herauskommen / Frage der Dreigliederung: Kann er / nicht so beantworten / wie St[einer] beantworten / nicht vorstellen – wie / polit[ische] und ~~wissenschaftl~~ wirtschaftl[iche] / nicht trennen – / geht alles mit / einander



Notizbuch 102

?

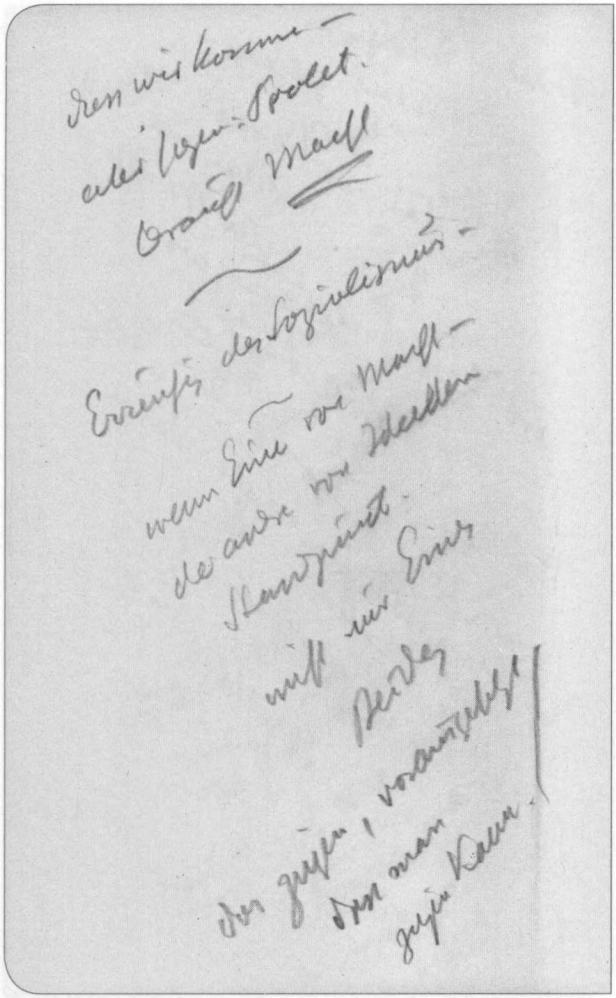
Notizbuch 102



Rechtsfragen – Machtfragen / Giebt nur / relat[ives] Recht.

Klassen beseitigen = dann / Rechtsfrage nicht mehr / Machtfrage – / Klassen zu überwinden.

Ob Weg durch Dreigliederung / ob heute einführen – / ob wir dahin / kommen – wage / nicht zu / behaupt[en]

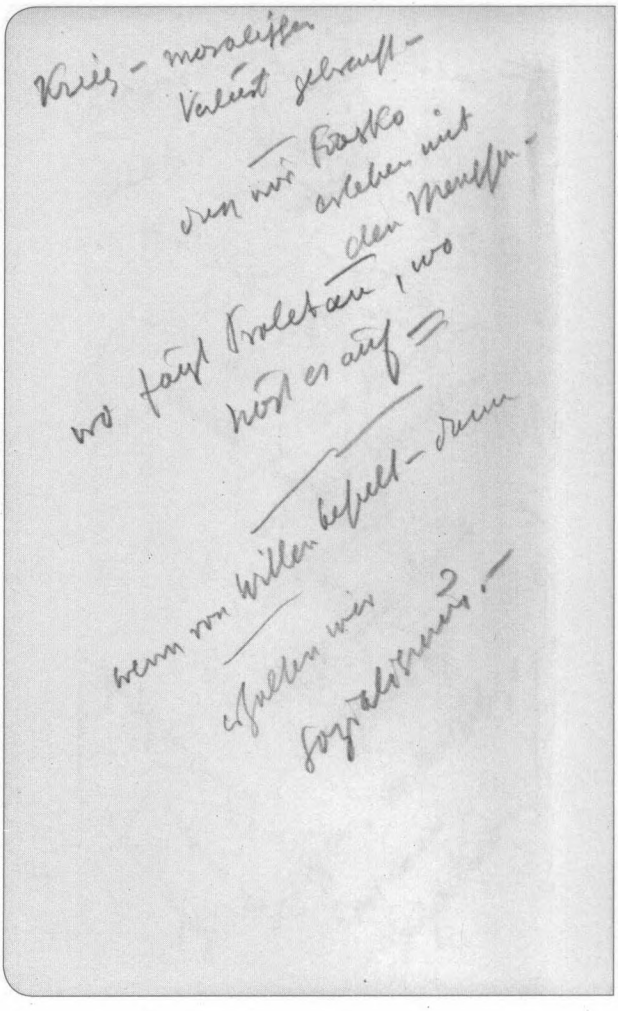


dass wir kommen – / aber sagen: Prolet[ariat] / braucht Macht

Errichtung des Sozialismus –

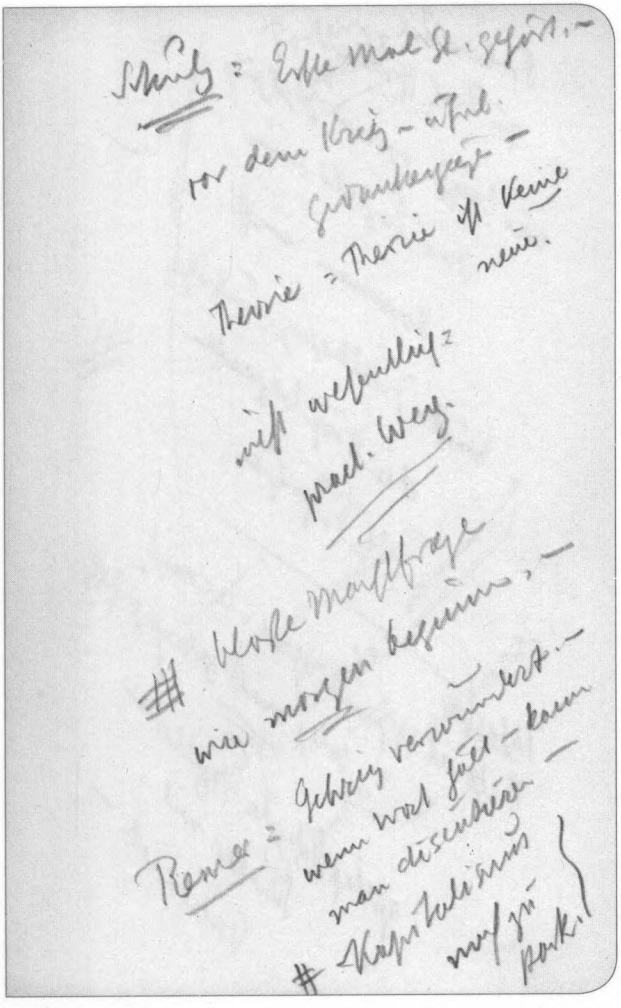
wenn Einer von Macht – / der andre von Ideellen / Standpunct / nicht nur Einer / Beides / das zeigen, vorausgesetzt / dass man / zeigen kann.

Notizbuch 102



Krieg – moralischen / Verlust gebracht – / dass wir Fiasko / erleben mit / den Menschen – / wo fängt Prolet[ariat] an, wo / hört es auf =

wenn von Willen beseelt – dann / erhalten wir / Sozialismus. –



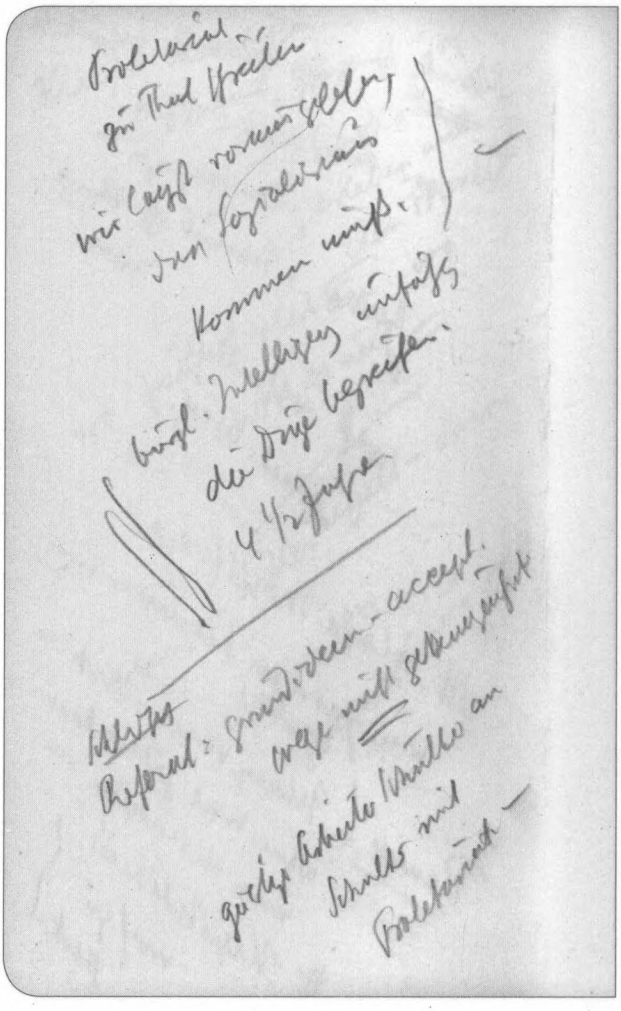
Notizbuch 102

Schulz: Erste Mal St[einer] gehört. – / vor dem Krieg – ähnl[iche] / Gedankengänge –

Theorie = Theorie ist keine / neue. / nicht wesentlich: / pract[ische] Weg. / bloße Machtfrage / wie morgen beginnen. –

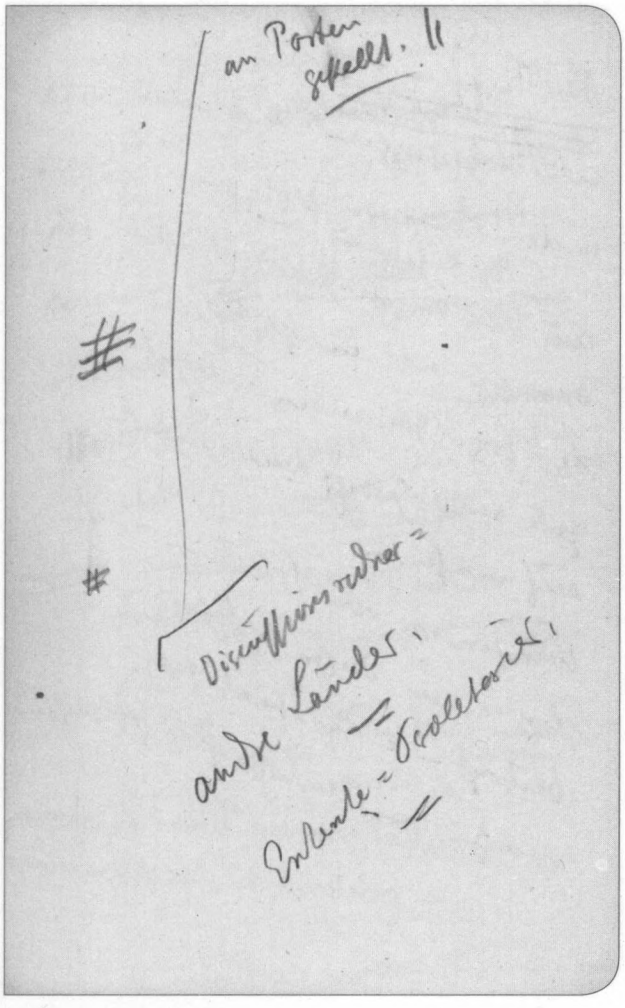
Remer [= Römer]: Gehring verwundert. – / wenn Wort hält – kann / man discutieren – / Kapitalismus / noch zu / stark.

Notizbuch 102



Proletariat, / zu That schreiten / wir längst vorausgesehen, /
dass Sozialismus / kommen muß. / bürgerl[iche] Intelligenz unfähig /
die Dinge begreifen. / 4 ½ Jahre

Schlipf: / Referat: Grundideen – accept[ieren] / Wege nicht gekennzeichnet /
geistige Arbeiter Schulter an / Schulter mit / Proletariat. –



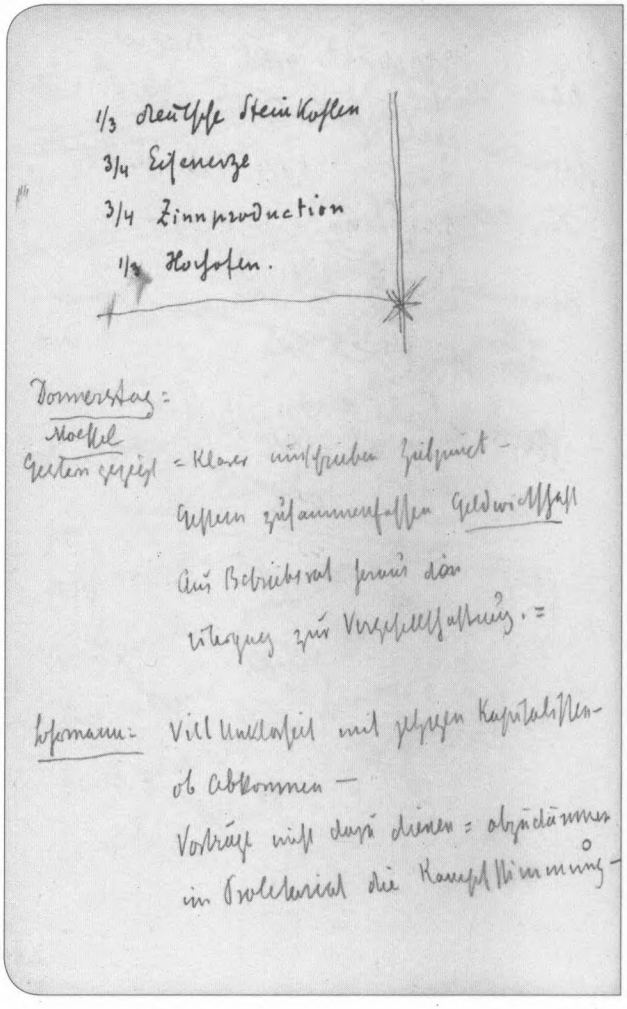
Notizbuch 102

an Posten / gestellt

Discussionsredner [= Blumer]: / andre Länder. / Entente = Proletarier.

Zur Besprechung vom 8. Mai 1919

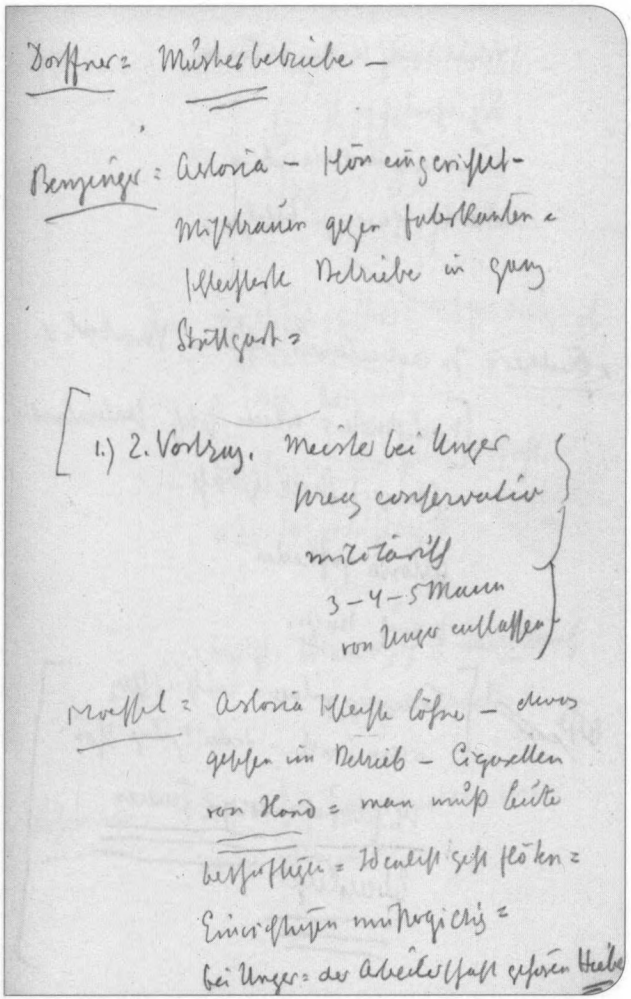
Notizbuch 102



Donnerstag

Moessel [= Mössel] / Gestern gezeigt = Klarer umschrieben Zeitpunct – / Gestern zusammenfassen Geldwirtschaft /Aus Betriebsrat heraus den / Übergang zur Vergesellschaftung. =

Lohrmann: Viel Unklarheit mit jetzigen Kapitalisten – / ob Abkommen – / Vorträge nicht dazu dienen = abzudämmen / im Proletariat die Kampfstimmung –


Dorffner = Musterbetriebe –

Benzinger = Astoria – schön eingerichtet –
Mißtrauen gegen Fabrikanten =
schlechteste Betriebe in ganz
Stuttgart =

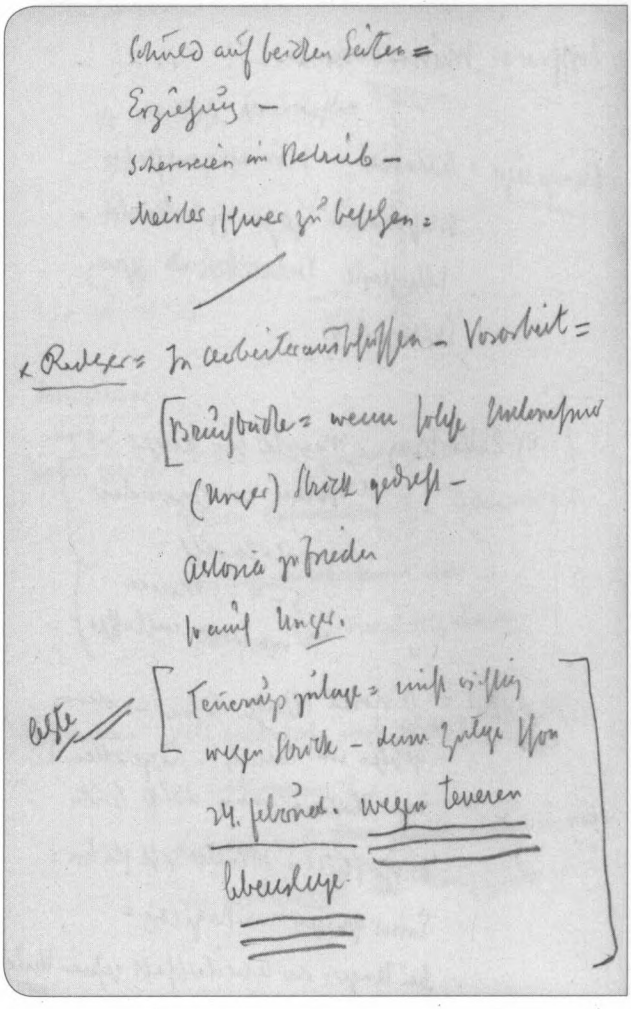
[1.) 2. Vortrag. Meister bei Unger
streng conservativ
militärisch
3–4–5 Mann
von Unger entlassen

Moessel = Astoria schlechte Löhne – etwas
gesehen im Betrieb – Cigaretten
von Hand = man muß Leute
beschäftigen = Idealist geht flöten =
Einrichtungen mustergiltig =
bei Unger = der Arbeiterschaft gehören Hiebe

Notizbuch 102

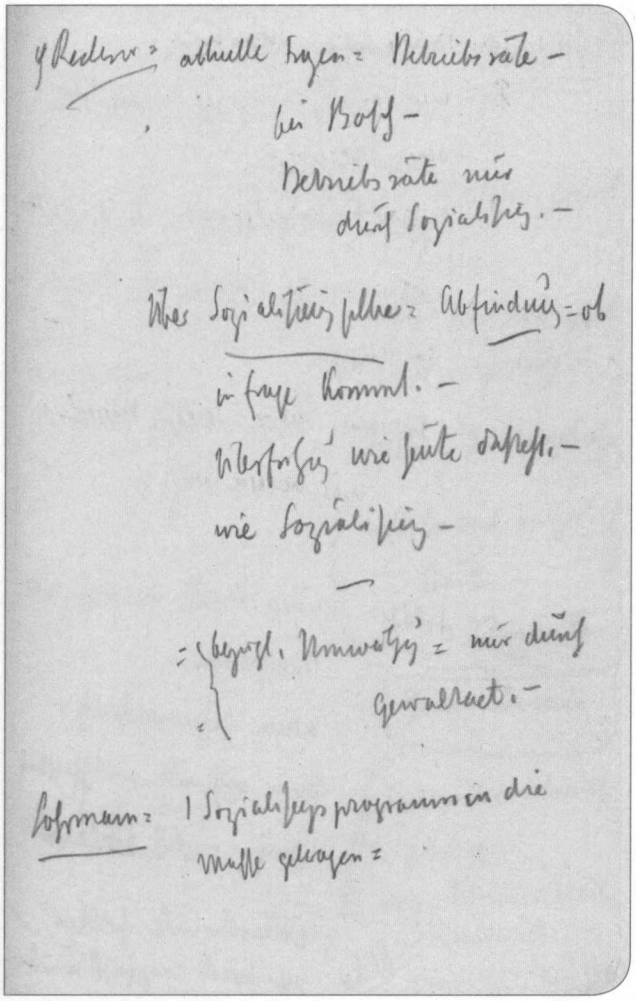
Dorffner [= Dorfner]: Musterbetriebe – /
Benzinger: Astoria – schön eingerichtet – / Mißtrauen gegen Fabrikanten /
schlechteste Betriebe in ganz / Stuttgart = / 1.) 2. Vortrag. Meister bei Unger /
streng conservativ / militärisch / 3–4–5 Mann / von Unger entlassen /
Moessel [= Mössel]: Astoria schlechte Löhne – etwas /gesehen im Betrieb – /
Cigaretten / von Hand = man muß Leute / beschäftigen = Idealist geht flöten = /
Einrichtungen mustergiltig = / bei Unger: der Arbeiterschaft gehören Hiebe

Notizbuch 102



Schuld auf beiden Seiten = / Erziehung – / Scherereien im Betrieb – / Meister schwer zu befehlen =

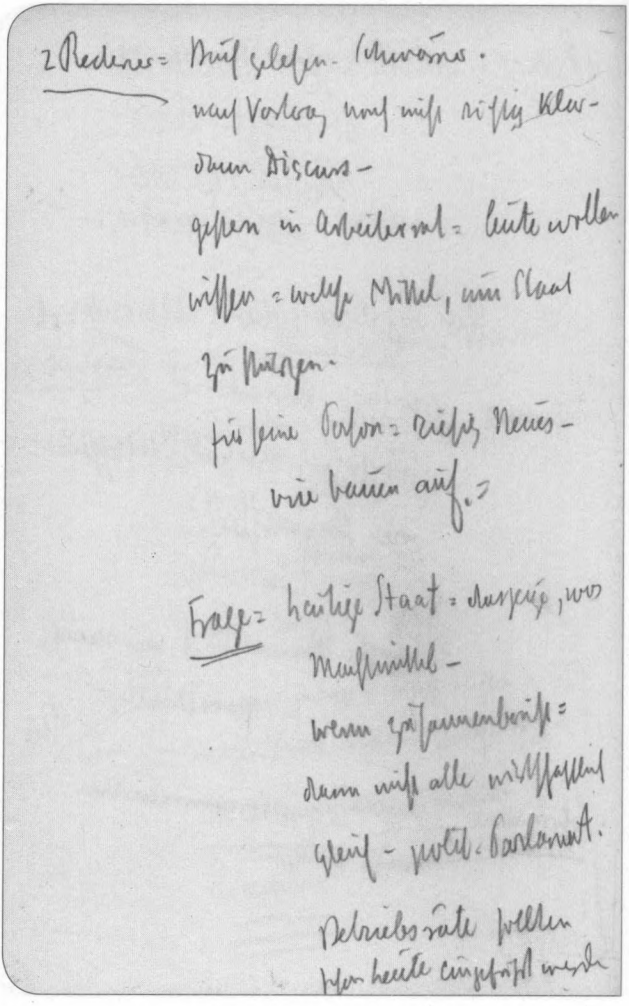
x Redner: In Arbeiterausschüssen – Vorarbeit = / [Bruchbude = wenn solche Unternehmer / (Unger) Strick gedreht – / Astoria zufrieden / so auch Unger. / letzte [Teuerungszulage = nicht richtig / wegen Streik – denn Zulage schon / 24. Februar wegen teuerer / Lebenslage.]



y Redner: aktuelle Fragen: Betriebsräte – / bei Bosch – / Betriebsräte nur / durch Sozialisierung. – / Über Sozialisierung selber: Abfindung = ob / infrage kommt. – / Übertragung wie heute dasteht. – / wie Sozialisierung – / bezügl[ich] Umwälzung = nur durch / Gewaltact. –

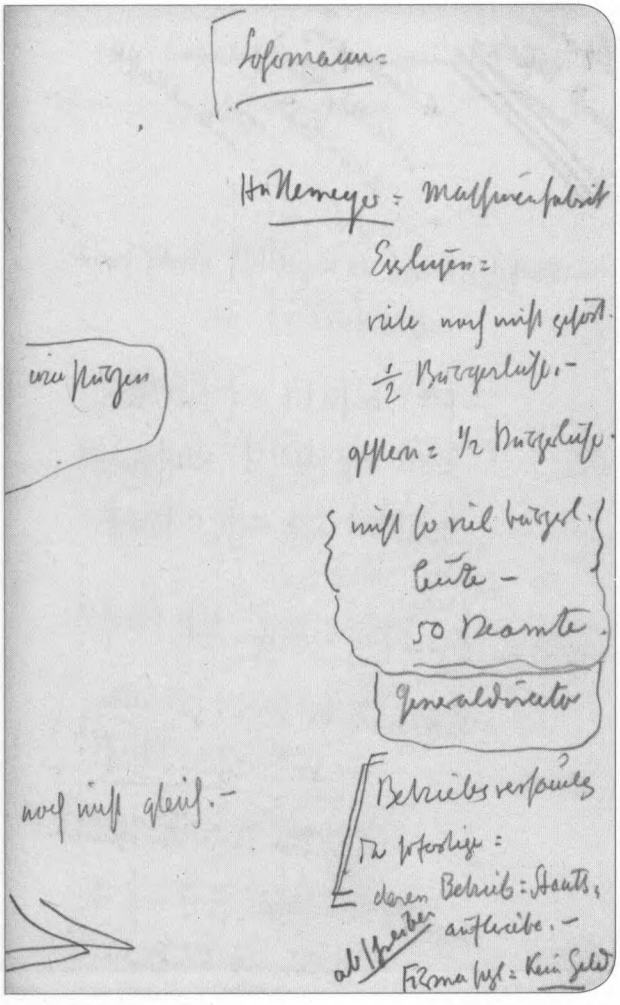
Lohrmann: Sozialisierungsprogramm in die / Masse getragen =

Notizbuch 102



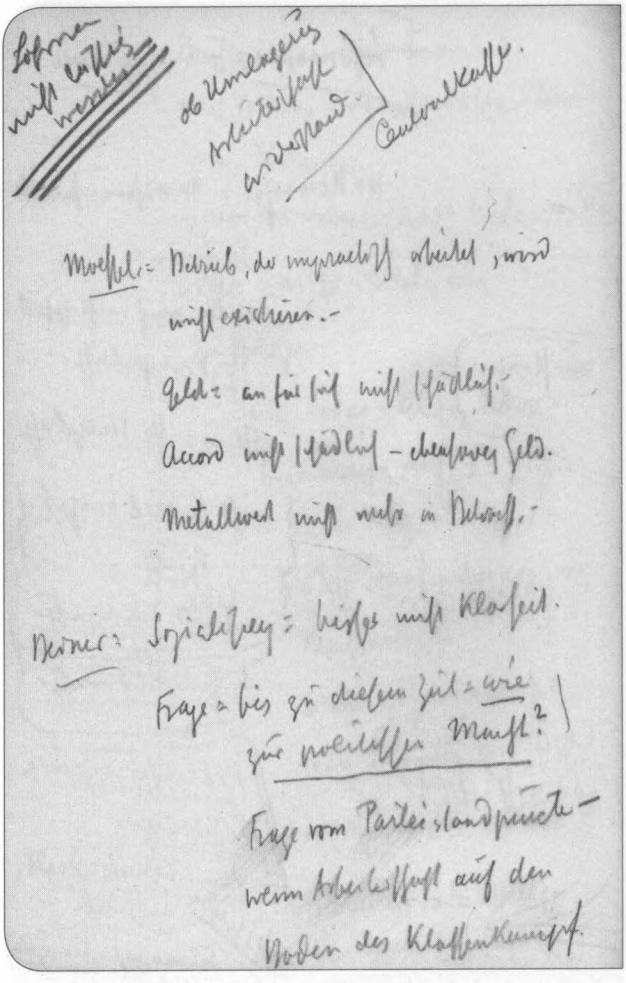
z Redner: Brief gelesen. Schwärmer. / nach Vortrag noch nicht richtig klar – / dann Discuss[ion] – / gestern in Arbeiterrat: Leute wollen / wissen = welche Mittel, um Staat / zu stürzen. / für seine Person: richtig Neues – / wie bauen auf. =

Frage: heutige Staat: dasjenige, was / Machtmittel – / wenn Zusammenbruch: / dann nicht alle wirtschaftlich / gleich — polit[isches] Parlament. / Betriebsräte sollten / schon heute eingeführt werden



Lohrmann: /
Hüttemeyer [= Hüttelmeyer]: Maschinenfabrik /
wie stürzen / Esslingen: /viele noch nicht gehört. / ½ Bürgerliche. – /
gestern: ½ Bürgerliche. / nicht so viel bürgerl[iche] /
Leute – / 50 Beamte. / Generaldirector /
Betriebsversammlung / da sofortige: / deren Betrieb:
noch nicht gleich. – / Staats- / antheile [?]. – / Firma sagt: kein Geld /
abschreiben

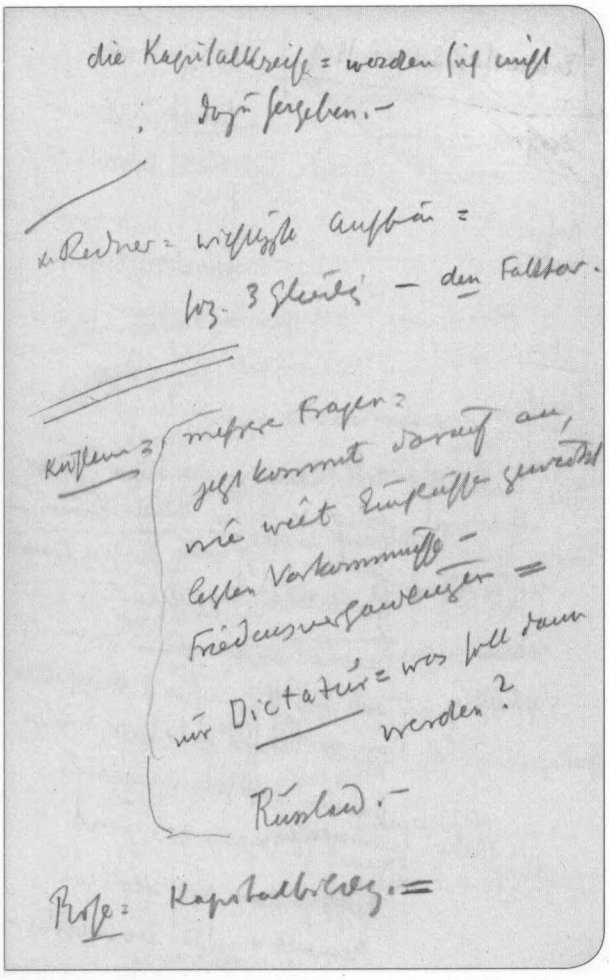
Notizbuch 102



Lohrmann / nicht lässig / werden / ob Umlagerung / Arbeiterschaft / Widerstand / Centralkasse

Moessel [= Mössel]: Betrieb, der unpractisch arbeitet, wird / nicht existieren. – / Geld: an für sich nicht schädlich. – / Accord nicht schädlich – ebensowenig Geld. / Metallwert nicht mehr in Betracht. –

Beiner [= Beine]: Sozialisierung: bisher nicht Klarheit. / Frage: bis zu diesem Ziel: wie / zur politischen Macht? / Frage vom Parteistandpuncte – / wenn Arbeiterschaft auf den / Boden des Klassenkampf.



die Kapitalkreise = werden sich nicht / dazu hergeben. –

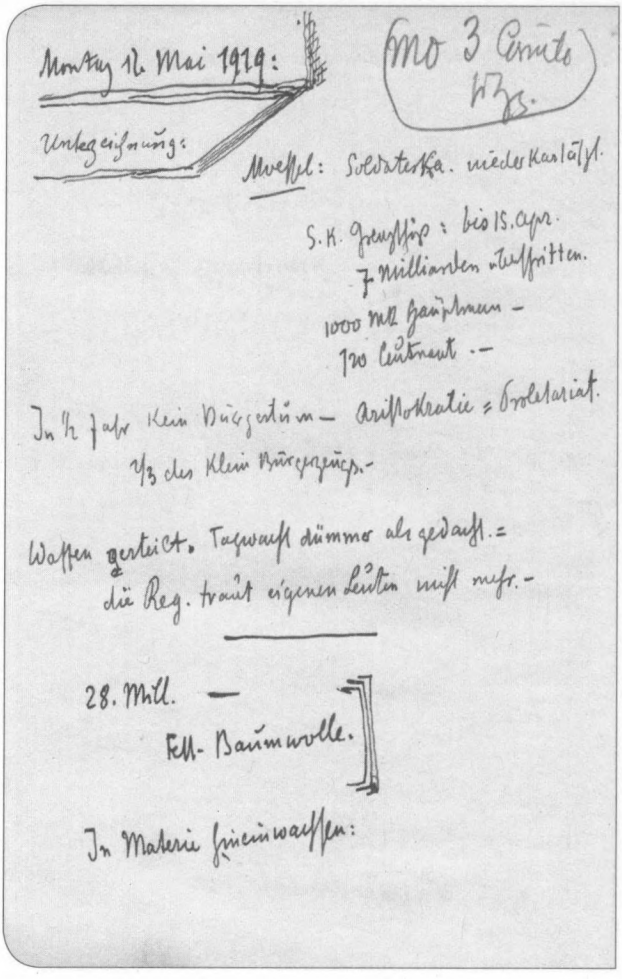
x Redner: wichtigste Aufbau = / soz[iale] 3 Gliederung – den Faktor.

K[?]: mehrere Fragen: / jetzt kommt darauf an, / wie weit Einflüsse gewirkt / letzten Vorkommnisse – / Friedensverhandlungen = / nur Dictatur = was soll dann / werden? / Russland. –

Rose [= Roser]: Kapitalbildung. =

Zur Besprechung vom 12. Mai 1919

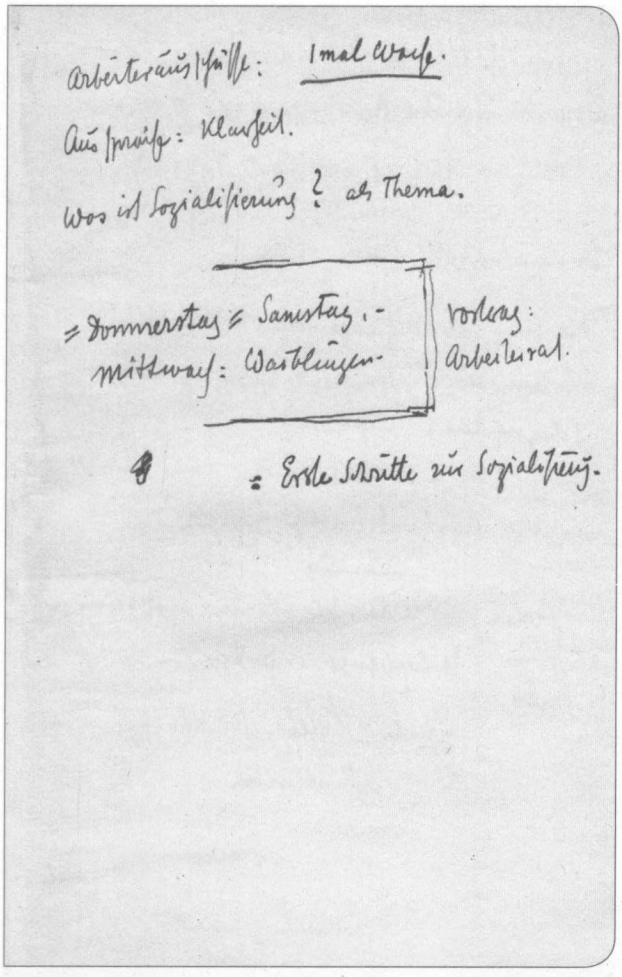
Notizbuch 106



Montag 12. Mai 1919: / Unterzeichnung

Moessel [= Mössel]: Soldateska niederkartätscht. / S[icherheits-K[ompanien] Grenzschutz: bis 15. Apr[il] / 7 Milliarden überschritten. / 1000 Mk Hauptmann – / 720 Leutnant. – / In ½ Jahr kein Bürgertum – Aristokratie = Proletariat / ⅔ des Klein Bürgerzeugs. – / Waffen verteilt. Tagwacht dümmer als gedacht. = / die Reg[ierung] traut eigenen Leuten nicht mehr. –

28 Mill. – / Fett. Baumwolle. / In Materie hineinwachsen:



Notizbuch 106

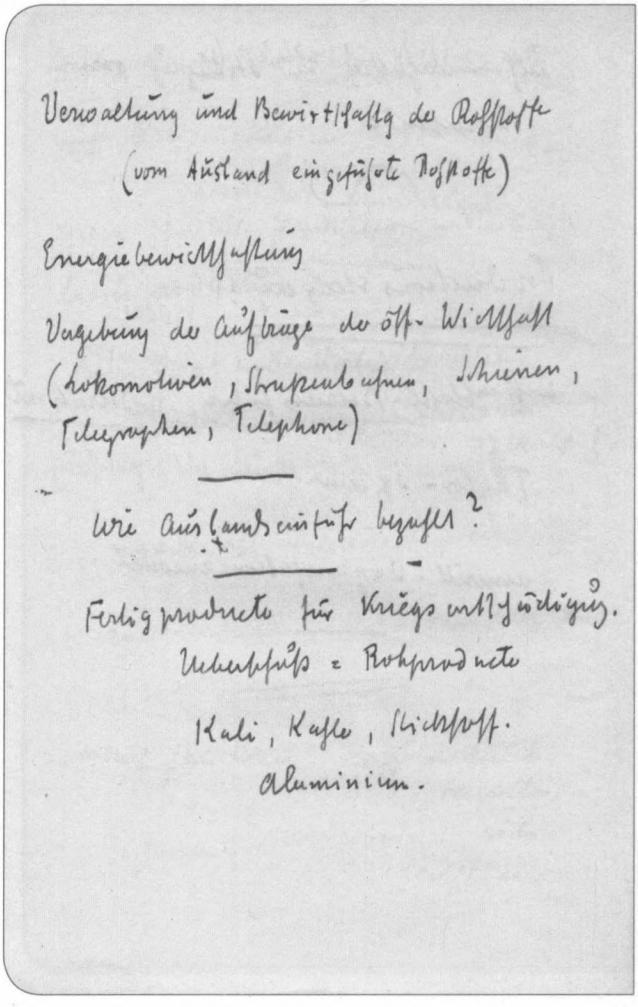
Arbeiterausschüsse: 1mal Woche.

Aussprache: Klarheit.

Was ist Sozialisierung? als Thema.

Zum Vortrag
vom 15. Mai 1919

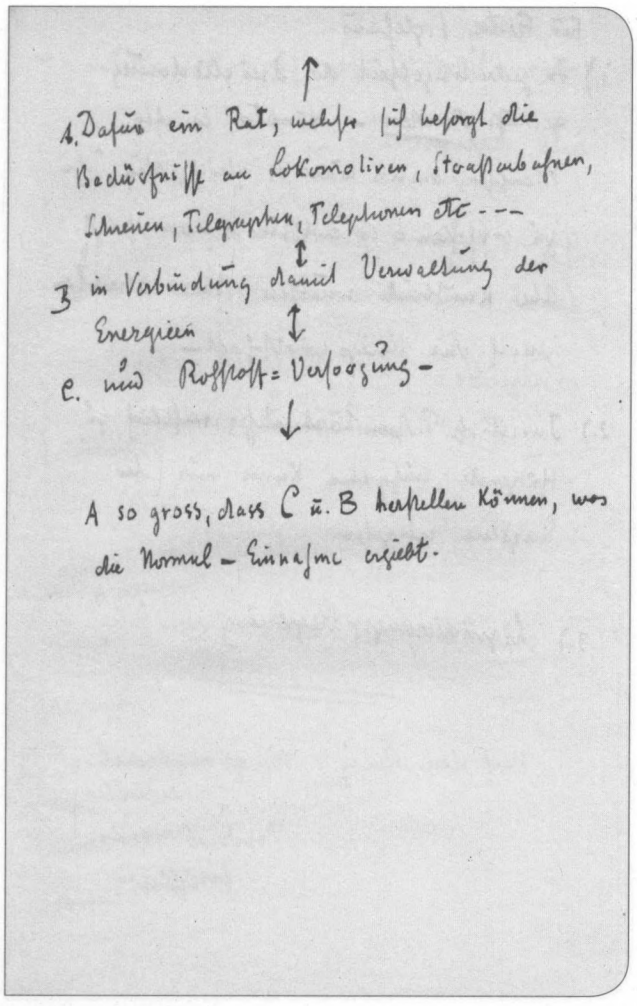
Notizbuch 106



Verwaltung und Bewirtschaftung der Rohstoffe /
(vom Ausland eingeführte Rohstoffe) / Energiebewirtschaftung /
Vergebung der Aufträge der öff[entlichen] Wirtschaft /
(Lokomotiven, Straßenbahnen, Schienen, / Telegraphen, Telephone)

Wie Auslandseinfuhr bezahlt?

Fertigprodukte für Kriegsentschädigung. / Ueberschuß = Rohproducte /
Kali, Kaffee, Stickstoff. / Aluminium.



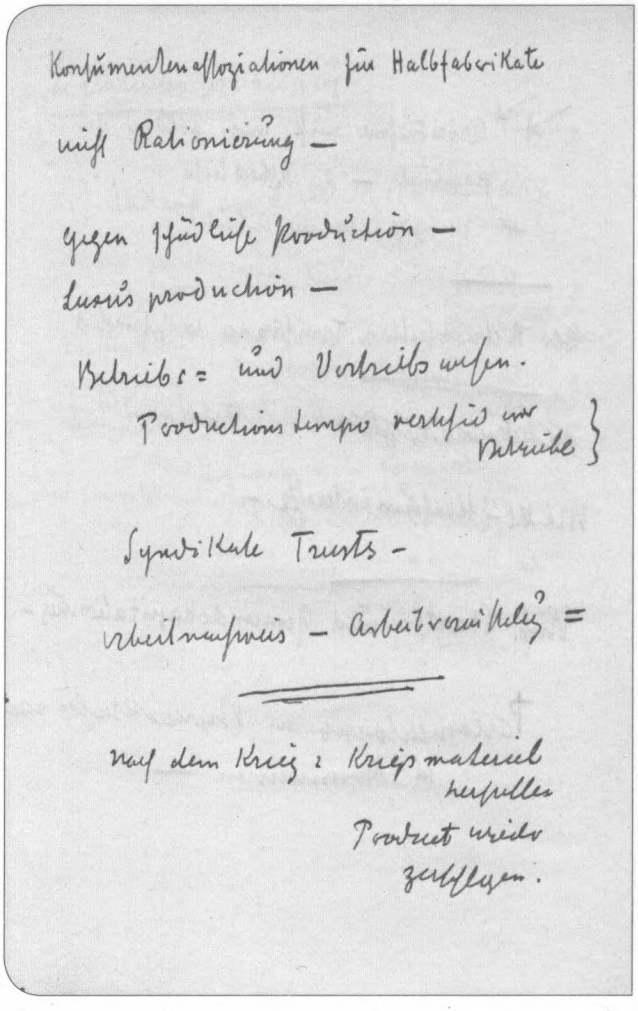
A. Dafür ein Rat, welcher sich besorgt die /
Bedürfnisse an Lokomotiven, Straßenbahnen, / Schienen, Telegraphen etc. – –

B. in Verbindung damit Verwaltung der / Energien

C. und Rohstoff=Versorgung –

A so gross, dass C u[nd] B herstellen können, was / die Normal-Einnahme ergiebt.

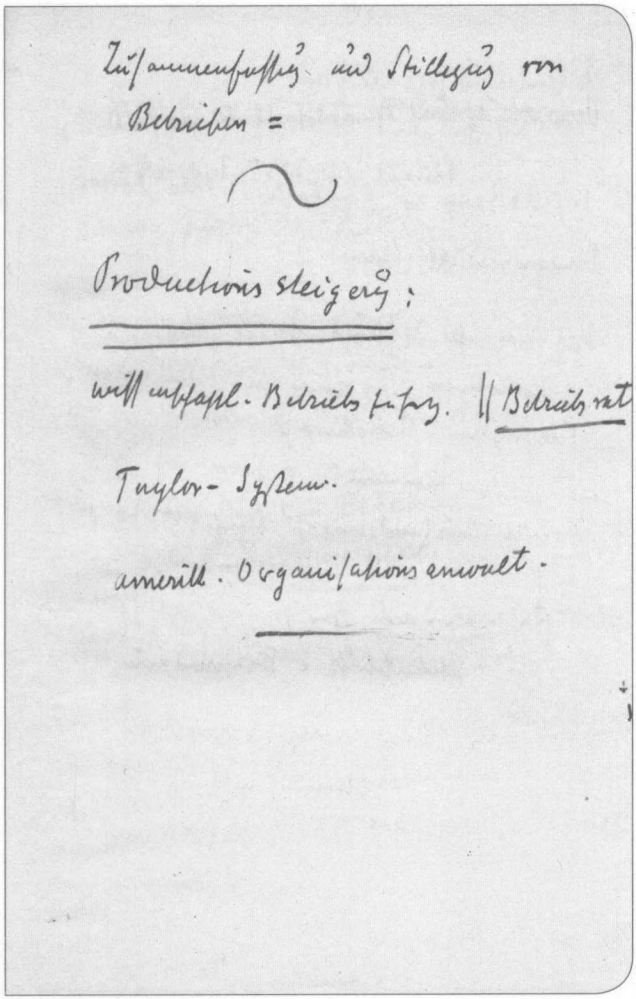
Notizbuch 106



Konsumentenassoziationen für Halbfabrikate / nicht Rationierung – /
gegen schädliche Production – / Luxusproduction – /
Betriebs= und Vertriebswesen. / Produktionstempo verschiedener / Betriebe

Syndikate Trusts – /
Arbeitnachweis – / Arbeitvermittelung =

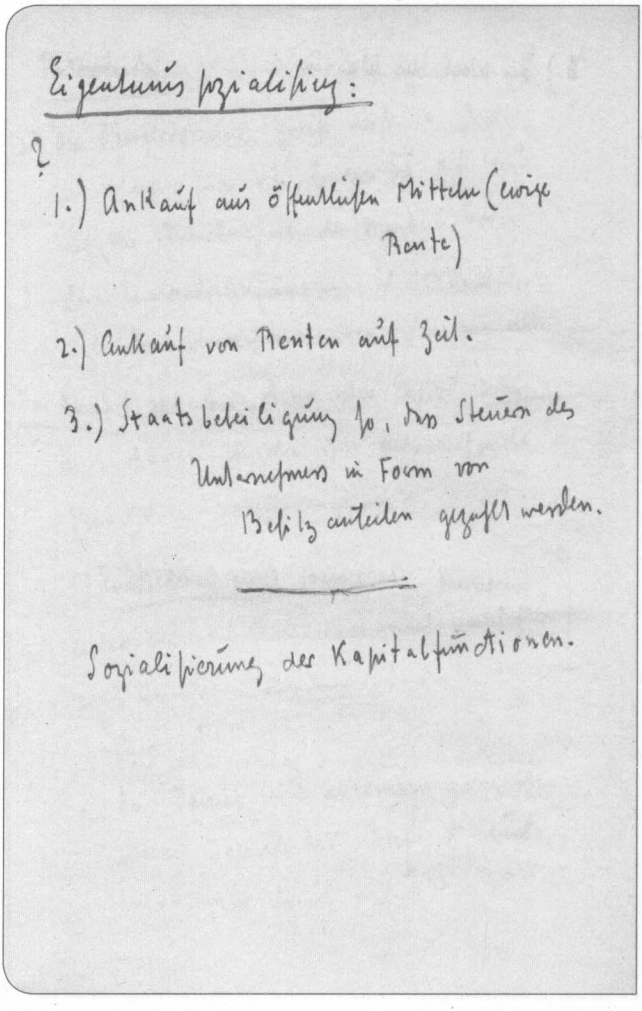
nach dem Krieg: Kriegsmaterial / herstellen /Produkt wieder / zerschlagen.



Zusammenfassung und Stillegung von /
Betrieben =

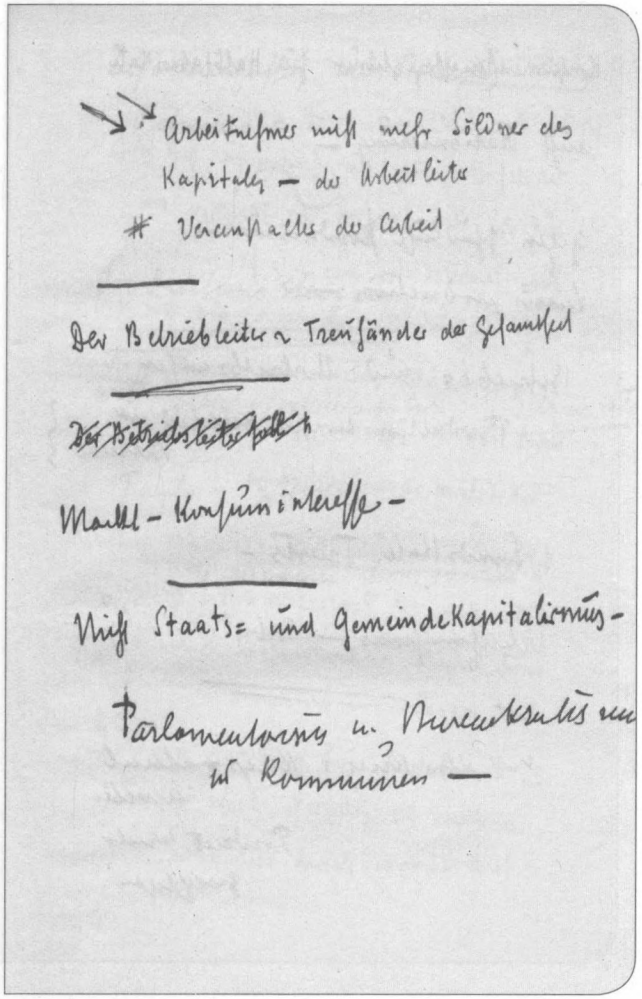
Productionssteigerung: /
wissenschaftl[iche] Betriebsführung. Betriebsrat /
Taylor-System. /
amerik[anischer] Organisationsanwalt. /

Notizbuch 106



Eigentumssozialisierung:
?
1.) Ankauf aus öffentlichen Mitteln (ewige / Rente) /
2.) Ankauf von Renten auf Zeit. /
3.) Staatsbeteiligung so, dass Steuern des /
Unternehmers in Form von / Besitzanteilen gezahlt werden.

Sozialisierung der Kapitalfunctionen.



Notizbuch 106

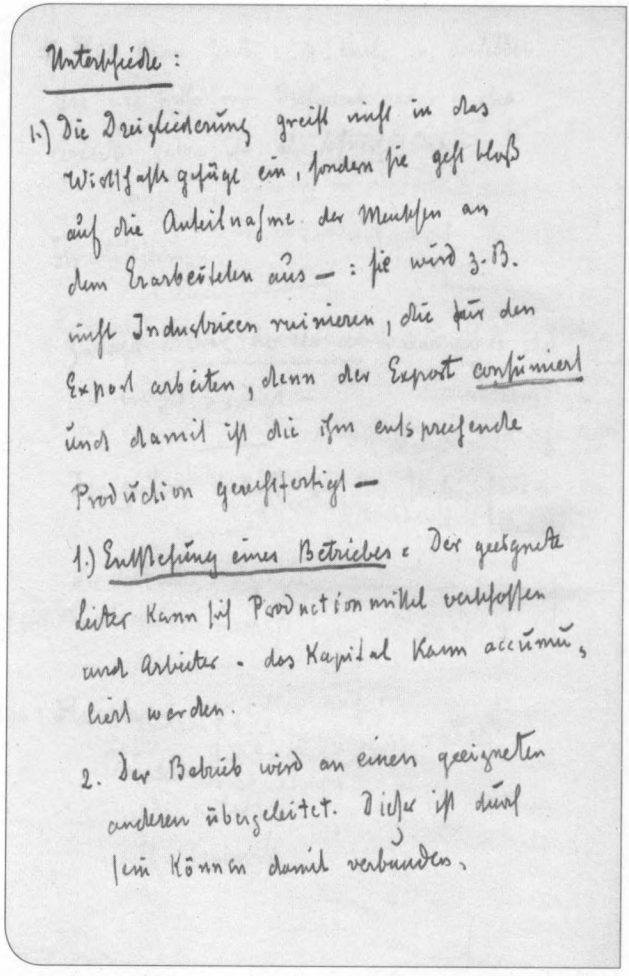
Arbeitnehmer nicht mehr Söldner des / Kapitals – der Arbeitleiter / Veranstalter der Arbeit /

Der Betriebleiter – Treuhänder der Gesamtheit

~~Der Betriebleiter soll~~ / Markt- und Konsuminteresse –

Nicht Staats= und Gemeindekapitalismus – / Parlamentarismus u[nd] Bureaukratism[us] / in Kommunen –

Notizbuch 106

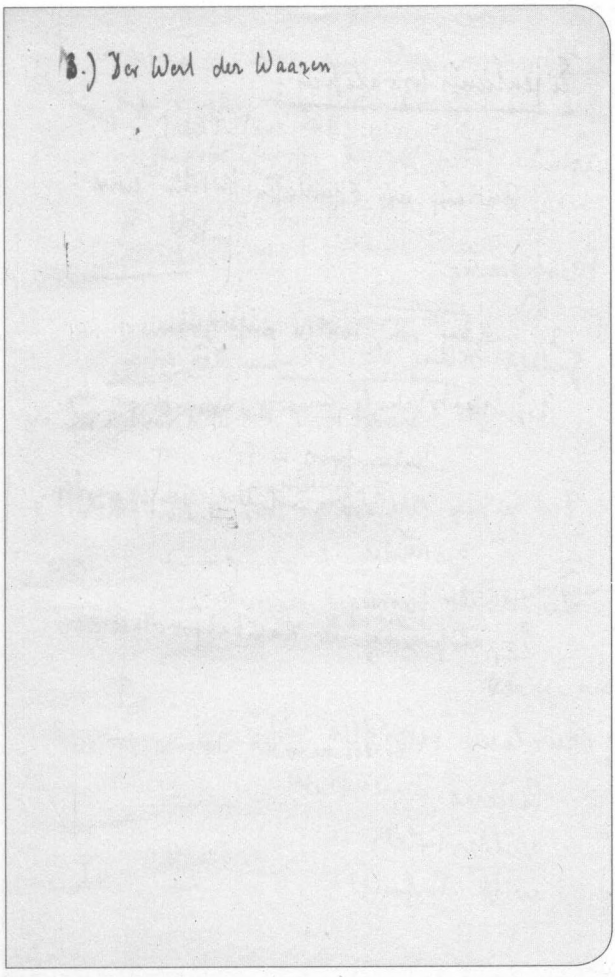

Unterschiede:

1.) Die Dreigliederung greift nicht in das Wirtschaftsgefüge ein, sondern sie geht bloß auf die Anteilnahme der Menschen an dem Erarbeiteten aus – : sie wird z.B. nicht Industrieen ruinieren, die für den Export arbeiten, denn der Export consumiert und damit ist die ihm entsprechende Production gerechtfertigt –

1.) Entstehung eines Betriebes: Der geeignete Leiter kann sich Productionsmittel verschaffen und Arbeiter – das Kapital kann accumu- liert werden.

2. Der Betrieb wird an einen geeigneten anderen übergeleitet. Dieser ist durch sein Können damit verbunden.

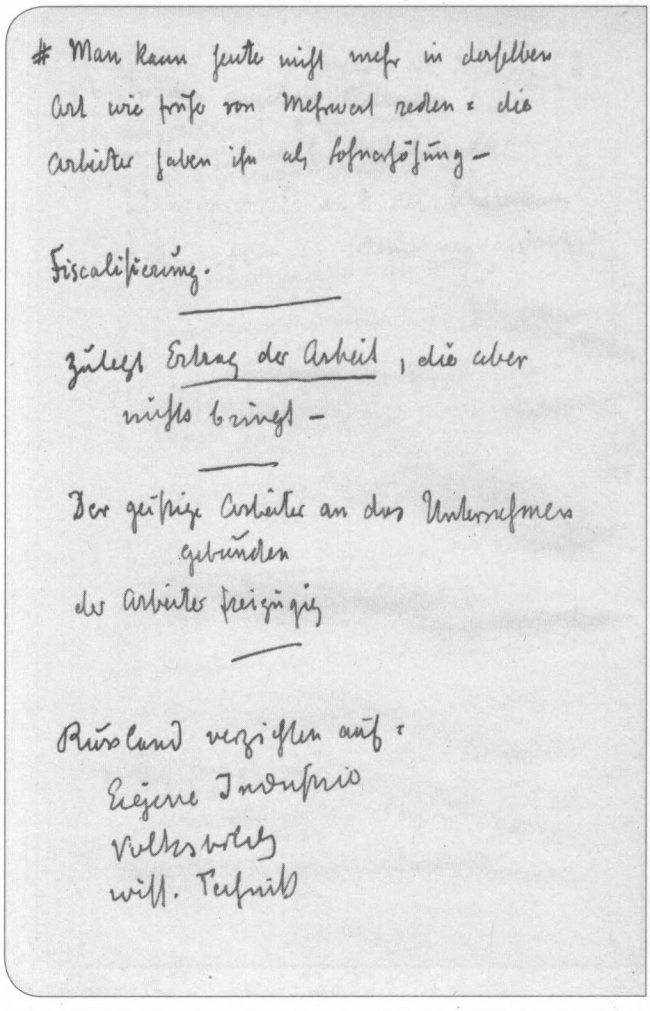
Unterschiede: / 1.) Die Dreigliederung greift nicht in das / Wirtschaftsgefüge ein, sondern sie geht bloß / auf die Anteilnahme der Menschen an / dem Erarbeiteten aus – : Sie wird z[um] B[eispiel] / nicht Industrieen ruinieren, die für den / Export arbeiten, denn der Export consumiert / und damit ist die ihm entsprechende / Production gerechtfertigt – /
1.) Entstehung eines Betriebes: Der geeignete / Leiter kann sich Productionsmittel verschaffen / und Arbeiter – das Kapital kann accumu- / liert werden. /
2. Der Betrieb wird an einen geeigneten / anderen übergeleitet. Dieser ist durch / sein Können damit verbunden.



Notizbuch 106

3.) Der Wert der Waaren

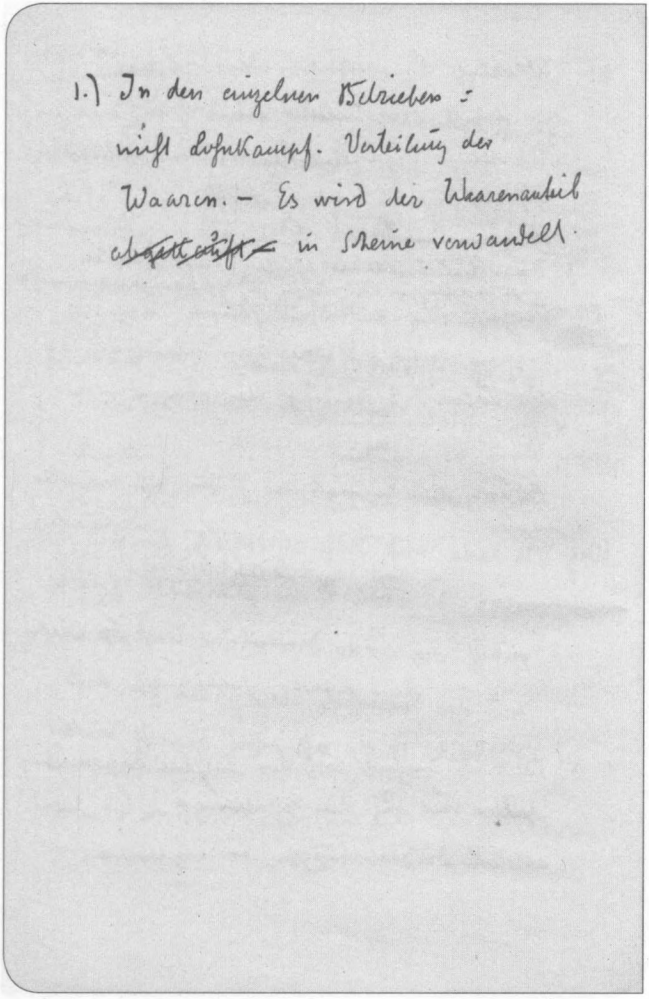
Notizbuch 106



Man kann heute nicht mehr in derselben / Art wie früher von Mehrwert reden: die / Arbeiter haben ihn als Lohnerhöhung –

Fiscalisierung. /
Zuletzt Ertrag der Arbeit, die aber / nichts bringt – /
Der geistige Arbeiter an das Unternehmen / gebunden / der Arbeiter freizügig

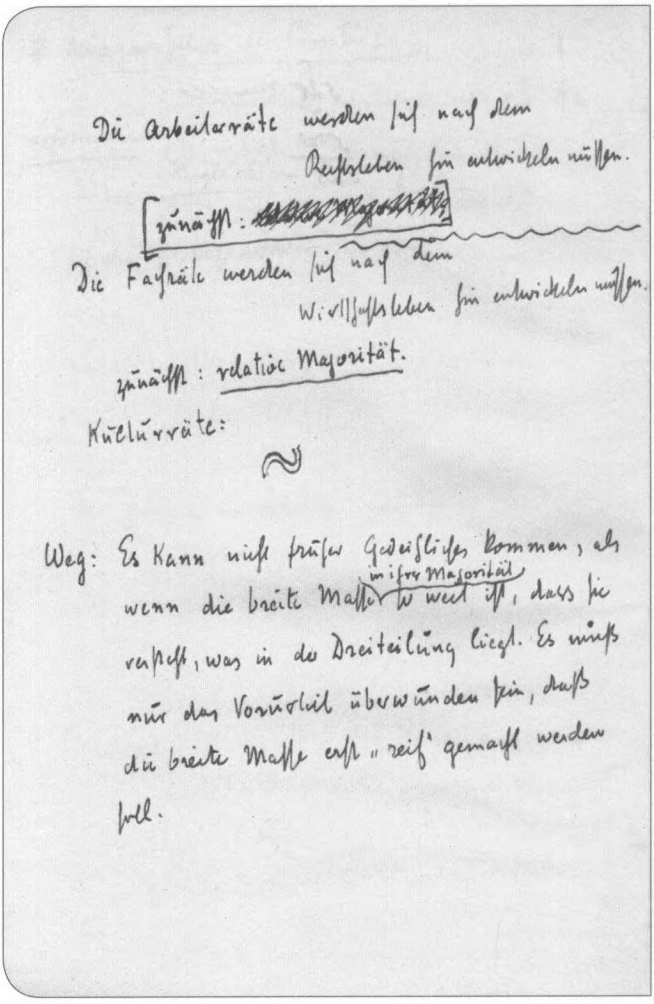
Russland verzichten auf: / Eigene Industrie / Volksbildung / wiss[enschaftliche] Technik



Notizbuch 106

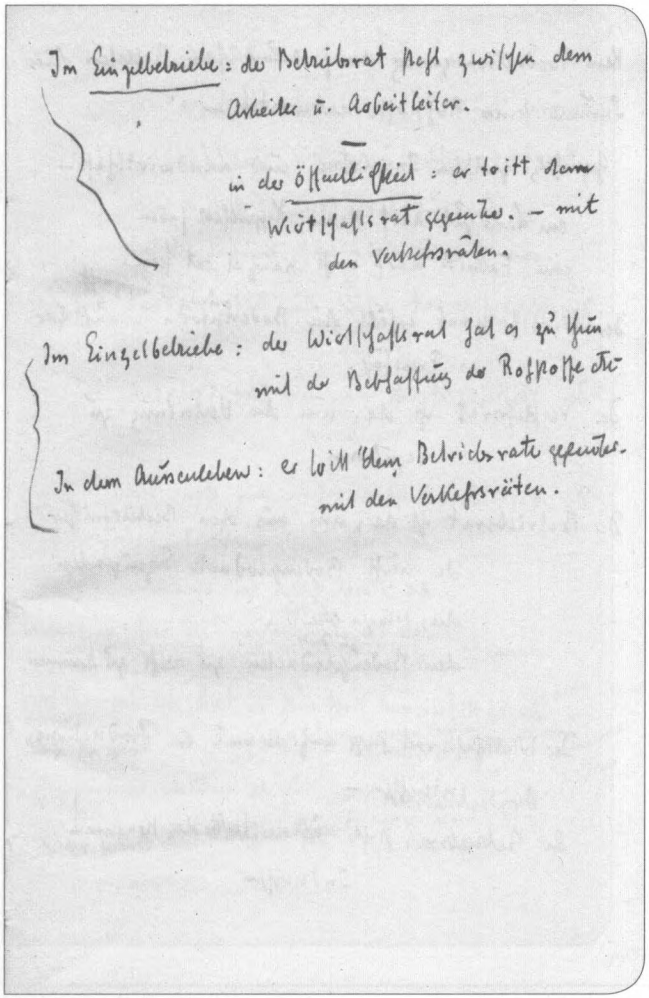
1.) In den einzelnen Betrieben: / nicht Lohnkampf. Verteilung der / Waaren. – Es wird der Waarenanteil / ~~abgekauft~~ – in Scheine verwandelt.

Notizbuch 106



Die Arbeiterräte werden sich nach dem / Rechtsleben hin entwickeln müssen. / (zunächst: ~~relative Majorität~~) / Die Fachräte werden sich nach dem / Wirtschaftsleben hin entwickeln müssen. / zunächst: relative Majorität. / Kulturräte:

Weg: Es kann nicht früher Gedeihliches kommen, als / wenn die breite Masse in ihrer Majorität so weit ist, dass sie / versteht, was in der Dreiteilung liegt. Es muß / nur das Vorurteil überwunden sein, daß / die breite Masse erst «reif» gemacht werden / soll.



Notizbuch 106

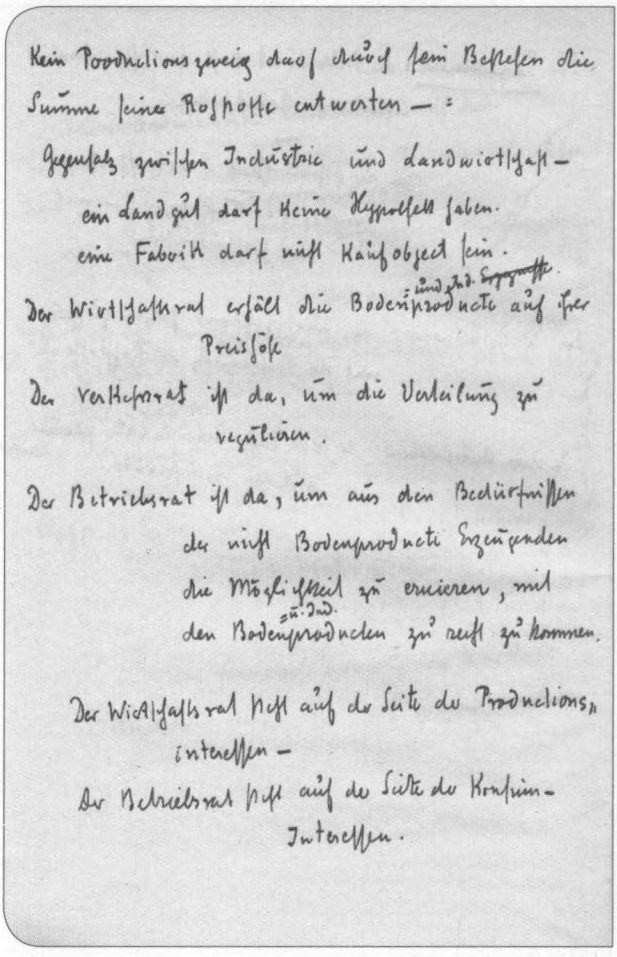
Im Einzelbetriebe: der Betriebsrat steht zwischen dem / Arbeiter u[nd] Arbeitleiter.

in der Öffentlichkeit: er tritt dem / Wirtschaftsrat gegenüber. – mit / den Verkehrsräten.

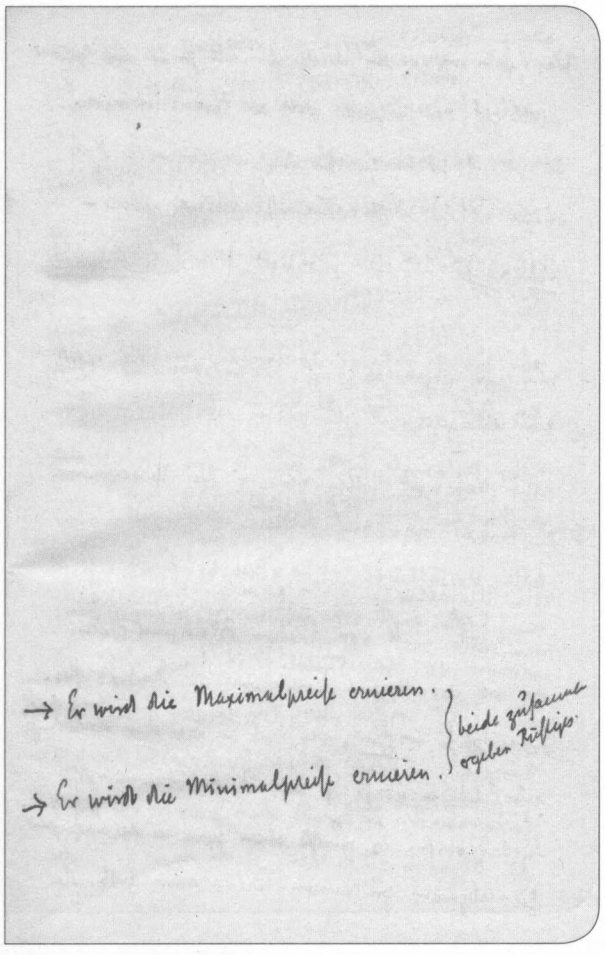
Im Einzelbetriebe: der Wirtschaftsrat hat es zu thun /
mit der Beschaffung der Rohstoffe etc.

In dem Aussenleben: er tritt dem Betriebsrate gegenüber. / mit den Verkehrsräten.

Notizbuch 106


Kein Productionszweig darf durch sein Bestehen die Summe seiner Rohstoffe entwerten —: Gegensatz zwischen Industrie und Landwirtschaft — ein Landgut darf keine Hypothek haben. eine Fabrik darf nicht Kaufobject sein. Der Wirtschaftsrat erhält die Bodenproducte und Ind. Erzeugnisse auf ihrer Preishöhe. Der Verkehrsrat ist da, um die Verteilung zu regulieren. Der Betriebsrat ist da, um aus den Bedürfnissen der nicht Bodenproducte Erzeugenden die Möglichkeit zu eruieren, mit den Bodenproducten zu recht zu kommen. Der Wirtschaftsrat steht auf der Seite der Productions- interessen — Der Betriebsrat steht auf der Seite der Konsum- Interessen.

Kein Productionszweig darf durch sein Bestehen die / Summe seiner Rohstoffe entwerten –: / Gegensatz zwischen Industrie und Landwirtschaft – / ein Landgut darf keine Hypothek haben. / eine Fabrik darf nicht Kaufobject sein. /
Der Wirtschaftsrat erhält die Boden- und Ind[ustrieproducte] ~~Erzeugnisse~~ auf ihrer / Preishöhe / Der Verkehrsrat ist da, um die Verteilung zu / regulieren. /
Der Betriebsrat ist da, um aus den Bedürfnissen / der nicht Bodenproducte Erzeugenden / die Möglichkeit zu eruieren, mit / den Boden- u[nd] Ind[ustrieproducten] zu recht zu kommen. /
Der Wirtschaftsrat steht auf der Seit der Productions= / interessen – /
Der Betriebsrat steht auf der Seite der Konsum- / Interessen.

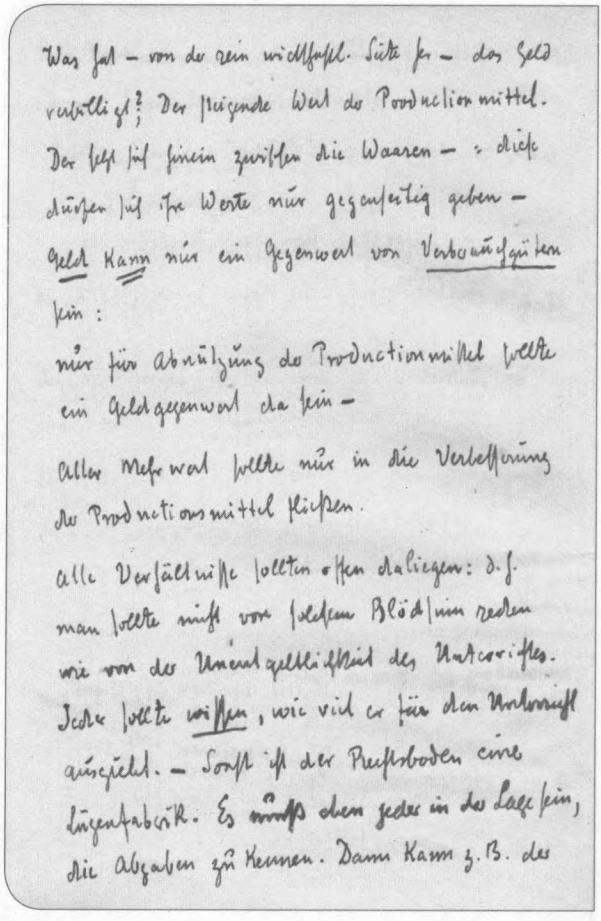


Er wird die Maximalpreise eruieren.

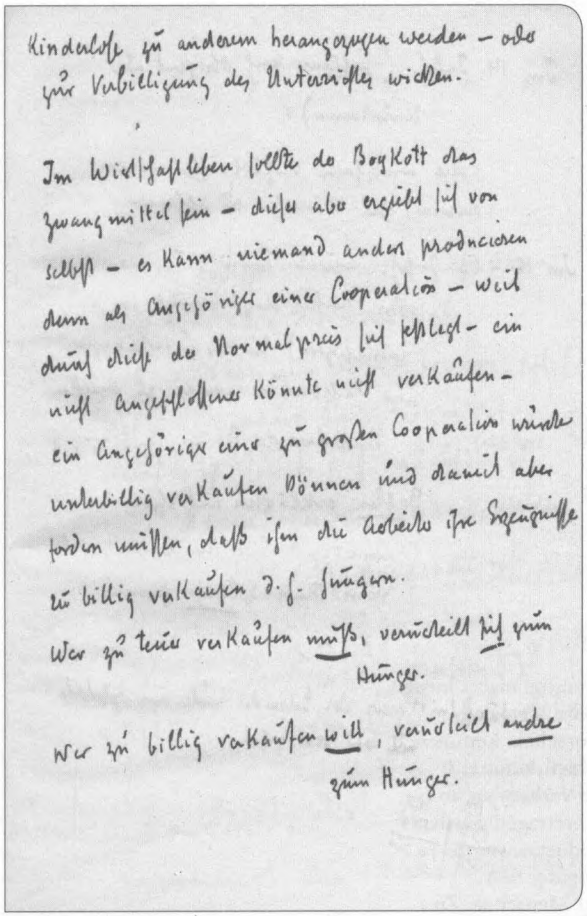
beide zusammen ergeben Richtiges.

Er wird die Minimalpreise eruieren.

Notizbuch 106



Was hat – von der rein wirtschaftl[ichen] Seite her – das Geld / verbilligt? Der steigende Wert der Productionsmittel. / Der setzt sich hinein zwischen die Waaren –: diese / dürfen sich ihre Werte nur gegenseitig geben – / Geld kann nur ein Gegenwert von Verbrauch[s]gütern / sein: / nur für Abnützung der Productionsmittel sollte / ein Geldgegenwert da sein – / Aller Mehrwert sollte nur in die Verbesserung / der Productionsmittel fließen. / Alle Verhältnisse sollten offen daliegen: d[as] h[eißt] / man sollte nicht von solchem Blödsinn reden / wie von der Unentgeltlichkeit des Unterrichtes. / Jeder sollte wissen, wie viel er für den Unterricht / ausgiebt. – Sonst ist der Rechtsboden eine / Lügenfabrik. Es muß eben jeder in der Lage sein, / die Abgaben zu kennen. Dann kann z[um] B[eispiel] der


Kinderlose zu anderem herangezogen werden – oder
zur Verbilligung des Unterrichtes wirken.

Im Wirtschaftsleben sollte der Boykott das
Zwangmittel sein – dieser aber ergiebt sich von
selbst – es kann niemand anders producieren
denn als Angehöriger einer Coporation – weil
durch diese der Normalpreis sich festlegt – ein
nicht Angeschlossener könnte nicht verkaufen –
ein Angehöriger einer zu grossen Coporation würde
unterbillig verkaufen können und damit aber
fordern müssen, daß ihm die Arbeiter ihre Erzeugnisse
zu billig verkaufen d. h. hungern.
Wer zu teuer verkaufen muß, verurteilt sich zum
Hunger.

Wer zu billig verkaufen will, verurteilt andre
zum Hunger.

Notizbuch 106

Kinderlose zu anderem herangezogen werden – oder / zur Verbilligung des Unterrichtes wirken. /
Im Wirtschaftsleben sollte der Boykott das / das Zwangmittel sein – dieser aber ergiebt sich von / selbst – es kann niemand anders producieren / denn als Angehöriger einer Coorporative – weil / durch diese der Normalpreis sich festlegt – ein / nicht Angeschlossener könnte nicht verkaufen – / ein Angehöriger einer zu großen Coorporative würde / unterbillig verkaufen können und damit aber / fordern müssen, daß ihm die Arbeiter ihre Erzeugnisse / zu billig verkaufen d[as] h[eißt] hungern. /
Wer zu teuer verkaufen muß, verurteilt sich zum / Hunger. /
Wer zu billig verkaufen will, verurteilt andre / zum Hunger.

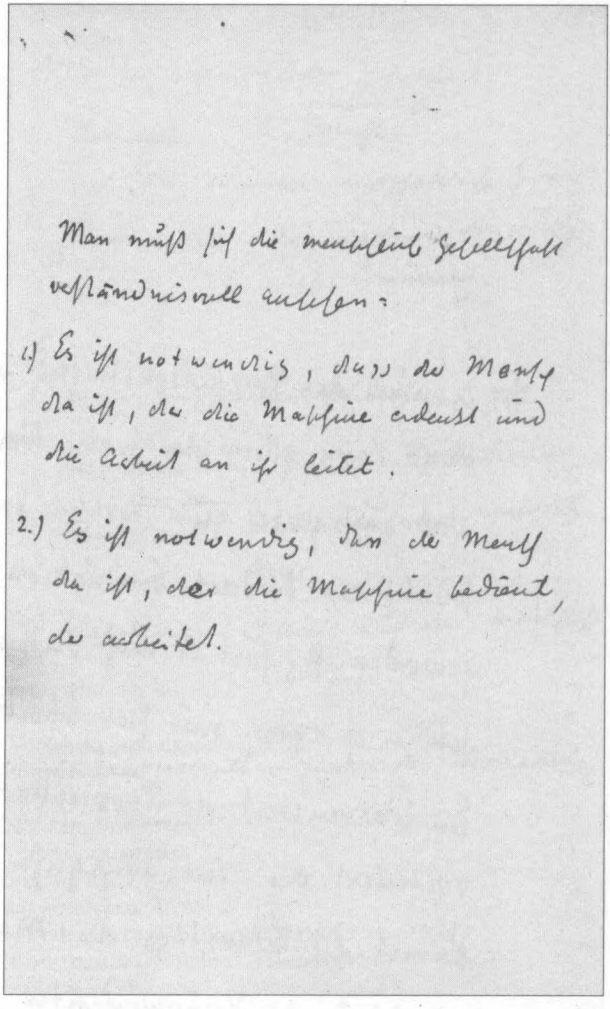
Notizbuch 106

Es muß das Productionsmittel nichts kosten, /
dann kann allein der wahre Wert der /
Verbrauchsgüter zum Vorschein kommen; d[as] h[eißt] /
sobald ein Product Productionmittel /
geworden ist, hört es auf verkaufbar zu /
sein – es kann nur frei übertragen werden. /
Ein Waarenwert der Productionsmittel /
verteuert die Verbrauchsgüter und /
damit die Lebenslage der Menschen. Zu /
hohe Werte (billiges Geld) der Verbrauchgüter macht das /
Volk arm; zu geringe Werte (teures Geld) der Verbrauchgüter /
macht die Kultur arm.

Es muß das Productionsmittel nichts kosten, dann kann allein der wahre Werth der Verbrauchsgüter zum Vorschein kommen; d.h. sobald ein Product Productionsmittel geworden ist, soll es auch verkäuflich sein – es kann nun frei übertragen werden. Ein Waarenwerth der Productionsmittel vertheuert die Verbrauchsgüter und damit die Lebenslage der Menschen. Zu hohe Werthe der Verbrauchsgüter macht das (billiges Geld)
Volk arm; zu geringe Werthe der Verbrauchsgüter (teures Geld)
macht die Kultur arm.

Zum Vortrag vom
21. Mai 1919

Notizbuch 45

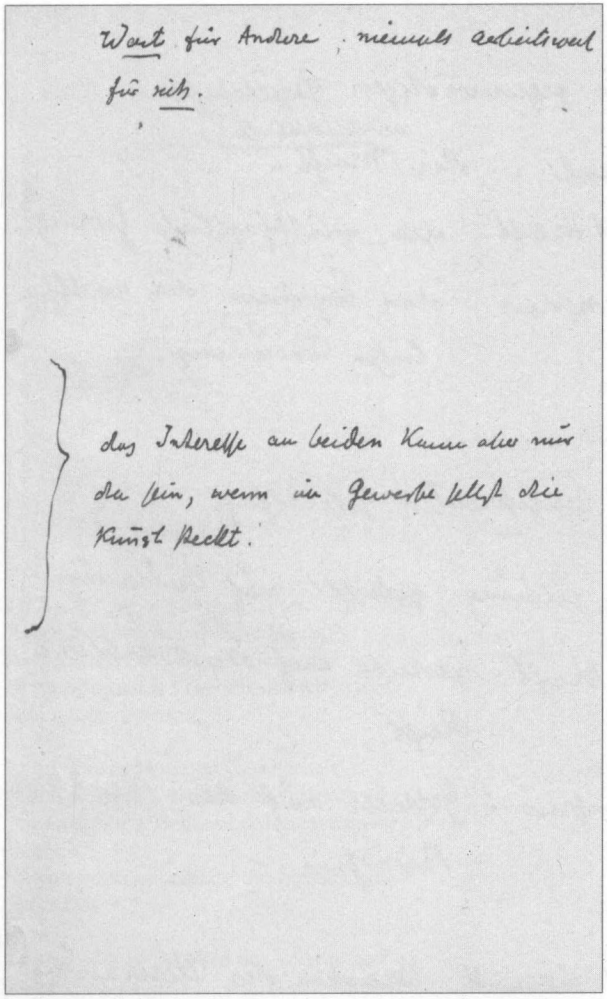

Man muß sich die menschliche Gesellschaft verständnisvoll ansehen:

1.) Es ist notwendig, dass der Mensch da ist, der die Maschine erdenkt und die Arbeit an ihr leitet.

2.) Es ist notwendig, dass der Mensch da ist, der die Maschine bedient, der arbeitet.

Man muß sich die menschliche Gesellschaft /
verständnisvoll ansehen:

1.) Es ist notwendig, dass der Mensch /
da ist, der die Maschine erdenkt und /
die Arbeit an ihr leitet. /
2.) Es ist notwendig, dass der Mensch /
da ist, der die Maschine bedient, / der arbeitet.



Wert für Andere; niemals Arbeitswert /
für sich.

das Interesse an beiden kann aber nur /
da sein, wenn im Gewerbe selbst die /
Kunst steckt.

1.) An der gegenwärtigen Gesellschaft:

Kapital: die wirthschaftliche Macht –

Arbeitskraft: der wirthschaftliche Zwang

Waarenpreis: das Ergebnis der wirthschaftlichen Concurrenz.

2.) In der angestrebten Gesellschaft:

geistige Leitung: gestellt auf Vertrauen

Arbeitskraft: gestellt auf das menschliche Recht.

Waarenpreis: Gestellt auf das menschliche Bedürfnis. –

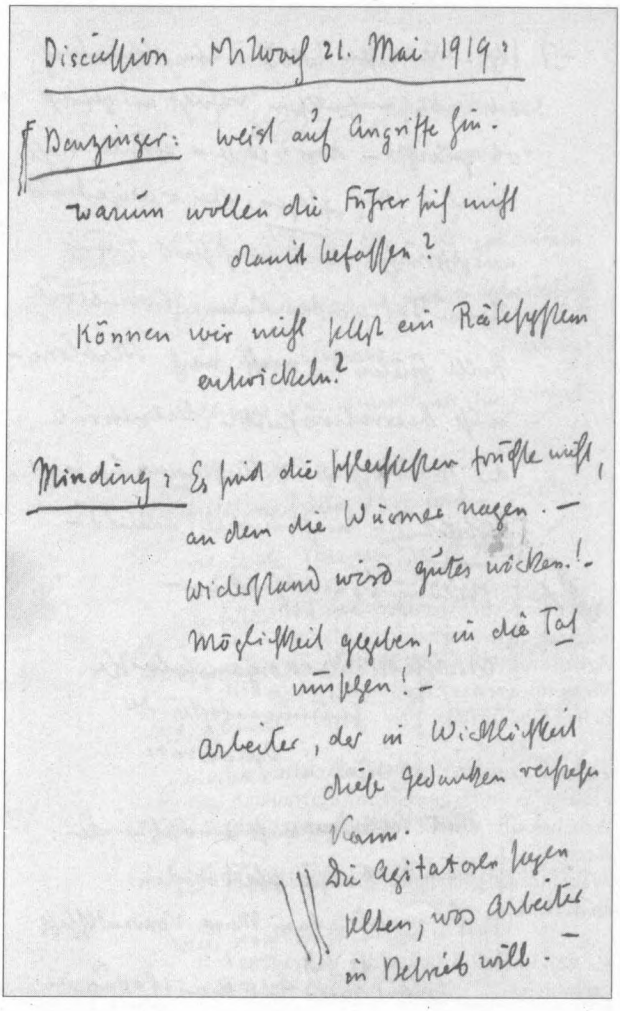
Es sind überall Brücken des Vertrauens zu bauen –

1.) An der gegenwärtigen Gesellschaft = /
Kapital: die wirtschaftliche Macht – /
Arbeitkraft: der wirtschaftliche Zwang /
Waarenpreis: das Ergebnis der wirtschaft- /
lichen Concurrenz.

2.) In der angestrebten Gesellschaft: /
geistige Leitung: gestellt auf Vertrauen /
Arbeitskraft: gestellt auf das menschliche /
Recht. /
Waarenpreis: gestellt auf das menschliche /
Bedürfnis. –

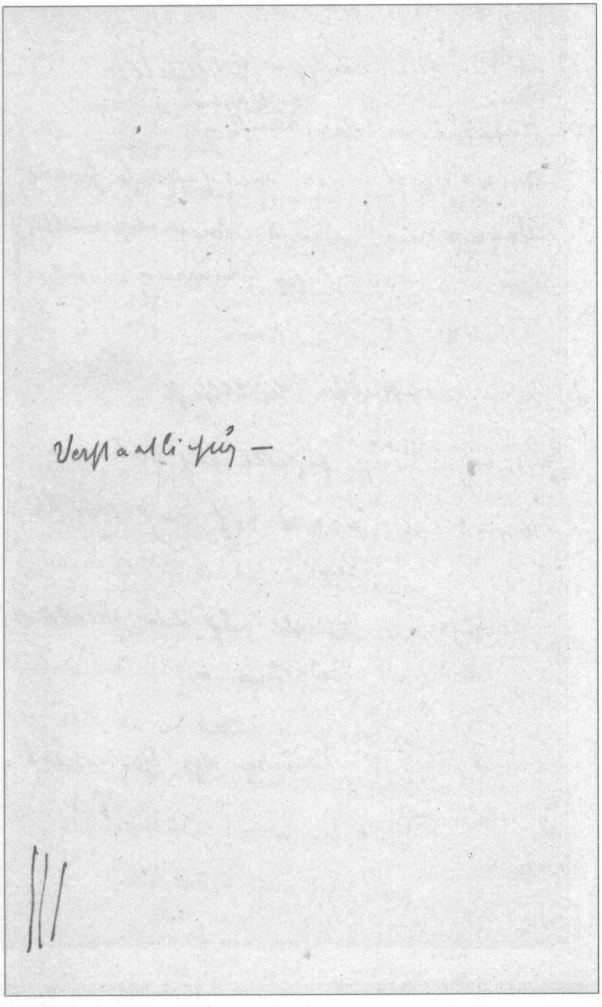
Es sind überall Brücken des Vertrauens /
zu bilden –

Notizbuch 45


Discussion Mitwoch 21. Mai 1919:

Benzinger: weist auf Angriffe hin. / warum wollen die Führer sich nicht / damit befassen? / Können wir nicht selbst ein Rätesystem / entwickeln?

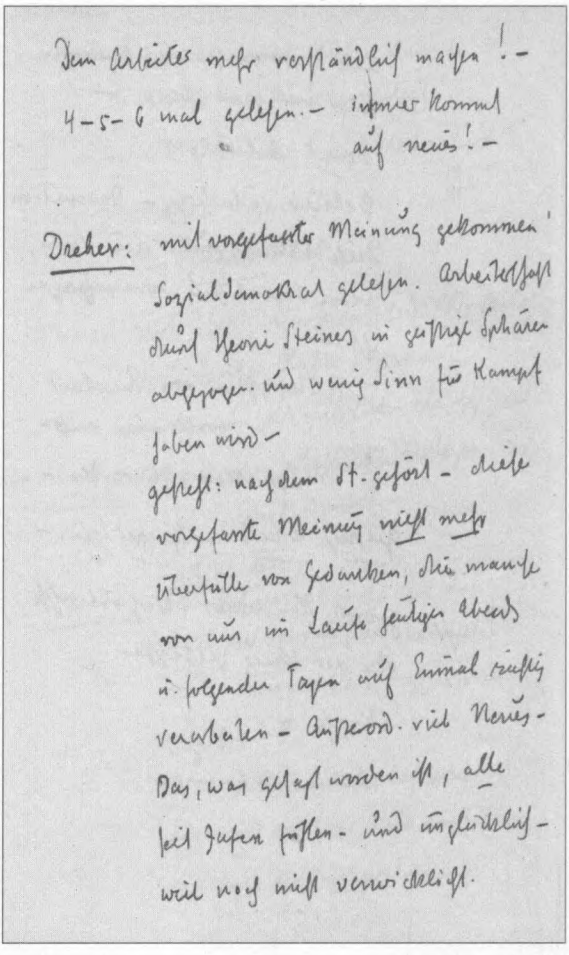
Minding [= Minder]: Es sind die schlechtesten Früchte nicht, / an denen die Würmer nagen. – / Widerstand wird Gutes wirken! – / Möglichkeit gegeben, in die Tat / umsetzen! – / Arbeiter, der in Wirklichkeit / diese Gedanken verstehen / kann. / Die Agitatoren sagen / selten, was Arbeiter / in Betrieb will. –



Notizbuch 45

Verstaatlichung –

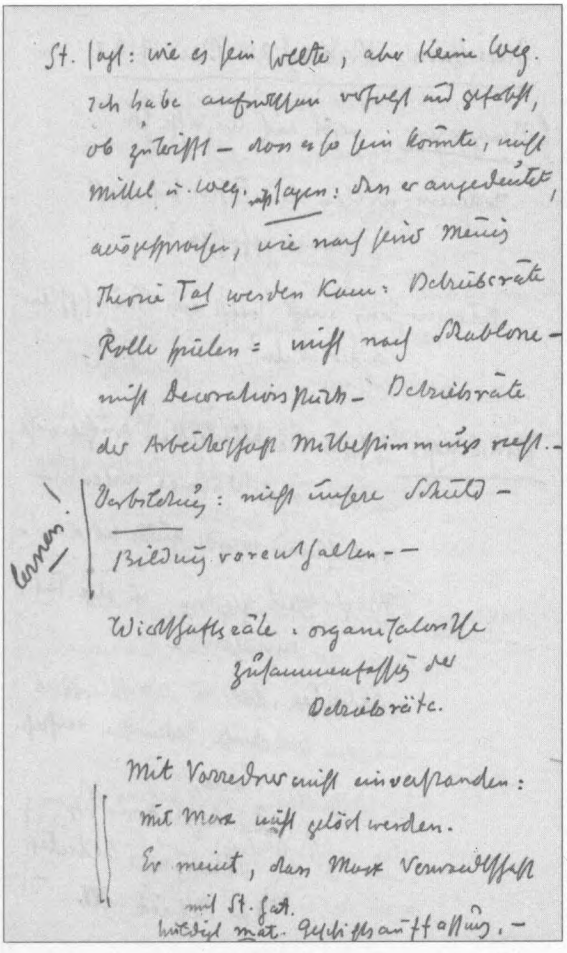
Notizbuch 45


Dem Arbeiter mehr verständlich machen! –
4–5–6 mal gelesen. – immer kommt
auf neues! –

Dreher: mit vorgefasster Meinung gekommen!
Sozialdemokrat gelesen. Arbeiterschaft
durch Theorie Steiners in geistige Sphären
abgezogen und wenig Sinn für Kampf
haben wird –
gesteht: nachdem St. gehört – diese
vorgefasste Meinung nicht mehr
Überfülle von Gedanken, die manche
von uns im Laufe heutigen Abends
u. folgenden Tagen auf Einmal richtig
verarbeiten – Außerord. viel Neues –
Das, was gesagt worden ist, alle
seit Jahren fühlen – und unglücklich –
weil noch nicht verwirklicht.

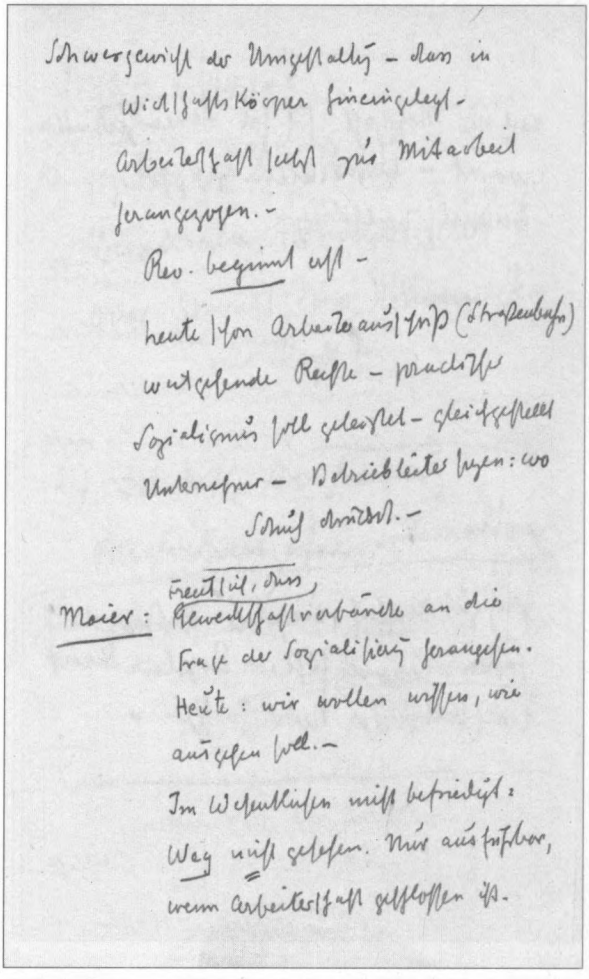
Dem Arbeiter mehr verständlich machen! – /4–5–6 mal gelesen. – immer kommt / auf neues! –

Dreher: mit vorgefasster Meinung gekommen! / Sozialdemokrat gelesen. Arbeiterschaft / durch Theorie Steiners in geistige Sphären / abgezogen und wenig Sinn für Kampf / haben wird – / gesteht: nachdem St[einer] gehört – diese / vorgefasste Meinung nicht mehr / Überfülle von Gedanken, die manche / von uns im Laufe heutigen Abends / u[nd] folgenden Tagen auf Einmal richtig / verarbeiten – Außerord[entlich] viel Neues – / Das, was gesagt worden ist, alle / seit Jahren fühlen – und unglücklich – / weil noch nicht verwirklicht.

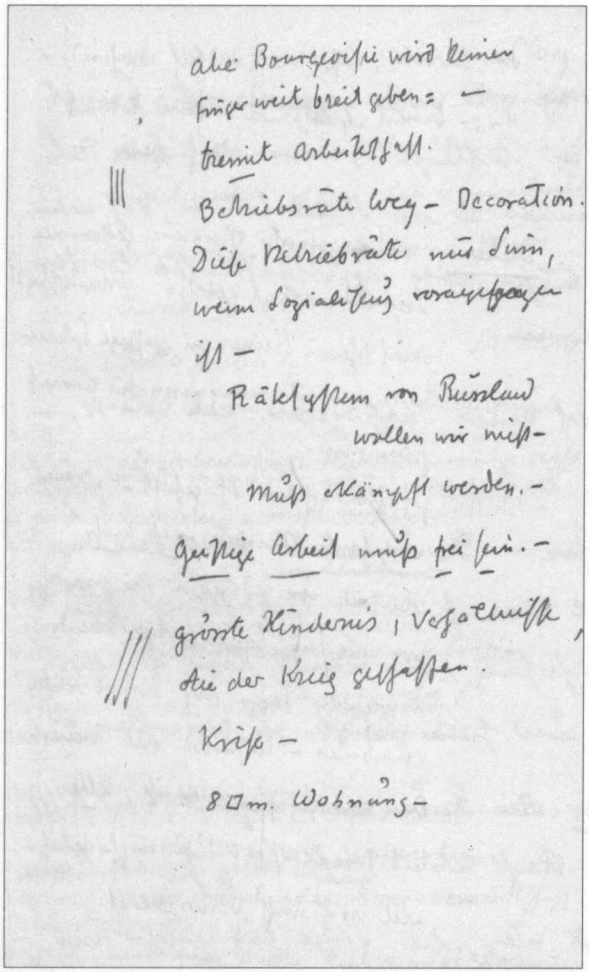

St. sagt: wie es sein sollte, aber keine Weg.
Ich habe aufmerksam verfolgt und gesucht,
ob zutrifft – dass es so sein könnte, nicht
Mittel u. Weg. muß sagen: dass er angedeutet,
ausgesprochen, wie nach seiner Meinung
Theorie Tat werden kann: Betriebsräte
Rolle spielen = nicht nach Schablone –
nicht Decorationsstück – Betriebsräte
der Arbeiterschaft Mitbestimmungsrecht. –
Vorbildung: nicht unsere Schuld –
Bildung vorenthalten. – lernen!
Wirtschaftsräte: organisatorische
Zusammenfassung der
Betriebsräte.
Mit Vorredner nicht einverstanden:
mit Marx nicht gelöst werden.
Er meint, dass Marx Verwandtschaft
mit St. hat.
huldigt mat. Geschichtsauffassung. –

St[einer] sagt: wie es sein sollte, aber keine Weg. / Ich habe aufmerksam verfolgt und gesucht, / ob zutrifft – dass es so sein könnte, nicht / Mittel u[nd] Weg. muß sagen: dass er angedeutet, / ausgesprochen, wie nach seiner Meinung / Theorie Tat werden kann: Betriebsräte / Rolle spielen = nicht nach Schablone – / nicht Decorationsstück – Betriebsräte / der Arbeiterschaft Mitbestimmungsrecht. – / Vorbildung: nicht unsere Schuld – / Bildung vorenthalten. – / lernen! / Wirtschaftsräte: organisatorische / Zusammenfassung der / Betriebsräte. / Mit Vorredner nicht einverstanden: / Mit Marx nicht gelöst werden. / Er meint, dass Marx Verwandtschaft / mit St[einer] hat. / huldigt mat[erialistischen] Geschichtsauffassung. –

Notizbuch 45



Schwergewicht der Umgestaltung – dass in / Wirtschaftskörper hineingelegt – / Arbeiterschaft selbst zur Mitarbeit / herangezogen. – / Rev[olution] beginnt erst – / heute schon Arbeiterausschuß (Straßenbahn) / weitgehende Rechte – practischer / Sozialismus soll geleistet – gleichgestellt / Unternehmer – Betriebleiter sagen: wo / Schuh drückt. – /
Maier: Freut sich, dass Gewerkschaftverbände an die / Frage der Sozialisierung herangehen. / Heute: wir wollen wissen, wie / ausgehen soll. – / Im Wesentlichen nicht befriedigt: / Weg nicht gesehen. Nur ausführbar, / wenn Arbeiterschaft geschlossen ist.



Notizbuch 45

Aber Bourgeoisie wird keinen / Finger weit breit geben = – / trennt Arbeiterschaft. /

Betriebsräte weg – Decoration. / Diese Betriebsräte nur Sinn, / wenn Sozialisierung vorangegangen / ist –

Rätesystem von Russland / wollen wir nicht – / Muß erkämpft werden. –

Geistige Arbeit muß frei sein. – / grösste Hindernis, Verhältnisse, / die der Krieg geschaffen. / Krise – / 8 [Quadrat]m[eter] Wohnung –

Bei dem Tausch von Sache gegen Arbeit bringt die Arbeit in Unfreiheit, wenn der Eine Teil die Zwangmittel in der Hand hat – d.h. wenn er auf politischen oder wirtschaftlichen Boden sich stellen kann.

Beim Tausch einer Sache gegen ein Recht, – Grundrente hat politischen Hintergrund, nicht wirtschaftlichen – Grundrente stellt in Wirklichkeit dar ein Bezahlung für die Rechtsicherheit, ein Stück Land ungestört zu besitzen und seine Früchte zu genießen =

Also wer die Grundrente bezieht, verbraucht dadurch Recht als Macht auf seinen Boden.

Nun geht alles die Sorge für Leben und Eigentum, Landessicherheit, Rechtspflege, Armen- Krankenunterstützung auf die Allgemeinheit, doch die Grundbesitzer beziehen weiter die Grundrente.

Zur Besprechung vom 27. Mai 1919

Notizbuch 226

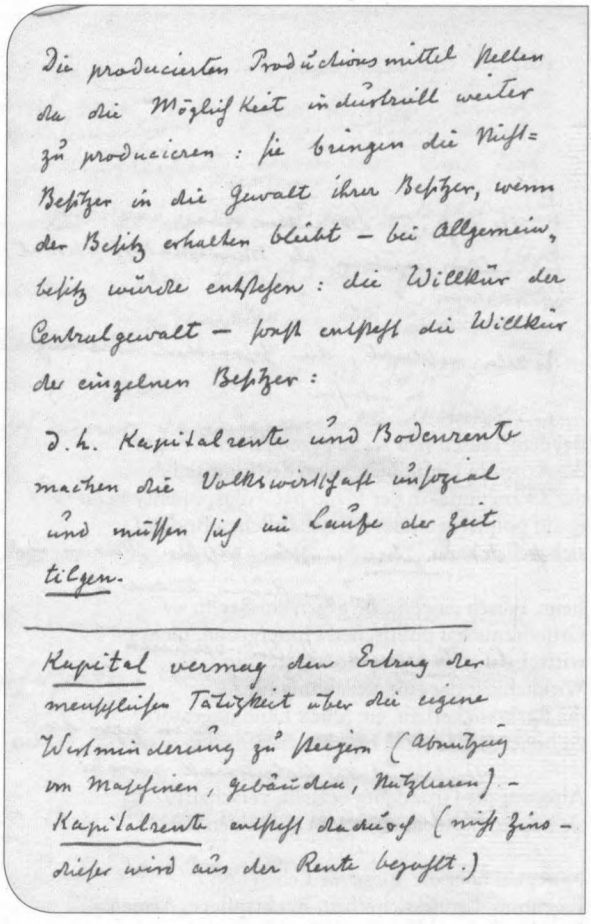
Bei dem Tausch von Sache gegen Arbeit bringt /
die Arbeit in Unfreiheit, wenn der Eine Teil /
die Zwangmittel in der Hand hat – d[as[h[eißt] wenn /
er auf politischen oder wirtschaftlichen Boden /
sich stellen kann.

Beim Tausch einer Sache gegen ein Recht, – /
Grundrente hat politischen Hintergrund, nicht /
wirtschaftlichen – Grundrente stellt in /
Wirklichkeit dar eine Bezahlung für /
die Rechtssicherheit, ein Stück Land ungestört /
zu besitzen und seine Früchte zu genießen =

Also wer die Grundente bezieht, verschafft /
sich dadurch Recht als Macht auf seinen Boden.

Nun geht über die Sorge für Leben und /
Eigentum, Landessicherheit, Rechtspflege, Armen = /
Krankenunterstützung auf die Allgemeinheit, /
doch die Grundbesitzer beziehen weiter /
die Grundrente.

Notizbuch 226



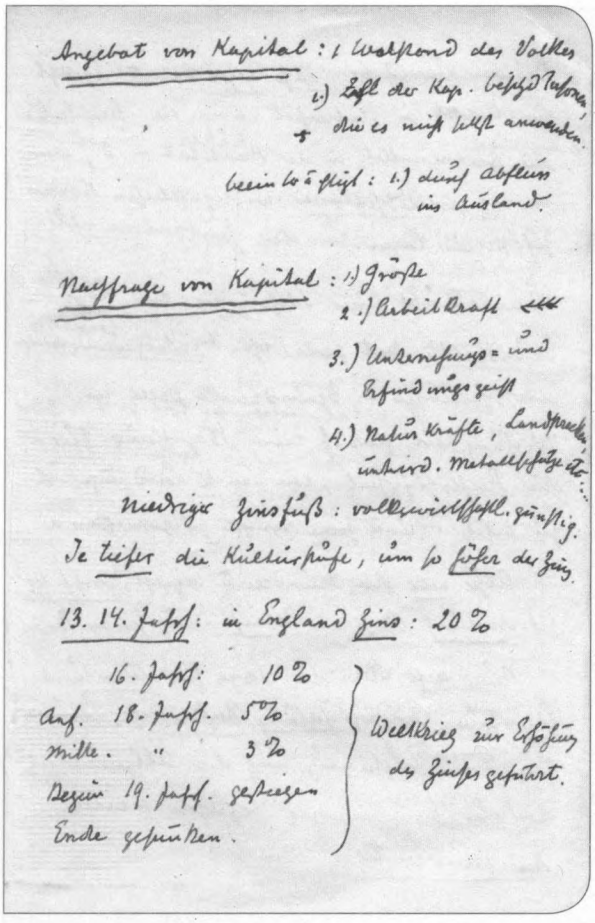
Die producierten Productionsmittel stellen
da die Möglichkeit industriell weiter
zu producieren: sie bringen die Nicht=
Besitzer in die Gewalt ihrer Besitzer, wenn
der Besitz erhalten bleibt – bei Allgemein,
besitz würde entstehen: die Willkür der
Centralgewalt – sonst entsteht die Willkür
der einzelnen Besitzer:

d.h. Kapitalrente und Bodenrente
machen die Volkswirtschaft unsozial
und müssen sich im Laufe der Zeit
tilgen.

Kapital vermag den Ertrag der
menschlichen Tätigkeit über die eigene
Wertminderung zu steigern (Abnutzung
von Maschinen, Gebäuden, Nutztieren) –
Kapitalrente entsteht dadurch (nicht Zins –
dieser wird aus der Rente bezahlt.)

Die producierten Productionsmittel stellen / da[r] die Möglichkeit industriell weiter / zu produzieren: Sie bringen die Nicht= / Besitzer in die Gewalt ihrer Besitzer, wenn / der Besitz erhalten bleibt – bei Allgemein= / besitz würde entstehen: die Willkür der / Centralgewalt – sonst entsteht die Willkür / der einzelnen Besitzer: / d[as] h[eißt] Kapitalrente und Bodenrente / machen die Volkswirtschaft unsozial / und müssen sich im Laufe der Zeit / tilgen. /

Kapital vermag den Ertrag der / menschlichen Tätigkeit über die eigene / Wertminderung zu steigern (Abnutzung / von Maschinen, Gebäuden, Nutztieren) – / Kapitalrente entsteht dadurch (nicht Zins – / dieser wird aus der Rente bezahlt.)

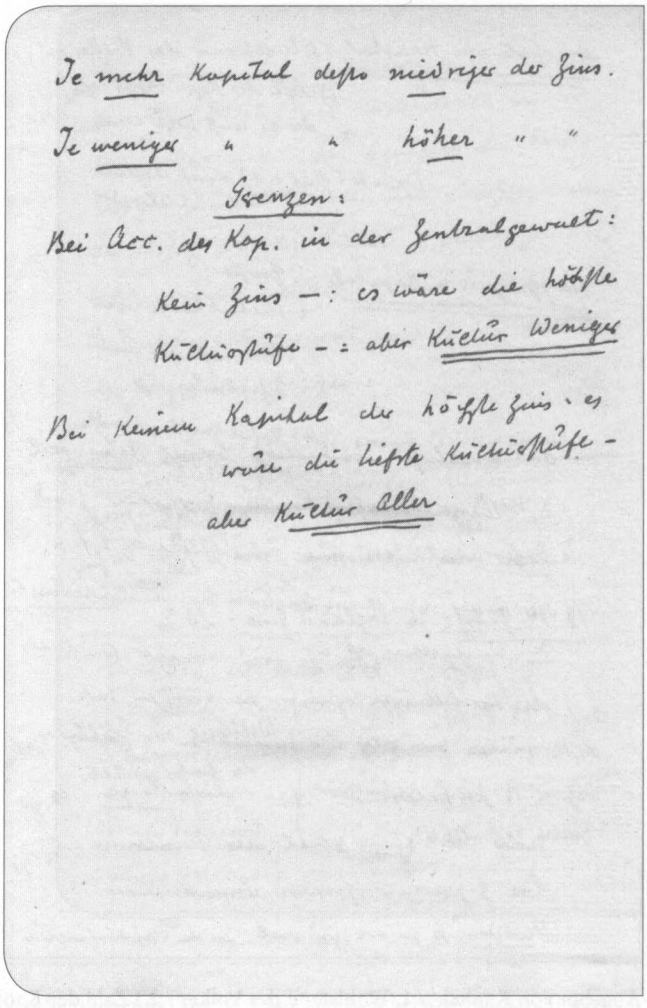


Notizbuch 226

Angebot von Kapital: / 1. Wohlstand des Volkes / 2.) Zahl der Kap[ital] besitz[en]d[en] Personen / + die es nicht selbst anwenden. / beeinträchtigt: 1.) durch Abfluss / ins Ausland. /
Nachfrage von Kapital: / 1.) Größe / 2.) Arbeitkraft / 3.) Unternehmungs= und Erfindungsgeist / 4.) Naturkräfte, Landstrecken / unterird[ische] Metallschätze etc. ... / Niedriger Zinsfuß: volkswirtschaftl[ich] günstig. / Je tiefer die Kulturstufe, um so höher der Zins.
13. 14. Jahrh[undert] in England Zins: 20% /
16. Jahrh[undert]: 10% / Anf[ang] 18. Jahrh[undert] 5% / Mitte 18. Jahrhundert 3% / Beginn 19. Jahrh[undert] gestiegen / Ende gesunken.

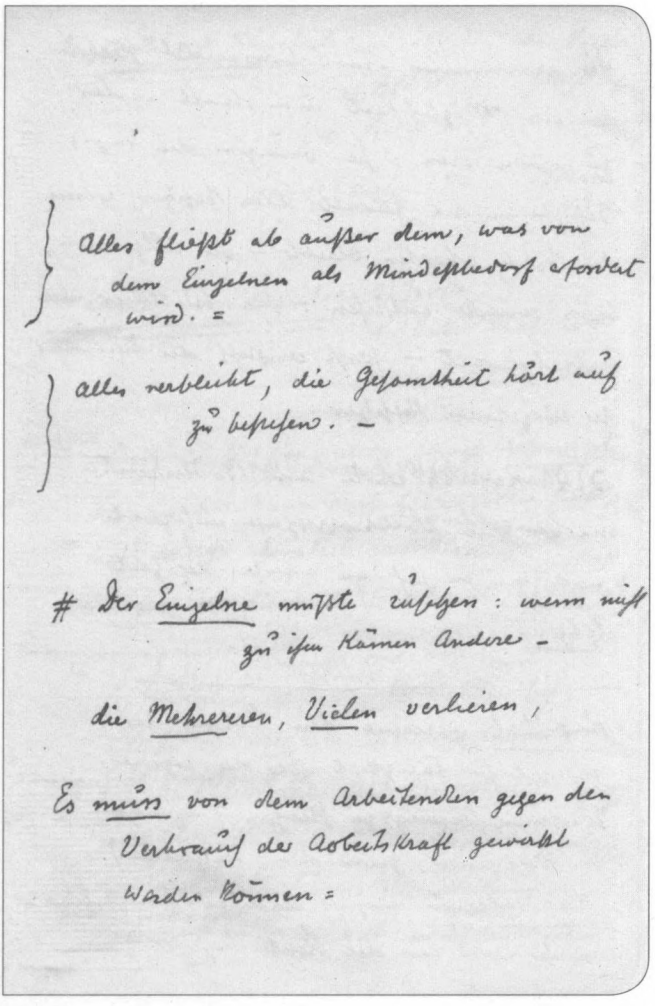
Weltkrieg zur Erhöhung / des Zinses geführt.

Notizbuch 226



Je mehr Kapital desto niedriger der Zins. / Je weniger [Kapital] desto höher [der Zins].

Grenzen: /
Bei Acc[umlation] des Kap[itals] in der Zentralgewalt: / Kein Zins –: es wäre die höchste / Kulturstufe –: aber Kultur Weniger /
Bei keinem Kapital der höchste Zins: es / wäre die tiefste Kulturstufe – / aber Kultur Aller



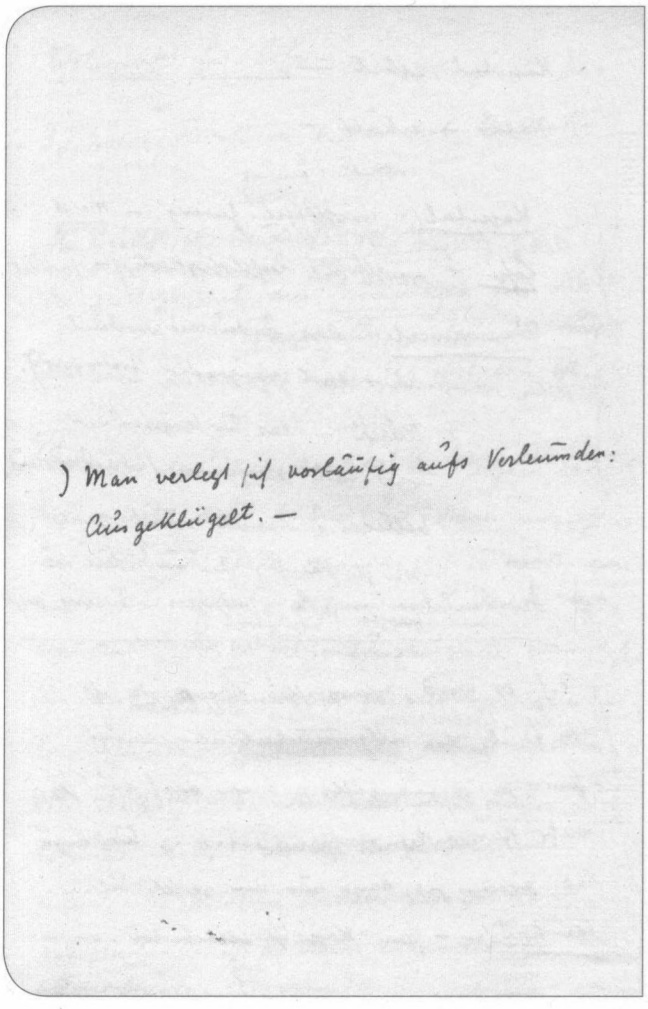
Notizbuch 226

Alles fließt ab außer dem, was von / den Einzelnen als Mindestbedarf erfordert / wird. =

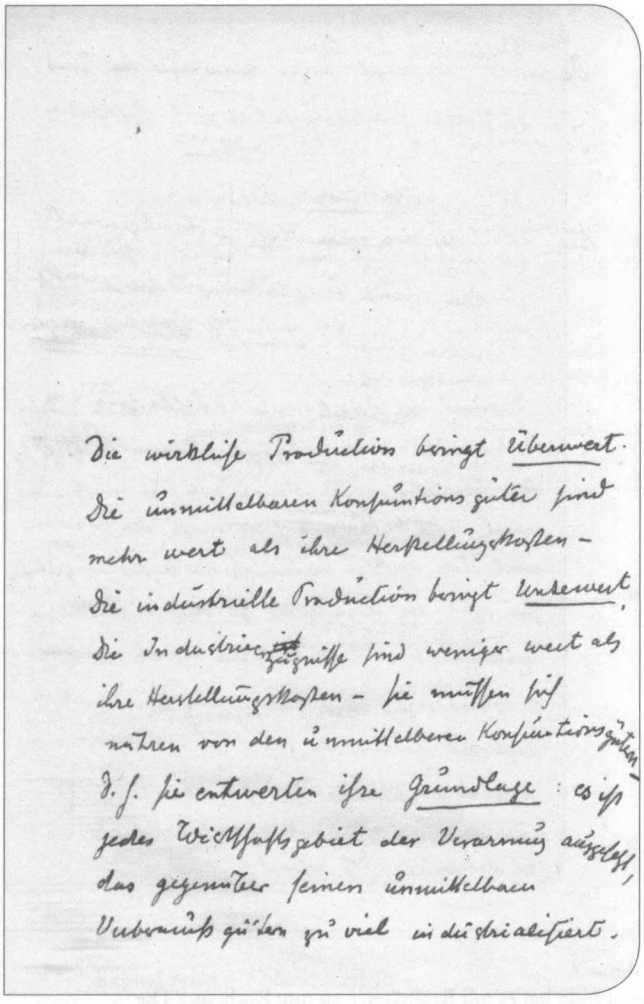
Alles verbleibt, die Gesamtheit hört auf / zu bestehen. –

Der Einzelne müßte zusetzen: wenn nicht / zu ihm kämen Andere – / die Mehreren, Vielen verlieren, /
Es muss von dem Arbeitenden gegen den / Verbrauch der Arbeitskraft gewirkt / werden können =

Notizbuch 226

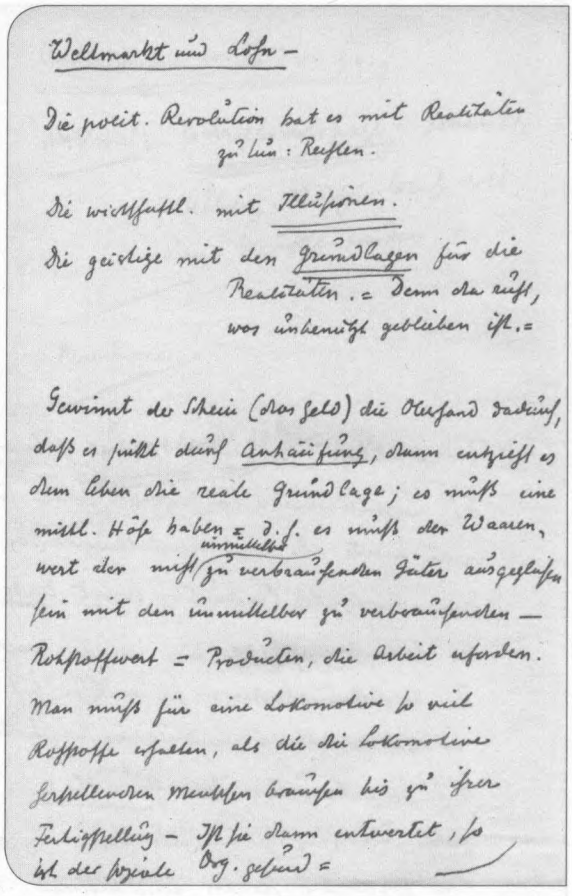


Man verlegt sich vorläufig aufs Verleumden: /
Ausgeklügelt. –



Die wirkliche Production bringt Überwert. / Die unmittelbaren Konsumtionsgüter sind / mehr wert als ihre Herstellungskosten – / Die industrielle Production bringt Unterwert. / Die Industrie ist erzeugnisse sind weniger wert als / ihre Herstellungskosten – sie müssen sich / nähren von den unmittelbaren Konsumtionsgütern – / d[as] h[eißt] sie entwerten ihre Grundlage: es ist / jedes Wirtschaftsgebiet der Verarmung ausgesetzt, / das gegenüber seinen unmittelbaren / Verbrauchsgütern zu viel industrialisiert.

Notizbuch 226


Weltmarkt und Lohn –

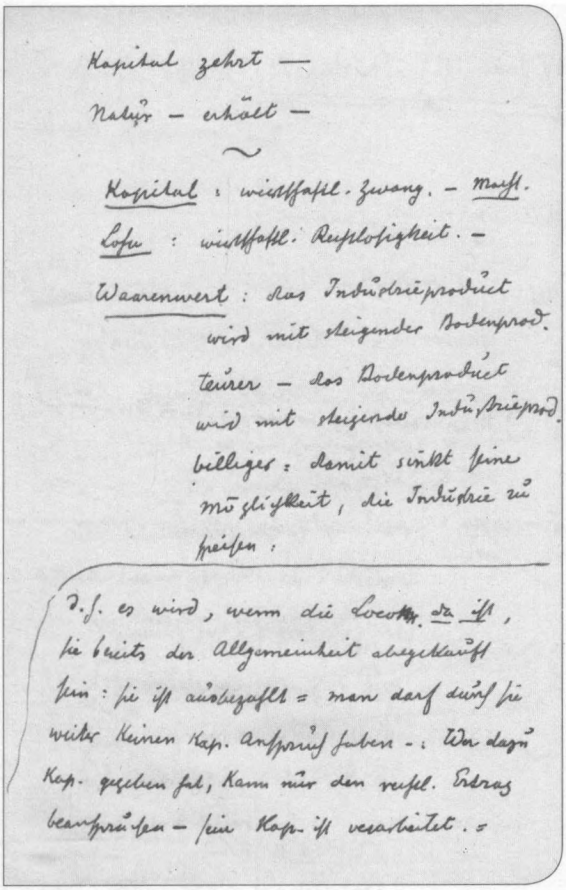
Die polit. Revolution hat es mit Realitäten zu thun: Rechten.

Die wirthschaftl. mit Illusionen.

Die geistige mit den Grundlagen für die Realitäten. = Denn da ruht, was unbenutzt geblieben ist. =

Gewinnt der Schein (das Geld) die Oberhand dadurch, daß es sinkt durch Anhäufung, dann entzieht es dem Leben die reale Grundlage; es muß eine mittl. Höhe haben = d.h. es muß der Waaren, unmittelbar wert der nicht zu verbrauchenden Güter ausgeglichen sein mit den unmittelbar zu verbrauchenden — Rohstoffwert = Producten, die Arbeit erfordern. Man muß für eine Lokomotive so viel Rohstoffe erhalten, als die die Lokomotive herstellenden Menschen brauchen bis zu ihrer Fertigstellung – Ist sie dann entwertet, so ist der soziale Org. gesund =

Weltmarkt und Lohn – /
Die polit[ische] Revolution hat es mit Realitäten / zu tun: Rechten. / Die wirtschaftl[iche] mit Illusionen. / Die geistige mit den Grundlagen für die / Realitäten. = Denn da ruht, / was unbenutzt geblieben ist. = /
Gewinnt der Schein (das Geld) die Oberhand dadurch, / daß es sinkt durch Anhäufung, dann entzieht es / dem Leben die reale Grundlage; es muß eine / mittl[ere] Höhe haben = d[as] h[eißt] es muß der Waaren- / wert der nicht unmittelbar zu verbrauchenden Güter ausgeglichen / sein mit den unmittelbar zu verbrauchenden – / Rohstoffwert = Producten, die Arbeit erfordern. / Man muß für eine Lokomotive so viel / Rohstoffe erhalten, als die die Lokomotive / herstellenden Menschen brauchen bis zu ihrer / Fertigstellung – Ist sie dann entwertet, so / ist der soziale Org[anismus] gesund =



Notizbuch 226

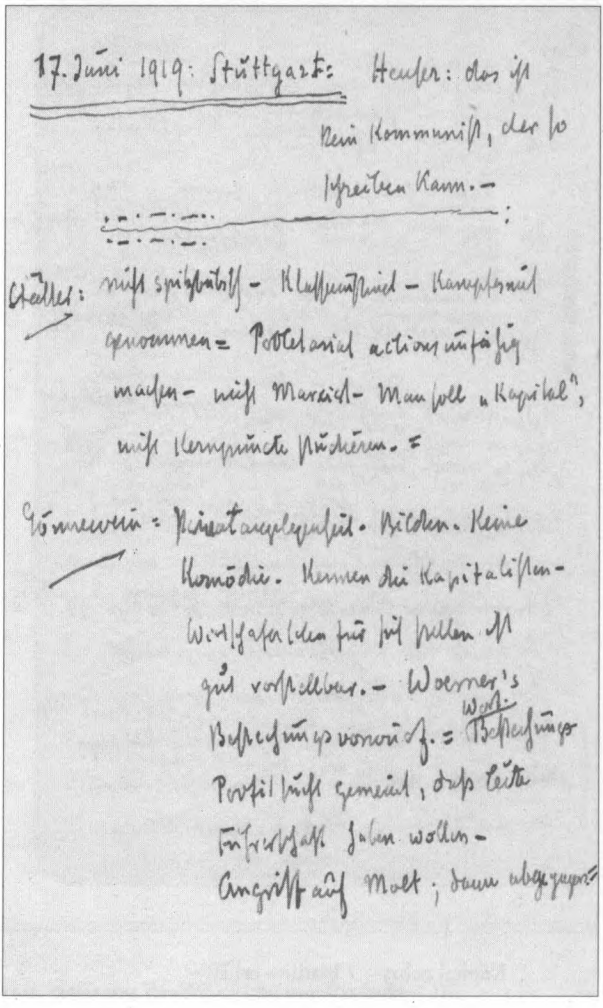
Kapital zehrt – / Natur – erhält –

Kapital: wirtschaftl[icher] Zwang. – Macht. / Lohn: wirtschaftl[iche Rechtlosigkeit. – / Waarenwert: das Industrieproduct / wird mit steigender Bodenprod[uktion] / teurer – das Bodenproduct / wird mit steigender Industrieprod[uktion] / billiger: damit sinkt seine / Möglichkeit, die Industrie zu / speisen.

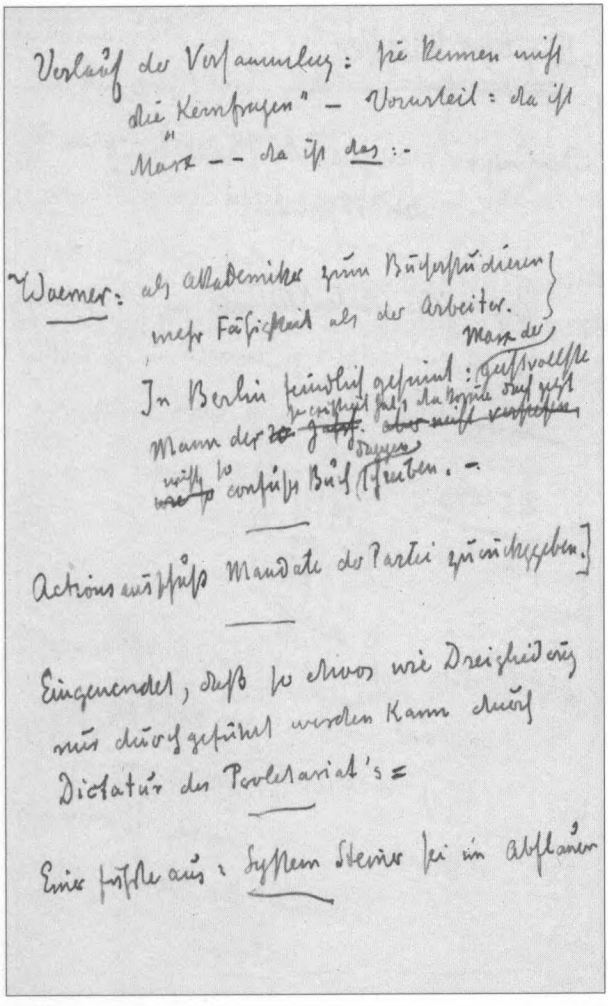
d[as] h[eißt] es wird, wenn die Locom[otive] da ist, / sie bereits der Allgemeinheit abgekauft / sein: sie ist ausbezahlt = man darf durch sie / weiter keinen Kap[ital] Anspruch haben –: Wer dazu / Kap[ital] gegeben hat, kann nur den rechtl[ichen] Ertrag / beanspruchen – sein Kap[ital] ist verarbeitet. =

Zur Besprechung vom 17. Juni 1919

Notizbuch 48

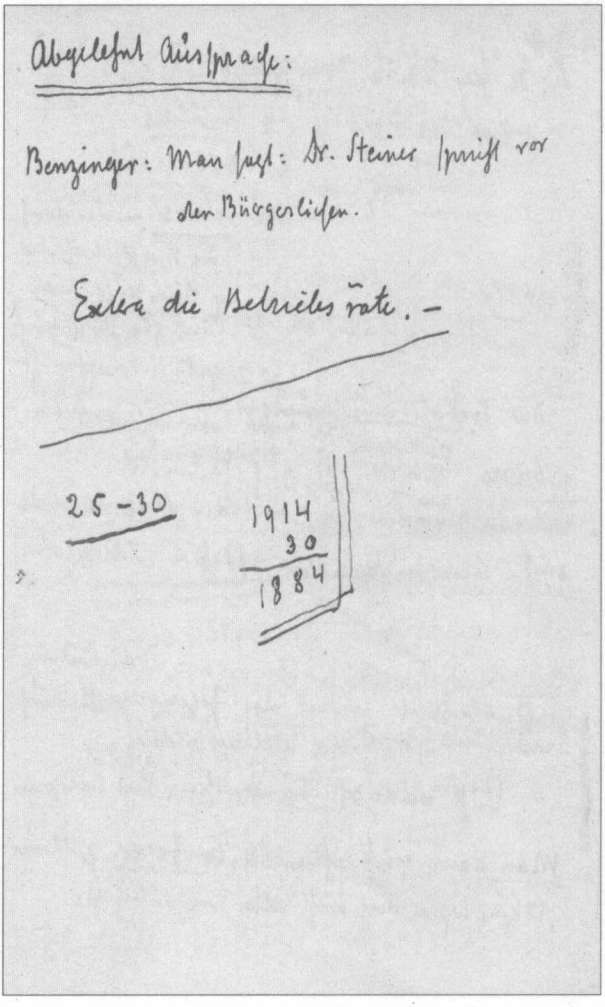


17. Juni 1919: Stuttgart: Heuser: das ist / kein Kommunist, der so / schreiben kann. – / Stätter [= Stetter]: nicht spitzbübisch – Klassenu[n]t[er]schied – Kampfesmut / genommen = Proletariat actionsunfähig / machen – nicht Marxist – Man soll «Kapital», / nicht Kernpuncte studieren. = /
Gönnewein [= Gönnenwein]: Privatangelegenheit. Bilder. Keine / Komödie. Kennen die Kapitalisten – / Wirtschaftsleben für sich stellen ist / gut vorstellbar. – Woerner's [= Wörners] / Bestechungsvorwurf. = Wort. Bestechungs[vorwurf] / Profilsucht gemeint, daß Leute / Führerschaft haben wollen – / Angriff auf Molt; dann abgegangen. =



Verlauf der Versammlung: sie kennen nicht / die «Kernfragen» – Vorurteil: da ist / Marx – – da ist das: – /
Woerner [= Wörner]: als Akademiker zum Bücherstudieren / mehr Fähigkeit als der Arbeiter. / In Berlin feindlich gesinnt: Marx der geistvollste / Mann der je existiert hat, da könne doch jetzt ~~aber nicht verstehen / wie so~~ nicht so confuses Buch dagegen schreiben. – / Actionsausschuß Mandate der Partei zurückgegeben.] /
Eingewendet, daß so etwas wie Dreigliederung / nur durchgeführt werden kann durch / Dictatur des Proletariat's = / Einer führte aus: System Steiner sei im Abflauen

Notizbuch 48



Abgelehnt Aussprache:

Benzinger: Man sagt: Dr. Steiner spricht vor /
den Bürgerlichen.

Extern die Betriebsräte. –

ANHANG II

Chronik

Zur Geschichte der Bestrebungen zur Bildung einer dreigliedrigen Räteorganisation

Die kursiv gestellten Daten geben die Geschehnisse in Deutschland und in Württemberg zur Zeit der Rätebewegung wieder. In diese Daten eingebettet sind alle Vorträge und Besprechungen im Zusammenhang mit den Bestrebungen des Dreigliederungsbundes zur Gründung von Betriebes- und Kulturräten sowie den Kontakten mit den Arbeiterräten. In Klammern ist angegeben, in welchen GA-Bänden die Ausführungen Rudolf Steiners jeweils zu finden sind.

4. November 1918 (Stuttgart): Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Stuttgart

9. November 1918 (Berlin): Verkünden der Abdankung von Kaiser Wilhelm II durch Reichskanzler Prinz Max von Baden. Ausrufung der «Deutschen Republik» durch den Sozialdemokraten Philipp Scheidemann. Übertragung der Geschäfte des Reichskanzlers an den Sozialdemokraten Friedrich Ebert

9. November 1918 (Stuttgart): Ausrufung der Republik – des «freien Volksstaates Württemberg» – und Einsetzung einer provisorischen Regierung unter dem Vorsitz des Sozialdemokraten Wilhelm Blos und des Unabhängigen Sozialdemokraten Arthur Crispien durch den Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Stuttgart

10. November 1918 (Berlin): Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Berlin und Einsetzung eines Rates der Volksbeauftragten unter dem Vorsitz des Sozialdemokraten Friedrich Ebert und des Unabhängigen Sozialdemokraten Hugo Haase

11. November 1918 (Compiègne): Unterzeichnung des Waffenstillstandes mit den Alliierten Mächten der Entente

28. November 1918 (Amerongen): Abdankung von Kaiser und König Wilhelm II. von Preußen

30. November 1918 (Bebenhausen): Abdankung von König Wilhelm II. von Württemberg

16. Dezember 1918 (Berlin): Beginn des ersten Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte, Entscheid für die Einführung einer parlamentarischen Demokratie (Abschluß der Verhandlungen: 21. Dezember 1918)

14. Dezember 1918 (Stuttgart): Verkündung der Satzungen der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte

29. Dezember 1918 (Berlin): Ausscheiden von Hugo Haase als zweiter Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten

10. Januar 1919 (Stuttgart): Ausscheiden von Arthur Crispien als zweiter Vorsitzender der provisorischen Regierung

12. Januar 1919 (Stuttgart): Wahl der verfassunggebenden Landesversammlung

19. Januar 1919 (Berlin): Wahl der verfassunggebenden Nationalversammlung

23. Januar 1919 (Stuttgart): Zusammentritt der verfassunggebenden Landesversammlung Württembergs

4. Februar 1919 (Berlin): Verzicht des Arbeiter-Zentralrats auf seine Kompetenzen zugunsten der Nationalversammlung

6. Februar 1919 (Weimar): Zusammentritt der verfassunggebenden Nationalversammlung

10. Februar 1919 (Weimar): Verabschiedung eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt durch die Nationalversammlung

11. Februar 1919 (Weimar): Wahl des Sozialdemokraten Friedrich Ebert zum ersten Reichspräsidenten

13. Februar 1919 (Weimar): Bildung einer Reichsregierung unter dem Sozialdemokraten Philipp Scheidemann, Übergabe der Regierungsgewalt an die neue Reichsregierung durch den Rat der Volksbeauftragten

6. März 1919 (Weimar): Verabschiedung des Gesetzes über die vorläufige Reichswehr

7. März 1919 (Stuttgart): Wahl des Sozialdemokraten Wilhelm Blos zum württembergischen Staatspräsidenten

13. März 1919 (Weimar): Verabschiedung des Sozialisierungsgesetzes

31. März 1919 (Stuttgart): Beginn des Generalstreiks

6. April 1919 (München): Ausrufung der Räterepublik in Bayern

7. April 1919 (Stuttgart): Ende des Generalstreiks

8. April 1919 (Berlin): Beginn des zweiten Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte, endgültiger Verzicht auf Einführung einer Räteordnung in Deutschland (Abschluß der Verhandlungen: 14. April 1919)

Dreigliederungsaktivität:

Sonntag, 20. April 1919 (Stuttgart): Rudolf Steiner trifft in Stuttgart ein und beginnt mit der Propagierung der Dreigliederungsidee

26. April 1919 (Ludwigsburg): Annahme der neuen württembergischen Staatsverfassung durch die konstituierende Landesversammlung: Entscheid für die Einführung einer parlamentarischen Demokratie

3. Mai 1919 (München): Kapitulation der bayerischen Räteregierung

7. Mai 1919 (Versailles): Überreichung der Friedensbedingungen an die deutsche Delegation

Arbeiterräte:

Mittwoch, 7. Mai 1919 (Stuttgart): Erster Vortrag für die Mitglieder des Arbeiterrates Groß-Stuttgart über *«Wege zur Verwirklichung des Sozialismus»* (in GA 331a)

Donnerstag, 8. Mai 1919 (Stuttgart): Erste Besprechung mit Vertretern des Arbeiterrates Groß-Stuttgart *«Wie soll sozialisiert werden? (1)»* (in GA 331a)

Betriebsräte:

Donnerstag, 8. Mai 1919 (Stuttgart): Vorbesprechung mit Vertretern der Stuttgarter Arbeiterschaft *«Zum Stand der Betriebsrätefrage»* (vorgesehen für GA 331)

Donnerstag, 8. Mai 1919 (Stuttgart): Vortrag für die Versammlung der Arbeiterausschüsse der großen Betriebe Stuttgarts *«Zum Aufbau einer sachgemäßen Betriebsräteschaft»* (in GA 331)

Kulturräte:

Sonntag, 11. Mai 1919 (Stuttgart): Vortrag für Mitglieder des Vereins für Volksbildung *«Über die Reorganisation des Unterrichtswesens im Sinne des Aufrufes»* (in GA 330)

Sonntag, 11. Mai 1919 (Stuttgart): Vortrag für Mitglieder der Anthroposophischen Gesellschaft *«Über Volkspädagogik (1)»* (in GA 192)

12. Mai 1919 (Berlin): Die deutsche Nationalversammlung erklärt in einer Kundgebung in der Aula der Berliner Universität die Friedensbedingungen für unannehmbar

Arbeiterräte:

Montag, 12. Mai 1919 (Stuttgart): Zweite Besprechung mit Vertretern des Arbeiterrates Groß-Stuttgart *«Wie soll sozialisiert werden? (2)»* (in GA 331a)

Mittwoch, 14. Mai 1919 (Stuttgart): Besprechung mit Mitgliedern des Arbeiterausschusses der Stuttgarter Straßenbahner *«Zur Frage der Sozialisierung»* (in GA 331a)

Donnerstag, 15. Mai 1919 (Stuttgart): Zweiter Vortrag für die Mitglieder des Arbeiterrates Groß-Stuttgart über *«Räteorganisation im Sinne der Dreigliederung des sozialen Organismus (1)»* (in GA 331a)

Samstag, 17. Mai 1919 (Stuttgart): Dritter Vortrag für die Mitglieder des Arbeiterrates Groß-Stuttgart über *«Räteorganisation im Sinne der Dreigliederung des sozialen Organismus (2)»* (in GA 331a)

Kulturräte:

Sonntag, 18. Mai 1919 (Stuttgart): Vortrag für Mitglieder der Anthroposophischen Gesellschaft *«Über Volkspädagogik (2)»* (in GA 192)

20. Mai 1919 (Stuttgart): Inkrafttreten der neuen württembergischen Staatsverfassung

Arbeiterräte:

Mittwoch, 21. Mai 1919 (Stuttgart): Vortrag für Straßenbahner Stuttgarts über *«Wege zu einer sachgemäßen Sozialisierung»* (in GA 331a)

Betriebsräte:

Donnerstag, 22. Mai 1919 (Stuttgart): Erster Diskussionsabend mit den Arbeiterausschüssen der großen Betriebe Stuttgarts *«Zur Begründung von Betriebsräten (1)»* (in GA 331)

Dienstag, 23. Mai 1919 (Stuttgart-Feuerbach): Vortrag für Arbeiter *«Zur Frage der Betriebsräte»* (keine Nachschrift, Dokumentation in GA 330)

Betriebsräte:
Dienstag, 27. Mai 1919 (?) (Stuttgart): Dritte Besprechung mit Vertretern des Arbeiterrates Groß-Stuttgart *«Wie soll sozialisiert werden (3)»* (in GA 331a)

Betriebsräte:
Mittwoch, 28. Mai 1919 (Stuttgart): Zweiter Diskussionsabend mit den Arbeiterausschüssen der großen Betriebe Stuttgarts *«Zur Begründung von Betriebsräten (2)»* (in GA 331)

29. Mai 1919 (Versailles): Antwort der deutschen Delegation auf die vorgelegten Friedensbedingungen

Kulturräte:
Donnerstag, 29. Mai 1919 (Stuttgart): Erste Versammlung der Interessenten für die Schaffung eines Kulturrates *«Zur Begründung eines Kulturrates (1)»* (in GA 331b)

Sonntag, 1. Juni 1919 (Stuttgart): Vortrag für Mitglieder der Anthroposophischen Gesellschaft *«Über Volkspädagogik (3)»* (in GA 192b)

Betriebsräte:
Donnerstag, 5. Juni 1919 (Stuttgart): Dritter Diskussionsabend mit den Arbeiterausschüssen der großen Betriebe Stuttgarts *«Zur Begründung von Betriebsräten (3)»* (in GA 330a)

Kulturräte:
Samstag, 7. Juni 1919 (Stuttgart): Zweite Versammlung der Interessenten für die Schaffung eines Kulturrates *«Zur Begründung eines Kulturrates (2)»* (in GA 331b)

Sonntag, 8. Juni 1919 (Stuttgart): Dritte Versammlung der Interessenten für die Schaffung eines Kulturrates *«Zur Begründung eines Kulturrates (3)»* (in GA 331b)

Montag, 9. Juni 1919 (Stuttgart): Vierte Versammlung der Interessenten für die Schaffung eines Kulturrates *«Zur Begründung eines Kulturrates (4)»* (in GA 331b)

Betriebsräte:
Freitag, 13. Juni 1919 (Eßlingen): Vortrag über *«Betriebsräte und ihre Beziehungen zu den Verkehrs- und Wirtschaftsräten»* (keine Nachschrift, Dokumentation vorgesehen für GA 333)

Samstag, 14. Juni 1919 (Stuttgart): Vierter Diskussionsabend mit den Arbeiterausschüssen der großen Betriebe Stuttgarts *«Zur Begründung von Betriebsräten (4)»* (in GA 330a)

16. Juni 1919 (Versailles): Überreichung der endgültigen Friedensbedingungen an die deutsche Delegation durch die Siegermächte

Kulturräte:
Sonntag, 15. Juni 1919 (Tübingen): Gespräch mit Prof. Robert Wilbrandt «Die Bestrebungen zur Bildung eines Kulturrates» (in GA 331b)

Arbeiterräte:

Dienstag, 17. Juni 1919 (Stuttgart): Besprechung mit Parteivertretern der Stuttgarter Arbeiterschaft *«Über die Zusammenarbeit mit den Arbeiterparteien»* (in GA 331a)

Kulturräte:

Donnerstag, 19. Juni 1919 (Stuttgart): Vortrag über *«Die Aufgaben der Schule und der dreigliedrige soziale Organismus»* (in GA 330)

20. Juni 1919 (Weimar): Rücktritt der Reichsregierung unter dem Sozialdemokraten Philipp Scheidemann

Betriebsräte:

Freitag, 20. Juni 1919 (Stuttgart): Erste Besprechung mit Vertretern der Stuttgarter Arbeiterschaft *«Zum Aufbau brauchbarer Betriebsräte (1)»* (vorgesehen für GA 331)

21. Juni 1919 (Weimar): Bildung einer neuen Koalitionsregierung unter dem Sozialdemokratien Gustav Bauer

Kulturräte:

Samstag, 21. Juni 1919 (Stuttgart): Fünfte Versammlung der Interessenten für die Schaffung eines Kulturrates, zugleich Diskussionsabend über die Neugestaltung des Geisteslebens *«Der Neuaufbau des Geisteslebens im Sinne der Dreigliederung des sozialen Organismus. Zur Begründung eines Kulturrates (5)»* (in GA 331b)

23. Juni 1919 (Weimar): Ermächtigung der neuen Reichsregierung durch die Nationalversammlung zur Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages auch ohne Vorbehalt in bezug auf die deutsche Kriegsschuld

Betriebsräte:

Dienstag, 24. Juni 1919 (Stuttgart): Fünfter Diskussionsabend mit den Arbeiterausschüssen der großen Betriebe Stuttgarts *«Zur Begründung von Betriebsräten (5)»* (in GA 331)

28. Juni 1919 (Versailles): Unterzeichnung des von den Siegermächten diktierten Friedensvertrages durch den deutschen Außenminister Hermann Müller

Betriebsräte:

Montag, 30. Juni 1919 (Heilbronn): Vortrag über *«Sozialisierung und Betriebsräte»* (keine Nachschrift, Dokumentation vorgesehen für GA 333)

Berufskammern:

Dienstag, 1. Juli 1919 (Stuttgart): Vortrag in der Kommission des Verbandes Technischer Vereine Württembergs *«Sozialisierung durch Dreigliederung des sozialen Organismus»* (in GA 331b)

Betriebsräte:

Mittwoch, 2. Juli 1919 (Stuttgart): Sechster Diskussionsabend mit den Arbeiterausschüssen der großen Betriebe Stuttgarts *«Zur Begründung von Betriebsräten (6)»* (in GA 331)

Freitag, 4. Juli 1919 (Stuttgart): Versammlung von Interessenten für die Wahl von Betriebsräten auf der Grundlage der sozialen Dreigliederung *«Die Notwendigkeit der Wahl brauchbarer Betriebsräte»* (vorgesehen für GA 331)

Dienstag, 8. Juli 1919 (Stuttgart): In der Zählung nicht berücksichtigter Diskussionsabend mit den Arbeiterausschüssen der großen Betriebe Stuttgarts *«Zur Begründung von Betriebsräten»* (in GA 331). Der Diskussionsabend war ursprünglich auf den 10. Juli 1919 angesetzt gewesen.

Kulturräte:

Donnerstag, 10. Juli 1919 (Stuttgart): Sechste Versammlung der Interessenten für die Schaffung eines Kulturrates, zugleich Versammlung der Mitarbeiter des Bundes für Dreigliederung *«Der Stand der Dreigliederungsbewegung. Zur Begründung eines Kulturrates (6)»* (in GA 331 und 331b)

Samstag, 12. Juli 1919 (Stuttgart): Versammlung zur Erneuerung des Schulwesens *«Verwirklichung der Einheitsschule auf der Grundlage geisteswissenschaftlicher Erkenntnisse»* (in GA 331b)

Betriebsräte:

Mittwoch, 16. Juli 1919 (Stuttgart): Zweite Besprechung mit Vertretern der Stuttgarter Arbeiterschaft *«Zum Aufbau brauchbarer Betriebsräte (2)»* (vorgesehen für GA 331)

Donnerstag, 17. Juli 1919 (Stuttgart): Siebenter Diskussionsabend mit den Arbeiterausschüssen der großen Betriebe Stuttgarts *«Zur Begründung von Betriebsräten (7)»* (in GA 331)

Berufskammern:

Dienstag, 22. Juli 1919 (Stuttgart): Vorbereitende Besprechung mit der Kommission des Verbandes Technischer Vereine Württembergs *«Die Stellung der Techniker im sozialen Organismus»* (keine Teilnahme Rudolf Steiners, keine Nachschrift, Dokumentation in GA 331b)

Betriebsräte:

Mittwoch, 23. Juli 1919 (Stuttgart): Erste Versammlung der vorbereitenden württembergischen Betriebsräteschaft *«Zur Aufgabe der Betriebsräteschaft (1)»* (in GA 331)

Kulturräte:

Freitag, 25. Juli 1919 (Stuttgart): Siebte Versammlung der Interessenten für die Schaffung eines Kulturrates *« Zur Begründung eines Kulturrates (7)»* (in GA 331b)

Berufskammern:

Dienstag, 29. Juli 1919 (Stuttgart): Erste Besprechung mit den Mitgliedern der Kommission des Verbandes Technischer Vereine Württembergs *«Die Aufgaben der Techniker im sozialen Organismus (1)»* (keine Nachschrift, Dokumentation in GA 331b)

31. Juli 1919 (Weimar): Die deutsche Nationalversammlung verabschiedet die neue Reichsverfassung

Betriebsräte:

Donnerstag, 31. Juli 1919 (Schwenningen): Vortrag über *«Die Soziale Frage. Sozialisierung und Betriebsräte»* (keine Nachschrift, Dokumentation vorgesehen für GA 330a)

Berufskammern:

Samstag, 2. August 1919 (Stuttgart): Zweite Besprechung mit den Mitgliedern der Kommission des Verbandes Technischer Vereine Württembergs *«Die Aufgaben der Techniker im sozialen Organismus (2)»* (keine Nachschrift, Dokumentation in GA 331b)

7. August 1919 (Weimar): Beginn der parlamentarischen Beratung des Betriebsrätegesetzes in der Länderkammer («Staatenhaus» beziehungsweise «Reichsrat»)

9. August 1919 (Berlin): Veröffentlichung des Entwurfes eines «Gesetzes über die Betriebsräte» im «Deutschen Reichsanzeiger»

11. August 1919 (Weimar): Unterzeichnung der neuen Verfassung des Deutschen Reiches durch Reichspräsident Friedrich Ebert

14. August 1919 (Weimar): Die neue Verfassung tritt in Kraft; Deutschland wird endgültig zur parlamentarischen Republik.

Betriebsräte:

Samstag, 15. August 1919 (Stuttgart): Dritte Besprechung mit Vertretern der Stuttgarter Arbeiterschaft *«Zum Aufbau brauchbarer Betriebsräte (3)»* (keine Teilnahme Rudolf Steiners, keine Nachschrift, Dokumentation vorgesehen für GA 331)

16. August 1919 (Weimar): Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes durch die Länderkammer

Berufskammern:

Samstag, 16. August 1919 (Stuttgart): Erste Versammlung der Techniker und Ingenieure *«Zur Aufgabe der Techniker im Kulturrat (1)»* (keine Teilnahme Rudolf Steiners, keine Nachschrift, Dokumentation in GA 331b)

21. August 1919 (Weimar): Beginn der parlamentarischen Beratung des Betriebsrätegesetzes durch die Nationalversammlung in erster Lesung

21. August 1919 (Weimar): Vereidigung des deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert auf die deutsche Reichsverfassung

Betriebsräte:

Mittwoch, 3. September 1919 (Stuttgart): Versammlung der vorbereitenden württembergischen Betriebsräteschaft *«Zur Aufgabe der Betriebsräteschaft»* (keine Teilnahme Rudolf Steiners, keine Nachschrift, Dokumentation vorgesehen für GA 331). Es ist nicht klar, um die wievielte Versammlung es sich handelt.

Dreigliederungsaktivität:

Sonntag, 7. September 1919 (Stuttgart): feierliche Eröffnung der Freien Waldorfschule in Stuttgart

Mittwoch, 10. September 1919 (Stuttgart): Rudolf Steiner verläßt Stuttgart, womit er seinen viermonatigen Einsatz für die Dreigliederung vorläufig beendet

Berufskammern:

Samstag, 20. September 1919 (Stuttgart): Erste Versammlung der Kaufleute *«Zur Aufgabe der Kaufleute im Kulturrat (1)»* (keine Teilnahme Rudolf Steiners, in GA 331b)

25. September 1919 (Stuttgart): Änderung der württembergischen Verfassung durch Anpassung an die Reichsverfassung.

Kulturräte:

Donnerstag, 25. September 1919 (Stuttgart): Achte Versammlung der Interessenten für die Schaffung eines Kulturrates *«Zur Begründung eines Kulturrates (8)»* (in GA 331b)

Berufskammern:

Freitag, 26. September 1919 (Stuttgart): Zweite Versammlung der Techniker und Ingenieure *«Zur Aufgabe der Techniker im Kulturrat (2)»* (in GA 331b)

Kulturräte:

Samstag, 27. September 1919 (Stuttgart): Erste Versammlung der Mitglieder des provisorischen Kulturrates *«Zur Aufgabe des Kulturrates (1)»* (in GA 331b)

Samstag, 4. Oktober 1919 (Stuttgart): Zweite Versammlung der Mitglieder des provisorischen Kulturrates *«Zur Aufgabe des Kulturrates (2)»* (keine Teilnahme Rudolf Steiners, keine Nachschrift, Dokumentation in GA 331b)

Samstag, 11. Oktober 1919 (Stuttgart): Dritte Versammlung der Mitglieder des provisorischen Kulturrates «Zur Aufgabe des Kulturrates (3)» (keine Teilnahme Rudolf Steiners, keine Nachschrift, Dokumentation in GA 331b)

Samstag, 18. Oktober 1919 (Stuttgart): Vierte Versammlung der Mitglieder des provisorischen Kulturrates *«Zur Aufgabe des Kulturrates (4)»* (keine Teilnahme Rudolf Steiners, keine Nachschrift, Dokumentation in GA 331b)

Berufskammern:

Freitag, 7. November 1919 (Stuttgart): Dritte Versammlung der Techniker *«Zur Aufgabe der Techniker im Kulturrat (3)»* (keine Teilnahme Rudolf Steiners, keine Nachschrift, Dokumentation in GA 331b)

Freitag, 21. November 1919 (Stuttgart): Zweite Versammlung der Kaufleute *«Zur Aufgabe der Kaufleute im Kulturrat (2)»* (keine Teilnahme Rudolf Steiners, keine Nachschrift, Dokumentation in GA 331b)

10. Januar 1920 (Berlin): Inkrafttreten des Versailler Vertrages

16. Januar 1920 (Weimar): Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes in zweiter Lesung durch die Nationalversammlung

18. Januar 1920 (Weimar): Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes in dritter Lesung durch die Nationalversammlung.

4. Februar 1920 (Weimar): Vollzug des Betriebsrätegesetzes durch Unterschrift des Reichspräsidenten

9. Februar 1920 (Weimar): Das Betriebsrätegesetz tritt in Kraft.

21. Mai 1920 (Weimar): Auflösung der Nationalversammlung

6. Juni 1920 (Berlin): Wahl des ersten Reichstags

6. Juni 1920 (Stuttgart): Wahl des ersten Landtags

23. Juni 1920 (Stuttgart): Zusammentritt des ersten Landtags

24. Juni 1920 (Berlin): Zusammentritt des ersten Reichstags

Berufskammern:

Donnerstag, 15. Juli 1920 (Stuttgart): Vierte Versammlung der Techniker *«Zur Aufgabe der Techniker im Kulturrat (4)»* (keine Teilnahme Rudolf Steiners, keine Nachschrift, Dokumentation in GA 331b)

Fachgruppen:

Donnerstag, 14. Oktober 1920 (Dornach): Erste Fachbesprechung der Techniker *«Der Umgang mit der Technik aus geisteswissenschaftlicher Sicht (1)»* (keine Nachschrift, Dokumentation in GA 331b)

Dienstag, 22. März 1921 (Stuttgart): Zweite Fachbesprechung der Techniker *«Der Umgang mit der Technik aus geisteswissenschaftlicher Sicht (2)»* (in GA 331b)

Donnerstag, 1. September 1921 (Stuttgart): Dritte Fachbesprechung der Techniker *«Der Umgang mit der Technik aus geisteswissenschaftlicher Sicht (3)»* (keine Nachschrift, Dokumentation in GA 331b)

Freitag, 2. September 1921 (Stuttgart): Vierte Fachbesprechung der Techniker *«Der Umgang mit der Technik aus geisteswissenschaftlicher Sicht (4)»* (keine Teilnahme Rudolf Steiners, keine Nachschrift, Dokumentation in GA 331b)

Montag, 5. September 1921 (Stuttgart): Fünfte Fachbesprechung der Techniker *«Der Umgang mit der Technik aus geisteswissenschaftlicher Sicht (4)»* (keine Teilnahme Rudolf Steiners, keine Nachschrift, Dokumentation in GA 331b)

ANHANG III

Dokumente

Aus der Zusammenarbeit mit den Arbeiterräten

Leitgedanken des Bundes geistiger Arbeiter

Unser bisheriges **Programm** lautend:

„Der „Rat geistiger Arbeiter" stellt sich auf den Boden der modernen Arbeiterbewegung und der „Errungenschaften der Revolution, die eintritt für soziale Gerechtigkeit, für persönliche Freiheit und „Gleichberechtigung aller Staatsbürger, sowie für die baldige Einberufung der Nationalversammlung „nach erfolgter Demobilisation"

wurde nach eingehender Beratung in der Versammlung unseres Rats vom 23. Dezember 1918 einstimmig **ergänzt** durch folgende

Leitgedanken für das Wirken des Bundes der geistigen Arbeiter.

Der Bund der geistigen Arbeiter und Arbeiterinnen erblickt die Notwendigkeit seines Wirkens in der vor Aller Augen liegenden Tatsache, daß eine nur auf das Materielle gerichtete Lebensform zur Vernichtung führen muß. Jahrelang waren die Kräfte des Volkes, die geistigen und leiblichen, weit überwiegend in den Dienst der Zerstörung gestellt. Wenn nun die gleiche Staats- und Wirtschaftsgesinnung, welche die furchtbare Not heraufgeführt hat, die Neugestaltung beherrscht, muß neue Zerstörung die unabwendbare Folge sein. Die Stetigkeit der Entwicklung darf zwar nicht durch schroffe Eingriffe unterbrochen werden, aber dem Eindringen eines neuen Geistes darf der Weg nicht verlegt sein. An der lebendigen Neugestaltung der Staats- und Wirtschaftsformen arbeitet der Bund nach den folgenden Leitgedanken:

1. Der Bund der geistigen Arbeiter will alle einzelnen Menschen und Organisationen in sich vereinigen, welche den geistigen Kräften des ganzen Volkes zur lebendigen Gestaltung der Staats- und Wirtschaftsformen einen konkreten Einfluß verschaffen wollen.
2. Ein solch lebendiger Einfluß ist nur möglich, wenn gemäß der Artung jeder einzelnen Menschenseele dem Kulturstreben vollste Freiheit geschaffen wird. Der Bund der geistigen Arbeiter erstrebt daher freie Schule, freie Hochschule, Freiheit der Kunst, Wissenschaft und Religion.
3. Die politischen Staatsnotwendigkeiten müssen für den Einzelnen als verbindlich anerkannt werden; der Bund der geistigen Arbeiter setzt sich aber für die Wahrung der im Grundsatz errungenen Gleichheit aller Staatsbürger, deren Gesamtwillen die politischen Parlamente zum Ausdruck bringen, mit allen Kräften ein. Er will nicht selbst eine politische Partei sein, sondern ist bereit, die politischen Parteien in denjenigen Punkten zu unterstützen, welche sie nach den Leitgedanken des Bundes behandeln wollen, unbeschadet selbständiger politischer Betätigung im einzelnen Fall.
4. Solange die wirtschaftlichen Fragen nur den politischen Mächten zur Entscheidung überliefert sind, müssen die Berufsorganisationen zur Einflußlosigkeit verurteilt bleiben; es fehlt an Stellen, wo die Wirtschaftskräfte, nach ihrer wahren Bedeutung für das Gemeinwohl, Geltung haben. Der Bund der geistigen Arbeiter setzt sich daher für eine lebendige Fortentwicklung der Berufsorganisationen ein und erstrebt die Behandlung der wirtschaftlichen Fragen durch Fachvertreter in Wirtschaftsparlamenten, welche auch die sozialen Aufgaben im brüderlichen Geist in Angriff zu nehmen haben.
5. Um dieser kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Ziele willen beteiligt sich der Bund der geistigen Arbeiter an der Tätigkeit der Arbeiter-, Bauern-, Handwerker- und anderer Räte, soweit sie auf beruflicher Organisation aufgebaut sind. Er unterstützt ihre Ueberleitung in eine geschlossene, selbständige Vertretung aller wirtschaftlichen Kräfte.

In allen Fragen des öffentlichen Lebens wird der Bund der geistigen Arbeiter ohne Vorurteil seine Stellung nach den vorstehenden Leitgedanken wählen und alle Kräfte stets an die konkrete Lösung der nächsten Aufgabe setzen.

Rat geistiger Arbeiter Stuttgart.

«Leitgedanken des Bundes geistiger Arbeiter»
Flugblatt vom Januar 1919 / Inserat in «Stuttgarter Neues Tagblatt» vom 16. Januar 1919 (76. Jg. Nr. 26)

An den Arbeiterrat Stuttgart.

1. Gesunde Sozialisierung kann heute sofort durchgeführt werden, ohne die Konkurrenzfähigkeit dem Auslande gegenüber zu stören, wenn sie nicht auf dem Umweg der Verstaatlichung erreicht werden will.
2. Staatssozialismus hemmt das Wirtschaftsleben und entfernt die Deutsche Sozialdemokratie von der Verständigung mit der Internationale.
3. Bei der wahren Sozialisierung der Wirtschaft verschwindet der Kapitalismus für den Einzelnen, und die Klassenunterschiede werden aufgehoben.
4. Der geleistete Mehrwert kommt ausschließlich der Allgemeinheit zu gute.
5. Alle anderen Fragen, wie Steuerpolitik, Ware Arbeitskraft usw. finden ihre natürliche, verhältnismäßig einfache Lösung, und das Proletariat gelangt zu seinem rechtmäßigen, menschenwürdigen Dasein im Kreise der übrigen menschlichen Gesellschaft.

Weitere Ausführungen dieses Systems, das von Schweizer und Deutschen Sozialisten vorgeschlagen wird, werde ich dem Arbeiterrat oder einem größeren Zuhörerkreise in einem Vortrage geben, wenn es gewünscht wird.

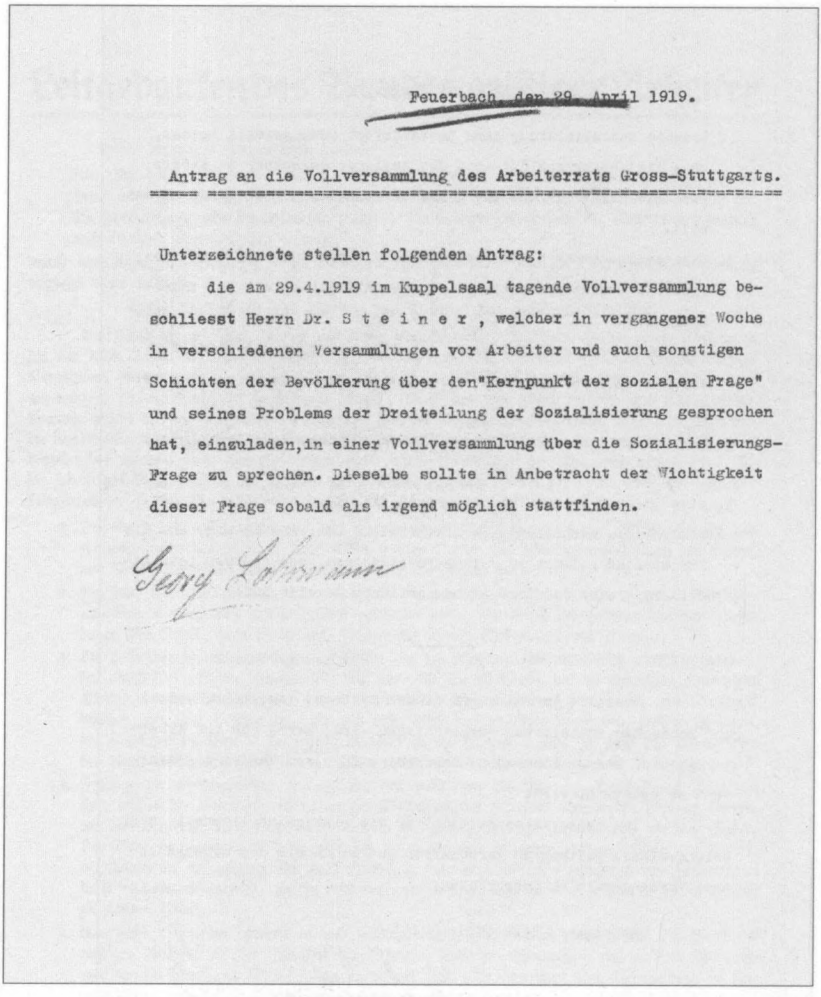
Ich halte diese Methode für die einzige Möglichkeit, sich beim Auslande Geltung zu verschaffen und im Innern die Gegensätze ohne Waffengewalt zu überbrücken.

Stuttgart, 25.2.1919

H. Kühn.

Tel. 2555.

«An den Arbeiterrat Stuttgart»
Schreiben von Hans Kühn vom 25. Februar 1919



Feuerbach, den 29. April 1919.

Antrag an die Vollversammlung des Arbeiterrats Gross-Stuttgarts.

Unterzeichnete stellen folgenden Antrag:

die am 29.4.1919 im Kuppelsaal tagende Vollversammlung beschliesst Herrn Dr. S t e i n e r , welcher in vergangener Woche in verschiedenen Versammlungen vor Arbeiter und auch sonstigen Schichten der Bevölkerung über den"Kernpunkt der sozialen Frage" und seines Problems der Dreiteilung der Sozialisierung gesprochen hat, einzuladen,in einer Vollversammlung über die Sozialisierungs-Frage zu sprechen. Dieselbe sollte in Anbetracht der Wichtigkeit dieser Frage sobald als irgend möglich stattfinden.

Georg Lohrmann

«Antrag an die Vollversammlung des Arbeiterrats Gross-Stuttgarts»
Schreiben von Georg Lohrmann vom 29. April 1919

Hans K ü h n,

~~S t u t t g a r t .~~
Werfmershalde 10.

Stuttgart, den 30. April 1919.

An

Herrn G e h r i n g , Vorsitzender des Vollzugsausschusses des Arbeiterrates Gross - Stuttgart,

S t u t t g a r t .
Neues Schloss.

Sehr geehrter Herr Gehring!

Es wird Ihnen hiermit bestätigt, dass Herr Dr. Steiner gern bereit ist, vor den Delegierten des Arbeitereates Gross-Stuttgart einen Vortrag zu halten über die von ihm vertretene Dreiteilung des sozialen Organismus, die als einzige Rettung aus den gegenwärtigen Zuständen erscheint. Herr Dr. Steiner wird absprachegemäss am Mittwoch, den 7. Mai um 2 Uhr im Festsaale des Gewerkschaftshauses erscheinen und nimmt an, dass Sie diesen Saal bereits fest belegt haben. *

Der Unterzeichnete hofft, dass die Delegierten so vollzählig erscheinen werden, dass der Saal gefüllt wird, anderenfalls bittet er, möglichst noch Gäste einzuladen, damit der Saal auch wirklich voll ist, weil die Gelegenheit, wo Dr. Steiner hier spricht, eine seltene ist und deshalb möglichst vielseitig benützt werden sollte. Es wird noch betont, dass die Gedanken Dr. Steiner's mit irgend einer Parteirichtung nichts zu tun haben, dass sie dagegen besonders in proletarischen Kreisen im Laufe der bisherigen Vorträge ganz ungeheuer wirksam sich erwiesen haben.

Für den Arbeitsausschuss des Bundes für die Dreigliederung des sozialen Organismus

Kühn.

*NB! Ich möchte noch den Antrag stellen, dass das Referat Dr. Steiners als 1. Punkt der Tagesordnung behandelt wird, weil der Redner sehr viel zu tun hat und Abends wieder anderweitig verpflichtet ist. Kühn.

«An Herrn Gehring, Vorsitzender des Vollzugsausschusses des Arbeiterrates Gross-Stuttgart»
Brief von Hans Kühn im Namen des Arbeitsausschusses des Bundes für Dreigliederung des sozialen Organismus vom 30. April 1919

Arbeiterrat Groß-Stuttgart.

In der letzten Arbeiterratssitzung waren einige Punkte der Tagesordnung u. a.: „Bericht über die Rätekonferenz in Berlin" vertagt worden. Diese Punkte kamen in einer auf gestern nachmittag einberufenen, besser besuchten Vollsitzung zur Verhandlung. Zunächst wurde nach einigen einleitenden Worten des Vorsitzenden des Vollzugsausschusses Gehring ein Vortrag von dem bekannten

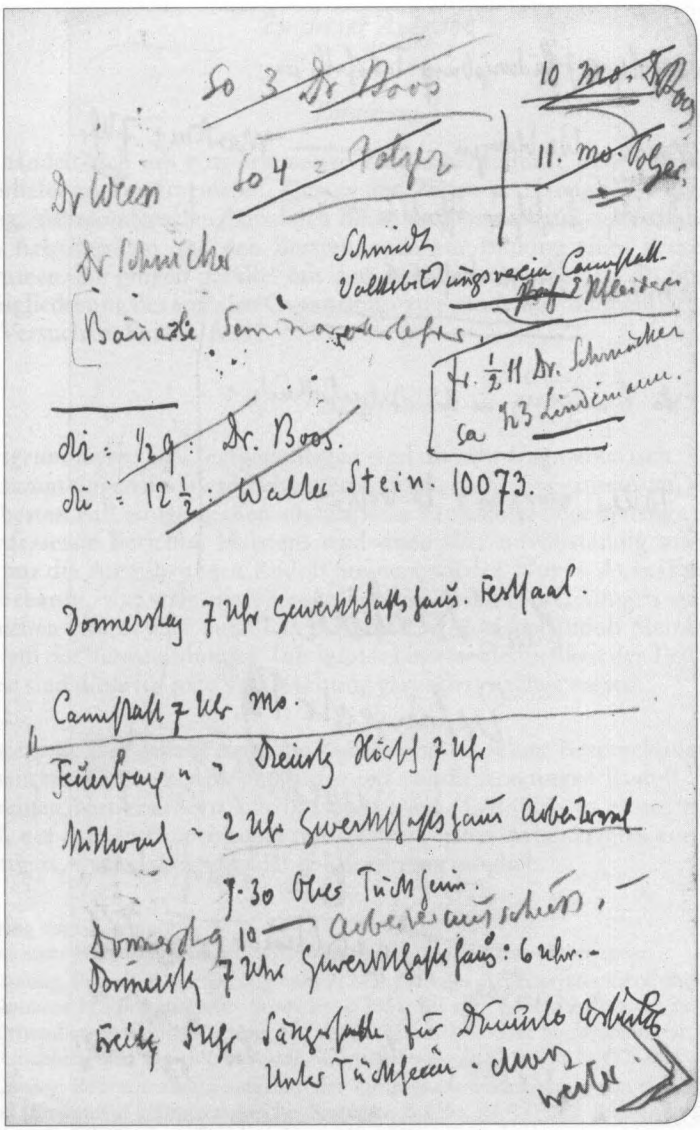
Dr. Steiner

angehört. Der Vortragende wiederholte im großen ganzen seine Gedanken, die den Leitfaden seiner Ausführungen bilden, die er in den Vorträgen hier gegeben hat und die als Grundlage seines in allen größeren Zeitungen — auch in unserer — veröffentlichten Aufrufes über die Dreigliederung des sozialen Organismus anzusehen sind.

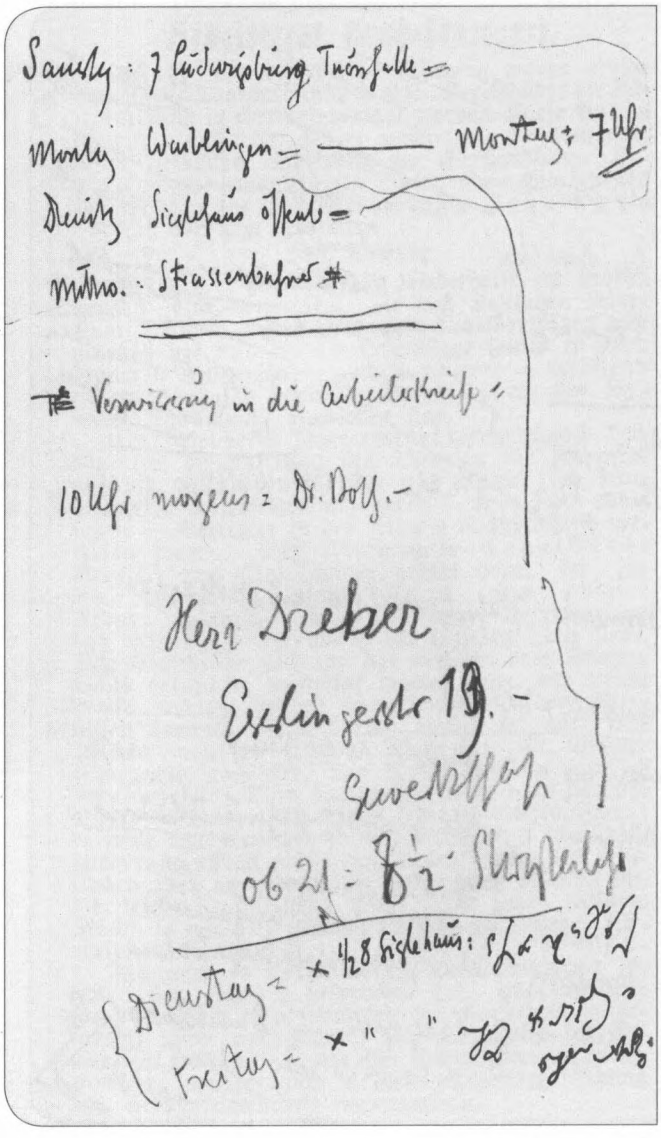
Ein besonderes Interesse mußte natürlich hervorrufen die Wirkung der Theorien Dr. Steiners auf die, mit deren Sorgen und Nöten sich seine Gedanken beschäftigen und deren — man kann ruhig sagen — Vertreter in der Sitzung ausschließlich vertreten waren. Der Unabhängige Engelhardt meinte, was Dr. Steiner gesagt habe, sei für den Sozialisten nichts Neues. Ein anderer Redner glaubt, daß in den Betriebsräten das Mittel zur Erreichung der sozialen Ziele stecke. Der Vorsitzende Gehring hat auch in dem Vortrag nichts gefunden, was klar gezeigt hätte, auf welche Weise und in welcher Form man aus den Wirrnissen herauskommen könne. Sicher sei aber, daß „Macht" nicht das richtige Mittel sei. Dr. Steiner entgegnete ungefähr: Die Dreigliederung solle ja der Weg sein. Man scheine das Neue nicht herausgehört zu haben. Er bringe keine abstrakten Ideen; er stelle den Menschen in den Mittelpunkt der Dreigliederung. Man müsse den Willen haben, den praktischen Weg zu gehen; den Hemmschuh bildeten die, die einen praktischen Weg nicht gehen wollten. Macht, so wie hier gedacht, sei nur ein Ableger bürgerlichen Denkens.

Die auch in verschiedenen Versammlungen, in denen Dr. Steiner gesprochen hat, angenommene Entschließung, nach der die Regierung aufgefordert wird, unverzüglich Dr. Steiner in die Regierung zu berufen, um die Dreigliederung durchzuführen, wurde auch in dieser Arbeiterratssitzung mit Stimmenmehrheit angenommen.

«Arbeiterrat Groß-Stuttgart»
Bericht über den Vortrag Rudolf Steiners vom 7. Mai 1919
in «Württemberger Zeitung» vom 8. Mai 1919 (13. Jg. Nr. 106)



Termine Vortrag/Besprechung im Arbeiterrat vom 7. Mai (2 = 14.00 Uhr) / 8. Mai (10 Uhr) 1919; siehe «Chronik», S. 163f.
Eintrag Rudolf Steiners in Notizbuch (NB 102)



Termin Besprechung mit Straßenbahnern vom 14. Mai 1919;
siehe «Chronik», S. 164.
Eintrag Rudolf Steiners in Notizbuch (NB 102)

Zu dieser Ausgabe

Entstehung

Es handelt sich um eine erstmalige Zusammenstellung der verschiedenen überlieferten Textfragmente, die aus den Zeiten der Dreigliederungsbewegung, insbesondere den damaligen Bemühungen um die Kontaktnahme mit den Arbeiterräten und den Bestrebungen zur Bildung eines Kulturrates, stammen. Sie gingen parallel mit dem Versuch, Betriebsräte im Sinne der Dreigliederung des sozialen Organismus zu gründen. Dokumentiert ist dieser Versuch im Band GA 331.

Textgestalt

Textgrundlagen: Die Textgrundlagen sind oft sehr fragmentarisch. Von den Versammlungen und Besprechungen liegen keine Stenogramme vor, sondern im besten Fall einigermaßen ausführliche Protokolle oder sonstige zusammenfassende Berichte. Meistens sind diese aber unvollständig und geben oft nur die Ausführungen Rudolf Steiners wieder. Nur in Ausnahmefällen ist bekannt, von wem die Protokolle oder Zusammenfassungen stammen. Daneben gibt es aber zum Teil ausführliche Notizen Rudolf Steiners zum Verlauf der Versammlungen. Infolge der Unterschiedlichkeit der Textgrundlagen sind diese für jede Veranstaltung gesondert nachgewiesen.

Datierung: Die genaue zeitliche Zuordnung einzelner Besprechungen und Zusammenkünfte konnte nur aufgrund von Eintragungen Rudolf Steiners in seinen Notizbüchern erschlossen werden. Lediglich in einem einzigen Fall, der dritten Besprechung mit Vertretern des Arbeiterrates von Groß-Stuttgart, war nur eine ungefähre Zuordnung möglich.

Vortrag vom 7. Mai 1919:
Keine stenographische Nachschrift, aber verschiedene andere Unterlagen:
1. Fassung: Protokoll der Sitzung vom 7. Mai 1919 des Arbeiterrates Groß-Stuttgart (Dokument Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E 135a, Bü 19) / gekürzter Bericht in: «Württemberger Zeitung» 13. Jg. Nr. 106 (8. Mai 1919), «Der Sozialdemokrat. Organ der Unabhängigen Sozialdemokraten Württembergs» Jg.1919 Nr. 85 (13. Mai 1919)
2. Fassung: Rekonstruktion aufgrund der Vortragzusammenfassung von unbekannter Hand (Dokument Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E 135a, Bü 19) und aufgrund von Notizen Rudolf Steiners (in Notizbuch NB 102).

Besprechung vom 8. Mai 1919 (morgens):
Keine stenographische Nachschrift und kein Protokoll; Rekonstruktion aufgrund Notizen Rudolf Steiners (in Notizbuch NB 102).

Besprechung vom 12. Mai 1919:
Keine stenographische Nachschrift und kein Protokoll; Rekonstruktion aufgrund Notizen Rudolf Steiner (in Notizbuch NB 106).

Vortrag vom 15. Mai 1919:
Keine stenographische Nachschrift; Rekonstruktion aufgrund Notizen Rudolf Steiner (in Notizbuch NB 106).

Vortrag vom 17. Mai 1919:
Keine stenographische Nachschrift; Rekonstruktion aufgrund Notizen Rudolf Steiners (in Notizbuch NB 106).

Vortrag vom 21. Mai 1919:
Keine stenographische Nachschrift; Rekonstruktion aufgrund von Notizen Rudolf Steiners (in Notizbuch NB 45).

Besprechung vom 27. Mai 1919:
Keine stenographische Nachschrift; Rekonstruktion aufgrund von Notizen Rudolf Steiners (in Notizbuch NB 226).

Besprechung vom 17. Juni 1919:
Keine stenographische Nachschrift; Rekonstruktion aufgrund von Notizen Rudolf Steiners (in Notizbuch NB 48).

Titel: Der Gesamttitel für den Band wie auch die Titel für die einzelnen Vorträge oder Besprechungen stammen von den Herausgebern.

Textkorrekturen und Textvarianten: Alle sinngemäßen Ergänzungen durch die Herausgeber sind mit [...]-Klammern gekennzeichnet. Im Falle von mehreren stark voneinander abweichenden Textvarianten werden diese in synoptischer Form wiedergegeben. Außerdem wurde versucht, aufgrund der überlieferten Stichworte Rudolf Steiners den Verlauf verschiedener Versammlungen zu rekonstruieren. Die im Rekonstruktionstext verwendeten Wortteile aus den Quellen sind kursiv gesetzt; die gesamten benutzten Unterlagen sind in Anhang II abgedruckt. Selbstverständlich kann der Text keine absolute Authentizität beanspruchen, sondern ist nur als richtungsweisend zu verstehen. Der Leser kann sich jederzeit ein eigenes Urteil bilden durch Rückgriff auf die Originalquellen. In allen Debatten rund um die Gründung eines Kulturrates werden die akademischen Titel der Votanten – mit Ausnahme jenes von Rudolf Steiner – aus informativen Gründen angeführt, in den Debatten mit den Mitgliedern des Arbeiterrates wird durchgehend der Ausdruck «Genosse» verwendet. Die Vornamen dieser Votanten finden sich – soweit überhaupt bekannt – im Personenregister aufgeführt.

Schreibweise: Die Rechtschreibung und die Zeichensetzung in den Dokumenten sind vereinheitlicht in modernisierter Form wiedergegeben, soweit dadurch keine Sinnveränderung entsteht. Abkürzungen werden in der Regel ausgeschrieben. Namen von Institutionen werden in der damals verwendeten Form der Rechtschreibung geschrieben, ebenso die persönlichen Unter-

schriften. Ein gewisses Problem stellt die Wiedergabe der Umlaute bei Personennamen dar: Soll «Woerner» oder «Wörner» geschrieben werden? Der damalige Gebrauch war oft uneinheitlich, und es ist deshalb nicht immer leicht zu entscheiden, welches die richtige Form ist. Besonders schwierig sind all jene Fälle, wo ein Name nur als Notiz Rudolf Steiners bekannt ist. Oft sind Personennamen von Rudolf Steiner in phonetischer Form wiedergegeben, so daß sie sich von der eigentlichen, korrekten Schreibweise wesentlich unterscheiden können.

Hinweise zum Text: Die Hinweise sollen ein vertieftes Verständnis für den historischen Kontext der geschilderten Vorgänge ermöglichen.

Hinweise zum Text

Die *Werke Rudolf Steiners* werden in den Hinweisen unter der Bibliographie-Nummer der Gesamtausgabe (GA) angegeben.

Dokumente Unterschied Arbeiter- und Betriebsräte:

Diese Dokumente sollen darlegen, daß man sich innerhalb der Dreigliederungsbewegung durchaus des Unterschieds zwischen den politisch ausgerichteten Arbeiterräten und den wirtschaftlich orientierten Betriebsräten bewußt war. Sie sollen insbesonders aufzeigen, daß von Rudolf Steiner in den verschiedenen gesellschaftlichen Lebensbereichen eine weitere Differenzierung der Räteorganisation ins Auge gefaßt wurde. So dachte er im Wirtschaftlichen an eine Aufgabenteilung zwischen Betriebs-, Verkehrs- und Wirtschaftsräten.

22 *Emil Molt:* Als langjähriges Mitglied – er war seit 1907 Mitglied – gehörte Emil Molt (1876–1936) zu den engen Mitarbeitern Rudolf Steiners, der weniger im Rahmen der Anthroposophischen Gesellschaft eine aktive Rolle spielte, sondern besonders auf dem sozialen Gebiete um neue Gestaltungsformen bemüht war. Im Vordergrund seines Interesses stand für ihn zunächst die Frage einer finanziellen Unterstützung des Goetheanum-Baues in Dornach. Zu diesem Zweck entwickelte er Anfang des Jahres 1918 den Plan, eine Treuhandgesellschaft zu gründen. In der schließlich im Oktober 1918 gegründeten Treuhandgesellschaft übernahm er das Amt eines Vorsitzenden des Aufsichtsrates, das er bis März 1931, dem Datum der Auflösung der Gesellschaft, innehatte. Die Frage der Finanzierung des Goetheanums, ja der anthroposophischen Bewegung überhaupt, veranlaßte ihn im Oktober 1919 während einer Versammlung in Dornach, die Gründung von wirtschaftlichen Unternehmen anzuregen, um mit Hilfe der erzielten Gewinne die für den Weitergang der anthroposophischen Bewegung nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen. So beteiligte er sich zunächst an der Gründung der «Der Kommende Tag A.G.» im März 1920, wo er sogleich in den Aufsichtsrat eintrat, dem er bis Juli 1924 angehörte, bis Mai 1922 als stellvertretender Vorsitzender. Als Mitinhaber und Generaldirektor der «Waldorf-Astoria Company m.b.H.», seit 1918 der

«Waldorf-Astoria Zigarettenfabrik A.G.» war er bestrebt, sein Unternehmen in den Kommenden Tag einzugliedern – ein Vorhaben, das sich als wenig erfolgreich erweisen sollte (siehe Hinweis zu S. 51). Als die zweite Unternehmensassoziation, die «Futurum A.G.», ins Schlingern geriet, versuchte er als beauftragter Delegierter des Verwaltungsrates vom November 1921 bis März 1922 das Unternehmen zu sanieren, was ihm aber mißlang.

Ein großes Anliegen war Emil Molt die Umsetzung der Idee der sozialen Dreigliederung. So gehörte er auch zur Abordnung, die Rudolf Steiner in Dornach zu den sogenannten «Januar-Gesprächen» von 1919 (siehe Hinweis zu S. 28) aufsuchte, um gangbare Wege für eine menschengemäße Sozialisierung zu besprechen. Äußerst aktiv um die Verbreitung dieser Idee bemüht, gehörte er im Februar 1919 zu den Mitgliedern des «Komitees für den Wiederaufbau für deutsche Angelegenheiten» und – daraus hervorgehend – im April 1919 zu den Gründern des «Bundes für Dreigliederung des sozialen Organismus». Von allem Anfang war er Mitglied des Arbeitsausschusses des Bundes und ab August 1920 auch dessen Kurator. Er war auch mitbeteiligt an der Umbildung des Dreigliederungsbundes zu einem «Bund für freies Geistesleben» im Juli 1922. Ein besonderes Anliegen war ihm auch die Gründung einer Schule für die Kinder seiner Arbeiter; im September 1919 konnte er die Verwirklichung seines Planes durch die Gründung der «Freien Waldorfschule» unter der pädagogischen Leitung Rudolf Steiners erleben. Von Emil Molt gibt es Erinnerungen, die von Johannes Tautz bearbeitet wurden und unter dem Titel «Entwurf meiner Lebensbeschreibung» (Stuttgart 1972) in gekürzter Form erschienen.

22 *vor dem 9. November:* An diesem Tag – im Jahre 1918 – wurde die Monarchie gestürzt und das Deutsche Reich zur Republik erklärt.

23 *Hans Kühn:* Der Kaufmann und Offizier Hans Kühn (1889–1977) spielte vor allem zu Beginn der Dreigliederungsbewegung eine wichtige Rolle, indem es ihm gelang, zu den verschiedensten Kreisen – sei es nun mit der großherzoglichen Familie von Baden, seien es linksradikale Arbeiterreise in Stuttgart – Verbindung aufzunehmen und sie mit der Idee der sozialen Dreigliederung bekannt zu machen. Hans Kühn in handschriftlichen Randnotizen in seinem Exemplar «Studienmaterial zu den Sitzungen des Dreißiger Kreises»: *«Ich brachte Dr. Steiner mit manchen Prominenten in Verbindung, zum Beispiel mit Prinz Max von Baden, Robert Bosch, mit dem Pazifisten Friedrich Wilhelm Förster, der damals preußischer Gesandter in Bern war, oder mit Kurt Eisner, bayrischer Ministerpräsident der Rätezeit – größtenteils auf Anregung von Dr. Steiner selbst.»* Zusammen mit Emil Molt (siehe Hinweis zu S. 22) und Carl Unger (siehe Hinweis zu S. 52) nahm er 1919 in Dornach an den sogenannten «Januar-Gesprächen» mit Rudolf Steiner teil (siehe Hinweis zu S. 28). Er gehörte auch dem «Komitee für den Wiederaufbau für deutsche Angelegenheiten» zur Verbreitung des Aufrufes von Rudolf Steiner (siehe Hinweis zu S. 28) an, und übernahm als Mitglied des «Arbeitsausschusses» die Geschäftsführer des im April 1919 gegründeten «Bundes für Dreigliederung des sozialen Organismus». In dieser Eigenschaft verfaßte er zahlreiche Rundschreiben.

Kühn fiel es aber zunehmend schwer, sich gegen die vielen widrigen Umstände durchzusetzen und dem Bund ein eigenständiges Gewicht zu verleihen. So zeigte sich Rudolf Steiner unzufrieden mit der Leistung von Hans Kühn. Er erklärte am 28. Februar 1923 in der Delegiertenversammlung der Anthroposophischen Gesellschaft rückblickend (in GA 259): *«Der Bund für Dreiglieder hat drei Häupter nacheinander gehabt* [Hans Kühn, Walter Kühne, Ernst Uehli]. *Das erste Haupt verblieb so lange, bis ich eben erklärte: Ich kann das nicht mehr mitmachen.»* Auf Ende Juli 1920 trat Hans Kühn als Geschäftsführer zurück. Zu diesem Anlaß hieß

es in einem im August 1920 versandten und vom Arbeitsausschuß, das heißt von Emil Molt, Walter Kühne, Emil Leinhas, Ernst Uehli und Carl Unger, unterzeichneten Rundschreiben des Dreigliederungsbundes: *«Der bisherige Geschäftsführer unseres Bundes, Herr Hans Kühn, der sich um dessen Zustandekommen so verdient machte, tritt von seiner Stellung zurück und ganz in die Leitung des Kommenden Tages über. Unser wärmster Dank und unsere herzlichsten Wünsche begleiten ihn.»*

Tatsächlich widmete sich Hans Kühn nun dem Aufbau des Kommenden Tages. Bereits schon im Oktober 1918 an der Gründung der «Treuhandgesellschaft für das Goetheanum Dornach G.m.b.H.» beteiligt, wirkte er auch aktiv an der Gründung des Kommenden Tages mit. Gleich nach der Gründung wurde er im März 1920 zum Direktor und damit zum Mitglied des Vorstandes ernannt. Damit bildete er, zusammen mit Konradin Haußer und Wilhelm Trommsdorff, die operative Leitung dieses Unternehmens. Es kam allerdings zu Schwierigkeiten, vor allem zwischen Kühn und Haußer, die mit der Errichtung der Generaldirektion im November 1920 eine gewisse Entspannung brachten. Im Zusammenhang mit der Umwandlung des Kommenden Tages in eine Immobiliengesellschaft schied Hans Kühn im Februar 1925 aus dem Vorstand dieses Unternehmens aus. Nach wenig erfolgreichen Versuchen mit eigenen Handelsfirmen betätigte er sich als Verleger und Schriftsteller.

Dokumente Arbeiterräte (1): Februar bis Mai 1919

Hatte bereits Hans Kühn, der erste Leiter des Dreigliederungsbundes, die Verbindung zu den damals existierenden württembergischen Arbeiterräten gepflegt, so kam der persönliche Kontakt zu Rudolf Steiner durch Georg Lohrmann, einem Arbeiter und Mitglied des Betriebsrates der Firma Bosch in Stuttgart-Feuerbach, zustande. Seiner Initiative ist es zu verdanken, daß Rudolf Steiner zu einem Vortrag in der Vollversammlung des Arbeiterrates von Groß-Stuttgart eingeladen wurde.

27 *Arbeitsausschuß des Bundes für Dreigliederung:* In der Versammlung der Unterzeichner des «Aufrufes» am 22. April 1919 wurde ein Arbeitsausschuß gegründet, der als Leitungsorgan für den eben gegründeten Bund für Dreigliederung verantwortlich war. Dem Arbeitsausschuß gehörten an: die ursprünglichen Mitglieder des Komitees, Wilhelm von Blume, Emil Molt, Carl Unger sowie als weitere Mitglieder Theodor Binder, Hans Kühn, Emil Leinhas sowie Max Benzinger als Vertreter der Arbeiterschaft. Um die Anliegen der Dreigliederungsidee stärker in der Arbeiterschaft zu verankern, bildete sich Ende April 1919 als Ergänzung zum «Arbeitsausschuß» des Bundes ein «Arbeiterkomitee», bestehend aus den Genossen Max Benzinger, Siegfried Dorfner, Gottlieb Gönnenwein, Karl Hammer, Philipp Hüttelmeyer, Georg Lohrmann, Hans Mössel. Ende Mai wurden die Mitglieder des Arbeiterkomitees in den Arbeitsausschuß aufgenommen. Unter dem wachsenden Druck der Arbeiterparteien verzichteten die meisten Arbeiter-Mitglieder im Verlauf der Monate Juni bis August auf eine weitere Mitarbeit im Arbeitsausschuß. Die Geschäfte des Bundes wurden zunächst im Auftrag des Arbeitsausschusses von Hans Kühn (siehe Hinweis zu S. 23) besorgt, bis er ab August 1920 durch Walter Kühne ersetzt wurde. Seinen Sitz hatte der Bund für Dreigliederung in der Champignystraße 17 (heute Heinrich-Baumann-Straße).

Zum Vortrag vom 7. Mai 1919:

28 *Erster Vortrag:* Der Vortrag fand im Festsaal des Gewerkschaftshauses in der Eßlingerstraße 19 statt. Der Beginn war auf 14 Uhr angesetzt; die Versammlung wurde von Genosse Rudolf Gehring geleitet. In der Tageszeitung «Stuttgarter Neues Tagblatt» wurde am 5. Mai 1919 (76. Jg. Nr. 223) folgendes Inserat eingeschoben:

> *Am Mittwoch, den 7. Mai 1919, nachmittags 2 Uhr, findet im Saale des Gewerkschaftshauses Stuttgart, Eßlingerstraße Vollsitzung statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung bitten wir um vollständiges Erscheinen.*
>
> *Der Vollzugsausschuß der Arbeiterräte Stuttgarts*

Aufruf «An das deutsche Volk und an die Kulturwelt»: Angesichts der herrschenden Ratlosigkeit im Hinblick auf die soziale Neugestaltung Deutschlands suchten Roman Boos, Emil Molt und Hans Kühn im Januar 1919 den Kontakt zu Rudolf Steiner, der sich zu diesem Zeitpunkt in Dornach aufhielt. Ausgehend von einer Denkschrift, die Roman Boos verfaßt hatte, baten sie ihn um Ratschläge, um aus der Idee der sozialen Dreigliederung heraus einen Beitrag für die Neugestaltung Deutschlands zu leisten. Im Verlauf dieser Gespräche – den sogenannten «Januar-Gesprächen» – sagte Rudolf Steiner am 27. Januar 1919 (künftig in GA 255a): *«Man müßte eine Anzahl Persönlichkeiten aus dem ganzen deutschen Gebiet haben. Diese müßten eine Kundgebung des deutschen Volkes veranlassen, durch die das Ausland erfährt, daß man die soziale Dreigliederung will.»* Und er versprach den drei Herren: «Ich könnte Ihnen eine Art Entwurf machen bis Ende der Woche.» Und tatsächlich überreichte er ihnen am 2. Februar 1919 einen «Aufruf an das deutsche Volk und die Kulturwelt» (in GA 23 und GA 24, künftig auch in GA 255c). Gedacht war dieser Aufruf für die breite Masse des deutschen Volkes, wobei man seine Wirkung dadurch verstärken wollte, daß in der Öffentlichkeit bekannte Persönlichkeiten mit ihrer Unterschrift ihr Einverständnis mit der Dreigliederungsidee bekunden sollten. In einem Schreiben, das mit 7. Februar 1919 datiert und dem der Aufruf in Maschinenschrift beigelegt war, wurden einzelne Persönlichkeiten angesprochen und das Anliegen so begründet: *«Die Empfindung der unglücklichen Lage des deutschen Volkes drängt uns, das mitfolgende Schriftstück innerhalb des deutschen Gebietes zur Veröffentlichung zu bringen. Es enthält die Angaben über dasjenige, was den Aufbau im Innern und das Verhältnis zur außerdeutschen Welt nach unserer Überzeugung in eine heilsame Richtung bringen kann. Wir möchten zugleich, daß das im ‹Aufruf› Gesagte in weitestem Umfange zur Kenntnis des Auslandes gebracht werde. Wir sind der Meinung, daß nur eine Stimme von dieser Art die außerdeutsche Welt zum Nachdenken bringen könne.»* Unterzeichnet war der Brief vom «Komitee zum Wiederaufbau der deutschen Angelegenheiten», dem Wilhelm von Blume (siehe Hinweis zu S. 34), Emil Molt (siehe Hinweis zu S. 22) und Carl Unger (siehe Hinweis zu S. 52) angehörten.

Im beigelegten Aufruf stellte Rudolf Steiner fest (in GA 23 und GA 24, künftig auch in GA 255c): *«Die deutsche Reichsgründung fiel in eine Zeit, in der diese Notwendigkeiten an die neuere Menschheit herantraten. Seine Verwaltung hat nicht verstanden, dem Reich eine Aufgabe zu stellen durch den Blick auf diese Notwendigkeiten. Dieser Blick hätte ihm nicht nur das rechte innere Gefüge gegeben; er hätte seiner äußeren Politik auch eine berechtigte Richtung verliehen. Mit einer solchen Politik hätte das deutsche Volk mit den außerdeutschen Völkern zusammenleben können. Nun müßte aus dem Unglück die Einsicht reifen. Man müßte den Willen zum möglichen sozialen Organismus entwickeln. Nicht ein Deutschland,*

das nicht mehr da ist, müßte der Außenwelt gegenübertreten, sondern ein geistiges, politisches und wirtschaftliches System in ihren Vertretern müßten als selbständige Delegationen mit denen verhandeln wollen, von denen das Deutschland niedergeworfen worden ist, das sich durch die Verwirrung der drei Systeme zu einem unmöglichen sozialen Gebilde gemacht hat.» Und angesichts der zu erwartenden Einwände schrieb er (am gleichen Ort): *«Man hört im Geiste die Praktiker, welche über die Kompliziertheit des hier Gesagten sich ergehen, die unbequem finden, über das Zusammenwirken dreier Körperschaften auch nur zu denken, weil sie nicht von den wirklichen Forderungen des Lebens wissen mögen, sondern alles nach den bequemen Forderungen ihres Denkens gestalten wollen. Ihnen muß klar werden: Entweder man wird sich bequemen, mit seinem Denken den Anforderungen der Wirklichkeit sich zu fügen, oder man wird vom Unglück nichts gelernt haben, sondern das herbeigeführte durch weiter entstehendes ins Unbegrenzte vermehren.»*

Wurde die ganze Sache mit dem Aufruf vorerst noch vertraulich behandelt, wies Rudolf Steiner am 12. Februar 1919 in seinem öffentlichen Vortrag in Zürich erstmalig auf den Aufruf und die ganze im Gang befindliche Aktion hin. Ab 5. März 1919 erschien der «Aufruf» in den Tageszeitungen und öffentlich auch als Flugblatt, schon mit den ersten Unterschriften versehen. Verantwortet wurde der Aufruf von einem Ausschuß, genannt «Das Komitee». Kurz darauf wurde eine weitere, für die Arbeiterschaft bestimmte Fassung des Aufrufs in Umlauf gebracht, ohne Unterschriften und unterzeichnet vom «Arbeiter-Komitee für Drei-Gliederung des sozialen Organismus». Auch in der erstmals am 28. April 1919 erschienenen Schrift Rudolf Steiner über «Die Kernpunkte der Sozialen Frage» (siehe Hinweis zu S. 62) wurde der Aufruf abgedruckt – mit und ohne Unterschriften in den verschiedenen Auflagen. Gesammelt wurden bis zu 202 Unterschriften für Deutschland, 82 Unterschriften für Österreich und 21 Unterschriften für die Schweiz.

29 *Im Frühjahr 1914 habe er in einer Versammlung:* Es handelt sich um den Vortrag vom 14. April 1914 (in GA 153) vor den Wiener Anthroposophen, in dem Rudolf Steiner auf die gefährliche Entwicklung im Wirtschaftsleben hinwies: *«Man produziert immer mehr und mehr darauf los, man gründet Fabriken, man fragt nicht: Wieviel wird gebraucht? –, wie es einmal der Fall war, als es Schneider im Dorf gab, die nur dann einen Anzug machten, wenn er bestellt wurde. Da war es der Konsument, der angab, wieviel erzeugt werden soll; jetzt wird für den Markt produziert, die Waren werden zusammengestapelt, soviel als nur möglich.»* Und was das genau bedeutet: *«Es wird also heute für den Markt ohne Rücksicht auf den Konsum produziert, […] man stapelt in den Lagerhäusern und durch die Geldmärkte alles zusammen, was produziert wird, und dann wartet man, wieviel gekauft wird. Diese Tendenz wird immer größer werden, bis sie sich […] in sich selber vernichten wird. Es entsteht dadurch, daß diese Art von Produktion im sozialen Leben eintritt, im sozialen Zusammenhang der Menschen auf der Erde genau dasselbe, was im Organismus entsteht, wenn so ein Karzinom entsteht. Ganz genau dasselbe: eine Krebsbildung, eine Karzinombildung – Kulturkrebs, Kulturkarzinom! So eine Krebsbildung schaut derjenige, der das soziale Leben geistig durchblickt; er schaut, wie überall furchtbare Anlagen zu sozialen Geschwürbildungen aufsprossen. Das ist die große Kultursorge, die auftritt für den, der das Dasein durchschaut.»*

Jagow erklärte damals: Am 14. Mai 1914 legte der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Gottlieb von Jagow (1863–1935), im deutschen Reichstag in einem Exposé die Grundzüge der deutschen Außenpolitik dar. Er erklärte (zitiert nach: «Basler Nachrichten» vom 15. Mai 1914, 70. Jg. Nr. 223): *«Nach der letzten Rede des Reichskanzlers* [Theobald Bethmann Hollweg] *über die auswärtige Politik hat*

die allgemeine Entspannung Fortschritte gemacht. Auf dem Balkan scheint ein friedlicher Ausgleich möglich, auf den hinzuwirken wir uns angelegen sein lassen. Auch in Albanien dürfte es hoffentlich gelingen, die Ruhe wiederherzustellen. Wir dürfen mit Genugtuung feststellen, daß es dem einheitlichen und geschlossenen Auftreten des Dreibundes bisher gelungen ist, in friedlichem Einvernehmen mit England, Rußland und Frankreich die berechtigten Interessen der verbündeten Monarchen in vollem Umfange zu wahren. (Beifall).»

Allerdings räumte Jagow doch gewisse Probleme ein: *«Es ist nun kein Wunder, daß man aus Deutschland hinausschreit, wie es hineingerufen wird. Jede patriotische Kundgebung eines unserer aktiven Offiziersvereine wird im Auslande mit sorgenvoller Miene registriert. Wenn wir aber, wie das periodisch der Fall ist, von Ost und West, gleichzeitig aber von beiden Seiten, mit Angriffen oder Drohungen bedacht werden, so schenkt dem außerhalb* [von] *Deutschland niemand Beachtung. (Lebhafte Zustimmung). Ich kann nur wiederholen, was der Reichskanzler hier vor einem Jahr gesagt hat: ‹Wir kennen keine realen Gegensätze, die dem friedlichen Nebeneinanderleben der beiden Nachbarreiche Rußland und Deutschland hinderlich wären, und ich hoffe, daß es den Bemühungen der beiden Regierungen gelingen wird, jener gefährlichen Strömung, die auf eine Erregung der Volksleidenschaften hingeht, einen Damm entgegenzusetzen. Die Verhandlungen über zahlreiche Orientfragen sind noch nicht abgeschlossen. Sie werden zwischen Deutschland und England in dem friedlichen Geiste geführt, der auch sonst in unseren Beziehungen zu Großbritannien herrscht. (Bravo.) Ebenso hoffe ich, mit unserm westlichen Nachbarn zu einer Verständigung zu gelangen.»* Und Jagow schloß mit den Worten: *«An der Sicherung unserer gerade vom Glück nicht begünstigten geographischen Lage unter Ausgestaltung der wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte arbeiten wir mit Anspannung aller unserer Kraft. Den Erfolg zu unterschätzen haben wir auch dann keinen Anlaß, wenn er sich nicht prunkvoll, sondern allmählich sicher und im steten Wachstum einstellt. (Lebhafter Beifall.)»*

Gottlieb von Jagow (1863–1935), ein deutscher Diplomat aus altem Adelsgeschlecht, war seit Januar 1913 «Staatssekretär des Auswärtigen Amtes». Er hielt angesichts der Einkreisung Deutschlands durch das Bündnissystem der Entente einen Krieg früher oder später für unvermeidlich. Er trat aber möglichst für eine Konfliktbegrenzung ein und erklärte deshalb im November 1916 seinen Rücktritt, weil er sich gegen die vom Militär geforderte Erklärung des unbeschränkten U-Boot-Krieges wehrte.

Rudolf Steiner hatte verschiedentlich auf diese Rede und den fehlenden Wirklichkeitssinn der damaligen politischen Elite vor dem Krieg hingewiesen. So auch im Dornacher Mitgliedervortrag vom 15. März 1919 (in GA 189): *«Man könnte eine nette Sammlung anlegen von Reden europäischer Staatsmänner aus dem Frühling und Frühsommer des Jahres 1914, und man würde in diesen Ausführungen so ziemlich das Gleiche finden, was dazumal zum Beispiel in einer Rede von Staatssekretärs Jagow im deutschen Reichstag gesagt worden ist. Es lautete ungefähr so: Durch die Bemühungen der europäischen Kabinette ist es gelungen, die Verhältnisse zwischen den Großmächten Europas in so befriedigender Weise zu regeln, daß der Friede in Europa für lange Zeiten hinaus gesichert ist. – In verschiedenen Variationen konnte man bei diesen Lebenspraktikern – so nannten sich diese Leute – diese Rede wieder und wieder finden. Das war dazumal. Und wenige Wochen nachher begann jener Weltenbrand, der jetzt nur in eine Krisis eingetreten ist.»*

29 *Die Volks[hochschul]kurse, Volks[bildungs]veranstaltungen:* Nach der Novemberrevolution 1918 setzte in Deutschland eine breite Bewegung zur Gründung von

Volkshochschulen ein, die vor allem von städtischen Kommunen getragen wurde. Die Jahre 1918 bis 1920 bildeten einen Höhepunkt dieser Bewegung. So fand zum Beispiel vom 10. bis 12. Mai 1919 in Stuttgart ein Volksbildungstag statt. Die Volkshochschulen waren als Bildungseinrichtungen gedacht, die nicht-akademisch gebildeten Leuten aus dem Volk Erkenntnisse aus der Wissenschaft nahebringen sollten, ohne sich jedoch auf eine bestimmte politische oder religiös-weltanschauliche Richtung festzulegen, etwa im Sinne der Berliner Arbeiterbildungsschule, an der Rudolf Steiner selber auch unterrichtet hatte (siehe: «Wissen ist Macht – Macht ist Wissen». Rudolf Steiner als Lehrer an der Arbeiterbildungsschule in Berlin und Spandau 1899–1904, Beiträge zur Rudolf Steiner Gesamtausgabe Nr. 111, Michaeli 1993). Damit sollte die breite Masse – über das bisherige Bildungsbürgertum hinaus – angesprochen werden. So hieß es zum Beispiel in einem redaktionellen Kommentar zum württembergischen Volksbildungstag (zitiert nach: Stuttgarter Neues Tagblatt, 76. Jg. Nr. 233, 10. Mai 1919): *«Volksstaat und Volksbildung gehören unzertrennlich zusammen. Alle, die am Aufbau des Werkes unseres Volkslebens mitarbeiten, weisen immer wieder ernst und eindringlich darauf hin. Ohne Volksbildung werden der demokratische Volksstaat zur Anarchie und die sozialisierte Wirtschaft zum Sklavenzwinger. Darum Ehre den Männern und Frauen, die sich das Ziel gesteckt haben, diese notwendige Arbeit zu leisten, und reichen Erfolg für ihr Wirken und ein immer wachsendes Heer von Genossen, die mit ihnen kämpfen für die Befreiung und Emporhebung unseres deutschen Volkes! Ihrer sei die Zukunft!»* Allerdings liefen diese Bemühungen nicht auf eine durchgreifende Erneuerung des Erkenntnislebens hinaus, sondern bedeuteten lediglich die Popularisierung einer mehr oder weniger materialistischen Welterkenntnis.

30 *und ein Professor darf nicht mehr erklären:* Am 3. August 1870 wurde an der 1810 gegründeten Berliner Universität (heute Humboldt-Universität) der 100. Geburtstag ihres Stifters gefeiert. Es handelt sich um König Friedrich Wilhelm III. von Preußen (1770–1840) aus dem Hause Hohenzollern, der von November 1797 bis Juni 1840 regierte. Zu diesem Anlaß hielt der damalige Rektor, Emil Du Bois-Reymond, eine Rede, in der an den eben – am 19. Juli 1870 – ausgebrochenen Krieg mit Frankreich anknüpfte. Und er sah in einer zumindest geistigen Unterstützung der Sache des preußischen Herrscherhauses eine Aufgabe der Berliner Universität. Er fragte (zitiert nach: Reden von Emil Du Bois-Reymond, Band I, Leipzig 1912, XI. Kapitel, «Der deutsche Krieg»): *«Wir, einst gegründet als geistiges Bollwerk gegen den Todfeind des deutschen Idealismus, den ersten Napoleon, die Erklärung abgeben, daß wir uns auch nach dem Kampfe gegen den Erben seiner Politik anschließen?»* Weiter: *«Erwartet man von einem Garderegiment, daß es seine Ergebenheit beteure?»* Und jetzt die Ergebenheitsbezeugung: *«Nun wohl, die Berliner Universität, dem Palaste gegenüber einquartiert, ist durch ihre Stiftungsurkunde das geistige Leibregiment des Hauses Hohenzollern.»*

Emil Du Bois-Reymond (1818–1896) gehörte zu den herausragenden Physiologen des 19. Jahrhunderts, aber beschäftigte sich auch mit erkenntnistheoretischen Fragen, insbesondere mit den Grenzen des Erkennens. Für ihn war allein die Naturwissenschaft die eigentlich treibende Kulturkraft. Du Bois-Reymond entstammte einer angesehenen Hugenottenfamilie – sein Vater war aus dem Fürstentum Neuenburg nach Preußen eingewandert. Nach dem Besuch des Französischen Gymnasiums in Berlin begann Du Bois-Reymond 1837 mit einem breiten Universitätsstudium; er setzte sich mit Theologie, Philosophie, Mathematik und Geologie auseinander. Aufgrund einer Begegnung mit dem Anatomen und Physiologen Johannes Müller entschloß er sich 1839 zum Medizinstudium an der Universität Berlin, das er 1843 mit der Promotion abschloß. 1846 habilitierte er sich in Berlin

als Physiologe und begann noch im gleichen Jahr in Berlin seine akademische Karriere als Privatdozent. 1855 wurde er zum außerordentlichen Professor, 1858 zum ordentlichen Professor für Physiologie ernannt – ein Amt, das er bis zu seinem Tode ausübte. Zweimal, das heißt von 1869 bis 1870 und 1882 bis 1883, bekleidete er die Würde eines Rektors der Berliner Universität. Er gehörte zu den Mitbegründern der «Physikalischen Gesellschaft» im Jahre 1845 und der Berliner «Physiologischen Gesellschaft» im Jahre 1875.

31 *ein Wort von Karl Marx:* In seinem Werk «Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie» beschrieb Karl Marx die Bedingungen, die es ermöglichen, daß die Arbeitskraft zur Ware wird (Viertes Kapitel, «Verwandlung von Geld in Kapital», 3. «Kauf und Verkauf der Arbeitskraft», zitiert nach der 4. Auflage, Hamburg 1890): *«Damit jedoch der Geldbesitzer die Arbeitskraft als Ware auf dem Markt vorfinde, müssen verschiedne Bedingungen erfüllt sein. Der Warenaustausch schließt an und für sich keine andren Abhängigkeitsverhältnisse ein als die aus seiner eignen Natur entspringenden. Unter dieser Voraussetzung kann die Arbeitskraft als Ware nur auf dem Markt erscheinen, sofern und weil sie von ihrem eignen Besitzer, der Person, deren Arbeitskraft sie ist, als Ware feilgeboten oder verkauft wird. Damit ihr Besitzer sie als Ware verkaufe, muß er über sie verfügen können, also freier Eigentümer seines Arbeitsvermögens, seiner Person sein. Er und der Geldbesitzer begegnen sich auf dem Markt und treten in Verhältnis zueinander als ebenbürtige Warenbesitzer, nur dadurch unterschieden, daß der eine Käufer, der andre Verkäufer, beide also juristisch gleiche Personen sind. Die Fortdauer dieses Verhältnisses erheischt, daß der Eigentümer der Arbeitskraft sie stets nur für bestimmte Zeit verkaufe, denn verkauft er sie in Bausch und Bogen, ein für allemal, so verkauft er sich selbst, verwandelt sich aus einem Freien in einen Sklaven, aus einem Warenbesitzer in eine Ware.»* Und weiter: *«Die zweite wesentliche Bedingung, damit der Geldbesitzer die Arbeitskraft auf dem Markt als Ware vorfinde, ist die, daß ihr Besitzer, statt Waren verkaufen zu können, worin sich seine Arbeit vergegenständlicht hat, vielmehr seine Arbeitskraft selbst, die nur in seiner lebendigen Leiblichkeit existiert, als Ware feilbieten muß.»*

Was den Wert der Ware Arbeitskraft betrifft (am gleichen Ort): *«Der Wert der Arbeitskraft, gleich dem jeder andren Ware, ist bestimmt durch die zur Produktion, also auch Reproduktion dieses spezifischen Artikels notwendige Arbeitszeit.»* Und: *«Die Arbeitskraft existiert nur als Anlage des lebendigen Individuums. Ihre Produktion setzt also seine Existenz voraus. Die Existenz des Individuums gegeben, besteht die Produktion der Arbeitskraft in seiner eignen Reproduktion oder Erhaltung. Zu seiner Erhaltung bedarf das lebendige Individuum einer gewissen Summe von Lebensmitteln. Die zur Produktion der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit löst sich also auf in die zur Produktion dieser Lebensmittel notwendige Arbeitszeit, oder der Wert der Arbeitskraft ist der Wert der zur Erhaltung ihres Besitzers notwendigen Lebensmittel.»*

nur dann kann eine Sozialisierung vorgenommen werden: Am 13. März 1919 wurde von der Nationalversammlung ein sogenanntes Sozialisierungsgesetz verabschiedet. In § 2 dieses hieß es: *«Das Reich ist befugt, im Wege der Gesetzgebung gegen angemessene Entschädigung 1. für eine Vergesellschaftung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen und zur Ausnutzung von Naturkräften, in Gemeinwirtschaft zu überführen; 2. im Falle dringenden Bedürfnisses die Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter gemeinwirtschaftlich zu regeln.»* Diese vorläufige Regelung fand ihre verfassungsmäßige Grundlage in Artikel 156 der Weimarer Reichsverfassung vom

11. August 1919, der die Grundsätze für eine Sozialisierung der Wirtschaft festlegte: *«[1]Das Reich kann durch Gesetz, unbeschadet der Entschädigung, in sinngemäßer Anwendung der für Enteignung geltenden Bestimmungen, für die Vergesellschaftung geeignete private wirtschaftliche Unternehmungen in Gemeineigentum überführen. Es kann sich selbst, die Länder oder die Gemeinden an der Verwaltung wirtschaftlicher Unternehmen und Verbünde beteiligen oder sich daran in anderer Weise einen bestimmenden Einfluß sichern. [2]Das Reich kann ferner im Falle dringenden Bedürfnisses zum Zwecke der Gemeinwirtschaft durch Gesetz wirtschaftliche Unternehmungen und Verbände auf der Grundlage der Selbstverwaltung zusammenschließen mit dem Ziele, die Mitwirkung aller schaffenden Volksteile zu sichern, Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Verwaltung zu beteiligen und Erzeugung, Herstellung, Verteilung, Verwendung, Preisgestaltung sowie Ein- und Ausfuhr der Wirtschaftsgüter nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen zu regeln. [3]Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und deren Vereinigungen sind auf ihr Verlangen unter Berücksichtigung ihrer Verfassung und Eigenart in die Gemeinwirtschaft einzugliedern.»*

Das Recht auf Privateigentum wurde zwar grundsätzlich anerkannt, aber es bestand doch die Möglichkeit zu seiner Einschränkung. So lautete Artikel 153 der Reichsverfassung, der sich auf das Eigentumsrecht bezog: *«[1]Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet. Sein Inhalt und seine Schranken ergeben sich aus den Gesetzen. [2]Eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Sie erfolgt gegen angemessene Entschädigung, soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt. Wegen der Höhe der Entschädigung ist im Streitfalle der Rechtsweg bei den ordentlichen Gerichten offenzuhalten, soweit Reichsgesetze nichts anderes bestimmen. Enteignung durch das Reich gegenüber Ländern, Gemeinden und gemeinnützigen Verbänden kann nur gegen Entschädigung erfolgen. [3]Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das gemeine Beste.»*

34 *Unter dem «Aufruf» stehen viele Namen:* Siehe Hinweis zu S. 28.

Es ist derselbe Mann: Wilhelm von Blume (1867–1927) war ein bekannter Rechtsprofessor in Württemberg. Sein Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Marburg, Berlin und Göttingen schloß er 1892 mit der Promotion ab. 1894 erlangte er die Habilitation auf dem Gebiet des römischen Zivilrechtes. Damit begann seine langjährige Universitätskarriere: Zuerst lehrte er als Privatdozent, dann 1896 als außerordentlicher Professor in Marburg. Und weiter kamen als Stationen 1898 Rostock, 1900 Königsberg, 1904 Halle und schließlich 1912 Tübingen. Dort wurde ihm die ordentliche Professur für römisches und deutsches bürgerliches Recht übertragen, die er bis zu seinem Tode innehatte. Den Höhepunkt seiner beruflichen Laufbahn bildete die Übernahme des Rektorats der Eberhard-Karls-Universität in Tübingen für den Zeitraum 1916 bis 1917. Während des Krieges gehörte er zum liberalen, nicht-annexionistisch gesinnten Flügel der deutschen Professorenschaft. Nach Kriegsende war von Blume – zunächst als Berichterstatter des Verfassungsvorausschusses, später als Staatskommissar für die Beratung des Verfassungsentwurfs in der Verfassunggebenden Landesversammlung – maßgeblich am Zustandekommen der neuen, republikanischen Landesverfassung Württembergs beteiligt. Seit 1919 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, wirkte er von 1922 bis 1924 im württembergischen Landtag mit. Noch bevor Rudolf Steiner persönlich von Stuttgart aus zu wirken begann, hatte er die Dreigliederungsidee kennengelernt, sich von ihrer Richtigkeit überzeugt, und war auch in der Öffentlichkeit dafür eingetreten. So zum Beispiel am 21. März 1919, wo im Großen Stadtgartensaal in Stuttgart

eine Versammlung «Über Dr. Rudolf Steiners Aufruf an das deutsche Volk und die Kulturwelt» abgehalten wurde und er sein Votum mit den Worten einleitete: *«Ich bin kein Anthroposoph und kein Theosoph, ich kenne Dr. Steiner nicht, ich habe ihn weder gesprochen noch gehört, ja nicht einmal gesehen. Es ziehen Gedanken durch die Welt wie elektrische Ströme und leuchten auf da und dort in den Gehirnen. Wie kam es, daß in dem Gehirn eines Professors des Staatsrechts ähnliche Gedanken aufsteigen wie in dem Gehirn Dr. Steiners?»*

Emil Molt (siehe Hinweis zu S. 22) war mit Wilhelm von Blume persönlich bekannt. In seinen ungekürzten Erinnerungen schreibt er (zitiert nach: Manuskript, Kapitel «Die Zeit von der Übergabe des Aufrufes bis 31. Dezember 1919»): *«Professor von Blume, den Hans Kühn mit seinem merkwürdigem Spürsinn für interessante Menschen ‹entdeckt› hatte und dessen Bekanntschaft ich erst jetzt machte, war kein Anthroposoph. Aus einer alten preußischen Offiziersfamilie stammend, wollte auch er einst diese Laufbahn einschlagen, verkrüppelte aber als Kadett bei einem Sturz vom Pferde, sattelte zum Akademiker um und wurde ein angesehener Staatsrechtlehrer. Durch seinen Körperschaden scheinen gewisse Kräfte frei geworden zu sein, die ihm eine warme Zuneigung zur Anthroposophie und zum esoterischen Leben ermöglichten. Seine zarte, feine Seele tendierte ganz von selbst zu Rudolf Steiner, den er als Geistesforscher anerkannte und dessen Rat er in esoterischen Fragen gerne in Anspruch nahm. Anders war seine Frau als ein rein naturwissenschaftlich gebildeter Verstandesmensch. Mit ihr erlebten wir einmal eine ergötzliche Szene. Wir hatten Herrn und Frau Dr. Steiner zu Tisch und luden von Blumes dazu ein. Die ganze Zeit über attackierte Frau von Blume den Doktor mit wissenschaftlichen Einwänden und trieb schärfste Opposition. Es war ein Genuß zu verfolgen, mit welch überlegener Ruhe Dr. Steiner die Klingen mit ihr kreuzte und wie er die kampflustige Dame gründlich ad absurdum führte.»*

Im Festakt zur Feier der neuen württembergischen Staatsverfassung am 1. Mai 1919 richtete auch Professor von Blume einige Worte an die versammelten Gäste. Er sagte (zitiert nach: Stuttgarter Neues Tagblatt, 76. Jg. Nr. 217, 2. Mai 1919): *«Der Tag, der in der Natur draußen wie in der Geschichte unserer Arbeiterschaft ein Frühlingstag hätte sein können, liegt in grauem Nebel: Ein Frost ging über die Lande. Deutschland blickt um sich und in sich. Es spricht: Ich bin ein Volk, das sein Schicksal leidet. Ich habe Unsagbares getragen. Alle Opfer sind umsonst gewesen. Nun muß mich die Welt zerschlagen und wehrlos sehen. Mich sehnt nach Frieden. Ihr wollt Rache üben, drum fürchtet ihr die Rache. Gebt uns Frieden, damit die Menschheit Frieden hat. Die Menschheit lechzt nach Liebe. Wir sind anders, als ihr glaubt. Wir haben uns besonnen auf uns selbst, auf unser Bestes. ... Dürfen wir so sprechen? Uns ziemt nur unerbittliche Wahrhaftigkeit. Sind wir schon, was wir sein sollen? Wir haben eine Verfassung geschaffen, die den Gedanken restlos verwirklicht: Alles für das Volk und alles durch das Volk. Das ist der Anfang zum Neubau.»* Und anläßlich des 1. Jahrestages der Novemberrevolution, am 28. November 1919, hielt er im Stadtgartensaal in Stuttgart eine Gedenkrede über «Deutschlands Aufgabe». So sagte er (gedruckt in: Mitteilungsblatt [des Bundes für Dreigliederung des sozialen Organismus] Nr. 7 vom 10. Juli 1920): *«Es sind drei böse Feinde, die diesem deutschen Geist entgegenstehen und die ihm gefährlich geworden sind und die unser Volk an den Rand des Abgrundes gebracht haben. Und sie heißen: Materialismus, Kapitalismus, Imperialismus. Denn es ist nicht wahr, daß alles Leben nur Materie sei und daß der Geist nichts anderes sei als eine Gehirnfunktion. Wir wissen es heute wieder und haben uns doch jahrzehntelang von diesem Gedanken ablenken lassen. Es ist nicht wahr, daß alles gesell-*

schaftliche Leben bedingt sei lediglich durch die Bedürfnisse des Leibes, sondern es ist wahr: Der Geist ist es, der sich den Körper baut. Das ist deutsche Weisheit!»

35 *Nach den Ausführungen des Genossen Engelhardt:* Im Bericht, der am 13. Mai 1919 in der Tageszeitung «Der Sozialdemokrat. Organ der Unabhängigen Sozialdemokraten Württembergs» (Jg. 1919 Nr. 85) erschienen war, heißt es im Zusammenhang mit den Beiträgen der einzelnen Diskussionsredner: *«Sämtliche Redner, die in der Diskussion sprachen, schnitten ebenfalls die vom Genossen Engelhardt gestellten Fragen an und wünschten deren Beantwortung.»*

37 *dem Grundsatz «freie Bahn dem Tüchtigen»:* Diese Losung vertrat der deutsche Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg (1856–1921) in seiner Rede vom 26. September 1916 im Reichstag, die er mit den Worten schloß (zitiert nach: «Basler Nachrichten» vom 29. September 1916, 72. Jg. Nr. 495): *«Eine unermeßliche Arbeit erwartet mich, schrieb Friedrich der Große, als der Siebenjährige Krieg beendet war. Unermeßliche Arbeit war für uns die Wirkung aller großen Kämpfe, in denen wir seit 150 Jahren um die Existenz gerungen haben. Das war unser Glück und wird dies wieder sein. Die gewaltigen Aufgaben, die auf allen Gebieten des staatlichen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens unser harren, brauchen zu ihrer Lösung alles, was an Kräften im Volke lebt. Es ist eine Staatsnotwendigkeit, die sich durchsetzen wird gegen alle Hindernisse – diese Kräfte, die da sind, im Feuer geglüht, die nach Wirken und Schaffen rufen und verlangen, für das Ganze zu nützen. (Lebhafter Beifall.) Freie Bahn für alle Tüchtigen (lebhafter Beifall), das muß unsere Losung sein. Führen wir sie frei und vorurteilslos durch, dann geht unser Haus einer gesunden Zukunft entgegen, weil jeder Stein und jeder Balken mitträgt und stützt. Dann werden dereinst die Starken aus allen Ständen gerne und freudig an den Werken des Friedens teilnehmen wie jetzt am blutigen Kampfe. (Stürmischer, wiederholter Beifall. Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.)»* Die von Bethmann Hollweg aufgebrachte Losung war nicht sein originäre Erfindung, sondern eine wichtige Forderung des liberalen Denkens. Dieser Grundsatz spielt zum Beispiel auch in der von Silvio Gesell (1862–1930) vertretenen Freiwirtschaftslehre eine wichtige Rolle.

Anknüpfend an diese Aussage Bethmann Hollwegs verfaßte Ernst Uehli unter den Titel «Sozialisierung der Tüchtigkeit» einen Aufsatz, der in der Wochenschrift «Dreigliederung des sozialen Organismus» vom 9. September 1919 (1. Jg. Nr. 10) veröffentlicht wurde. Er schrieb im Hinblick auf die damaligen Machtträger: *«Es ist heute nichts damit getan, diese oder jene verantwortlich gewesene Persönlichkeit nachträglich in irgendeiner Form zur Verantwortung zu ziehen. Die Enthüllungen, welche bis jetzt gemacht worden sind, haben – darin besteht ihr historischer Wert – vor allem dasjenige enthüllt, was der ehemalige deutsche Reichskanzler ‹übersehen› hat, richtig auszusprechen: ‹freie Bahn dem Untüchtigen›. Das war die Inschrift, welche über dem Tor, das zur Weltkriegskatastrophe führte, geschrieben stand. Sie galt nicht allein für Deutschland, sie galt für die ganze zivilisierte Menschheit.»* Und zu den Gründen, warum dies geschah: *«Es ist kein Zufall, daß das Zeitalter, in welchem Darwins Selektionstheorie aufkam, zusammenfällt mit dem Zeitalter der Selektion der Untüchtigen. Die geisterfüllte Natur bot der Beobachtung die Auslese des Tüchtigsten dar. In der geistentfremdeten menschlichen Gesellschaft vollzog sich das Gegenteil: Auslese der Untüchtigkeit. In einer geistentfremdeten Epoche wirkt der Geist als Schicksal so, daß er durch das Mittel einer Auslese der Untüchtigkeit den Niedergang dieser Epoche organisiert. Die Weltkriegskatastrophe ist nichts als die weltgeschichtliche Apostrophierung dieser Selektion. Es ist klar, weil es historisch*

erweisen ist: Der kapitalistische Einheitsstaat muß zu einer immer ausschließlicheren Selektion dieser Art führen. Was muß geschehen, um dieser Selektion diejenige der Tüchtigen entgegenzustellen?» Uehlis Antwort: *«Eine Auslese der Tüchtigen kann da stattfinden, wo, wie in der Natur, entsprechende Organgliederungen mit entsprechend zusammenarbeitenden Funktionen in Wirksamkeit treten können. Innerhalb der menschlichen Gesellschaftsordnung kann eine solche Auslese nur eintreten durch eine sachgemäße Gliederung.»* Und das heißt: *«Die Dreigliederung des sozialen Organismus nach den diesem Organismus gemäßen Gliedern des Geistes-, des Wirtschafts- und des Rechtslebens mit den ihnen zukommenden Funktionen ist das geistgemäße Verfahren, nachdem sich eine Selektion der Tüchtigkeit innerhalb der menschlichen Gesellschaft vollziehen kann. Damit wird aber auch die Rolle des Kapitals innerhalb des dreigegliederten sozialen Organismus bestimmt. Das Kapital kann nicht mehr Privatbesitz sein, weil dadurch eine Klassenschichtung bewirkt wird, die eine Auslese der Tüchtigen verhindert.»*

43 *Rudolf Steiner ist der Überzeugung:* Dazu heißt es in der Tageszeitung «Der Sozialdemokrat», dem Sprachrohr der unabhängigen Sozialdemokraten, vom 13. Mai 1919 (Jg. 1919 Nr. 85): *«In seinem Schlußwort ging Rudolf Steiner nicht auf die gestellten Fragen ein – im Gegenteil, man merkte es ihm an, daß er mit diesen Fragen ein schweres Problem lösen müßte. Er wies darauf hin, er hätte ja eine Broschüre geschrieben und dort wäre alles enthalten.»*

45 *Die in anderen Arbeiterversammlungen fast jedesmal einstimmig angenommene Resolution:* Am 23. April 1919 hielt Rudolf Steiner vor der Belegschaft der «Waldorf-Astoria A.G.» einen Vortrag «Proletarische Forderungen und deren künftige praktische Verwirklichung». Am Schluß der Versammlung wurde eine Resolution verabschiedet, in der eine Berufung Rudolf Steiners durch die württembergische Regierung gefordert wurde. Am nächsten Tag sprach Rudolf Steiner vor den Arbeitern und Angestellten der Firma Robert Bosch A.G. im Dinkelacker-Saal in Stuttgart. Auch da wurde von der Versammlung eine Resolution gleichen Inhalts verabschiedet. Treibende Kraft war sehr wahrscheinlich – zusammen mit Hans Kühn (siehe Hinweis zu S. 23) – der bei der Firma Bosch beschäftigte Arbeiter Georg Lohrmann. Der Wortlaut der jeweils vorgelesenen und durch Akklamation verabschiedeten Resolution lautete – er unterschied sich leicht von der später verbreiteten gedruckten Version:

> *Unter dem Eindruck des Vortrags beschloß die etwa von tausend Personen besuchte Versammlung* [vom 24. April 1919] *folgendes:*
>
> *«Der Arbeitsausschuß des Bundes für Dreigliederung des sozialen Organismus möge von der württembergischen Regierung fordern, daß Dr. Rudolf Steiner unverzüglich berufen werde, damit die Dreigliederung des sozialen Organismus, die als die einzige Rettung vor dem drohenden Untergang erscheint, sofort in Angriff genommen werde.*
>
> *Der Arbeitsausschuß des Bundes für Dreigliederung des sozialen Organismus möge ferner die bevorstehende Versammlung der württembergischen Betriebe ersuchen, diese Resolution zu unterstützen.»*
>
> *Es wäre zu wünschen, daß die Arbeiterschaft und die Unternehmerkreise diesen neuen Gedanken aufnehmen, und wenn wir durch ihre Verwirklichung aus den gegenwärtigen Wirren herauskommen werden, so wäre das ganze Volk Dr. Steiner zu großem Dank verbunden.*

Es folgten weitere Vorträge vor einem Arbeiterpublikum, das diese Resolution meist einhellig verabschiedete, zum Beispiel am 25. April 1919 in Stuttgart-Untertürkheim (Belegschaft der «Daimler-Werke»), am 26. April 1919 in Stuttgart (Belegschaft der «Kartonagenfabrik José del Monte»), am 27. April 1919 in Eßlingen (Belegschaft der «Maschinenfabrik Eßlingen») und am 29. April 1919 in Stuttgart (Arbeiter verschiedener Betriebe). Innerhalb von Tagen entwickelte sich eine eigentliche Volksbewegung. Carl Unger (siehe Hinweis zu S. 52) berichtete rückblickend in der Wochenschrift «Dreigliederung des sozialen Organismus» vom 8. Juli 1919 (1. Jg. Nr. 1) unter dem Titel «Zur Geschichte der Dreigliederung»: *«Diese Resolution wurde in der Folge in über 20 großen Arbeiterversammlungen und in mehreren Veranstaltungen im überfüllten Gustav-Siegle-Haus vorgelegt und im ganzen von 10 000 bis 12 000 Menschen angenommen. Dadurch war bewiesen, daß der Gedanke der Dreigliederung bei einer unbefangenen Hörerschaft gezündet hatte und eine Volksbewegung im besten Sinne des Wortes im Gange war.»*

War diese Aktion zunächst ganz spontan verlaufen, wurde sie schließlich vom Bund für Dreigliederung gezielt aufgenommen, mit dem Ziel, der Dreigliederungsidee zum Durchbruch zu verhelfen. Im Laufe des Monats Mai 1919 wurden dann im Namen des «Arbeiterkomitees für soziale Dreigliederung» (siehe Hinweis zu S. 27) kleine rote Zettel verteilt, mit der Aufforderung, die Forderung nach einer Berufung Rudolf Steiners durch die württembergische Regierung zu unterschreiben. Dieser Aufruf lautete:

In den in den letzten Wochen stattgehabten Betriebsversammlungen vieler württembergischer Industriebetriebe, darunter Daimler und Bosch sowie die Maschinenfabrik Eßlingen, die zusammen von über 10 000 Arbeitern und Angestellten besucht waren, wurde unter dem Eindruck der Vorträge Dr. Rudolf Steiners jedesmal einstimmig folgende Resolution gefaßt:

«Der Arbeitsausschuß des Bundes für Dreigliederung des sozialen Organismus möge von der württembergischen Regierung fordern, daß Dr. Rudolf Steiner unverzüglich berufen wird, um die Dreigliederung des sozialen Organismus, welche als die einzige Rettung vor dem drohenden Untergange erscheint, in Angriff nehmen können.»

Arbeiter und Arbeiterinnen! Unterstützt diesen Beschluß und erklärt Euer Einverständnis damit durch die Unterschrift auf diesem Zettel. Werbt weiter für die Dreigliederung (Wirtschaft, Politik, Kultur), denn sie bringt uns die Lösung aus der sozialen Not! Die Einigung des Proletariats ist auf dieser Grundlage allein möglich!

Stuttgart, Mai 1919
Champignystraße 17

Das Arbeiterkomitee für soziale Dreigliederung
Benzinger, Dorfner, Gönne[n]*wein, Hammer, Hüttelmeyer, Mössel, Lohrmann*

Diese machtvolle Unterstützung für Rudolf Steiner sollte die sozialdemokratischen Parteiführer auf den Plan rufen, die um ihren Einfluß fürchteten. Sie versuchten, die Sympathien der Menschen für die Dreigliederungsidee dadurch zu zerstören, indem sie sie mit spartakistisch-bolschewistischen Bestrebungen in Verbindung brachten.

In der «Schwäbischen Tagwacht» vom 12. Mai 1919 (39. Jg. Nr. 108) zum Beispiel wurde diese Unterschriftsaktion mit den Worten kommentiert: *«In den Betrieben werden zurzeit Unterschriften gesammelt, um die Berufung des Herrn Dr. Steiner in die württembergische Regierung zu bewirken. Seine Aufgabe soll sein, die Dreigliederung des sozialen Organismus durchzuführen. Derartige Anregungen finden*

in der jetzigen Zeit guten Boden, weil alles sich aus dem sozialen Elend heraussehnt. Daß diese Hoffnungen durch Dr. Steiner und seine Ideen erfüllt würden, können diejenigen, für die das Wirtschaftsleben keine Illusionsgebäude [sind], *sondern reale Wirklichkeit ist, nicht zugeben. Auffallend ist, daß die Propaganda in Arbeiterkreisen zum Teil von Leuten betrieben wird, die vor der Revolution sich um alles, nur nicht um die Arbeiterbewegung gekümmert haben und die nach der Revolution ihre Aufgabe darin erblickten, die Arbeiterschaft in das Lager der Spartakisten hinüberzuführen.»* Und die abschließende Feststellung: *«Herr Dr. Steiner müßte eben erst wirklich praktische Vorschläge machen, damit sie auf ihre Durchführbarkeit geprüft werden können. Wenn die Regierung alle berufen wollte, die heute überzeugt sind, den richtigen Weg zur Beseitigung des sozialen Elends zeigen zu können, dann hätten wir bald ein ganzes Heer Berufener in Württemberg. Zum Versuchskaninchen eignet sich Württemberg mit seinen schwachen Hilfsmitteln nicht.»*

Die Idee, Rudolf Steiner durch die Regierung als Berater für eine wirklichkeitsgemäße Sozialisierung als Grundlage für eine echte Friedensgestaltung zu berufen, ging unter anderem auf die Initiative von Emil Molt (siehe Hinweis zu S. 22) zurück, hatte Rudolf Steiner doch erklärt, er würde nur noch im offiziellen Auftrag sich Gedanken zu einer sozialen Neuordnung als Grundlage für einen echten Frieden zu machen. Am 2. Dezember 1918 fand eine Unterredung mit dem Vorsitzenden der Provisorischen Regierung (Ministerpräsidenten), Wilhelm Blos, statt. Emil Molt berichtet darüber in seinen ungekürzten Erinnerungen (zitiert nach: Manuskript, Kapitel «Versuche, die offiziellen Stellen zu veranlassen, Dr. Rudolf Steiners Rat einzuholen im Hinblick auf die kommenden Friedensschlüsse»): *«Es lag auf der Hand, zuallererst zu dem württembergischen Staatsoberhaupt, Wilhelm Blos, zu gehen. Das geschah dann auch am 2. Dezember 1918. Dr. Unger, Kühn und ich wagten uns in die ‹Höhle des Löwen›. Die Unterredung dauerte ziemlich lange, da eine gründliche Einleitung uns von Nöten schien. In der Hauptsache führte ich das Wort.»* Schließlich verlangte Blos zu wissen, wie denn die Persönlichkeit heiße, die über solche tieferen politischen Einsichten verfüge. Molt (am gleichen Ort): *«Wir hielten absichtlich mit der Namensnennung Dr. Steiners zurück, um Blos erst für die Sache zu interessieren, aus der Erfahrung heraus, daß bei dieser Art Menschen sofort eine Ablehnung eintrat, wenn sie den Namen ‹Rudolf Steiner› hörten. Genau so war es leider auch in diesem Fall. Als wir auf die immer dringender werdende Frage nach dem Autor nicht mehr zurückhalten konnten und Dr. Steiner nannten, fiel auch der ‹Rolladen› herunter. ‹Ach, der Theosoph?!›, rief er aus. Un nun kramte er aus seiner Erinnerung falsche Vorstellungen von Dr. Steiner aus, nannte auch dessen Tätigkeit an der Arbeiterbildungsschule in Berlin. Von jetzt ab bewegten wir uns durchaus auf einem toten Geleise, und die Unterredung nahm dann ziemlich rasch ein Ende mit durchaus negativem Erfolg.»*

Wilhelm Blos gab seinerseits eine Darstellung dieser Unterredung in seinen Memoiren. Er erzählte (zitiert nach: Wilhelm Blos, Von der Monarchie zum Volksstaat. Zur Geschichte der Revolution in Deutschland, insbesondere in Württemberg, Stuttgart 1922, Band I, Kapitel *«Die Arbeiten der Regierung»*, Abschnitt *«Dr. Rudolf Steiner»*): *«Um noch ein recht merkwürdiges an mich gerichtetes Ansinnen zu erwähnen, sei verzeichnet, daß eines Tages zwei* [= drei] *Abgesandte aus dem engeren Freundeskreis des Herrn Dr. Rudolf Steiner bei mir erschienen und verlangten, daß ich diesen in die Regierung aufnehmen solle. Sie sagten, er sei der bedeutendste Mann Europas und kenne die Geheimnisse aller Regierungen. Sein Mitwirken in der Regierung sei ein unabweisbares Bedürfnis für das Wohl des*

Landes.» Und zu seiner Reaktion: *«Ich war mir klar, daß ein Mann, der mit Geheimwissenschaften, mit Theosophie und Anthroposophie, mit ‹Astralleibern› und ‹Lotosblumen› operiert, der auch ‹inneres Schauen› beansprucht, zur Mitwirkung an der Schaffung der Grundlagen eines neuen demokratischen Staates nicht berufen sei. Ich antwortete den Abgesandten Steiners, es sei mir nicht bekannt, daß Steiner der bedeutendste Mann Europas sei, und was die Geheimnisse der Regierungen beträfe, so stünden mir ja in Württemberg alle Archive zur Verfügung.»* Ergänzend fügte er hinzu, auf die Mai-Resolution der Arbeiter (siehe Hinweis zu S. 45) anspielend: *«Es kann hier gleich angefügt werden, wie Herr Steiner später sich bemühte, in die Regierung sich hineinzudrängen, nachdem er von mir abgewiesen worden.»*

Wilhelm Blos (1849–1927), ein Mehrheitssozialdemokrat, hatte 1868 Geschichte und Germanistik zu studieren begonnen, mußte dann aber 1872 sein Studium aus Geldnot abbrechen und betätigte sich ab 1872 als Journalist und Politiker. Seit 1872 war er Mitglied der marxistisch ausgerichteten Sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, und er lernte 1874 sogar Karl Marx kennen. Von 1877 bis 1918 – mit Unterbrechungen von 1878 bis 1881, 1887 bis 1890, 1907 bis 1912 – gehörte er als Vertreter der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (von 1875 bis 1890) beziehungsweise der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (von 1875 bis 1918) dem kaiserlichen Reichstag an. Seit 1884 lebte Blos in Stuttgart, wo er vor allem als Schriftsteller hervortrat, unter anderem mit populärwissenschaftlichen Darstellungen zur Geschichte. Im Zusammenhang mit dem Novemberumsturz übernahm er am 9. November 1919 den ersten Vorsitz in der provisorischen Regierung des freien Volksstaates Württemberg, darauf bedacht, die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Er war gegen eine radikale Sozialisierung im Sinne der Kommunisten eingestellt. Nur im Rahmen einer parlementarischen Demokratie schien es ihm möglich, den sozialdemokratischen Anliegen auf die Dauer zum Durchbruch zu verhelfen. Seit März 1919 führte er die Amtsbezeichnung eines Staatspräsidenten. Die empfindliche Wahlniederlage der Sozialdemokraten in der ersten regulären Landtagswahl führte zu seinem Rücktritt im Juni 1920. Blos zog sich ins Privatleben zurück und betätigte sich wieder als Schriftsteller.

Zu der Darstellung von Blos bemerkte Molt in seinen Erinnerungen (am bereits angeführten Ort): *«Er behauptet immer wieder, wir hätten gefordert, Dr. Steiner solle in die Regierung, das heißt als Minister, aufgenommen werden. Davon war ja nie die Rede gewesen. ein solches Verlangen wäre ebenso töricht wie im absoluten Gegensatz zu Dr. Steiners eigenen Intentionen gewesen.»* In einem Aufsatz, den Emil Molt noch zu Lebzeiten Rudolf Steiner unter dem Titel «Die Wahrheit in der Angelegenheit Blos-Steiner als geschichtlicher Rückblick» verfaßte, legte er die Absichten dar, die damals bei diesem Besuch verfolgt wurden. Er verwahrte sich schärftstens gegen die Darstellung von Blos und schrieb, ausgehend von Rudolf Steiners «Memoranden», seinen Denkschriften zu einem Ausweg aus der Kriegskatastrophe (in: Anthroposophie, 4. Jg. Nr. 24, 14. Dezember 1922): *«Uns schien eben, daß die Tatsachen, auf die es ankam, nicht genügend bekannt waren; auch dann nicht, wenn – um mit Blos zu sprechen – ‹einem in Württemberg alle Archive zur Verfügung ständen›. Wir wünschten aus dieser Sorge heraus von Herrn Blos, die Regierung möchte Dr. Steiner berufen, daß er dieses ganze Material ausarbeite und es ihr dann für die künftigen Friedensverhandlungen zur Verfügung stelle. Niemals war – und auch später nie– die Rede davon, daß – wie Blos in seinen Memoiren behauptet– wir verlangt hätten, ‹daß er Herrn Dr. Steiner in die Regierung aufnähme›. Das ist eine objektive Unwahrheit, die sich auch aus dem ganzen Sinn des eben Geschilderten ergibt. Nicht um die seine Kraft aufzehrende Tätigkeit als*

Minister handelte es sich, sondern um eine wissenschaftliche Gelehrtenarbeit, die zu einer offiziellen gemacht werden mußte, wenn sie für die Friedensverhandlungen Gewicht haben sollte.»

Wie Rudolf Steiner selber die ganze Aktion Molts beurteilte, zeigte eine unter dem Titel «Abwehr von Unwahrheiten» gedruckte Richtigstellung, die in der Wochenschrift «Das Goetheanum» vom 1. Oktober 1922 (2. Jg. Nr. 9) erschien. Er schrieb dort unter anderem (in GA 255b): *«Ich erkläre deshalb weiter, daß ich niemals irgend jemand beauftragt habe, für mich oder in meinem Namen mit Herrn Blos zu reden. Wenn das jemand getan haben sollte, so ist es, ohne mich davon zu unterrichten, gegen meinen Willen geschehen. Ich habe davon, daß jemand dies getan haben soll, selbst erst in den Blos'schen Memoiren gelesen.»*

Dokumente Arbeiterräte (2): Mai 1919

Mit seinem Vortrag im Arbeiterrat stieß Rudolf Steiner einerseits auf Widerstand bei den Parteiführern, andererseits konnte er die Sympathie der einfachen Arbeiterräte gewinnen. Deshalb fiel auch die eingebrachte Resolution, die die Berufung Rudolf Steiners als Berater der württembergischen Regierung forderte, auf breite Zustimmung. Das Verhältnis zu den maßgebenden Funktionären des Arbeiterrats wurde aber durch Mißverständnisse in bezug auf die Weiterbehandlung der Resolution gestört. Trotzdem wurde Rudolf Steiner gebeten, mit seiner Aufklärungstätigkeit im Rahmen des Stuttgarter Arbeiterrates weiterzufahren.

46 *Die in der am 7. Mai stattgefundenen Arbeiterratssitzung Groß-Stuttgarts angenommene Resolution:* Auch nach dem Vortrag Rudolf Steiners vor dem Arbeiterrat Groß-Stuttgarts am 7. Mai 1919 wurde eine Resolution verabschiedet, die seine Berufung durch die württembergische Regierung forderte (siehe Hinweis zu S. 45). Die Resolution wurde vom Vollzugsauschuß direkt an die Landesregierung in Stuttgart übermittelt, was Hans Kühn, den Leiter des Bundes für Dreigliederung des sozialen Organismus (siehe Hinweis zu S. 45), zu einem Protest herausforderte. Er bemängelte insbesondere, daß der «Arbeitsausschuß des Bundes für Dreigliederung des sozialen Organismus» im Text der Resolution einfach weggelassen wurde. Der Brief des Landesausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte Württembergs an das Württembergische Staatsministerium vom 8. Mai 1919 hatte nämlich gelautet:

> *«In der am 7. Mai 1919 stattgefunden Arbeiterratssitzung wurde folgende Resolution angenommen:*
>
> *Von der württembergischen Regierung wird gefordert, daß Dr. Steiner unverzüglich berufen wird, um die Dreigliederung des sozialen Organismus, welche als die einzige Rettung vor dem Untergange erscheint, in Angriff nehmen zu können.*
>
> *Der Vollzugsausschuß übermittelt dem Staats-Ministerium hiermit obige Resolution.»*

Zur Besprechung vom 8. Mai 1919:

51 *Erste Besprechung:* Die Besprechung fand im Gewerkschaftshaus in der Eßlingerstraße 19 statt; der Beginn war auf 10.00 Uhr angesetzt. Den Vorsitz hatte vermutlich Siegfried Dorfner inne. Zum Datum dieser Besprechung: Siehe Anhang III, *«Dokumente zur Zusammenarbeit mit den Arbeiterräten»*, Termin Besprechung im Arbeiterrat, Eintrag Rudolf Steiners in Notizbuch 102, S. 177.

51 *das Beispiel der Waldorf-Astoria Zigarettenfabrik:* Die «Waldorf-Astoria Company m.b.H. Zigarettenfabrik», mit Sitz in Hamburg und Produktionsstandort in Stuttgart, wurde endgültig am 23. Dezember 1905 gegründet; mit der Fabrikation in Stuttgart wurde ab 1. Januar 1906 begonnen. Die Produkte des neuen Unternehmens fanden einen guten Absatz. Emil Molt (siehe Hinweis zu S. 22) gehörte zu den Teilhabern des Unternehmens und leitete gleichzeitig die Stuttgarter Zweigniederlassung. Am 2. Mai 1918 wurde die «Waldorf-Astoria Zigarettenfabrik A.G.» mit Sitz in Stuttgart gegründet, die die G.m.b.H. übernahm, deren Auflösung am Tage zuvor beschlossen worden war. Molt, als Aktionär weiterhin Teilhaber des Unternehmens, wurde zum alleinigen Vorstandsmitglied – das heißt zum Generaldirektor – bestellt. Am 22. Mai 1921 beschloß der Aufsichtsrat der «Der Kommende Tag A. G.» den größten Teil des Aktienbesitzes zu übernehmen. Aber bereits am 16. März 1922 mußte er sich dazu durchringen, seinen Aktienanteil wieder zu verkaufen, da die finanziellen Mittel des Kommenden Tages nicht ausreichten, um die für den Weiterbetrieb der Firma nötigen Investitionsgelder aufzutreiben. Im Gegensatz zur Vorkriegszeit hatte sich der gute Geschäftsgang immer mehr verschlechtert. Seinen früheren Aktienbesitz konnte Molt zwar zurückkaufen, aber er konnte nicht verhindern, daß seine Firma schließlich in fremde Hände geriet.

52 *die Firma Unger erwähnt:* Die offene Handelsgesellschaft «Carl Unger Werkzeugmaschinenfabrik» mit Sitz in Stuttgart war am 1. Oktober 1906 gegründet worden. 1911 wurde der Betrieb nach Hedelfingen verlegt. Das Unternehmen arbeitete wirtschaftlich sehr erfolgreich. Im Zusammenhang mit der Gründung der Aktiengesellschaft «Der Kommende Tag» entschlossen sich Carl Unger und Friedrich Böhm – 1912 hatte ihn Carl Unger als Teilhaber seiner Firma aufgenommen, die damit die Rechtsform einer Offenen Handelsgesellschaft annahm – zum Verkauf ihrer Firma an diese Unternehmensassoziation. Dieser erfolgte am 5. Juli 1920, rückwirkend auf den 1. Januar 1920. Das Unternehmen wurde nun unter der Bezeichnung «Abteilung Maschinenfabrik vormals Carl Unger» weitergeführt. Als es sich als notwendig erwies, die wirtschaftlichen Abteilungen abzustoßen, wurde die Fabrik am 23. September 1924 – mit Wirkung ab 1. Oktober 1924 – an die offene Handelsgesellschaft «Carl Unger Werkzeugmaschinenfabrik» weiterverkauft, deren Teilhaber nun Carl Unger und Richard Hamel waren.

Carl Unger (1878–1929) gehörte zu den engen Mitarbeitern Rudolf Steiners. Seit 1903 Mitglied, übernahm er im Dezember 1912 den Vorsitz des Vorstandes der «Anthroposophischen Gesellschaft», den er bis Februar 1923 innehatte, als sich die alte Zentralgesellschaft zur Deutschen Landesgesellschaft, der «Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland» – parallel zur Gründung anderer Ländergesellschaften – umwandelte. In der deutschen Landesgesellschaft wirkte er bis zu seiner Ermordung im Januar 1929 als – zum Teil geschäftsführendes – Mitglied des Vorstandes. Er setzte sich entschieden für die Finanzierung des Goetheanum-Baues ein, indem er sich im Oktober 1918 aktiv an der Gründung der «Treuhandgesellschaft für das Goetheanum Dornach m.b.H.» mit Sitz in Stuttgart beteiligt hatte und auch in den Aufsichtsrat als zweiter Vorsitzender eintrat; der Zweck dieser Gesellschaft war die Mithilfe bei der Finanzierung des Goetheanum-Baues bei Dornach. Mit dieser Gesellschaft blieb er bis zu seinem Tode an leitender Stelle verbunden. Vom Januar 1914 bis September 1915 stellte er sich infolge einer Notsituation für die administrative Leitung des Goetheanum-Baues zur Verfügung.

Auch im Zusammenhang mit der Frage nach einer sozialen Neugestaltung war er äußerst aktiv. Unger war an den sogenannten «Januar-Gesprächen» von 1919 in Dornach (siehe Hinweis zu S. 28) beteiligt, wo sich Rudolf Steiner zu den Mög-

lichkeiten einer sozialen Neugestaltung äußerte. Er gehörte zu den Mitgliedern des im Februar 1919 gegründeten «Komitees für den Wiederaufbau für deutsche Angelegenheiten» zur Verbreitung des Aufrufes von Rudolf Steiner (siehe Hinweis zu S. 28); im April 1919 wirkte er an der Gründung des «Bundes für Dreigliederung des sozialen Organismus» mit Sitz in Stuttgart. Intensiv trat er in der Öffentlichkeit für die Idee der sozialen Dreigliederung ein. Er war Mitglied des Arbeitsausschusses, dem Leitungsorgan des Dreigliederungsbundes, und wirkte auch an seiner Umwandlung zu einem «Bund für freies Geistesleben» im Juli 1922 mit. Er war auch aktiv an der Gründung der Unternehmensassoziation «Der Kommende Tag A.G.» im März 1920 beteiligt und gehörte von März 1920 bis Juli 1924 mit einer kurzen Unterbrechung von Mai bis Juni 1921 dem Aufsichtsrat dieses Unternehmens an – ab Mai 1922 als stellvertetender Vorsitzender. Er erklärte sich bereit, sein eigenes Unternehmen, die Firma «Carl Unger Werkzeugmaschinenfabrik» in den Kommenden Tag einzugliedern.

53 *das Beispiel der Maschinenfabrik in Eßlingen:* Die «Maschinenfabrik Eßlingen A.G.», zwischen Bahnhof und dem Ufer des Neckar gelegen, gehörte zu den bedeutenden Fabrikunternehmen in Württemberg. Zurückgehend auf eine Gründung des Ingenieurs Emil Kessler im Jahre 1846, war sie vor allem durch den Bau von Lokomotiven bekannt. Heute besteht die Firma nur noch als Immobiliengesellschaft; der Betrieb ging 1965 an die «Daimler-Benz A.G.» über.

55 *auf die laufenden Friedensverhandlungen:* Bei den am 18. Januar 1919 in Versailles eröffneten Pariser Friedensverhandlungen handelte es sich nicht um eine eigentliche Friedenskonferenz, sondern bloß um ein Zusammentreffen der 27 Ententestaaten mit dem Ziel, eine einheitliche Haltung gegenüber den den Mittelmächten zu stellenden Friedensbedingungen zu erarbeiten. Die Gesamtkonferenz trat nur siebenmal zusammen; die eigentliche Arbeit wurde von den insgesamt 58 Ausschüssen in 1646 Sitzungen Kommissionssitzungen geleistet. Die inhaltliche Verantwortung trug der «Rat der Vier», bestehend aus dem französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau – er führte den Vorsitz –, dem britischen Premierminister David Lloyd George, dem amerikanischen Präsidenten Thomas Woodrow Wilson sowie dem italienischen Ministerpräsidenten Vittorio Emanuele Orlando. Insgesamt hielt dieser Rat 145 Sitzungen ab. Ergänzt wurde der «Rat der Vier» durch den «Rat der Zehn», wo für die Beratungen zusätzlich die Außenminister sowie die zwei Vertreter Japans beigezogen wurden. In dieser Auswahl trafen sich die Repräsentanten der Siegerstaaten insgesamt zu 72 Sitzungen.

Am 7. Mai 1919 wurden in Versailles die Friedensbedingungen an Deutschland in einer ersten Fassung übergeben. Trotz der deutschen Proteste – Deutschland lehnte zum Beispiel die Alleinverantwortung für den Kriegsausbruch ab – sah sich die deutsche Delegation schließlich am 28. Juni 1919 gezwungen, den Friedensvertrag nach geringfügigen Änderungen im Versailler Spiegelsaal bedingungslos zu unterzeichnen. In Kraft trat der Versailler Friedensvertrag am 10. Januar 1920. Deutschland mußte nicht nur die Verantwortung für den Kriegsausbruch übernehmen, sondern erlitt auch große territoriale Verluste und mußte sich zu Reparationszahlungen bereit erklären. Außerdem wurde seine militärische Stärke großen Einschränkungen unterworfen.

Rußland ist doch ein abschreckendes Beispiel: Am 7. November 1917 (nach dem alten Kalender am 25. Oktober) übernahmen die Bolschewisten die staatliche Macht in Rußland, die vom Rat der Volkskommissare als der obersten Instanz ausgeübt wurde. Vorsitzender dieses Rates war vom November 1917 bis Januar 1924 Wla-

dimir Iljitsch Lenin (eigentlich Vladimir Il'ič Ul'janov, genannt Lenin, 1870–1924). Die Bolschewisten bedienten sich dabei der spontan entstandenen revolutionären Räte oder Sowjets, deren oberstes Organ der Allrussische Sowjetkongreß war. Am 10. Juli 1918 erließ dieser die Verfassung der «Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik», die den Staatsaufbau auf der Grundlage des Rätesystems festschrieb. In den Räten hatten die Bolschewisten inzwischen die alleinige Macht. Damit war die von den Bolschewisten geforderte Diktatur des Proletariats Wirklichkeit geworden; es handelte sich um die Diktatur einer einzigen Partei, der Kommunistischen Partei, die sich zur revolutionären Avantgarde des Proletariats erklärte. Die Partei wurde straff nach dem Prinzip des «demokratischen Zentralismus» von oben nach unten geführt; die Parteimitglieder verfügten über keine echten Mitbestimmungsrechte, sondern waren bloße Befehlsempfänger der obersten Parteileitung, das heißt des Politbüros, dessen Mitglieder auch über die staatlichen Machtmittel geboten. Aufgrund dieser Machtfülle war es den Bolschewisten möglich, mit staatsterroristischen Methoden die Gesellschaft in Richtung eines militaristisch organisierten, zentralistischen Wirtschaftsstaates umzugestalten. Mit der Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken am 30. Dezember 1922 wurde das Sowjetsystem schließlich über Rußland hinaus auf alle beteiligten Staaten ausgedehnt. Diese Entwicklung stieß in vielen europäischen Staaten, darunter auch in Deutschland, auf entschiedene Ablehnung – nicht nur bei den bürgerlich Gesinnten, sondern auch bei den gemäßigten Anhängern des Marxismus.

Zur Besprechung vom 12. Mai 1919:

56 *Zweite Besprechung:* Diese fand auch im Gewerkschaftshaus in der Eßlingerstraße 19 statt. Weitere Angaben dazu sind nicht bekannt.

die von der Entente übermittelten Friedensbedingungen für Deutschland: Am 7. Mai 1919 waren der deutschen Delegation – sie stand unter der Leitung von Außenminister Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau (1869–1928) – die Bedingungen für einen Friedensvertrag zur Stellungnahme übergeben worden. In seiner Rede anläßlich der Überreichung der Friedensbedingungen hatte der französische Ministerpräsident und Delegationsleiter Georges Clemenceau (1841–1929) – er war zugleich der Vorsitzende des maßgeblichen «Rates der Vier» – erklärt (zitiert nach: Auswärtiges Amt, Deutsches Weißbuch: Die Friedensverhandlungen von Versailles, Berlin o. J.): *«Wir übergeben Ihnen das Buch des Friedens. Jede Muße zu seiner Prüfung wird Ihnen gegeben werden. Ich rechne darauf, daß Sie diese Prüfung in dem Geiste der Höflichkeit vornehmen werden, welche zwischen den Kulturnationen herrschen muß; der zweite Versailler Friede* [gemeint ist der Versailler Vorfriede vom 26. Februar 1871 nach dem Deutsch-Französischen Krieg] *ist zu teuer von uns erkauft worden, als daß wir es auf uns nehmen könnten, die Folgen dieses Krieges allein zu tragen. Um auch die andere Seite meines Gedankens zu Ihrer Kenntnis zu bringen, muß ich notwendigerweise hinzufügen, daß dieser zweite Versailler Friede, der den Gegenstand unserer Verhandlungen bilden wird, von den hier vertretenen Völkern zu teuer erkauft worden ist, als daß wir nicht einmütig entschlossen sein sollten, sämtliche uns zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um jede uns geschuldete berechtigte Genugtuung zu erlangen.»*

Der für Deutschland sehr nachteilige Vertragsentwurf löste eine Welle des Entsetzens in diesem Land aus, hatte man doch auf einen «gerechten» Frieden auf der Grundlage der «Achtzehn Punkte» des amerikanischen Präsidenten Thomas Woodrow Wilson gehofft. In Deutschland wurde am 9. Mai 1919 eine einwöchige

allgemeine Staatstrauer verordnet (zitiert nach: Stuttgarter Neues Tagblatt vom 9. Mai 1919, 76. Jg. Nr. 230): *«Der Präsident des Reichsministeriums* [Philipp Scheidemann] *hat an die Regierungen der Freistaaten folgendes Telegramm erlassen: In schwerer Not und sorgenbelastet hat das deutsche Volk in den Monaten des Waffenstillstandes den Friedensbedingungen entgegengeharrt. Mit ihrer Bekanntmachung ist bitterste Enttäuschung und unsägliche Trauer über unser Volk gekommen. Diesem Gefühl aller Deutschen wird offen Ausdruck zu geben sein. Auf Beschluß der Reichsregierung werden die Regierungen der Freistaaten ersucht zu veranlassen, daß für die Dauer einer Woche alle öffentlichen Lustbarkeiten unterbleiben und in den Theatern nur solche Darstellungen zur Aufführung gelangen, die dem Ernste dieser schwersten Zeit entsprechen.»*

56 *Heute ist ein historischer Tag:* An diesem 12. Mai 1919 erklärte die deutsche Nationalversammlung in einer Kundgebung in der Aula der Berliner Universität die Friedensbedingungen der Ententestaaten als unannehmbar für Deutschland. Trotzdem sah sich Deutschland schließlich gezwungen, den Friedensbedingungen von Versailles zuzustimmen (siehe Hinweis zu S. 56). In seiner einleitenden Rede appellierte Philipp Scheidemann, der vom Mai bis Juni 1919 amtierende Reichsministerpräsident – der Titel «Reichskanzler» kam erst mit der Einführung der Weimarer Verfassung –, zunächst an die Einheit des deutschen Volkes (zitiert nach: «Basler Nachrichten», 75. Jg. Nr. 220, 12. Mai 1919): *«Die Deutsche Nationalversammlung ist heute zusammengetreten, um am Wendepunkt im Dasein unseres Volkes gemeinsam mit der Reichsregierung Stellung zu nehmen zu dem, was unsere Gegner Friedenbedingungen nennen. Wenn ich in Ihren Reihen Kopf an Kopf die Vertreter der deutschen Stämme und Länder sehe, dann weiß ich mich von Herzen eins mit Ihnen in der Ehre und Weihe dieser Stunde, über der nur ein Gebot steht: Wir gehören zusammen, wir müssen beieinander bleiben!»*

Zum vorgelegten Entwurf für einen Friedensvertrag bemerkte er: *«Wir haben Gegenvorschläge gemacht und werden noch weitere machen. Wir sehen unsere wichtige Aufgabe darin, zu Verhandlungen zu kommen. Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar, so unannehmbar, daß ich nicht zu glauben vermag, daß die Erde solch ein Buch erträgt, ohne daß sich aus allen Kehlen, aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erhebt: ‹Weg mit diesem mörderischen Plan!› Da und dort regt sich schon die Einsicht, in neutralen Ländern, in Italien und England, ja sogar im sozialistischen Frankreich. Ich danke allen, aus denen eine solche Sprache erklingt.»* Und weiter: *«Der Friede, der uns zugedacht wird, würde die Verwilderung der sittlichen und moralischen Kräfte herbeiführen. Er wäre das Signal für das Anbrechen einer Zeit, in der wieder, wie vier Jahre lang, nur heimtückischer, die Nationen das mörderische Opfer des Krieges, der Mensch des Menschen Wolf wäre. Wir wissen und wollen es ehrlich sagen, daß dieser kommende Friede für uns eine Marter sein wird. Aber nur ein Vertrag, der gehalten werden kann, kann für uns bindend sein. Man muß uns das Leben lassen, unser einziges Kapital zur Arbeit und Wiedergutmachung. Nur ein solcher Vertrag kann die Welt wieder aufbauen, einem solchen Vertrag unsere Unterschrift, seinem Bestehen unsere Treue, seinen Aufgaben unser Kraft und Arbeit!»* Und abschließend: *«Nicht der Krieg, sondern der harte Arbeitsfriede wird das Stahlbad für unser geschwächtes Volk sein. Der Arbeitsfriede ist unser Ziel und unsere Hoffnung. Wir müssen von der Niederlage und der Krankheit der Niederlage wieder genesen, wie unsere Gegner von der Krankheit des Sieges werden genesen müssen. Es sieht so aus, als sei das gewaltige Schlachtfeld von der Nordsee bis zur Schweizergrenze wieder lebendig, als kämpften blutige Gespenster über all den Leichenhügeln. Wir*

kämpfen nicht mehr, wir wollen Frieden. Wir sehen mit Grauen die Verheerungen der Gewaltpolitik und des brutalen Militarismus. Wir wenden uns schaudernd ab von dem jahrelangen Morden. Wehe denen, die den Krieg heraufbeschworen haben! Aber wehe, dreimal wehe denen, die den Beginn des wahrhaften Friedens verzögern und sei es nur eine Stunde!»

57 *Auf den Straßen in Stuttgart herrscht die Soldateska:* In einem vom spartakistisch-kommunistisch orientierten «Aktionsausschuß» am 4. April 1919, gegen Ende des Generalstreiks, herausgegebenen Flugblatt heißt es zum Beispiel (in: Wilhelm Blos, Von der Monarchie zum Volksstaat. Zur Geschichte der Revolution in Deutschland, insbesondere in Württemberg, Band 2, Stuttgart 1923, Kapitel «Blutige Zusammenstöße»): *«Vier Tage erbitterten, von der Regierung mit allen Mitteln heraufbeschworenen Kampfes liegen hinter euch! Euren friedlichen Generalstreik hat die Regierung Blos-Lindemann mit dem schlimmsten Terror beantwortet. Die Militärkamarilla beherrscht die Straßen. Blindlings werden friedliche Spaziergänger von einer wahnsinnigen Soldateska niedergeschossen.»* Dieses Flugblatt steht im Zusammenhang mit dem April-Generalstreik, dem zweiten Putschversuch der linksradikalen Spartakisten in Württemberg. Der damaligen württembergischen Regierung unter dem Mehrheitssozialdemokraten Wilhelm Blos (siehe Hinweis zu S. 64) gelang es, den Aufstand militärisch niederzuschlagen. Der ebenfalls der gemäßigten Mehrheitssozialdemokratie angehörige Hugo Lindemann (1867–1949), ein enger Vertrauter von Blos (siehe Hinweis zu S. 45), wirkte seit November 1918 in der Provorischen Regierung zunächst als Arbeitsminister und nach der Regierungsumbildung im März 1919 endgültig als Innenminister, nachdem er im Januar 1919 zusätzlich dieses Amt vorläufig übernommen hatte. Als seit 1889 promovierter Nationalökonom setzte sich für die Idee einer umfassenden kommunalen Selbstverwaltung ein. Von 1903 bis 1907 saß er als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei im Reichstag. Im Oktober 1919 gab er sein Ministeramt auf, um seine wissenschaftliche Laufbahn weiterzuverfolgen – Lindemann gilt als einer der wichtigen Begründer der Kommunalwissenschaften. Von 1920 bis 1933 lehrte er als ordentlicher Professor für Sozialwissenschaften an der Universität Köln. Von 1933 bis 1945 war er mit Berufsverbot belegt.

die Sicherheitskompanien übriggeblieben sowie die Grenzschutztruppen: Infolge der Demobilisierung und der Auflösung des deutschen Heeres im Zusammenhang mit dem Waffenstillstand und der Revolution im November 1918 war der Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nicht mehr gewährleistet, was den Soldatenrat Württembergs – über den Kopf des zwar der SPD angehörigen, aber doch im Herzen linksradikalen Kriegsministers Ulrich Fischer (um 1890–1950) hinweg, aber mit Billigung der Mehrheit der Provisorischen Regierung – im Dezember 1918 veranlaßte, mit Freiwilligen aus den Resten des alten Heeres sogenannte Sicherheitskompanien aufzustellen. Eine der treibenden Kräfte für diese Maßnahme war Paul Hahn (1883–1952), Offizier, gemäßigter Sozialdemokrat und Mitglied des württembergischen Soldatenrates, der mit dem Aufbau dieser neuen Sicherheitskräfte an den bisherigen Heeresstandorten betraut wurde. Im Januar 1919 wurde ihm die zentrale Leitung über die Sicherheitstruppen übertragen. Die Sicherheitstruppen waren entscheidend für die Niederschlagung der von linksradikalen Kräften angezettelten Unruhen im Januar und März/April 1919 in Württemberg. Außerdem beteiligten sie sich an den Kämpfen vom April 1919, die mit der Vernichtung der bayerischen Räterepublik endeten. Nach Abschluß der sogenannten «Weimarer Vereinbarung» am 10. Juni 1919, in der Württemberg zusammen mit Baden, Bayern, Sachsen und

Preußen auf seine militärischen Reservatrechte verzichtete, wurden die Sicherheitstruppen in die Vorläufige Reichswehr (siehe Hinweis zu S. 57) eingegliedert.

Zur Bedeutung der Sicherheitstruppen schrieb Wilhelm Blos, der damalige Vorsitzende der Provisorischen Regierung und spätere Staatspräsident Württembergs (siehe Hinweis zu S. 45), in seinen Erinnerungen «Von der Monarchie zum Volksstaat» (Band 1, Stuttgart 1922, Kapitel «Die Arbeiten der Regierung»): «*Die Schöpfung dieser bewaffneten Macht zeitigte im Laufe der Dinge und unter mancherlei Veränderungen weitreichende Folgen. Württemberg wurde durch sie der festeste Stützpunkt der deutschen Republik im Süden und Westen Deutschlands. Die stete Bereitschaft dieser bewaffneten Macht lähmte die kommunistischen und diesen verwandten Bewegungen in den angrenzenden Ländern, und im April 1919 halfen württembergische Truppen das kommunistische Schreckensregiment in München niederwerfen; im März 1920* [im Zusammenhang mit dem rechtsradikalen Kapp-Putsch] *fand die aus Berlin vertriebene Reichsregierung nebst der Nationalversammlung in Württemberg eine sichere Zuflucht.*»

Und die Frauen der damaligen Regierungsmitglieder veröffentlichten einen Aufruf zur Sammlung von Liebesgaben für die Sicherheitskompanien (in: Schwäbische Tagwacht, 39. Jg. Nr. 103, 6. Mai 1919), in dem es unter anderem hieß: «*Unsere Sicherheitskompanien haben seit Monaten in aufopferungsvoller Weise Leben und Gesundheit auf das Spiel gesetzt. Sie haben die gröbsten Beschimpfungen und Beleidigungen ertragen, und nur ihnen haben wir es zu danken, wenn wir in Württemberg verhältnismäßig Ruhe und Ordnung bewahrt erhalten haben. Auch bei uns bestand die Gefahr, nicht nur daß geplündert worden wäre, sondern daß auch viele unschuldige Opfer der Einwohnerschaft wie in anderen Bundesstaaten zugrunde gegangen wären. Wenn in Stuttgart während des Generalstreiks unsere Kinder, Kranken, Wöchnerinnen wenigstens einigermaßen mit Milch versorgt werden konnten, wenn überhaupt unser wirtschaftliches Leben im Gang gehalten wurde – zum großen Teil ist es das Verdienst unserer Sicherheitskompanien.*»

57 *Gesetz über die Bildung einer Vorläufigen Reichswehr:* Am 6. März 1919 verabschiedete die Deutsche Nationalversammlung das Gesetz über die Bildung einer Vorläufigen Reichswehr; in Kraft trat es am 12. März 1919. Darin heißt es (§ 1): «*Der Reichspräsident wird ermächtigt, das bestehende Heer aufzulösen und eine vorläufige Reichswehr zu bilden, die bis zur Schaffung der neuen reichsgesetzlich zu ordnenden Wehrmacht die Reichsgrenzen schützt, den Anordnungen der Reichsregierung Geltung verschafft und die Ruhe und Ordnung im Innern aufrechterhält.*» Und (§ 2, Absatz 1): «*Die Reichswehr soll auf demokratischer Grundlage unter Zusammenfassung bereits bestehender Freiwilligenverbände und durch Anwerbung von Freiwilligen gebildet werden. Bereits bestehende Volkswehren und ähnliche Verbände können ihr angegliedert werden.*» Weiter (§ 2, Absatz 2): «*Offiziere und Unteroffiziere aller Art und Beamtenpersonal des bestehenden Heeres sowie dessen Einrichtungen können in die Reichswehr übernommen werden.*»

Zur Besprechung vom 14. Mai 1919:

58 *Besprechung:* Wahrscheinlich fand diese Besprechung im Zweighaus der Anthroposophischen Gesellschaft in der Landhausstraße 70 in Stuttgart statt. Die Delegation der Straßenbahner stand vermutlich unter der Leitung des Genossen Johannes Jansen. Zum Datum dieser Besprechung: siehe Anhang III, «*Dokumente zur Geschichte der Rätebestrebungen im Sinne der sozialen Dreigliederung*», Termin Besprechung mit Straßenbahnern, Eintrag Rudolf Steiners in Notizbuch 102, S. 178.

Zum Vortrag vom 15. Mai 1919:

59 *Zweiter Vortrag:* Auch der zweite Vortrag für die Mitglieder des Arbeiterrates fand im Gewerkschaftshaus in der Eßlingerstraße 19 statt. Die Veranstaltung wurde vermutlich von Rudolf Gehring geleitet.

61 *die Einführung des Taylor-Systems:* Dieses geht auf den Amerikaner Frederick Winslow Taylor (1856–1915) zurück. Taylor war von Beruf Maschinenbauingenieur; sein Interesse galt der Arbeitsrationalisierung. Er war der Erfinder der Zeitstudien in den Industriebetrieben und schlug vor, die Produktionsabläufe in kleine Schritte mit festgelegten Handgriffen von kalkulierter Dauer zu zerlegen und eine leistungsorientierte Entlöhnung einzuführen. Wichtig war ihm dabei die Trennung von Hand- und Kopfarbeit – die Aufteilung des Herstellungsprozesses in einen schöpferisch-organisierenden und einen monoton-ausführenden Teil. Die Ergebnisse seiner Studien veröffentlichte er 1911 in London in der Schrift «The Principles of Scientific Management» – 1913 unter dem Titel «Die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung» in München erschienen. Taylors Konzept zur Steigerung der Arbeitsproduktivität bildete die Grundlage für die Einführung der Fließbandarbeit, zum Beispiel durch Henry Ford (1863–1947) in seiner Automobilfabrik in Detroit. Bemerkenswert ist, daß auch der russische Revolutionär Lenin (siehe Hinweis zu S. 55), obwohl Marxist, zu den Verehrern von Taylors Ideen gehörte. Für ihn zeigten diese einen gangbaren Weg auf, um aus Bauern Industriearbeiter zu machen.

könnte es allerdings durchaus etwas Positives bewirken: Im ersten Frageabend vom 25. Mai 1919 in Stuttgart (GA 337a) betonte Rudolf Steiner gegenüber Dr. Paul Riebensahm, (1880–1971), damals stellvertretendes Vorstandsmitglied der Daimler-Motoren-Gesellschaft und Direktor des Werkes Untertürkheim: *«Ich meinte nur, daß dieses Taylor-System unter Umständen, wenn es unter anderen Voraussetzungen angewendet würde, zu etwas Positivem führen könnte; unter unserem jetzigen System aber würde es alle Schäden des Systems nur erhöhen.»*

62 *Man muß in dem sozialen Verhältnis, das in dem Zusammenwirken von Kapital und menschlicher Arbeitskraft:* Dieser Satz ist wörtlich Rudolf Steiners Schrift «Die Kernpunkte der Sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft» (GA 23) entnommen (Kapitel III, «Kapitalismus und Soziale Ideen – Kapital und Menschenarbeit»).

In seiner Schrift «Die Kernpunkte der Sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft» (GA 23) gab Rudolf Steiner eine grundsätzliche Darstellung der von ihm vertretenen Idee der Dreigliederung des sozialen Organismus. Es handelt sich um eine inhaltliche Überarbeitung und Erweiterung der vier öffentlichen Vorträge über die «Soziale Frage», die Rudolf Steiner vom 3. bis 12. Februar 1919 in Zürich gehalten hat (in GA 328). Für Deutschland und die Schweiz wurden zwei besondere, abgesehen vom unterschiedlichen Anhang aber inhaltlich übereinstimmende Ausgaben geplant. Die deutsche Ausgabe erschien im April 1919, im Verlag «Greiner & Pfeiffer» in Stuttgart, wobei für die Herausgabe die «Treuhandgesellschaft des Goetheanum Dornach m.b.H.», die deutsche Zentralstelle für die finanzielle Unterstützung des Goetheanum-Baues, die Verantwortung übernahm. Die Schweizer Ausgabe gelangte im Mai 1919 in den Verkauf, herausgegeben vom «Verlag des Goetheanum» in Dornach. Weil aber dieser Verlag vorerst nur auf dem Papier bestand, diente der Basler «Rudolf Geering-Verlag» als Kommissionsverlag. Schließlich – das war ungefähr im Juni 1919 – kam noch eine österreichische Ausgabe hinzu, die in der «Manzschen Verlags- und Universitäts-

Buchhandlung» in Wien erschien, aber von der Stuttgarter Treuhandgesellschaft finanziert wurde. Diese drei nationalen Ausgaben gelten als die drei ersten Auflagen der «Kernpunkte». Die «Kernpunkte» fanden vor allem in Deutschland einen sehr schnellen Absatz, so daß die deutsche Ausgabe im Laufe des Jahres 1919 dreimal nachgedruckt werden mußte, wobei die jeweiligen Anhänge an die momentanen Propagandabedürfnisse der Dreigliederungsbewegung angepaßt wurden. Mitte 1920 war erneut ein Nachdruck fällig. Zu diesem Zweck ergänzte Rudolf Steiner die «Kernpunkte» mit einer «Vorrede und Einleitung» sowie einigen erläuternden Fußnoten. Im Dezember 1920 erschien schließlich in Stuttgart die vierte, überarbeitete Auflage der «Kernpunkte» im «Der Kommende Tag Verlag» – der Verlagsabteilung des Kommenden Tages –, welcher zur Stuttgarter Unternehmensassoziation gehörte. Diese Ausgabe war nun für das gesamte deutsche Sprachgebiet gedacht.

62 *auf der Festsetzung des Anteils eines jeden:* In dieser Schrift «Die Kernpunkte der Sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft» (GA 23) findet sich auch eine Beschreibung des freien Vertragsverhältnisses zwischen Arbeitleiter und Arbeitleister, wie es sich Rudolf Steiner vorstellte (Kapitel III, «Kapitalismus und Soziale Ideen – Kapital und Menschenarbeit»): *«Und dieses Verhältnis wird sich beziehen nicht auf einen Tausch von Ware beziehungsweise Geld für Arbeitskraft, sondern auf die Festsetzung des Anteiles, den eine jede der beiden Personen hat, welche die Ware gemeinsam zustande bringen.»*

63 *wie für ihren Lebensunterhalt notwendig ist:* Im Aufsatz «Internationale Lebensnotwendigkeiten und soziale Dreigliederung» (in GA 24) schreibt Rudolf Steiner im Hinblick auf den Außenhandel – veröffentlicht wurde dieser Aufsatz in zwei Teilen, am 15. und 22. Juli 1919 in der Wochenschrift «Dreigliederung des sozialen Organismus» (1. Jg. Nr. 2 und 3): *«Eine Betriebsleitung, die für den Export arbeitet, wird in dem Verkehr mit dem Auslande aus völlig freier Initiative handeln können; und sie wird in der Lage sein, im Inlande solche Verbindungen mit anderen Assoziationen einzugehen, die ihr in der Belieferung von Rohstoffen und ähnlichem am förderlichsten sind. Ein gleiches wird von einem Importbetrieb gelten. Maßgebend wird bei dieser Gestaltung des Wirtschaftskreislaufes nur sein, daß durch den Verkehr mit dem Auslande nicht neue Produkte hergestellt oder eingeführt werden, deren Herstellungskosten oder Kaufpreis die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung des Inlandes beeinträchtigen. Der Arbeiter, der für das Ausland arbeitet, wird als Entgelt für seine Produkte so viel erhalten müssen, als für seine Lebenshaltung notwendig ist.»*

durch denjenigen, der sie verbraucht: In seiner Schrift «Die Kernpunkte der Sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft» (GA 23) schreibt Rudolf Steiner im Hinblick auf die Bedürfnisse der Menschen (Kapitel III, «Kapitalismus und Soziale Ideen – Kapital und Menschenarbeit»): *«Daß Einrichtungen bestehen, sie zu befriedigen, ist die Aufgabe des Wirtschaftslebens. Diese Einrichtungen können es mit nichts anderem zu tun haben als allein mit der Herstellung und dem Tausch von Waren, das heißt von Gütern, die ihren Wert durch das menschliche Bedürfnis erhalten. Die Ware hat ihren Wert durch denjenigen, der sie verbraucht.»*

seinen Anteil, der Arbeiter den andern: Siehe dazu die Schrift «Die Kernpunkte der Sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft» (GA 23), wo Rudolf Steiner den Vorgang in seinem tatsächlichen Ablauf beschreibt (Kapitel II, «Die vom Leben geforderten wirklichkeitsgemäßen Lösungsversuche für die sozialen Fragen und Notwendigkeiten»): *«In Wirklichkeit nimmt der Ar-*

beitgeber von dem Arbeiter Waren entgegen, die nur entstehen können, wenn der Arbeiter seine Arbeitskraft für die Entstehung hingibt. Aus dem Gegenwert dieser Waren erhält der Arbeiter einen Anteil, der Arbeitgeber den andern. Die Produktion der Waren erfolgt durch das Zusammenwirken des Arbeitgebers und Arbeitnehmers. Das Produkt des gemeinsamen Wirkens geht erst in den Kreislauf des Wirtschaftslebens über. Zur Herstellung des Produktes ist ein Rechtsverhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer notwendig.»

63 *zum größten Teil nicht mehr wirklich vorhanden:* Beim fünften Diskussionsabend mit den Arbeiterausschüssen der großen Betriebe Stuttgarts vom 24. Juni 1919 (in GA 331) wies Rudolf Steiner auf die schwindende Bedeutung des Mehrwerts hin: *«Sehen Sie, in vieler Hinsicht liegt die Sache so, daß alte Wahrheiten heute gar keine Wahrheiten mehr sind. Es ist natürlich eine durchgreifende Wahrheit, die Wahrheit vom Mehrwert, nur ist er heute zum größten Teil nicht mehr vorhanden, sondern er ist bereits in den Wind geschlagen, und was heute so gefürchtet wird als Kapitalistentum, das steht eigentlich auf einem furchtbar hohlen Boden. Das weiß sich eigentlich nicht mehr zu helfen.»*

seelische und materielle Güter zuführen: Wie sich Rudolf Steiner die Verteilung des «Mehrwertes» vorstellte, findet sich zum Beispiel in seiner Schrift «Die Kernpunkte der Sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft» (GA 23) dargestellt (Kapitel III, «Kapitalismus und soziale Ideen – Kapital und Menschenarbeit»): *«Ein sozialer Organismus, welcher der hier gekennzeichneten Vorstellungsart entspricht, wird die Mehrleistung, die ein Mensch aufgrund seiner individuellen Fähigkeiten vollbringt, ebenso in die Allgemeinheit überführen, wie er für die Minderleistung der weniger Befähigten den berechtigten Unterhalt aus dieser Allgemeinheit entnehmen wird. ‹Mehrwert› wird nicht geschaffen werden für den unberechtigten Genuß des einzelnen, sondern zur Erhöhung dessen, was dem sozialen Organismus seelische oder materielle Güter zuführen kann, und zur Pflege desjenigen, was innerhalb dieses Organismus aus dessen Schoß heraus entsteht, ohne daß es ihm unmittelbar dienen kann.»*

ist ja im besten Falle eine Art Fiskalisierung: Rudolf Steiners lehnte die Fiskalisierung als mögliche Form der Sozialisierung als Irrweg ab. Er meinte am 24. Juni 1919 anlässlich des fünften Diskussionsabends mit den Arbeiterausschüssen der großen Betriebe Stuttgarts dazu (in GA 331): *«Zu den schwierigsten Aufgaben innerhalb der Sozialisierung gehört es, herauszufinden, wie innerhalb der sozialen Ordnung Leistung und Gegenleistung in der richtigen Weise reguliert werden können. Und den ersten Anfang mit dieser Regulierung, also mit der wahren Sozialisierung, werden die Betriebsräte zu machen haben. Das bedeutet, daß den Betriebsräten ein großes, ganz fundamentales Ziel gesteckt ist, denn sie werden zum ersten Male Ernst machen müssen mit dem, wovon die anderen nur in Phrasen reden: mit der Sozialisierung. Was sich die Leute heute zumeist unter Sozialisierung vorstellen, das ist zum großen Teil nicht nur keine Sozialisierung, sondern bestenfalls eine Art Fiskalisierung. In einigen Fällen liegen überhaupt keine klaren Gedanken und Vorstellungen vor.»*

64 *Die in Rußland eingeleiteten Verstaatlichungsmaßnahmen:* Schon unmittelbar nach ihrer Machtergreifung am 7. November/25. Oktober 1917 begannen die russischen Bolschewisten unter der Führung Lenins (siehe Hinweis zu S. 55) mit dem Umbau der Wirtschaft Rußlands. Zunächst wurde das von der neuen Arbeiter- und Bauernregierung ausgearbeitete «Dekret über Grund und Boden» vom II. Allrussischen Sowjetkongreß am 8. November/26. Oktober 1917 gebilligt, das den Boden

zum Allgemeingut aller, die darauf arbeiten, erklärte, was auf eine Enteignung des Großgrundbesitzes zugunsten von Bauernsowjets hinauslief. Im «Dekret über Arbeiterkontrolle» vom 14. November/26. Oktober 1917 wurde zunächst von einer Verstaatlichung der Industriebetriebe abgesehen, aber sie wurden der Kontrolle durch die Arbeitersowjets unterstellt. Um die wirtschaftlichen Vorgänge nach einem einheitlichen Plan zu steuern, wurde am 15. Dezember/2. Dezember 1917 das Dekret zur Errichtung einer wirtschaftlichen Zentralbehörde, des Obersten Volkswirtschaftsrates, erlassen. Diese Zentralbehörde wuchs sich sehr schnell zu einem gewaltigen und komplexen bürokratischen Apparat aus. Am 28. Juni 1918 wurde die Verstaatlichung all derjenigen Industrieunternehmungen dekretiert, deren Kapital eine Million Rubel erreichte oder überstieg. Aber auch die Nationalisierung der Konsumentenseite wurde eingeleitet. Mit Dekret vom 16. März 1919 wurden in allen städtischen Zentren des Landes Konsumentenkommunen errichtet, die auf Zwangsmitgliedschaft beruhten. Sie gaben die Grundlage ab für die Durchführung der Rationierung lebenswichtiger wirtschaftlicher Güter. Für die Verteilung der Güter war das Volkskommissariat für Versorgung zuständig, das die benötigten Güter – vor allem Lebensmittel – oft einfach beschlagnahmte, um diese meist kostenlos oder höchstens zu einem symbolischen Preis an die Bedürftigen zu verteilen, wobei die als Klassenfeinde eingestuften Menschen oft leer ausgingen.

Ihre verfassungsmäßige Grundlage fanden diese Nationalisierungsmaßnahmen in der am 10. Juli 1918 in Kraft gesetzten Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik – so der offizielle Name von Sowjetrußland seit diesem Datum. In Artikel 9 wurde das Hauptziel des russischen Sowjetstaates umschrieben: *«Die Hauptaufgabe der für den gegenwärtigen Augenblick des Übergangs bestimmten Verfassung der Russischen Föderativen Sowjetrepublik besteht in der Errichtung der Diktatur des städtischen und ländlichen Proletariats und der ärmsten Bauernschaft in der Form der mächtigen gesamtrussischen Sowjetmacht zur völligen Niederhaltung der Bourgeoisie, zur Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und zur Errichtung des Sozialismus, unter dem es weder eine Teilung in Klassen noch eine Staatsmacht geben wird.»* Dementsprechend wurde in Artikel 10 das Sowjet- oder Rätesystem zur Grundlage der Staatsgewalt erklärt: *«Die Russische Republik ist eine freie sozialistische Gesellschaft aller Werktätigen Rußlands. Alle Macht in den Grenzen der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik gehört der gesamten arbeitenden Bevölkerung des Landes, die in den Stadt- und Dorfsowjets vereinigt ist.»* Und das bedeutete laut Artikel 12 für die Regelung der obersten Macht im Staate: *«Die oberste Macht in der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik gehört dem Gesamtrussichen Sowjetkongreß und in der Zeit zwischen dessen Tagungen dem Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees der Sowjets.»*

Dieses Ziel der Schaffung einer sozialistischen Gemeinschaft glaubte man durch umfassende Verstaatlichungsmaßnahmen erreichen zu können. So wurde in Artikel 3 unter anderem festgelegt:

a) Zur Verwirklichung der Sozialisierung des Bodens wird das Privateigentum am Boden aufgehoben. Der gesamte Boden wird zum Eigentum des ganzen Volkes erklärt und den Werktätigen ohne jede Ablösung auf der Grundlage einer ausgleichenden Bodennutzung übergeben.

b) Alle Wälder, Bodenschätze und Gewässer von gesamtstaatlicher Bedeutung sowie das gesamte lebende und tote Inventar, die Mustergüter und die landwirtschaftlichen Musterbetrieben werden zum Nationaleigentum erklärt.

c) Als erster Schritt zum vollständigen Übergang der Fabriken, Werke, Gruben,

Eisenbahnen und sonstigen Produktions- und Transportmittel in das Eigentum der sowjetischen Arbeiter- und Bauernrepublik werden die von den Sowjets erlassenen Gesetze über die Arbeiterkontrolle und über den Obersten Volkswirtschaftsrat bestätigt, mit dem Ziel, die Macht des werktätigen Volkes über die Ausbeuter zu sichern.

Und weiter:

e) Der Übergang aller Banken in das Eigentum des Arbeiter- und Bauernstaates als eine der Vorbedingungen für die Befreiung der werktätigen Massen vom Joch des Kapitals wird bestätigt.

f) Zur Beseitigung der parasitären Schichten der Gesellschaft und zur Organisation der Wirtschaft wird die allgemeine Arbeitspflicht eingeführt.

Am 27. Dezember 1919 wurde eine Kommission für Arbeitspflicht geschaffen, die unter der Leitung des Volkskommissars für Verteidigung – Leo Davidowitsch Trotzki (eigentlich Lev Davidovič Bronštejn, genannt Trockij, 1879–1940) – stand und die es erlaubte, alle Arbeiter und Bauern einer militärischen Disziplin zu unterwerfen; für die Bauern bestand Pflicht zur Ablieferung von Lebensmitteln. Das Ziel all dieser Maßnahmen war die Zerschlagung des freien Marktes.

Zum Vortrag vom 17. Mai 1919:

65 *Dritter Vortrag:* Dieser fand ebenfalls im Gewerkschaftshaus in der Eßlingerstraße 19 statt. Geleitet wurde die Veranstaltung vermutlich von Rudolf Gehring; weitere Angaben dazu sind nicht bekannt.

Wie ich vorgestern gezeigt habe: Im Vortrag vom 15. Mai 1919 für die Mitglieder des Arbeiterrates Groß-Stuttgart (in diesem Band).

Zum Vortrag vom 21. Mai 1919:

69 *Vortrag:* Wahrscheinlich fand diese Zusammenkunft im Zweighaus der Anthroposophischen Gesellschaft in der Landhausstraße 70 statt. Möglicherweise leitete Genosse Johannes Jansen als Verbindungsglied zu den Straßenbahnern die Versammlung.

71 *die Artikel im «Sozialdemokrat» über Steiner und die Dreigliederung gelesen:* Die Artikel konnten nicht nachgewiesen werden, da die entsprechenden Nummern dieser Zeitung nicht mehr verfügbar sind.

72 *dieser huldigt der materialistischen Geschichtsauffassung:* Der Historische Materialismus gehörte zu den Kernstücken der marxistischen Weltauffassung. So schrieb Karl Marx, der große Theoretiker dieser Weltanschauung, in der «Vorrede» zu seiner Schrift «Zur Kritik der Politischen Ökonomie» (Berlin 1859): *«In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein – Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welchem bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Pro-*

duktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.» Diese Auffassung vom Geistigen als Ideologie war in den damaligen Proletarierkreisen weit verbreitet.

72 *Ein solches Rätesystem wie dasjenige von Rußland:* Siehe Hinweis zu S. 55.

Zur Besprechung vom 27. Mai 1919:

74 *Dritte Besprechung:* Das Datum dieser Besprechung beruht auf einer Annahme und ist nicht abschließend gesichert. Es ist anzunehmen, daß auch diese Besprechung im Gewerkschaftshaus in der Eßlingerstraße 19 stattfand.

Dokumente Arbeiterräte (3): Juni 1919

Die Haltung der Arbeiterschaft gegenüber der Dreigliederungsidee entwickelte sich in gegensätzlicher Richtung: Einerseits bildete sich ein kleiner Kreis von Arbeitern, die entschieden für die Dreigliederungsidee einstanden, andererseits wuchs die Zahl der Ablehnenden: Viele Arbeiter, die sich ursprünglich für die von Rudolf Steiner vorgebrachten Ideen begeistert hatten, wandten sich auf Druck der Parteiführer wieder ab. Sie vertrauten der Partei doch mehr als Rudolf Steiner. Nach einer Parteisitzung wurde die weitere Tätigkeit Rudolf Steiners im Rahmen des Stuttgarter Arbeiterrates beendet. Damit war die unmittelbare Verbindung zu den durch die Revolution geschaffenen Räteorganen unterbrochen. Die Aufklärungsarbeit wurde zwar vom Bund für Dreigliederung weitergeführt, indem intensiv für die Wahl von Betriebsräten im Sinne der Dreigliederung geworben wurde, aber es zeigte sich immer mehr die Gefahr einer einseitigen Vereinnahmung der Dreigliederungsbewegung: Sie drohte, sich zu einer bloß wirtschaftlichen Bewegung zu entwickeln, was der Idee der Dreigliederung widersprach, die in der Verwirklichung eines freien Geisteslebens ein genauso wichtiges Ziel sah wie in der Schaffung eines vom Grundsatz der Brüderlichkeit geprägten Wirtschaftslebens.

80 *Ludwig von Polzer-Hoditz:* Der österreichische Aristokrat Ludwig Graf (von) Polzer-Hoditz (1869–1945) war ein enger Schüler Rudolf Steiners. Er war an den Hintergründen des politischen Geschehens sehr interessiert und setzte sich über lange Jahre aktiv für die Verbreitung und Umsetzung der Dreigliederungsidee ein. Sein Wirken für dieses Ziel begann, als er im Juli 1917 von Rudolf Steiner nach Berlin zu Gesprächen im kleinsten Kreise gerufen wurde. Als Ergebnis dieser Gespräche schrieb Rudolf Steiner die sogenannten «Memoranden» nieder – Gedanken für einen gesellschaftlichen Neuaufbau als Möglichkeit für eine Beendigung der Kriegskatastrophe. Sie waren als Orientierungshilfe für Persönlichkeiten an politisch maßgebender Stelle gedacht. Polzer-Hoditz wurde von Rudolf Steiner mit der Aufgabe betraut, für die Verbreitung dieser Gedanken zu wirken. Er übergab das Memorandum unter anderem seinem Bruder Arthur Graf von Polzer-Hoditz und Wilamowitz (1870–1945); dieser war Kabinettsdirektor in der kaiserlichen Kabinettsanzlei, das heißt faktisch persönlicher Sekretär Kaiser Karls, des letzten österreichisch-ungarischen Monarchen. Nach dem Kriegsende arbeitete er für die Verbreitung der Dreigliederungsidee, unter anderem auch in Österreich, wo er im März 1919 den Vorsitz im «Komitee für Österreich» zur Verbreitung von Rudolf Steiners Aufruf (siehe Hinweis zu S. 28) übernahm. Nach der Gründung des

«Bundes für Dreigliederung» leitete er ab Mai 1919 den provisorischen, später den endgültigen Arbeitsausschuß des «Österreichischen Bundes für Dreigliederung». In dieser Zeit pflegte er enge Beziehungen mit Stuttgart und nahm auch an den dortigen Aktivitäten teil. Die Dreigliederungsbestrebungen fanden in Österreich nur einen geringen Widerhall, und die Bemühungen kamen über einen ersten Anfang nicht hinaus. Da Polzer-Hoditz zunehmend an anderen Orten tätig war, blieb die Geschäftsstelle in Wien immer mehr verwaist. Im Laufe des Jahres 1920 – das genaue Datum ist nicht bekannt, es könnte aber im Juli gewesen sein – gab er den Vorsitz und damit die Leitung der Geschäftsstelle ab. Den eigentlichen Höhepunkt der Arbeit bildete der «Ost-West-Kongreß» vom 1. bis 12. Juni in Wien – ein glanzvolles Ereignis, an dem Polzer-Hoditz als Kongreßleiter an vorderster Stelle mitbeteiligt war. Von Polzer-Hoditz gibt es autobiographische Aufzeichnungen, die unter dem Titel «Erinnerungen an Rudolf Steiner» (Dornach 1985) herauskamen.

80 *Walter Johannes Stein:* Bereits in seiner Gymnasialzeit fühlte sich Walter Johannes Stein (1891–1957) von der Anthroposophie angezogen und las Rudolf Steiners Schriften. Die persönliche Begegnung mit Rudolf Steiner veranlaßte ihn, 1913 Mitglied der Anthroposophischen Gesellschaft zu werden. Im Jahr zuvor hatte er sich an der Universität Wien für das Studium der Fächer Mathematik, Physik und Philosophie eingeschrieben. Den Ersten Weltkrieg durchlebte er als Offizier im österreichisch-ungarischen Heer. In den dienstfreien Augenblicken arbeitete er an seiner von Rudolf Steiner mitbegleiteten Dissertation «Historisch-kritische Beiträge zur Entwicklung der neueren Philosophie»; seine Promotion erfolgte im Jahre 1919. Er begeisterte sich für die Dreigliederungsidee und gehörte zu den Kämpfern der ersten Stunde. Als glänzender Redner, der seine Zuhörer zu fesseln vermochte, wirkte er von Mai bis August 1919 in Wien als Vertreter der Dreigliederungsbewegung in Österreich, ohne jedoch einen nachhaltigen Umschwung traditioneller Denkmuster bewirken zu können. 1919 wurde er von Rudolf Steiner nach Stuttgart als Lehrer an die neu gegründeten Waldorfschule berufen. Dort unterrichtete er die Fächer Literatur und Geschichte. Daneben nahm er sehr aktiv am Leben der anthroposophischen Bewegung teil; von 1923 bis 1928 gehörte er zum Vorstand der deutschen Landesgesellschaft, wobei er oft polarisierende Standpunkte vertrat. Stein entfaltete eine reiche Vortrags- und Kurstätigkeit. Sein öffentliches Wirken – gerade auch im Ausland – nahm einen solchen Umfang an, daß seine Lehrtätigkeit immer mehr in den Hintergrund trat. 1932 gab er diese endgültig auf und verlegte 1933 seinen Wohnsitz nach London, wo er an der Seite von Daniel Nicol Dunlop in globalen Wirtschaftszusammenhängen wirkte. Nach dessen Tode im Jahre 1935 versuchte er, die Intentionen Dunlops weiterzuführen und auf höchster politischer Ebene für die Dreigliederungsidee zu wirken, allerdings ohne durchschlagenden Erfolg. In der Nachkriegszeit war er vor allem als befeuernder Vortragsredner für die Sache der Anthroposophie bekannt; daneben war er auch als Heilpraktiker tätig. 1939 wurde er britischer Staatsbürger.

Ich fuhr vorgestern im Auto mit nach Tübingen: Diese Angabe ist um einen Tag falsch: Die Zusammenkunft mit der Professorenschaft fand am Sonntag, den 15. Juni 1919, statt – im Hause von Prof. Robert Wilbrandt. Vermittelt hatte sie Prof. Wilhelm von Blume.

Blume versagt immer mehr: Siehe Hinweis zu S. 34.

vorgeladen vor ein Tribunal ihrer Partei: Im Zusammenhang mit den Betriebsrätebestrebungen des Dreigliederungsbundes wurde in einem Zeitungsartikel – er erschien am 10. Juni 1919 in der gegnerisch eingestellten «Neckar-Zeitung» (176. Jg.

Nr. 132) berichtet: «*Schließlich nahm, laut ‹Sozialdemokrat›, am 5. Juni eine Vertrauensmännerversammlung der Unabhängigen eine Entschließung an, in der gefordert wird, ‹alle die Genossen, die sich Dr. Steiner verschrieben haben, in eine demnächst stattfindende Mitgliederversammlung einzuladen, um ihnen dort ihr parteischädigendes Treiben näher auseinanderzusetzen.›*» Diese Mitgliederversammlung der Stuttgarter Parteisektion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands fand schließlich am 16. Juni 1919 statt.

80 *Nun war gestern abend eine Komiteesitzung:* Es handelt sich nicht um eine Sitzung des Bundeskomitees – des Arbeitsausschusses des Bundes –, sondern des Arbeiterkomitees (siehe Hinweis zu S. 27), dessen Mitglieder parteipolitisch sich der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei verpflichtet fühlten. Die Sitzung fand im Gewerkschaftshaus statt.

81 *zum Nachtessen bei [Alice] Kinkel:* Alice Kinkel-Widmayer (1866–1943) gehörte zum Kreis der langjährigen treuen Mitglieder. Seit 1905 war sie Mitglied der Deutschen Sektion der Theosophischen Gesellschaft und begleitete Rudolf Steiner jahrelang auf seinen Vortragsreisen. An den jeweiligen Vortragsorten richtete sie einen Büchertisch ein. Nach dem Bau des Zweighauses in der Landhausstraße 70 übernahm sie 1911 auf ausdrücklichen Wunsch Rudolf Steiners die Verwaltung dieser Liegenschaft und wohnte dort – zusammen mit ihrem Mann Wilhelm – bis 1920.

Zur Besprechung vom 17. Juni 1919:

86 *Besprechung mit Parteivertretern:* Diese Besprechung fand im Gewerkschaftshaus in der Eßlingerstraße 19 statt. Laut Brief von Ludwig von Polzer-Hoditz vom 18. Juni 1919 an Walter Johannes Stein (in diesem Band) begann diese Besprechung um 17.30 Uhr und dauerte bis nach 21.00 Uhr.

im Arbeiterkomitee des Bundes für Dreigliederung: Siehe Hinweis zu S. 27.

daß er an diesem Abend dabei gewesen sei: Robert Wörner war Mitglied der U.S.P.D. und aus persönlichen Gründen (siehe Hinweis zu S. 87) der Dreigliederungsbewegung gegenüber äußerst kritisch eingestellt.

über Heuser und seinen Aufsatz: Es handelt sich um den Beitrag «Geistesarbeiter-Rat und Volksgeist», der von einem gewissen Dr. Heuser, einem Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands, verfaßt wurde und in der von Ernst Däumig herausgegebenen Wochenschrift «Der Arbeiter-Rat. Organ der Arbeiterräte Deutschlands» (1. Jg. Nr. 18, 23. Woche = ungefähr 4. Juni 1919) erschienen war. Weitere Einzelheiten zu diesem «Dr. Heuser» konnten nicht herausgefunden werden.

87 *Und dieser Meinung ist man mit großer Mehrheit:* Hans Stetter, Parteisekretär der U.S.P.D. in Stuttgart, war auch Mitglied des Arbeiterrates Groß-Stuttgart.

Zu Wörners Bestechungsvorwurf: In der Zeitschrift «Dreigliederung des sozialen Organismus» vom 5. August 1919 (1. Jg. Nr. 5) erklärte Emil Molt, was es mit diesem Vorwurf auf sich hatte. Er schrieb: «*In einer öffentlichen Versammlung im Siegle-Haus beschuldigte Wörner nämlich die Freunde unseres Arbeiter-Komitees der Bestechung. Von den Herren Gönnenwein, Roser und Lohrmann, deren Ehrenhaftigkeit absolut feststeht, zurechtgewiesen, schrieb Wörner in einem Brief an mich vom 9. Juni 1919 nochmals: ‹Das Auftreten und die Propaganda des Bundes wie die Person einzelner Arbeiter, die unterzeichneten, erweckten bei manchen, so auch bei mir, den Verdacht der Bestechung und der Bestechlichkeit.›*»

Schon vorher hatte Wörner gegenüber Molt den Vorwurf der Bestechung erhoben, und zwar im Zusammenhang mit der Entlassung seiner Braut, die bei der Waldorf-Astoria-Zigarettenfabrik (siehe Hinweis zu S. 70) beschäftigt war und aus disziplinarischen Gründen entlassen worden. In einem «Offenen Brief», der in der Tageszeitung «Der Sozialdemokrat. Organ der Unabhängigen Sozialdemokraten Württembergs» vom 24. Juli 1919 (Jg. 1919 Nr. 153) veröffentlicht worden war, wandte er sich an Emil Molt: *«Da Sie die von mir gewünschte Erlaubnis des früheren oder späteren Wiedereintritts der von Ihnen beziehungsweise Ihrem Ausschuß entlassenen und gemaßregelten Arbeiterin verweigern und damit den Nachweis unmöglich machen, daß sie keine Hetzerin ist, stelle ich folgendes fest: 1. Der von dem Mädchen keineswegs herbeigeführte, sondern durch die drohenden Entlassungen veranlaßte Tumult im Arbeitssaal führt trotz formellen Rechts hierzu nicht einmal zu einer offiziellen Verwarnung. Die Entlassung erfolge vielmehr aufgrund von Äußerungen in einer Betriebsversammlung der U.S.P. Sie gipfelte in dem Satze: Man kann den schönen Worten eines Fabrikanten nicht trauen, wenn die Taten ihnen entgegenstehen. Durch ihr mutiges Eintreten bald da, bald dort erhielt die Arbeiterin mancher andern die Stellung. Sie selbst fiel darüber – ein altes Kapitalistenstück.»*

Der «Arbeiter-Ausschuß der Waldorf-Astoria-Zigarettenfabrik» nahm ebenfalls unter dem Datum vom 26. Juli 1919 in einem «Offenen Brief» Stellung zu Wörners Vorwürfen – dieser Brief wurde am 30. Juli 1919 in der gleichen Tageszeitung (Jg. 1919 Nr. 158) veröffentlicht. Gegenüber Wörner legte er klar: *«Wenn auch Ihre Versuche, die Wiedereinstellung der Arbeiterin in der Waldorf-Astoria zu erreichen, vom menschlichen Standpunkt aus anzuerkennen sind, so hätten wir doch von einem Manne, der im politischen Leben eine Rolle spielen will und der auch in dieser Angelegenheit an die Öffentlichkeit trat, doch etwas mehr Objektivität erwartet, auch wenn es sich um eine Ihnen sehr nahestehende Person – Sie bezeichnen das Fräulein in Privatbriefen an Herrn Molt als Ihre Braut – handelt oder gerade deshalb.»* Und weiter: *«Der für die Entlassung der Arbeiterin verantwortliche Arbeiterausschuß der Waldorf-Astoria-Zigarettenfabrik hat den falschen Behauptungen, die Sie in Ihrem Offenen Brief den Lesern des ‹Sozialdemokrat› servieren, folgende Tatsachen gegenüberzustellen: Die Arbeiterin benützte ihre Arbeitszeit in der Waldorf-Astoria nicht nur zur Arbeit, sondern öfters dazu, bei ihren Kolleginnen unwahre Behauptungen gegen Herrn Molt aufzustellen. Verschiedene Klagen seitens ihrer eigenen Kolleginnen, die sie fortwährend mit ihrer Aufdringlichkeit belästigte, veranlaßten den Arbeiterausschuß, einen Betriebsversammlung einzuberufen, um diesen Behauptungen auf den Grund zu gehen und etwa berechtigte Klagen und Mißstände abzustellen. Die Arbeiterin hatte unter anderem gesagt, die Worte des Herrn Molt stünden nicht mit seinen Taten im Einklang und die Arbeiterinnen kämen in ihrem Verdienst immer zu kurz.»* Und schließlich: *«In der Betriebsversammlung wurde nun gerade das Gegenteil dieser Behauptungen bewiesen. Der jetzige Verdienst der Arbeiterinnen beträgt bei der heutigen wöchentlichen Arbeitszeit von 30 Stunden sogar mehr als der Verdienst bei wöchentlich 48stündiger Arbeitszeit vor der Revolution. Nach dieser Betriebsversammlung war die Kollegin mit den gegebenen Erklärungen zufrieden und erkannte den Irrtum ihrer Äußerung an. Sie erhielt vom Direktor anerkennende Worte dafür, daß sie mit ihren Ansichten offen hervorgetreten sei, auch sagte ihr Herr Molt selbst, daß er ihre unrichtigen Behauptungen als vergessen betrachte. Jedoch setzte sie bald darauf, trotz wiederholter Warnungen seitens der Mitglieder und des Obmanns des Arbeiterausschusses, ihre Schwätzereien wieder fort.»* In diesem «Offenen Brief» wird weiter geschildert, warum es schließlich dann doch zur Entlassung kam.

Es wird auch berichtet, warum man in der Waldorf-Astoria nicht bereit war, die Entlassung rückgängig zu machen: *«In mehreren Briefen an Herrn Molt haben Sie um Wiedereinstellung Ihrer Braut gebeten. Diese Briefe sind Kuriositäten. In einem dieser Briefe beschuldigen Sie auf der ersten Seite Herrn Molt der schlimmsten Bestechung seines Arbeiterausschusses und so weiter, und auf der zweiten Seite bitten Sie um die Wiedereinstellung der früheren Kollegin. Trotzdem haben wir aber – auf Ihre wiederholten Bitten in diesen Briefen um Wiedereinstellung – in den Arbeitsräumen, in denen die Arbeiterin beschäftigt war, über ihre Wiedereinstellung abstimmen lassen mit dem Erfolg, daß die Wiedereinstellung einstimmig abgelehnt wurde.»*

Bibliographischer Nachweis früherer Veröffentlichungen

Zweite Versammlung der Interessenten für die Begründung eines Kulturrates vom 7. Juni 1919:
Mitteilungsblatt des Bundes für Dreigliederung des sozialen Organismus Nr. 2/3 (Mitte August 1919), S. 50–55

Vierte Versammlung der Interessenten für die Begründung eines Kulturrates vom 10. Juli 1919:
Mitteilungsblatt des Bundes für Dreigliederung des sozialen Organismus Nr. 4/5 (Dezember 1919), S. 22–32
Beiträge zur Rudolf Steiner Gesamtausgabe Nr. 103 (Michaeli 1989), S. 3–17

Sechste Versammlung der Interessenten für die Begründung eines Kulturrates vom 25. Juli 1919:
Mitteilungsblatt des Bundes für Dreigliederung des sozialen Organismus Nr. 6 [o. M. o. J.], S. 3–13

Personenregister

Allgemeines Personenregister

Barthelmes, Emil 46
Blume, Wilhelm von 34, 80
Engelhardt, Franz 26
Gehring, Rudolf 26
Hamburger, Emil 81
Haupt, Felix 85
Heisler, Hermann 80
Heuser, [Vorname unbekannt] 86, 87
Jagow, Gottlieb von 29
Kinkel, Alice 81
Kolisko, Eugen 81
Kühn, Hans 23, 24, 25, 26, 27, 47, 83, 85
Leer, Josef van 80
Lohrmann, Georg 25
Molt, Emil 22,
Polzer-Hoditz, Ludwig Graf von 80
Römer, Karl 48
Scheidemann, Philipp 56
Stein, Walter Johannes 80
Taylor, Frederick Winslow 61
Thomastik, Franz 81
Unfried, Emil 26
Unger, Carl 52
Wirsching, Eugen 26
Zernicke, Hermann 26
Zetkin-Eißner (Zundel-Eißner), Clara 43
Ziegler, Georg 26

Register der Diskussionsteilnehmer in den Arbeiterräte-Versammlungen

** = Name / Vorname nicht mit letzter Sicherheit belegt

Beine**, Hermann** 54
Benzinger, Max AKB 51, 70, 88
Bihl, Friedrich AR 36
Blumer, Alois** AR 43
Dorfner, Siegfried AKB 51
Dreher, Andreas AR 71
Engelhardt, Franz AR 32, 35, 36
Gehring, Rudolf AR 28, 39, 42, 46
Gönnenwein, Gottlieb AKB 87
Hüttelmeyer, Philipp AR / AKB 53
Krämer, Karl** AR 39
Lohrmann, Georg AR/AKB 51, 53, 54
Maier, Georg** 72
Minder**, Karl** 70
Mittwich, Hermann AR / AKB 37
Mössel, Hans AR / AKB 51, 52, 54, 57
Müller, Georg AR39
Römer, Karl AR 35, 42, 48
Roser, Wilhelm** AKB 55
Schlipf, Josef AR 42
Schulz, Friedrich** AR 41
Stetter, Hans AR 87
Wörner, Robert 86, 87

Abkürzungen:

AR Mitglied des Arbeiterrates

AKB Mitglied des Arbeiterkomitees des Bundes

Die Parteizugehörigkeit der einzelnen Votanten ist nur zum Teil bekannt.

Der S. P. D. gehörten nachweislich an:
Dreher, Andreas / Gehring, Rudolf / Müller, Georg

Der U. S. P. D. gehörten nachweislich an:
Engelhardt, Franz / Gönnenwein, Gottlieb / Mittwich, Hermann / Mössel, Hans / Schlipf, Josef / Stetter, Hans / Wörner, Robert / Ziegler, Georg

Der K. P. D. gehörten an:
Römer, Karl / Schulz, Friedrich

Literatur zum Thema

Rudolf Steiners grundlegende Schriften zur Idee der sozialen Dreigliederung

GA

23 *Die Kernpunkte der Sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft (Stuttgart/Dornach/Wien 1919[1–3], Stuttgart 1920[4])*
In Ausführung der Dreigliederung des sozialen Organismus (Stuttgart 1920) sowie weitere Aufsätze 1919 bis 1920 bis jetzt enthalten in:

24 *Aufsätze über die Dreigliederung des sozialen Organismus (1915–1921) künftig aufgeteilt in:*

24a *In Ausführung der Dreigliederung des sozialen Organismus (Arbeitstitel, geplant)*

24b *Zum Verständnis der Dreigliederung des sozialen Organismus (Arbeitstitel, geplant)*

Rudolf Steiners öffentliche Vorträge über die Idee der sozialen Dreigliederung

GA

328 *Die soziale Frage*
– Vorträge Februar bis März 1919 (Zürich)

329 *Die Befreiung des Menschenwesens als Grundlage für eine soziale Neugestaltung. Altes Denken und neues Wollen*
– Vorträge März bis November 1919 (in verschiedenen Schweizer Städten)

330 *Neugestaltung des sozialen Organismus*
– Vorträge April bis Juli 1919 (Stuttgart)

332a *Soziale Zukunft*
– Vorträge Oktober 1919 (Zürich)

333 *Gedankenfreiheit und soziale Kräfte. Die sozialen Forderungen der Gegenwart und ihre praktische Verwirklichung*
– Vorträge Mai bis Dezember 1919 (in verschiedenen deutschen Städten)

334 *Vom Einheitsstaat zum dreigliedrigen sozialen Organismus*
– Vorträge Januar bis Mai 1920 (in verschiedenen Schweizer Städten)

335 *Die Krisis der Gegenwart und der Weg zu gesundem Denken*
– Vorträge März bis November 1920 (Stuttgart)

336a *Bausteine für ein freies Geistesleben (Arbeitstitel, geplant)*

336b *Fragen der Zeit und anthroposophische Geisterkenntnis I (Arbeitstitel, geplant)*

336c *Fragen der Zeit und anthroposophische Geisterkenntnis II (Arbeitstitel, geplant)*

Rudolf Steiner in Veranstaltungen des Bundes für Dreigliederung des sozialen Organismus

GA

331 *Betriebsräte und Sozialisierung. Diskussionsabende mit den Arbeiterausschüssen der großen Betriebe Stuttgarts*
– *Ansprachen und Diskussionsvoten in Versammlungen des Bundes für Dreigliederung des sozialen Organismus zur Begründung von Betriebsräten Mai bis Juli 1919 (Stuttgart)*
– *Ansprachen und Diskussionsvoten Mai bis Juli 1919 (Stuttgart)*

331a *Arbeiterräte und Sozialisierung im Sinne der Dreigliederung des sozialen Organismus*
– *Referate, Ansprachen und Diskussionsvoten in Versammlungen der Arbeiterräte Württembergs und anderer Arbeiterausschüsse in Stuttgart zwischen Mai 1919 und Juni 1919 (Stuttgart)*

331b *Kulturräte und Sozialisierung. Räteorganisation im Sinne der Dreigliederung des sozialen Organismus III (bisher GA 331)*
– *Referate, Ansprachen und Diskussionsvoten in Versammlungen des Bundes für Dreigliederung des sozialen Organismus zur Begründung von Kulturräten und Berufskammern Mai 1919 und März 1921 (Stuttgart)*

337a *Soziale Ideen – Soziale Wirklichkeit – Soziale Praxis I*
– *Frage- und Studienabende Mai 1919 bis September 1920 (Stuttgart)*

337b *Soziale Ideen – Soziale Wirklichkeit – Soziale Praxis II*
– *Seminar- und Studienabende April 1920 bis April 1921 (Dornach)*

338 *Wie wirkt man für den Impuls der Dreigliederung des sozialen Organismus? Zwei Schulungskurse für Redner und aktive Vertreter des Dreigliederungsgedankens*
– *Kursveranstaltungen Januar bis Februar 1921 (Stuttgart)*

339 *Anthroposophie, soziale Dreigliederung und Redekunst. Orientierungskurs für die öffentliche Wirksamkeit mit besonderem Hinblick auf die Schweiz*
– *Kursveranstaltungen Oktober 1921 (Dornach)*

Zur Geschichte der Dreigliederungsbewegung

GA

255a *Auswege aus der Kriegskatastrophe. Die Idee der Dreigliederung des sozialen Organismus (Arbeitstitel, geplant)*

255b *Die Anthroposophie und ihre Gegner*
Vorträge, Schlußworte, Mitteilungen und Richtigstellungen November 1919 bis September 1922 (Dornach / Basel / Stuttgart)

255c *Der «Bund für Dreigliederung». Zusammenschlüsse zur Verwirklichung der Dreigliederung (Arbeitstitel, geplant)*

255d *Der «Bund für Anthroposophische Hochschularbeit». Zusammenschlüsse zur Verwirklichung der Dreigliederung (Arbeitstitel, geplant)*

256a *Die «Treuhandgesellschaften» und der« Waldorfschulverein». Zusammenschlüsse zur Finanzierung des Geisteslebens (Arbeitstitel, geplant)*

256b *Die Aktiengesellschaften «Futurum» und «Internationale Laboratorien». Praktische Assoziationsversuche in der Wirtschaft (Arbeitstitel, geplant)*

256c *Die Aktiengesellschaft «Der Kommende Tag» Praktische Assoziationsversuche in der Wirtschaft (Arbeitstitel, geplant)*

Zum Werk Rudolf Steiners

Rudolf Steiner (1861–1925), der zunächst als Philosoph, Publizist und Pädagoge tätig war, entfaltete ab Beginn des 20. Jahrhunderts eine umfassende kulturelle und soziale Aktivität und begründete eine moderne Wissenschaft des Geistes, die Anthroposophie. Sein umfangreiches Werk umfaßt Schriften und Abhandlungen, Aufzeichnungen und Briefe, künstlerische Entwürfe und Modelle sowie Textunterlagen von etlichen tausend Vorträgen in Form von Hörermitschriften.

Seit dem Tod von Marie Steiner-von Sivers (1867–1948), der Lebensgefährtin Rudolf Steiners, wird sein literarischer und künstlerischer Nachlaß durch die von ihr begründete *Rudolf Steiner Nachlassverwaltung* betreut. In dem dafür aufgebauten *Rudolf Steiner Archiv* wird seither an der Erhaltung, Erschließung und Herausgabe der vorhandenen Unterlagen gearbeitet. Die Buchausgaben erscheinen im *Rudolf Steiner Verlag.*

Schwerpunkt der Herausgabetätigkeit ist die seit 1955/56 erscheinende Rudolf Steiner Gesamtausgabe (GA, siehe nachfolgende Übersicht). Sie umfaßt inzwischen über 350 Bände und zusätzlich Veröffentlichungen aus dem künstlerischen Werk. Dazu kommen zahlreiche Einzel-, Sonder- und Taschenbuchausgaben und andere begleitende Veröffentlichungen. Die Ausgaben werden durch fachlich kompetente Herausgeber anhand der im Archiv vorhandenen Unterlagen ediert und durch Hinweise, Register usw. ergänzt. Vielfach werden bei Neuauflagen die Texte nochmals anhand der Quellen überprüft.

Noch liegt die Gesamtausgabe nicht vollständig vor; viele Archivunterlagen bedürfen zudem der editionsgerechten Aufbereitung. Dies ist mit einem hohen zeitlichen und finanziellen Aufwand verbunden, der durch den Absatz der Bücher nicht finanziert werden kann, sondern durch Unterstützungsbeiträge gedeckt werden muß. Dies gilt ebenso für die vielen anderen Arbeitsbereiche des Archivs, das keinerlei öffentliche Zuschüsse erhält. Damit das Archiv seine Aufgaben als Zentrum für die Erhaltung, Erschließung, Edition und Präsentation des Werkes von Rudolf Steiner auch in Zukunft erfüllen kann, wurde 1996 die *Internationale Fördergemeinschaft Rudolf Steiner Archiv* begründet.

Für weitere Informationen oder kostenlose Verzeichnisse wenden Sie sich bitte an:

Rudolf Steiner Verlag
St. Johanns-Vorstadt 19–21
CH–4056 Basel
verlag@steinerverlag.com

www.steinerverlag.com

Rudolf Steiner Archiv
Postfach 135
CH–4143 Dornach 1

www.rudolf-steiner.com

Rudolf Steiner Gesamtausgabe

Gliederung nach: Rudolf Steiner – Das literarische und künstlerische Werk. Eine bibliographische Übersicht (Bibliographie-Nrn. *kursiv* in Klammern)

A. SCHRIFTEN

I. Werke

Goethes Naturwissenschaftliche Schriften, eingeleitet und kommentiert von R. Steiner, 5 Bände, 1884–97, Nachdruck 1975, *(1a–e)*; sep. Ausgabe der Einleitungen, 1925 *(1)*

Grundlinien einer Erkenntnistheorie der Goetheschen Weltanschauung, 1886 *(2)*

Wahrheit und Wissenschaft. Vorspiel einer ‹Philosophie der Freiheit›, 1892 *(3)*

Die Philosophie der Freiheit. Grundzüge einer modernen Weltanschauung, 1894 *(4)*

Friedrich Nietzsche, ein Kämpfer gegen seine Zeit, 1895 *(5)*

Goethes Weltanschauung, 1897 *(6)*

Die Mystik im Aufgange des neuzeitlichen Geisteslebens und ihr Verhältnis zur modernen Weltanschauung, 1901 *(7)*

Das Christentum als mystische Tatsache und die Mysterien des Altertums, 1902 *(8)*

Theosophie. Einführung in übersinnliche Welterkenntnis und Menschenbestimmung, 1904 *(9)*

Wie erlangt man Erkenntnisse der höheren Welten? 1904/05 *(10)*

Aus der Akasha-Chronik, 1904–08 *(11)*

Die Stufen der höheren Erkenntnis, 1905–08 *(12)*

Die Geheimwissenschaft im Umriß, 1910 *(13)*

Vier Mysteriendramen: Die Pforte der Einweihung – Die Prüfung der Seele – Der Hüter der Schwelle – Der Seelen Erwachen, 1910–13 *(14)*

Die geistige Führung des Menschen und der Menschheit, 1911 *(15)*

Anthroposophischer Seelenkalender, 1912 *(in 40)*

Ein Weg zur Selbsterkenntnis des Menschen, 1912 *(16)*

Die Schwelle der geistigen Welt, 1913 *(17)*

Die Rätsel der Philosophie in ihrer Geschichte als Umriß dargestellt, 1914 *(18)*

Vom Menschenrätsel, 1916 *(20)*

Von Seelenrätseln, 1917 *(21)*

Goethes Geistesart in ihrer Offenbarung durch seinen Faust und durch das Märchen von der Schlange und der Lilie, 1918 *(22)*

Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft, 1919 *(23)*

Aufsätze über d. Dreigliederung des sozialen Organismus u. zur Zeitlage, 1915–21 *(24)*

Drei Schritte der Anthroposophie: Philosophie, Kosmologie, Religion 1922 *(25)*

Anthroposophische Leitsätze, 1924/25 *(26)*

Grundlegendes für eine Erweiterung der Heilkunst nach geisteswissenschaftlichen Erkenntnissen, 1925. Von Dr. R. Steiner und Dr. I. Wegman *(27)*

Mein Lebensgang, 1923–25 *(28)*

II. Gesammelte Aufsätze

Aufsätze zur Dramaturgie, 1889–1901 *(29)* – Methodische Grundlagen der Anthroposophie, 1884–1901 *(30)* – Aufsätze zur Kultur- und Zeitgeschichte, 1887–1901 *(31)* – Aufsätze zur Literatur, 1886–1902 *(32)* – Biographien und biographische Skizzen, 1894–1905 *(33)* – Aufsätze aus «Lucifer–Gnosis», 1903–1908 *(34)* – Philosophie und Anthroposophie, 1904–1918 *(35)* – Aufsätze aus «Das Goetheanum», 1921–1925 *(36)*

III. Veröffentlichungen aus dem Nachlaß

Briefe – Wahrspruchworte – Bühnenbearbeitungen – Entwürfe zu den vier Mysteriendramen, 1910–1913 – Anthroposophie. Ein Fragment – Gesammelte Skizzen und Fragmente – Aus Notizbüchern und -blättern *(38–47)*

B. DAS VORTRAGSWERK

I. Öffentliche Vorträge

Die Berliner öffentlichen Vortragsreihen, 1903/04 bis 1917/18 *(51–67)* – Öffentliche Vorträge, Vortragsreihen und Hochschulkurse an anderen Orten Europas, 1906–1924 *(68–84)*

II. Vorträge vor Mitgliedern der Anthroposophischen Gesellschaft

Vorträge und Vortragszyklen allgemein-anthroposophischen Inhalts – Christologie und Evangelien-Betrachtungen – Geisteswissenschaftliche Menschenkunde – Kosmische und menschliche Geschichte – Die geistigen Hintergründe der sozialen Frage – Der Mensch in seinem Zusammenhang mit dem Kosmos – Karma-Betrachtungen *(88–244)* – Vorträge und Schriften zur Geschichte der anthroposophischen Bewegung und der Anthroposophischen Gesellschaft – Veröffentlichungen zur Geschichte und aus den Inhalten der esoterischen Lehrtätigkeit *(250–270)*

III. Vorträge und Kurse zu einzelnen Lebensgebieten

Vorträge über Kunst: Allgemein-Künstlerisches – Eurythmie – Sprachgestaltung und Dramatische Kunst – Musik – Bildende Künste – Kunstgeschichte – *(271–292)* – Vorträge über Erziehung *(293–311)* – Vorträge über Medizin *(312–319)* – Vorträge über Naturwissenschaft *(320–327)* – Vorträge über das soziale Leben und die Dreigliederung des sozialen Organismus *(328–341)* – Vorträge und Kurse über christlich-religiöses Wirken *(342–346)* – Vorträge für die Arbeiter am Goetheanumbau *(347–354)*

C. DAS KÜNSTLERISCHE WERK

Originalgetreue Wiedergaben von malerischen und graphischen Entwürfen und Skizzen Rudolf Steiners in Kunstmappen oder als Einzelblätter. Entwürfe für die Malerei des Ersten Goetheanum – Schulungsskizzen für Maler – Programmbilder für Eurythmie-Aufführungen – Eurythmieformen – Entwürfe zu den Eurythmiefiguren – Wandtafelzeichnungen zum Vortragswerk, u.a.

Die Bände der Rudolf Steiner Gesamtausgabe
sind innerhalb einzelner Gruppen einheitlich ausgestattet.
Jeder Band ist einzeln erhältlich.